

UC-NRLF



B 3 486 666

Der nationalsozialistische Staat 1. Heft

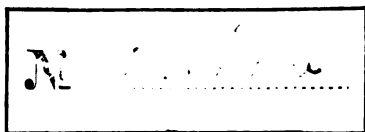


Walther Gehl

34



L. C. ...
EUROPEAN BUYING PROJECT



Der nationalsozialistische Staat

Grundlagen und Gestaltung
Urkunden des Aufbaus — Reden und Vorträge

1. Heft
Vom 2. Mai bis zum 12. November 1933

Herausgegeben von
Dr. Walter G e h l

Neudruck 1935

Gegen die Herausgabe dieser Schrift
werden seitens der NSDAP keine
Bedenken erhoben.

Der Vorsitzende der Parteiamtlichen
Prüfungskommission zum Schutze des
NS-Schrifttums.

Berlin, 29. November 1935



Ferdinand Hirt in Breslau
Königsplatz 1

Mit 104 Bildern und 15 Kartensfiggen

GP

191a

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Inhalt des vorliegenden Staatsheftes die Zeitspanne von der Revolution bis zum 12. November 1933 umfaßt, daß infolgedessen auch alle Titelangaben und alle Amtsbezeichnungen, die in jener Periode der Gestaltung des nationalsozialistischen Staates angewandt wurden, keine Abänderung erfahren haben



L. C. M.

EUROPEAN BUYING PROJECT



Preis: RM

Copyright 1933 by Ferdinand Hirt in Breslau
Made in Germany

DD253
G342
v. I

Inhalt

	Seite
Erster Teil: Geistige Grundlegung	
1. Von der Revolution zur Evolution	7
2. Rasse und Volkstum	8
3. Die Judenfrage	11
4. Die Familie als Keimzelle des Volkes	14
5. Erbgesundheit	19
6. Rassenreinheit	22
Zweiter Teil: Staatlicher Aufbau	
7. Führung und Volk	24
8. Partei und Staat	32
9. Die Stellung von SA, SS und St	45
10. Reich und Länder	51
11. Farben und Sinnbild des Reiches	64
Dritter Teil: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung	
12. Gemeinnutz vor Eigennutz	67
13. Bauerntum und Landwirtschaft	69
14. Unternehmer und Arbeiter	85
15. Weltwirtschaft und Selbstversorgung	91
16. Arbeitschlacht und Winterhilfe	95
17. Die Deutsche Arbeitsfront	105
18. Der ständische Aufbau	116
19. Die Stellung der Frau	127
20. Die Front der Jugend	131

	Seite
Vierter Teil: Völkische Kultur	
21. Kunst	136
22. Recht	147
23. Schule und Hochschule	157
24. Körpererziehung	164
25. Der Arbeitsdienst	169
26. Presse und Rundfunk	173
Fünfter Teil: Kirche und Religion	
27. Die Deutsche Evangelische Kirche	181
28. Die katholische Kirche	187
Sechster Teil: Deutsche Außenpolitik	
29. Um Frieden und Ehre	194
30. Ausland- und Grenzlanddeutschum	215

Erster Teil

Geistige Grundlegung

1. Von der Revolution zur Evolution

Der Führer:

Wir haben das Land durch Kampf erobert, jetzt müssen wir es durch Frieden bestellen.

[Am 13. Juli 1933 vor den Gauleitern, Treuhändern der Arbeit und Landesobleuten der NSD]

Der preußische Kultusminister Ruft:

Jeder muß erkennen, daß es kein bloßer politischer Richtungswechsel ist, den wir erleben, sondern die fundamentale Tatsache, daß der größte Teil des deutschen Volkes wieder zu sich selbst erwacht ist. Unaufhaltsam schreitet diese Bewegung fort, bis sie eines Tages das ganze deutsche Volk für das neue Werk gewonnen und sich seine Organisationen zu Politik, Wirtschaft und Kultur geschaffen haben wird.

[Am 10. Mai 1933 vor den Hochschulreferenten der deutschen Länder]

Der Führer:

Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht worden. Die Revolution . . . darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste. Der heutige Zustand muß verbessert, und die Menschen, die ihn verkörpern, müssen zur nationalsozialistischen Staatsauffassung erzogen werden. . . .

Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist die Sicherstellung der Entwicklung unseres Volkes. . . . Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen.

[Am 6. Juli 1933 vor den Reichsstatthaltern]

Ministerpräsident Göring:

Das Ideengut des Nationalsozialismus, besonders das Gedankengut des Führers, bildet in Zukunft die Plattform, von der aus Deutschland aufgebaut und regiert wird.

[Am 8. Juli 1933 vor der deutschen Presse]

Der Führer:

Das neue Reich ist nicht Theorien geweiht, sondern ausschließlich der Erhaltung unseres Volkes.

[Am 30. Juli 1933 auf dem deutschen Turnfest in Stuttgart]

2. Rasse und Volkstum

Der Führer:

Das germanische Blut auf dieser Erde geht allmählich seiner Erschöpfung entgegen, außer wir raffen uns auf und machen uns frei.

[Am 12. April 1922 in München]

Der Führer:

So, wie es ist, lieben wir unser Volk und hängen an ihm. Im Laufe der tausendjährigen Geschichte sind uns alle seine im einzelnen oft so verschiedenartigen Züge vertraut und teuer geworden. So groß ist diese Gemeinsamkeit, daß wir glücklich sind über jeden Beitrag, der uns aus ihm zugute kommt. Wir prüfen nicht, wem wir die Musikalität unseres Volkes verdanken und wem die technischen Fähigkeiten, wer uns die Kunst des Fabulierens spendet und wer die Rühle des Denkens, von woher unsere Dichter kommen und von woher unsere Philosophen, die Staatsmänner oder die Feldherren. Wir prüfen jedenfalls nicht, um sie dann vielleicht besonders zu werten, sondern höchstens um es einfach zu wissen, welcher Art die Wurzeln sind, aus denen das deutsche Volk seine Fähigkeiten zieht. Und wir sind so sehr Gemeinschaft geworden, daß uns nur ein Wunsch erfüllt: es möchten alle Bestandteile unseres Volkes ihr bestes Teil beisteuern zum Reichtum unseres gesamten nationalen Lebens.

[Am 3. September 1933 bei der Schlußansprache auf dem Parteitag in Nürnberg]

Der Führer:

Auf keinen Fall kann ein Volk, das sich aus verschiedenen Rassenkernen zusammensetzt, sein Leben in den wichtigsten Belangen auf die Dauer von zwei oder drei Auffassungen zu gleicher Zeit bestimmen lassen und nach ihnen aufbauen. Dies führt zwangsläufig früher oder später zur Auflösung einer solchen wider-natürlichen Vereinigung. Soll dies daher vermieden werden, dann ist entscheidend, welcher rassische Bestandteil sich durch sein Wesen weltanschaulich durchzusetzen vermag. . . .

Der Nationalsozialismus . . . kennt die Begebenheit der verschiedenen rassischen Substanzen in unserem Volke. Er ist auch weit entfernt, diese Mischung, die das Gesamtbild des Lebensausdrucks unseres Volkes gestaltet, an sich abzulehnen. Er weiß, daß die normale Spanne unserer Fähigkeiten durch die innere rassische Gliederung unseres Volkes bedingt ist. Er wünscht aber, daß die politische und kulturelle Führung unseres Volkes das Gesicht und den Ausdruck jener Rasse erhält, die durch ihren Heroismus allein dank ihrer inneren Veranlagung aus einem Konglomerat verschiedener Bestandteile das deutsche Volk überhaupt erst geschaffen hat.

Der Nationalsozialismus bekennt sich damit zu einer heroischen Lehre der Wertung des Blutes, der Rasse und der Persönlichkeit, sowie der ewigen Auslesegesetze und tritt somit bewußt in unüberbrückbare Gegensätze zur Weltanschauung der pazifistisch-internationalen Demokratie und ihren Auswirkungen. . . .

Ausgehend von der Erkenntnis, daß auf die Dauer alles Geschaffene nur durch dieselben Kräfte zu erhalten ist, die vorher die Träger der Schöpfung waren, wird der Nationalsozialismus im deutschen Volk das Wesen derjenigen Bestandteile zu dominierendem Einfluß und damit zur sichtbarsten Auswirkung bringen, die die Bildung unseres deutschen Volkskörpers im Laufe vieler Jahrhunderte angeregt und durchgeführt haben.

[Am 1. September 1933 auf der Kulturtagung des
Parteitage in Nürnberg]

Der Reichsführer des DVV Dr. Steinacher:

Völkertum ist Wesensgemeinschaft und zugleich Erlebnisgemeinschaft: Wesensgemeinschaft im Sinne der Gemeinsamkeit von

Sprache, Abstammung, Verwandtschaft, Gemeinsamkeit in Kultur, Brauchtum, Geschichte, Mythos, Boden und Klima; Erlebnisgemeinschaft im Sinne ständiger Neuformung des Volkstums. Wesensgemeinschaft ist Erbe und Besitz, Erlebnisgemeinschaft Aufgabe und Neugestaltung. Gerade unser deutsches Volkstum ist durch diese Faktoren mit einer außerordentlichen Mannigfaltigkeit ausgezeichnet. Daher ergibt sich für uns Deutsche die Forderung, aus der Liebe zum Einzelnen, aus der Achtung vor der Eigenheit der landschaftlichen Ausprägung den Blick für die Einheit und das Ganze zu gewinnen. Volkstum steht als echte Gemeinschaft im Wert vor dem Einzelnen. Der Einzelne empfängt sein Leben aus dem Ganzen. Je größer beim einzelnen Individuum die Begabung, desto größer auch seine Verpflichtung, für die Gemeinschaft zu wirken. . . . Wir sprechen von einer Volksgemeinschaft, einem Volkskörper, einer Volkspersönlichkeit, und wir sprechen von einer Nation, wenn alle Teile eines Volkes sich der Zusammengehörigkeit und der Gemeinschaft bewußt sind. Wie jede natürliche Ordnung braucht auch Volkstum seine Einheit und Ganzheit!

Dies ist wesentlich für das Verhältnis von Volkstum und Staat. . . . Die Gemeinschaft, die in jedem einzelnen Individuum als unpersonliche Kraft wirkt, ist, einmal entstanden, vor allem geltenden positiven Recht, innerlich unabhängig von aller bestehenden Macht. . . . Wenn wir so Staat erst aus Volkstum ableiten, so müssen wir scharf und klar betonen, daß wir deshalb nicht etwa Staat als etwas Bedeutungsloses oder Nachrangiges bezeichnen: im Gegenteil! Gerade dadurch, daß wir den Staat aus dem Volkstum begründen und dessen Bedingtheit erkennen, daraus erwächst für den Staat seine Würde, seine Bestimmung, seine Kraft und seine Macht: Volkstum nach außen zu schirmen und nach innen die Gliederung so zu gestalten, daß immer neu aus den Tiefen des Volkstums der lebendige Zufluß von Kräften erfolgt. Volkstum ist am stärksten in den breiten Schichten vertreten. Hier liegen jene geistigen Kräfte, aus denen Kulturen entstehen und alle wahrhaft großen Menschen ihre Schaffenskraft empfangen und die wir daher volksverbundene Menschen nennen, im Gegensatz zu den intellektuellen Allerweltbürgern.

Der auf Volkstum begründete Staat kann nur gesund bleiben,

wenn er sich dieser Rechtfertigung aus dem Volkstum bewußt bleibt. Sonst wird er dürr, sonst wird er saftlos und mechanistisch und individualistisch.

[Am 3. Juni 1933 auf der DDA-Tagung in Passau]

Staatssekretär Gottfried Feder:

Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen.

[Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage.]

Aus dem Programm der NSDAP:

4: Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Rein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5: Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.

6: Das Recht, über Führung und Geseze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob in Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

3. Die Judenfrage

Der Führer:

In weiten Kreisen hält man die Juden nicht für eine Rasse. Gibt es aber ein zweites Volk, das so entschlossen ist, in der ganzen Welt seine Rasse aufrecht zu erhalten? Tatsächlich kann der Jude niemals Deutscher werden. . . . Sein Wirken bleibt jüdisch und arbeitet für die „größere Idee“ des jüdischen Volkes.

[Am 20. April 1923 in München]

Der Reichsleiter des Außenpolitischen Amtes Rosenberg:

Wir erlebten 1918, also in dem Augenblick, als die letzten feelischen Reserven zur Wiedererhebung Deutschlands gesammelt werden mußten, daß sich nahezu die gesamte Herrschaft des Staates, der Gesellschaft, der Kultur in Händen dieser fremden Rasse befand, welche mit den alten Parteien (der Sozialdemokratie, der Demokratie und dem Zentrum) gemeinsam die Unterdrückung der deutschen Nation durchführte. Es war möglich, daß ein jüdischer Außenminister, Rathenau, öffentlich niederschreiben konnte, wenn

der deutsche Kaiser gesiegt hätte, dann hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Es war möglich, daß eine jüdische Zeitschrift unbeanstandet den Soldaten, den Verteidiger des deutschen Vaterlandes, als einen „professionellen Mörder“ hinstellte. . . . Es war möglich, daß Eisenbahnmörder von der Todesstrafe befreit wurden, weil sich die ganze jüdische Presse für diese Attentäter einsetzte; es war möglich, daß elfmal vorbestrafte jüdische Zuchthäusler auf Intervention hoher jüdischer Politiker freigelassen und an die Behörden als geistig wertvolle Menschen empfohlen wurden. . . .

Wir stellen fest, daß, während die Juden in Deutschland 1% der Einwohnerschaft ausmachten, der Anteil z. B. der jüdischen Rechtsanwälte in Berlin 70% betrug, daß in den meisten Krankenanstalten Berlins der Prozentsatz der jüdischen Ärzte zwischen 60 und 90% schwankte, daß die Großbanken sich nahezu alle in jüdischen Händen befanden, die Presse Groß-Berlins und Frankfurts fast ausschließlich jüdisch geleitet war, daß somit das ganze Leben der Nation innen- und außenpolitisch von einer fremden Rasse beherrscht wurde, die dem Deutschtum in fast allen Punkten widersprach und seine Nöte gar nicht verstehen konnte.

[Am 2. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Auf einer Berliner Bühne, die von Juden geleitet wurde, legte man einen Stahlhelm mit den Worten „Dreck, weg damit!“ auf den Rehrichthausen. Der Jude Gumbel nannte die Toten des Krieges „auf dem Felde der Unehre Gefallene“, der Jude Lessing verglich Hindenburg mit dem Massenmörder Haarmann, der Jude Toller bezeichnete das Heldentum als „das dümmste der Ideale“, der Jude Arnold Zweig sprach vom deutschen Volk als einem „Pack, dem man die Stirne zeigen müsse“, von der „viehischen Gewalt des ewigen Boche“ und der „Nation von Zeitungslesern, von Stimmvieh, Geschäftemachern, Mördern, Operettenliebhabern und Amtsklavavern“.

Ist es da verwunderlich, daß die deutsche Revolution auch eine Abschüttelung dieses unerträglichen Jochs mit sich brachte? Nimmt man noch hinzu die Überfremdung des deutschen Geisteslebens

durch das internationale Judentum, sein Überwuchern der deutschen Justiz, die schließlich dahin führte, daß in der Reichshauptstadt erst jeder fünfte Jurist ein Deutscher war, die Durchsetzung der Ärzteschaft, die Vorherrschaft in den Universitätslehrkörpern, kurz und gut die Tatsache, daß fast alle geistigen Berufe ausschlaggebend von Juden bestimmt wurden, so wird man zugeben müssen, daß kein Volk von Selbstachtung solches auf die Dauer ertragen hätte. Es war nur ein Akt der deutschen Wiederbefinnung, daß die Regierung der nationalsozialistischen Revolution auch auf diesem Gebiet Wandel schuf.

[Am 2. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Der Arierparagraph:

Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.

Abf. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkriege gefallen sind.

[§ 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums]

Die Zulassung von Rechtsanwälten, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nicht arischer Abstammung sind, kann bis zum 30. September 1933 zurückgenommen werden.

Die Vorschrift des Abf. 1 gilt nicht für Rechtsanwälte, die bereits seit dem 1. August 1914 zugelassen sind oder im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkriege gefallen sind.

Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft kann Personen, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nicht arischer Abstammung sind, versagt werden. . . .

[§§ 1 u. 2 des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft]

Bei den Neuaufnahmen [in Schulen und Hochschulen] ist darauf zu achten, daß die Zahl der Reichsdeutschen, die . . . nichtarischer

Abstammung sind, unter der Gesamtheit der Besucher jeder Schule und jeder Fakultät den Anteil der Nichtarier an der reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigt. . . .

Abf. 1 findet keine Anwendung auf Reichsdeutsche nicht-ariischer Abstammung, deren Väter im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, sowie auf Abkömmlinge aus Ehen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen sind, wenn ein Elternteil oder zwei Großeltern arischer Abkunft sind. . . .

[§ 4 des Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen]

Die Tätigkeit von Rassenärzten nichtarischer Abstammung . . . wird beendet. Neuzulassungen solcher Ärzte zur Tätigkeit bei den Krankenkassen finden nicht mehr statt. . . .

[Art. 1 der Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen]

Als nichtarisch gilt, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil nichtarisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil der jüdischen Religion angehört hat. . . .

Ist die Abstammung zweifelhaft, so ist ein Gutachten des beim Reichsministerium des Innern bestellten Sachverständigen für Rassenforschung einzuholen.

[Punkt 2 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums]

4. Die Familie als Keimzelle des Volkes

Der Leiter des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenfragen Dr. Groß:

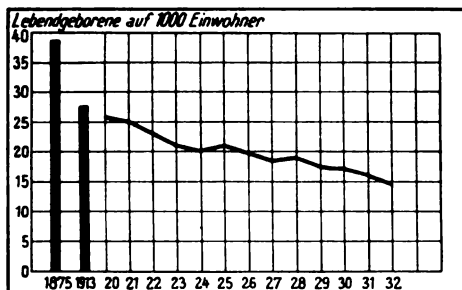
Der Nationalsozialismus stellt bewußt in den Mittelpunkt seiner Politik die Sorge um die Erhaltung des Blutes unseres Volkes als des kostlichsten, was wir haben, weil es der einzige Wert ist, den wir, ginge er einmal verloren, niemals wiedergewinnen können. . . . Deshalb stellt der neue Staat die Familie in den Mittelpunkt seiner Aufbauarbeit, . . . weil wir uns bewußt sind,

daß in Wahrheit die Möglichkeit einer deutschen Zukunft an Zahl und Wert der Kinder unserer Familien gebunden ist.

[Am 1. September 1933 auf dem Reichsparteitag in
Nürnberg]

Reichsinnenminister Dr. Frick:

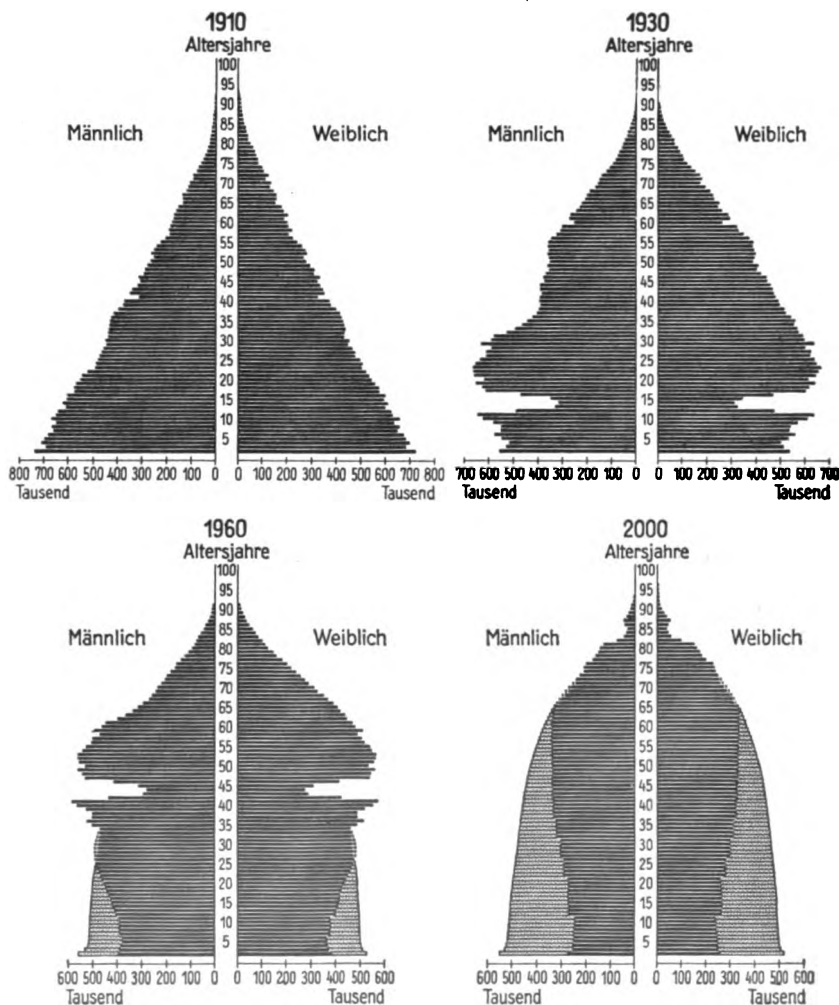
Deutschland gehört zu denjenigen Ländern, die nicht nur die Hauptlast des Weltkrieges und ungeheure Verluste der besten Männer und Rassenbestandteile zu tragen hatten, sondern es ist auch das Land, das sowohl während des Krieges wie nach dem



Kriege den bedrohlichsten Ausfall an Geburten zu verzeichnen gehabt hat. ... Das Zweikindersystem der Nachkriegszeit ist überholt, das deutsche Volk ist zum Ein-, ja zum Reinkindersystem übergegangen. ...

Der Geburtensturz in Deutschland

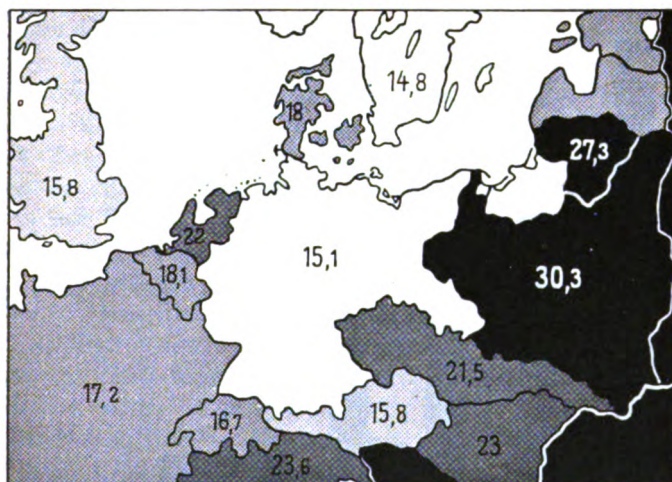
Heute genügen zur Beurteilung nicht mehr die rohen Geburten- und Sterbezahlen, sondern wir müssen eine Vereinigung der Lebensbilanz unter Berücksichtigung der verschiedenen Altersklassenbesetzung vornehmen, um die wahre bevölkerungspolitische Lage zu erkennen. ... Unser Volk geht unweigerlich einer starken Überalterung und Vergreisung entgegen. ... Der liberalistische Geist hat die Seele unseres Volkes vergiftet, den Sinn für das Familienleben und den Willen zum Kinde ertötet. Mit dieser seelischen Strukturwandlung vollzog sich die Umgestaltung des häuslichen Familienlebens. Mann und Frau gehen zur Arbeit und in ihren Beruf, sie erstreben beide einerseits geistige Bildung und andererseits Arbeit und Teilnahme am Wirtschaftsleben. So wurden Mann und Frau dem Familienleben entfremdet und glaubten in ungebundener Geschlechterfreiheit einen Ausgleich gefunden zu haben. Die Öffentlichkeit verherrlicht das Mannweib in Sport und Beruf, hat aber nichts übrig für die Mutter, die heute noch eine ausreichende Kinderfchar ihr eigen nennt. So sieht



Von 1930 an gleichbleibende Lebendgeborenenzahl

*Bis 1955 um 25 v.H. abnehmende, dann
gleichbleibende Geburtenhäufigkeit*

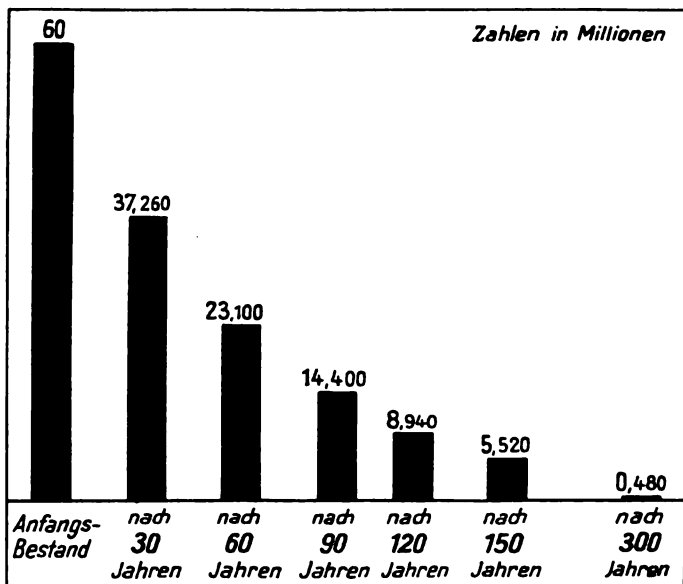
**Die Vergreisung Deutschlands
(Nach Burgdörfer, Volk ohne Jugend)**



Die Geburtenziffer in den europäischen Ländern
(Zahlen: Geburten auf 1000 Einwohner)

der Mann heute in seiner Frau nur den Lebenskameraden, aber nicht mehr die Mutter seiner Kinder. . . . Bei Prüfung der gegebenen Verhältnisse müssen wir zugeben, daß die bisherige Gesetzgebung und Praxis zu einer Bevorzugung der Kinderlosen und Kinderarmen geführt hat. . . . Während man dem Familienvater auf der einen Seite einen wenn auch ungenügenden Teil der Einkommensteuer erläßt, sind die Familien vorher bereits je nach ihrer Kinderzahl durch die indirekten Verbrauchssteuern, die auf allen Lebensmitteln und dem täglichen Bedarf ruhen, um das Mehrfache vorbelastet. . . . Infolgedessen haben Unverheiratete und Kinderlose die mehrfache Konsumbreite je Vollperson zur Verfügung wie die kinderreiche Familie, die dem Vaterland den Nachwuchs erzieht. Nur die äußerste Einschränkung in der Ernährung, in Erholung, Bildung, Körperpflege, Kleidung und Wohnung kann es dem kinderreichen Familienvater heute ermöglichen, seinen Haushalt aufrecht zu erhalten. . . . Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß gerade die niedrige Zahl der Kinder unter 15 Jahren heute einen großen Teil der Arbeitslosigkeit und des Daniederliegens des inneren Wirtschaftsmarktes bedingt. . . .

2 Gehl, Der nationalsozialistische Staat 1. Heft



Bevölkerungsschwund unter dem Zweikindersystem

Es muß ermöglicht werden, für Einkommensteuerverpflichtige durch stärker gestaffelten Steuernachlaß in Prozenten der Steuer einen fühlbaren Ausgleich zu schaffen. Ebenso müßte die Befoldung der Beamten nach dem Familienstand und der Kinderzahl noch wirksamer abgestuft werden, da ja das Gehalt des Beamten nicht nur eine Entlohnung ist, sondern ihm einen ausreichenden Unterhalt der Familie gewähren soll. Es müßte etwa ausgegangen werden von dem Gehalt, das ein Beamter zur Unterhaltung von 3—4 Kindern benötigt, um es je nach der Kinderzahl nach unten und oben zu staffeln. Während die freien Berufe und der gewerbliche Mittelstand wie alle Unternehmerkreise durch einen wirksamen Steuernachlaß erfaßt werden könnten, gibt es bei Angestellten und Lohnempfängern nur die Möglichkeit, den Ausgleich durch Ausgleichskassen zu schaffen, in die alle nach Maßgabe ihres Einkommens Beiträge zu zahlen oder je nach der Höhe der Kinderzahl einen Ausgleich zu erhalten hätten. ...

So sehr auch wirtschaftliche Gründe und das übertriebene Streben nach sozialem Aufstieg eine wesentliche Ursache des Geburtenrückgangs, der Abtreibung und der Geburtenverhinderung sind, so dürfen wir doch keineswegs verkennen, daß es sich dabei in erster Linie um ein erzieherisches, ein psychologisches und ethisches Problem handelt. Die Einstellung dem keimenden Leben gegenüber ist von der Weltanschauung nicht nur der deutschen Frau und Mutter, sondern auch des Mannes abhängig. Durch Gesetze und wirtschaftliche Maßnahmen allein läßt sich der Wille zum Kinde in einem Volk und vor allen Dingen in der Frau nicht erwecken, es muß vielmehr die Seele der Frau zum Kinde zurückfinden. Das ist nur möglich durch Erneuerung des Denkens der Frau und durch Lösung der Frauenfrage. Wir müssen die Frau aus ihrer wirtschaftlichen Not befreien und ihr wie den Kindern ausreichenden Schutz gewähren, aber im gleichen Maße den Mann zur Pflicht der Familiengründung erziehen.

[Am 28. Juni 1933 vor dem Sachverständigenbeirat für
Bevölkerungs- und Rassenpolitik]

5. Erbgesundheit

Der Führer:

Wer körperlich und geistig nicht gesund und würdig ist, darf sein Leid nicht im Körper seines Kindes verewigen. Der völkische Staat hat hier die ungeheuerste Erziehungsarbeit zu leisten. Sie wird aber dereinst auch als eine größere Tat erscheinen, als es die siegreichsten Kriege unseres heutigen bürgerlichen Zeitalters sind. Er hat durch Erziehung den einzelnen zu belehren, daß es keine Schande, sondern nur ein bedauernswertes Unglück ist, krank und schwächlich zu sein, daß es aber ein Verbrechen und daher zugleich eine Schande ist, dieses Unglück durch eigenen Egoismus zu entehren, indem man es unschuldigen Wesen wieder aufbürdet.

[Mein Kampf]

Reichsinnenminister Dr. Frick:

Es ist nicht nur die Zahl, die zu Bedenken Anlaß gibt, sondern in gleichem Maße die Güte und Beschaffenheit unserer deutschen Bevölkerung. ... Während man die Fälle von schweren körperlichen oder geistigen Erb leiden mit 500 000 etwa annehmen kann,

sind die Zahlen der leichteren Fälle erheblich höher. Es gibt Autoren, die bereits 20% der deutschen Bevölkerung als erb-biologisch geschädigt ansehen, von denen dann also Nachwuchs nicht mehr erwünscht sei. Es kommt hinzu, daß gerade oft schwachsin-nige und mindertwertige Personen eine überdurchschnittlich große Fortpflanzung aufweisen. Während die gesunde deutsche Familie heute nicht mehr zwei Kinder im Durchschnitt dem Staate zur Verfügung stellt, findet man gerade bei Schwachsin-nigen und Mindertwertigen, so bedauerlich das auch klingen mag, durchschnittlich die doppelte, oft sogar die dreifache Zahl. Das bedeutet aber, daß die begabtere, wertvolle Schicht von Generation zu Generation abnimmt und in wenigen Generationen nahezu völlig ausgestorben sein wird, damit aber auch Leistung und deutsche Kultur. . . .

Wie sehr die Ausgaben für Mindertwertige, Altsziale, Kranke, Schwachsin-nige, Geisteskrante, Krüppel und Verbrecher heute das Maß dessen überschreiten, was wir unserer schwer um ihre Existenz ringenden Bevölkerung zumuten dürften, erschen wir aus den Kosten, die heute vom Reich, von den Ländern und den Kommunen zu deren Versorgung aufgebracht werden müssen. Dafür nur einige Beispiele: Es kostet der Geisteskrante etwa 4 RM. den Tag, der Verbrecher 3,50 RM., der Krüppel und Taubstumme 5—6 RM. den Tag, während der ungelernte Arbeiter nur etwa 2,51 RM., der Angestellte 3,60 RM., der untere Beamte etwa 4 RM. den Tag zur Verfügung haben. . . . Was wir bisher ausgebaut haben, ist eine übertriebene Personenhygiene und Fürsorge für das Einzel-individuum ohne Rücksicht auf die Erkenntnisse der Vererbungs-lehre, der Lebensauslese und der Rassenhygiene.

[Am 28. Juni 1933 vor dem Sachverständigenbeirat für
Bevölkerungs- und Rassenpolitik]

Der Führer:

Es ist eine Halbheit, unheilbar kranken Menschen die dauernde Möglichkeit einer Verseuchung der übrigen gesunden zu gewähren. Es entspricht dies einer Humanität, die, um dem einen nicht wehe zu tun, hundert andere zugrunde gehen läßt. Die Forderung, daß defekten Menschen die Zeugung anderer, ebenso defekter Nachkommen unmöglich gemacht wird, ist eine Forderung klarster Ver-nunft und bedeutet in ihrer planmäßigen Durchführung die humanste

Tat der Menschheit. Sie wird Millionen von Unglücklichen un-
verdiente Leiden ersparen, in der Folge aber zu einer steigenden
Gesundung überhaupt führen.

[Mein Kampf]

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses:

§ 1: Wer erbkrank ist, kann durch chirurgischen Eingriff unfrucht-
bar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der
ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten
ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen
Erb Schäden leiden werden.

Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgen-
den Krankheiten leidet: 1. angeborenem Schwachsinn, 2. Schizo-
phrenie [Bewußtseinspaltung], 3. zirkulärem (manisch-depressivem)
Irrsein, 4. erblicher Fallsucht, 5. erblichem Weits Tanz (Hunting-
ton'sche Chorea), 6. erblicher Blindheit, 7. erblicher Taubheit,
8. schwerer erblicher körperlicher Mißbildung.

Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem
Alkoholismus leidet. . . .

**Der Leiter des Aufklärungsamtes für Bevölkerungs-
politik und Rassenfragen Dr. Groß:**

Wo den Nachkommen von Säufern, Verbrechern und Schwach-
sinnigen Paläste gebaut werden, indes der Vergarbeiter oder der
Bauer mit einer kümmerlichen Hütte vorliebnehmen muß, wo
Unsummen für Fortbildungsschulen der Schwachsinnigen zur Ver-
fügung stehen, während der begabte Sohn aus dem Volke nicht
die Mittel findet, um seine hochwertigen Anlagen zur Entfaltung
zu bringen, da geht ein solches Volk mit Riesenschritten seinem
Ende entgegen — dem unwiderruflichen und endgültigen Ende,
weil sein Tod biologische Gründe hat. . . .

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wird uns
für die Zukunft von jenen Ballastexistenzen befreien, die immer
und ewig die Kraft unseres Volkes nur lähmen würden. Indem
wir die Erbkranken von der Fortpflanzung ausschalten, gewinnen
wir Raum für die Kinder gesunder Familien. Indem wir die
Träger krankhafter oder verbrecherischer Erbanlagen unfruchtbar
machen, schaffen wir uns zugleich die Möglichkeit, sie mit gutem

Gewissen für die Zeit ihres individuellen Lebens so pflegen zu können, wie das Mitleid mit den unschuldigen Nachkommen verantwortungsloser Vorfahren es erfordern mag.

[Am 1. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

6. Rassenreinheit

Der Leiter des Aufklärungsamtes für Bevölkerungs-
politik und Rassenfragen Dr. Groß:

Neben Geburtenrückgang und verkehrter Auslese hat auch die dritte Gefahr biologischen Niedergangs, die in alten Zeiten ferne Völker zerstört hat, unter uns Menschen drohend ihr Haupt erhoben. Auch die Mischung mit fremdem Blut und damit das Einsickern fremdrassiger Einflüsse ist unserem Volke nicht erspart geblieben. Hatte doch eine falsche geistige Haltung mit ihrer Lehre von Menschlichkeit und allgemeiner Gleichheit längst alles Rassegefühl zerstört. Die Folgen solcher Mischung mit fremdem Blute sind ewig die gewesen, daß ein Volk mit sich selbst, mit seiner Vergangenheit und allen Werten seiner Geschichte uncins wurde und damit die Wurzeln seiner Kraft verlor. Die Nation, in der die Menschen zwei widerstrebende Seelen in der Brust tragen, kann niemals inneren Frieden und damit äußere Kraft gewinnen, die zur Durchsetzung im großen Völkerleben erforderlich sind. Das Glück des einzelnen wie die Stärke der Gesamtheit zerbricht, sobald die Harmonie der Leiber und Seelen dahin ist, die ewig nur aus der Reinheit des Blutes entstehen und werden kann. . . . Man kann wohl zersetzenden Geist ausrotten, man kann gefährliche Lehren überwinden und zerstörende Bücher verbrennen; ist aber der Träger dieses Fremden, das Blut der fremden Rasse, selbst in den Körper des Volkes und in den Schoß der Familie eingedrungen, dann kreist es darin ewig fort, gebiert immer neue Geschlechter zerrissener und zwiespältiger Menschen, die mit schwankendem Charakter zwischen den Völkern und ihren Werten stehen und deshalb in der Stunde versagen, da Staat und Volk auf der Waage der Geschichte gewogen werden. Deshalb hat der Staatsmann die Pflicht, sein Volk vor dem Einsickern fremden Blutes und der Zerstörung seiner tragenden Rasse zu bewahren.

Es ist nicht wahr, daß Überheblichkeit oder Rassenhochmut zu solcher Einsicht führten. Wenn heute ein Mensch in Deutschland sich dagegen wehrt, daß hemmungslos fremdes Blut mit dem unseres Volkes gemischt wird, dann spricht daraus im Gegenteil deutlich die Ehrfurcht vor den großen Gesetzen der Natur. Nicht wir haben die Welt geschaffen und ihr ihren Lauf vorgeschrieben. Das tat ein Größerer, der auch allein wissen kann, wozu all jene Gesetze nötig sind und wohin sie zielen. Dem Menschen aber ziemt es, diese großen Gesetze der Welt und des Lebens ehrfürchtig zu lernen und sie dann einzuhalten.

Man hat gesagt — und man glaubte damit den Rassenstandpunkt des Nationalsozialismus zu treffen —, daß jede Rasse auf dieser Welt ein Gedanke Gottes sei. Gerade das glauben wir auch, und deshalb fordern wir reinliche Scheidung zwischen Blut und Blut, damit die Gedanken Gottes nicht verwirrt werden und im Mischling zur Frage entarten.

Daß wir unser deutsches Volk von der Zerstörung oder dem Einströmen fremden Blutes befreien, ist nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern zugleich Recht und Pflicht nach den überzeitlichen Gesetzen natürlicher Sitte und Moral. . . . Der Nationalsozialismus und sein neuer Staat sind im Grunde nichts weiter als der in letzter Stunde unternommene Versuch, Denken und Handeln unseres Volkes wieder mit diesen Gesetzen in Einklang zu bringen, uns wieder unter den Willen des Schöpfers zu beugen und in stolzer Demut das zu erfüllen, was uns als Aufgabe zufiel. Gelingt uns das, so gewinnen wir unserem Volke nach Jahren der Schmach und des drohenden Verfalls eine neue leuchtende Zukunft, und zugleich befreien wir die Menschheit von falschen Gedanken, die auf die Dauer den Untergang aller Völker bedeutet hätten.

[Am 1. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Reichsinnenminister Dr. Frick:

Es muß wieder als Pflicht der gebildeten Jugend angesehen werden, sich des Wertes der deutschen Erbverfassung bewußt zu sein, Rassenreinheit zu bewahren und durch geeignete Eattenwahl

eine höhere Entwicklung der eigenen Art und Familie anzustreben. Mischehen mit Fremdrassigen müssen als das gekennzeichnet werden, was sie sind, nämlich der Grund für geistige und seelische Entartung wie für die Entfremdung dem eigenen Volke gegenüber. Familien- und Rassenkunde müssen so gepflegt werden, daß das Blühen der Familie als ein höheres Gut erscheint als Reichtum und Bequemlichkeit. Wir müssen wieder den Mut haben, unseren Volkskörper nach seinem Erbwert zu gliedern, um dem Staat geeignete Führer zur Verfügung zu stellen. . . . Ich sehe es als die größte Aufgabe und Pflicht der Regierung der nationalen Revolution an, die Aufartung und Bestandserhaltung unseres deutschen Volkes im Herzen Europas zu gewährleisten. . . .

[Am 28. Juni 1933 vor dem Sachverständigenbeirat für
Bevölkerungs- und Rassenpolitik]

Zweiter Teil

Staatlicher Aufbau

Der Führer:

Die gesamte Umgestaltung Deutschlands ist auf verfassungsmäßig zulässigem Wege geschehen. Es ist selbstverständlich möglich und auch wahrscheinlich, daß wir das Gesamtergebnis der sich vollziehenden Umwälzung dereinst als neue Verfassung dem deutschen Volke zur Urabstimmung vorlegen werden.

[Am 18. Oktober 1933 zu einem Vertreter der Daily Mail]

7.

Führung und Volk

Den Gedanken einer gewählten Volksvertretung hat die Französische Revolution von 1789 geboren. Von Frankreich aus trat er im 19. Jahrhundert seinen Siegeszug an. Bismarck baute ihn in folgender Weise in die Verfassung seines Reiches ein: Die volljährigen männlichen Staatsbürger wählten durch geheime Stimmabgabe Abgeordnete in einen Reichstag. Der beschloß die Gesetze, aber der Bundesrat konnte sie verwerfen; dagegen bestand das Druck-

mittel des Reichstages in dem Recht, den Staatshaushalt zu bewilligen oder abzulehnen. Unabhängig von der Volksvertretung ernannte der Kaiser den Kanzler des Reiches und dieser dann seine Mitarbeiter.

Die Weimarer Verfassung machte die — von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen — gewählte Volksvertretung zur entscheidenden Stelle des Reiches. Die Regierung wurde vom Reichstag beaufsichtigt und konnte jederzeit von ihm gestürzt werden. So war sie kaum mehr als ein Ausfluß der Parlamentsmehrheit und ständig von dieser abhängig. Neben dem Reichstag stand der Reichspräsident, der unmittelbar vom Volke gewählt wurde.

Am 23. März 1933 übertrug der Reichstag der nationalsozialistischen Revolution in einem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ der Reichsregierung Hitler die gesamte Regierungsgewalt. Für das Gesetz stimmten sämtliche Parteien (auch das Zentrum und die Demokraten, die beiden Mitschöpfer der Weimarer Verfassung) außer den Sozialdemokraten. Mit 441 : 94 Stimmen erhielt das Gesetz weit mehr als die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit.

Das Ermächtigungsgesetz

Art. 1: Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Art. 85 Absf. 2 und 87 der Reichsverfassung ¹⁾ bezeichneten Gesetze.

Art. 2: Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Art. 3: Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft.

¹⁾ Art. 85, Absf. 2: Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch ein Gesetz festgestellt.

Art. 87: Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. . . .

Die Art. 68—77 der Reichsverfassung¹⁾ finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Art. 4: Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieses Gesetzes nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Art. 5: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

¹⁾ Art. 68: . . . Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen.

Art. 69: Die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung bedarf der Zustimmung des Reichsrats. . . .

Art. 70: Der Reichspräsident hat die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze auszufertigen. . . .

Art. 72: Die Verkündung eines Reichsgesetzes ist um zwei Monate ausgesetzt, wenn es ein Drittel des Reichstags verlangt. . . .

Art. 73: Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheide zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzes stellt. . . .

Art. 76: Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden. Jedoch kommen Beschlüsse des Reichstags auf Abänderung der Verfassung nur zustande, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. . . .

Art. 77: Die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen, die Reichsregierung. Sie bedarf dazu der Zustimmung des Reichsrats, wenn die Ausführung der Reichsgesetze den Landesbehörden zusteht.

lehnungen von den Unterworfenen, und es hat endlich alle einem gemeinsamen Schicksal so lange unterstellt, daß das Leben des Staatsvolkes sich unlöslich verbunden hat mit dem Leben der allmählich ein- und angeschmolzenen anderen Bestandteile. Aus Siegern und Besiegten ist unterdes längst eine Gemeinschaft geworden. . . .

So, wie wir auf allen Gebieten des Lebens keinen Neid empfinden können, daß die dazu besonders Geborenen, d. h. ursächlich Befähigten den entscheidenden Einfluß ausüben, so auch auf dem Gebiet der politischen Erhaltung dessen, was uns als Volk im Laufe der Jahrtausende geworden ist.

So wenig sich der Unmusikalische verletzt und beleidigt fühlen wird, weil nicht er Musik macht oder ein Orchester dirigiert, sondern der musikalisch Fähige, so wenig kann auf jedem anderen Gebiet die Besehung durch die hierfür Befähigten als Zurücksetzung auf dem Gebiet nicht Befähigter empfunden werden. . . .

Ausgehend von der Erkenntnis, daß alles Geschaffene nur durch dieselbe Kraft erhalten werden kann, die es schuf, kann auch ein Volkskörper nur erhalten werden von den Kräften, die ihn ins Leben riefen und durch ihre organisatorische Fähigkeit zusammenschweißten und erhärteten. Und alle, die ihr Volk lieben und seine Erhaltung wünschen, müssen daher dafür Sorge tragen, daß jener Teil seine politischen Fähigkeiten zur Auswirkung bringt, der einst der Träger der politischen Entstehung und Weiterbildung dieser Gemeinschaft war. . . .

Unser ganzes Leben verläuft zwischen Führung und Gefolgschaft. Je höher die Entwicklung eines Volkes steht, um so komplizierter wird das Leben. Der einzelne Mensch ist nirgends mehr Herr seiner selbst, sein ganzes Dasein wird immer durch die Rücksicht auf andere bestimmt. Überall wird er geführt, und dauernd muß er gehorchen. Die Zeit seines Schlafes wie die seiner Arbeit diktiert ihm ein fremder Wille, und wenn sein Morgentwerk beginnt, verläuft es in einem Gleise, das andere leiten und überwachen. Ihm steht in seiner Jugend nur die Möglichkeit offen, den Zug zu wählen, in den er einzusteigen gedenkt. Sowie er aber Platz genommen, hat er sein Leben der Führung anderer anvertraut. . . . Und doch wird dies alles willig und geduldig ertragen.

Auf jedem Bildungsgebiet wird ohne weiteres die Führung dann anerkannt, wenn sie ersichtlich dazu geboren ist. Der Geführte sieht das nicht nur an der Leistung, sondern er wittert das förmlich am Benehmen. Der Knabe in der Schule fühlt instinktiv die Berufung seines Lehrers. Dem einen gehorcht er, gegen den anderen treibt er offene Rebellion.

Das Volk prüft durch Widerstand auf allen Lebensgebieten die Fähigkeit der Führung, am meisten auf dem Gebiet der Politik. Denn es ist klar: Die Aufrichtung einer vollstlichen Gemeinschaft aus verschiedenen Rassenbestandteilen hat nur dann einen Sinn, wenn sie von dem Teil führend getragen und verantwortet wird, der die Bildung erst übernommen und dann auch vollendet hat.

[Am 3. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Es hat in Deutschland niemals eine Regierung gegeben, die sich so wie die nationalsozialistische auf ihre Übereinstimmung mit den breiten Volksmassen berufen konnte. Die Wahl am 5. März, die dieser Regierung eine absolute Mehrheit brachte, die Annahme des Ermächtigungsgesetzes für diese Regierung durch den Reichstag mit überragender Zweidrittelmehrheit sind drastische Beweise für die Legalität unseres Vorgehens, für die gleiche Richtung des Volkswillens mit dem Willen der Regierung und für die über jeden Zweifel erhabene Übereinstimmung der nationalsozialistischen Staatsführung mit den Auffassungen des deutschen Volkes. . . .

Der moderne Staatsaufbau in Deutschland ist eine veredelte Art von Demokratie, in der kraft Mandat das Volk autoritär regiert wird, ohne daß die Möglichkeit gegeben ist, durch parlamentarische Zwischenschaltungen den Willen des Volkes nach oben hin zu verwischen oder gar unfruchtbar zu machen.

[Am 28. September 1933 vor der ausländischen Presse in Genf]

Der Führer:

Was unser Volk braucht, sind nicht parlamentarische Führer, sondern solche, die entschlossen sind, das, was sie vor Gott, der Welt und ihrem Gewissen als recht erkennen, durchzusetzen, wenn notwendig gegen Majoritäten. Wenn es uns gelingt, aus der

Masse unseres Volkes solche Führer emporzubringen, dann wird sich um sie herum auch wieder eine Nation kristallisieren.

[Am 27. April 1923 in München]

Reichspresseschef der NSDAP Dr. Dietrich:

Über das neue Deutschland der Disziplin und Autorität herrscht kein Kaiser oder kein König, kein Despot oder Tyrann: das Dritte Reich wird beherrscht von der Macht der Persönlichkeit.

[Am 31. August 1933 vor dem Reichsparteitag in Nürnberg zu den Pressevertretern]

Der Führer:

Indem wir das parlamentarisch-demokratische Prinzip negieren, vertreten wir auf das schärfste das Recht des Volkes auf die eigene Bestimmung seines Lebens. Wir erkennen im parlamentarischen System keinen wirklichen Ausdruck des Volkswillens, der logischerweise nur ein Wille zur Erhaltung des Volkes sein kann, sondern wir sehen in ihm eine Verzerrung desselben, wenn nicht gar eine Verdrehung.

Der Wille eines Volkes zur Behauptung seines Daseins tritt am ersten und nützlichsten in seinen besten Köpfen in Erscheinung! Sie sind die repräsentative Führung einer Nation, und sie allein können auch der Stolz eines Volkes sein, und niemals jene Parlamentarier, deren Geburtsort die Wahlurne und deren Vater der anonyme Stimmzettel ist.

Je größer die Aufgaben sind, die uns die Gegenwart stellt, um so größer wird die Autorität derer sein müssen, die diese Aufgabe so oder so lösen müssen. . . .

Denn das Volk wird mit Recht es nie verstehen, daß Probleme, über die seine Führung nicht ins Klare zu kommen vermag, ihm plötzlich selbst zur Diskussion und damit also zur Klärung vorgelegt werden¹⁾.

¹⁾ Der Volksentscheid vom 12. November 1933 unterscheidet sich daher grundsätzlich von den früheren: Es stand nicht zur Frage, ob Deutschland aus dem Völkerbund austreten solle oder nicht, sondern ob das Volk die Politik des Führers billigt: 1. die vollzogene Tatsache der Austrittserklärung und 2. die Gesamtrichtung der Innen- und Außenpolitik (daher die Verbindung mit einer Reichstagswahl).

Es ist denkbar, daß auch sehr weise Männer über besonders schwierige Fragen zu keiner ganz vollkommenen Klarheit zu kommen vermögen. Allein, es bedeutet die Kapitulation einer Führung an sich, wenn sie gerade solche Probleme dann der öffentlichen Behandlung und jeweiligen Stellungnahme übergibt. Denn sie mutet dadurch der breiten Masse mehr Urteilskraft zu, als die Führung selbst besitzt. Dann aber sollte sie auch die Konsequenzen ziehen und logischerweise denen die Führung übergeben, die sie dadurch als urteilsreifer hinstellt!

[Rundgebung zur Eröffnung des Parteitages am 30. August 1933]

8.

Partei und Staat

Träger des Staates waren vor der nationalsozialistischen Revolution die Parteien, obwohl das Wort Partei in der Weimarer Verfassung nicht vorkommt. Die Parteien stellten die Bewerberlisten für die Wahlen auf, und für diese Parteilisten mußten sich dann die Wähler entscheiden. Die Wahl, die Art. 22 der Reichsverfassung als „unmittelbar“ bezeichnet, war also in Wirklichkeit eine mittelbare Wahl. Die Abgeordneten waren nicht, wie es Art. 20 ausdrückt, „Abgeordnete des deutschen Volkes“, sondern Vertreter der verschiedenen Parteien.

Im letzten Reichstag vor der nationalsozialistischen Revolution (gewählt am 6. November 1932) waren von 21 Parteien, die am Wahlkampf teilgenommen hatten, 13 vertreten.

Der nationalsozialistische Staat kennt keine Parteien. Die Kommunistische Partei ist gleich nach den Revolutionswahlen vom 5. März verboten worden. Die Sozialdemokratie, deren Abgeordnete noch an der ersten Reichstags-sitzung am 23. März und bei der zweiten am 17. Mai teilgenommen hatten, wurde im Juni ebenfalls verboten. Die übrigen Parteien lösten sich selbst auf. Die Neugründung irgendwelcher Parteien ist durch Reichsgesetz untersagt.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ist zur Reichspartei geworden. Sie hat Verbindungsstäbe zu den einzelnen Reichsministerien eingerichtet. Sie besitzt ein besonderes Außenpolitisches Amt (APL unter Alfred Rosenberg). Der Stellvertreter Adolf Hitlers in der Parteiführung (Rudolf Heß) nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil.

Die Reichstagswahl vom 12. November 1933 war eine Entscheidung für oder gegen die vom Führer aufgestellte Liste. Bei einer Beteiligung von 95,2% stellten sich 92,2 % der Wähler mit 39 655 212 Stimmen hinter den Führer und die Männer seines Vertrauens und damit hinter die Gesamtpolitik der nationalsozialistischen Regierung. Am 5. März hatten die Nationalsozialisten nur 44,1 % = 17 269 629 Stimmen erhalten, die mit ihnen verbündete „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ 7,9 % = 3 133 938. Die Zahl der Gegner (3 398 404) mit den Nichtwählern (2 123 097) zusammen erreichte nicht mehr die Hälfte der am 5. März abgegebenen sozialdemokratischen (7 177 294) und kommunistischen (4 845 654) Stimmen.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Diese Art der Staatsgestaltung . . . hat eine neue Form des Zusammenwirkens zwischen Regierung und Volk gefunden. In ihr wird die Regierung zwar vom Volk beauftragt, nicht aber in der Durchführung dieses Auftrags von einem Konglomerat von Parteien kontrolliert. Dieser Auftrag ist souverän, und nach dem großen Umfang von Macht, der damit verbunden ist, richtet sich auch das Maß der Verantwortung, das damit übernommen wird. Wir regieren nicht gegen das Volk und auch nicht ohne das Volk. Wir sind nur seine Willensvollstrecker. . . . Wenn es Sinn einer wahren Demokratie ist, die Völker zu führen und ihnen den Weg zu Arbeit und Frieden zu zeigen, dann, glaube ich, ist diese wahre Demokratie in Deutschland, und zwar gegen die Parteien, die nur ihr Zerrbild abgeben, verwirklicht worden.

[Am 28. September 1933 vor der ausländischen Presse in Genf]

Der Führer:

Die Parteien sind nicht geschlagen, sondern sie sind überwunden.

[Am 26. Oktober 1933 in Köln]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Daß Hitler den Parteienstaat überwand und das ganze deutsche Volk in einem Willen und in einer Tatbereitschaft zusammenschloß, das ist vielleicht die größte historische Leistung. . . .

[Am 17. Juli 1933 im Rundfunk]

Der Führer:

Die Frage, die sich nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 erhob, war die, ob es erstens noch einen genügend großen Kern jenes Rassenbestandteiles in unserem Volke gibt, der die Bildung

unseres Volkes einst eingeleitet und durchgeführt hat und damit allein fähig sein kann, diese Gemeinschaft weiterzuführen und damit zu erhalten, und ob es zweitens gelingt, diesen Teil zu finden und mit der Führung zu betrauen. . . .

Diese Menschen aus all den verschiedenen Ständen, Berufen und sonstigen Schichten herauszufinden, war die gestellte Aufgabe.

Dies war aber in Wahrheit eine sozialistische Handlung. Denn: indem ich mich bemühe, für jede Funktion des Lebens aus meinem Volk den dafür Geborenen zu suchen, um ihm auf diesem Gebiet die Verantwortung zu übertragen ohne Ansehen seiner bisherigen wirtschaftlich bedingten oder gesellschaftlichen Herkunft, handele ich im Interesse aller. Wenn aber das Wort Sozialismus überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann es nur den haben, in eiserne Gerechtigkeit, das heißt tiefster Einsicht, jedem an der Erhaltung des Gesamten das aufzubürden, was ihm dank seiner angeborenen Veranlagung und damit seinen Werten entspricht. . . .

Es gab hier nur eine Möglichkeit: Man konnte nicht von der Rasse auf die Befähigung schließen, sondern man mußte von der Befähigung den Schluß auf die rassische Eignung ziehen.

Die Befähigung aber war feststellbar durch die Art der Reaktion der einzelnen Menschen auf eine neu zu proklamierende Idee. Dies ist die unfehlbare Methode, die Menschen zu suchen, die man finden will, denn jeder hört nur auf den Klang, auf den sein Innerstes abgestimmt ist. Man propagiere die Gewinnsucht als Inhalt einer Bewegung, und alle Egoisten werden sich ihr anschließen. Man predige die feige Unterwerfung, und was unterwürfig ist, wird kommen. Man erhebe Diebstahl, Raub und Plünderung zu Idealen, und die Unterwelt organisiert sich in Ringvereinen. Man denke nur an den Besitz und rede von Geschäften und kann dann seine Anhänger in Wirtschaftsparteien vereinen. Man fordere aber Opfer und Mut, Tapferkeit, Treue, Glaube und Heroismus, und melden wird sich der Teil des Volkes, der diese Tugenden sein eigen nennt.

Dies aber war für alle Zeiten jener Faktor, der Geschichte machte. . . . Es hat sich gezeigt, daß aus den Bauernstuben und Arbeiterhütten heraus die geborenen Führer gekommen sind, denn das war das Wunderbare dieser Zeit der Propagierung unserer Idee, daß sie ihre Wellen hinaustrug über das ganze Land und

daher im Laufe der Zeit die Bedingungen für die Zugehörigkeit verschärfen, nicht vermindern oder schwächen.

Niemals aber darf dieser Kern vergessen, daß er seinen Nachwuchs im ganzen Volk zu suchen hat. Er muß daher in stetiger Arbeit die ganze Nation nach seinen Prinzipien führen, d. h. sie lebendig erfassen. Nur bei dieser ununterbrochenen Arbeit mit und für und um das Volk entsteht ein wirklich innerer Bund, aber auch die Fähigkeit, das zu dieser Auslese Gehörende im Volke zu erkennen. Denn eine solche Auslese der politischen Führungs-

fähigkeit muß ängstlich darüber wachen, daß kein wirkliches Genie im Volke lebt, ohne gesehen und bei sich aufgenommen zu werden. . . .

Das Volk hat aber ein Recht zu fordern, daß, wie auf allen Gebieten des sonstigen öffentlichen Lebens, auch auf dem Gebiete der Politik seine fähigsten Söhne berücksichtigt werden. . . .

[Am 3. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Der stellvertretende Führer der NSDAP,
Reichsminister Rudolf Heß:

Die Teilnehmer des Parteikongresses [auf dem Reichsparteitag in Nürnberg] wurden durch den Führer berufen auf Grund der bewiesenen Leistung. Indem sie Vertreter des Nationalsozialismus



Rudolf Heß

Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei- und Oberster Stellvertreter des Führers in allen

Leiter der Politischen Zentralkommission	Stabschef der SA	Reichsführer der SS
Vorfig. des Reichs-USChA (Untersuchungs- u. Schlichtungsausschuß)		Vorfig. d. II. Kammer
Reichs-Presseschef	Leiter des Agrarpolitischen Amtes	Reichspropaganda
Leiter des Außenpolitischen Amtes		Reichsjugendführer

Gliederung der

Politische Zentralkommission: a) Kommission für Beratung und Überwachung der national sozialistischen Presse, c) Kommission für Wirtschaftsfragen

Politische Organisation (PO): 1. NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation), Abteilung, 5. NS Kriegsofopferversorgung,

Reichsschatzmeister	Reichsgeschäftsführer	Reichspropagandaleiter	USChA RL
		Rechtsabteilung RL	Amtsleiter der Presse

Landesinspektoren (9)
für je 4—5 Gaue; vom Führer ernannt und abberufen

Gauleiter (36)
vom Führer ernannt und abberufen

Kreisleiter
vom Gauleiter ernannt und abberufen
Unterstellt: Kreis-USChA-Vorsitzender, Kreiskulturwart, Kreispressewart, Kreiskassenwart

Ortsgruppenleiter (Stützpunktleiter)
auf Vorschlag des Kreisleiters vom Gauleiter ernannt und abberufen
Unterstellt: Kulturwart, Pressewart, Werbewart, Kassenwart

Zellenleiter
auf Vorschlag des Ortsgruppenleiters vom Kreisleiter ernannt und abberufen

Blochwarte
auf Vorschlag des Zellenleiters vom Ortsgruppenleiter ernannt und abberufen

P a r t e i g e n o s s e n

Deutschen Arbeiterpartei

GA-Führer: Adolf Hitler

Fragen der Parteiführung: Rudolf Heß

Reichsschatzmeister		Reichsgeschäftsführer	
des Reichs-USChA		Stabsleiter der PD (Politische Organisation)	
leiter	Leiter der Rechtsabteilung	Amtsleiter für die Presse	
Leiter des Wehrpolit. Amtes		Schriftführer des Nat.-Soz. D. Arbeiter-Vereins	

Reichsleitung

sozialistisch-parlamentarischen Arbeit in den Ländern, b) Kommission zur Überwachung der national-

2. NS Bunde (Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation), 3. NS Frauenschaft, 4. NS Beamten-
6. NS Volkswohlfahrt

(Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß Reichsleitung)

Agarpolitisches Amt

Außenpolitisches Amt

Wehrpolitisches Amt

Landesleiter für Österreich

Vom Führer infolge ihres besonderen Aufgabengebietes genehmigte Fachbünde:

Volksgesundheit: Nationalsozialistischer Ärztebund,

Volkserziehung: Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB),

Volkerecht: Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen (BNJ).

Die vorstehenden Bünde sind in sich ähnlich der Politischen Organisation (Reichs-
leitung, Gauleitung und teilweise noch weiter) gegliedert.

sind, sind sie Repräsentanten der überwältigenden Mehrheit. Dieser Kongreß ist somit als die modernste Volksvertretung zu bezeichnen, so wie das heutige Deutschland die modernste Demokratie der Welt darstellt, deren Führung, im Volke wurzelnd, getragen durch das Vertrauen der Mehrheit des Volkes, sich das Recht zur Führung aus eigener Kraft erworben hat, in einem Ausleseprozeß, der an Stelle der toten Zahl das Leistungsprinzip setzt im Hinblick auf die Befähigung zu führen.

„Alle Gewalt geht vom Volke aus!“ Der organisierte Ausdruck des Willens des Volkes ist die Partei. Sie ist daher die Trägerin der politischen Führung der Nation. Der Führer der Partei wurde folgerichtig zum Führer der Nation.

[Bei der Eröffnung des Parteikongresses am 1. September 1933]

Der Führer:

Die Art unserer Organisation, die keine Abstimmungen kennt und keine Wahlen, die nur Autorität, Disziplin, Verantwortung und Unterordnung kennt, diese Art unserer Organisation verhindert es, daß irgend jemand hoffen kann, sie jemals zu zerlegen. Wir haben den Schlüssel gefunden, der für alle Zukunft den Feinden unseres Volkes das Tor versperren wird.

Wir müssen daher diese Prinzipien als ewig gültige hochhalten und müssen dabei durch die Partei, durch den Führerstaat das Beispiel geben, daß kein Deutscher glaubt, etwas Außerordentliches zu tun, wenn er das tut, was für die Bewegung zu tun heilige Pflicht ist.

Je mehr unser Volk von dieser Bewegung geformt und getragen wird, um so mehr rückt sie in den Mittelpunkt der allgemeinen Betrachtung. Alle Blicke konzentrieren sich auf sie. Sie muß sich dessen bewußt sein, und insbesondere müssen ihre Führer diese hohe Ehre, aber auch diese unerhörte Verpflichtung, die darin liegt, begreifen.

Die Bewegung wird der ganzen Nation vorbildlich vorangehen, so daß wir nicht nur die Führung besitzen, weil wir nun die Macht haben, sondern daß wir die Macht haben, weil wir zu Recht die Führung sind.

[Am 2. September 1933 vor den Amtswaltern auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

9. Die Stellung von SA, SS und St

Neben den Parteien hatten sich im Staate von Weimar Kampfbünde gebildet. Der Rote Frontkämpferbund focht — oft mit Dolch und Revolver — für ein bolschewistisches Deutschland nach dem Muster der russischen Sowjetunion. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, einst als Schuttruppe für die eigentlichen Parteien des Weimarer „Systems“ — Sozialdemokratie, Bürgerliche Demokratie und Zentrum — gegründet, war immer mehr eine Parteilgarde der Zweiten (sozialdemokratischen) Internationale geworden. Das Zentrum hatte zuletzt noch eine katholische „Kreuzschar“ gebildet. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, bereits im November 1918 von Franz Selbte gegründet, sammelte die nationalen Frontsoldaten, ohne sich einer bestimmten Partei zu verschreiben. Bei den Reichspräsidentenwahlen von 1932 stellte er zunächst einen eigenen Bewerber auf und gab nachher seinen Mitgliedern die Wahl zwischen Hindenburg und Hitler frei. Für die Revolutionswahlen vom März 1933 bildete er zusammen mit der Bürgerlichen Rechten, der Deutschnationalen Volkspartei, die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“. Die SA (Sturmabteilung) und die SS (Schutzstaffel) faßten unter der straffen Führung Adolf Hitlers die Soldaten der Idee des nationalen Sozialismus zusammen. Während der deutschen Revolution vom Januar bis März 1933 bildeten dann die Deutschnationalen besondere „Kampfringe“ in der Hoffnung, dadurch ihre eigene (auf den Gedanken der Vorkriegszeit fußende) Stellung im neuen Staate halten und ausbauen zu können.

Im nationalsozialistischen Staat gibt es nur nationalsozialistische Verbände. Ende April 1933 trat Reichsminister Selbte als Führer des Stahlhelms in die NSDAP ein, und im Juni wurde sein Frontkämpferbund in die nationalsozialistische Bewegung eingegliedert. Der Stahlhelm nahm das Hakenkreuz an, unterstellte sich der Führung Hitlers und trat neben SA und SS.

Der Führer:

Es war verständlich, wenn in den Jahren nach der Revolution an den verschiedensten Stellen unseres deutschen Vaterlandes der Widerstand gegen die Novemberverräter und ihr unheilvolles Regiment versucht wurde. Unabhängig voneinander, ohne sich gegenseitig überhaupt zu kennen, standen Männer auf und organisierten Parteien und Verbände zum Kampf gegen den marxisti-

schen Staat. Sie alle haben ohne Zweifel das Beste gewollt. Allein wenn Deutschland gerettet werden sollte, dann konnte das nur durch eine Bewegung geschehen und nicht durch dreißig. Die Zukunft unseres Volkes hängt nicht davon ab, wieviele Verbände für diese Zukunft eintreten, sondern davon, ob es gelingt, das Wollen der vielen einem einzigen Willen unterzuordnen und damit in einer Bewegung schlagfähig zusammenzufassen. So wie die deutsche Reichswehr einst gezwungen war, trotz aller Verdienste der einzelnen Freikorps, diese zu beseitigen, um dem deutschen Volke wieder eine einzige Armee zu geben, so war die nationalsozialistische Bewegung nicht minder gezwungen, ohne Rücksicht auf Verdienst oder Nichtverdienst die zahllosen Bünde, Vereine und Verbände zu beseitigen, um dem deutschen Volk endlich eine einzige einheitliche Organisation seines politischen Willens aufzubauen. . . . Die Unabänderlichkeit dieses Entschlusses legt uns aber die Pflicht auf, gerecht zu sein. Wir wollen daher als Deutsche und Nationalsozialisten ehrlich den Unterschied erkennen, der zwischen anderen Verbänden und dem Stahlhelm bestand, wir wollen zugeben, daß sich in diesem als dem Bunde der deutschen Frontsoldaten Hunderttausende deutscher Männer zusammenfanden, die damit dem System entzogen wurden. In der Stunde der Wende des deutschen Schicksals aber bekannte sich der 1. Bundesführer zur nationalsozialistischen Revolution. Nunmehr hat dieser auch die letzte Konsequenz aus der geschichtlichen Entwicklung gezogen und verfügt, daß, abgesehen vom Traditionsverband der alten Frontsoldaten, der gesamte junge Stahlhelm in die SA, der Scharnhorstbund in die Hitlerjugend eingegliedert und mir unterstellt werden. . . . Dieser Entschluß wird einst in der deutschen Geschichte als sehr seltener Beweis für ein wirklich großherziges, nationales Denken gewertet werden. [Aufruf vom 27. Juni 1933]

Reichsminister Selbste:

Wir Stahlhelmer haben unseren Bund, den wir immer nur als Instrument des Frontgeistes und des Dienstes an Deutschland betrachtet und bezeichnet haben, dem Führer zur Verfügung und dem braunen Heer dessen feldgraue Kameraden zur Seite gestellt. Auf dieses freiwillige und freudige Zueinander-

habe eine Mahnung und einen Befehl an meine SS-Männer. Wir wollen und wir werden in den heutigen besseren Zeiten die Toten nicht vergessen und werden genau dieselben bleiben wie in den Zeiten, die schlecht für uns waren, immer dieselben, ob uns die Sonne scheint oder nicht, immer dieselben Soldaten im schwarzen Rock, unwandelbar treu. Wir geloben unwandelbaren Gehorsam im Korpsgeist der Schwarzen Front. So bleiben wir für die Bewegung und für den Führer, der uns den Wappenspruch verliehen hat: „Deine

Ehre heißt Treue!“, immer die alten; in guten wie in schlechten Zeiten befehlt uns immer nur eines: Deutschland, Deutschland über alles!

[Am 13. August 1933 beim SS-Appell im Stadion Berlin]

Der Führer:

Wir dürfen nicht hoffen, daß jemals etwas Wirklichkeit wird, was wir nicht selbst verwirklichen. Damit ist die Aufgabe der SA und SS und unserer nachwachsenden Jugend gekennzeichnet: Ihr seid bisher die Garde der nationalen Revolution gewesen, ihr habt diese Revolution getragen, mit Eurem Namen wird sie für

4 Gehl, Der nationalsozialistische Staat 1. Heft



(Phot. P. J. Hoffmann)

Reichsführer der SS
Heinrich Himmler

ewig verbunden sein. Ihr müßt der Garant sein für den siegreichen Vollzug dieser Revolution, und sie wird nur dann siegreich vollzogen sein, wenn durch Eure Schule ein neues deutsches Volk herangebildet wird. Viele sehen sie im äußeren Ausdruck, in der Aufwallung eines Gefühls. Nein! Wir werden dafür sorgen, daß diese Gemeinschaft des deutschen Volkes politisch für die kommenden Jahrhunderte garantiert sein wird durch die Erziehung des jungen deutschen Mannes. Diese Erziehung ist unsere und eure Aufgabe. Wenn das Heer der Waffenträger der Nation ist, dann müßt ihr sein der Willensträger, der politische, gestaltende Willensträger der deutschen Nation. Wenn das Heer Waffenschule ist des deutschen Volkes, dann muß in euch die politische Schule liegen, so daß einst aus diesen beiden Faktoren — politische Willensbildung und Verteidigung des Vaterlandes — eine große Ergänzung wird. Die Fahne, die wir tragen, ist die Fahne der politischen und geistigen Revolutionierung des deutschen Volkes. Es muß deshalb einmal die Zeit kommen, da unter unserem Banner wirklich ganz Deutschland marschirt. Wir wollen dabei nicht kleinlich sein und jedem die Hand reichen, der sich hier mit anschließen will. Allein am Ende unseres Weges muß stehen ein deutsches Volk mit einer politischen Willensorganisation. Ich möchte nicht in das Grab sinken bei dem Gedanken, daß einmal spätere Jahrhunderte mir und damit euch vorwerfen könnten: „Auch ihr habt die größte deutsche Aufgabe nicht erkannt und nicht erfüllt.“ Wir haben sie erkannt und sind gewillt, sie zu erfüllen! . . . Wir gehen jetzt einer schweren Zeit entgegen. Das ganze Leben wird niemals etwas anderes sein als Kampf. Aus dem Kampf seid ihr gekommen, hofft nicht für morgen oder übermorgen auf Frieden. Wir müssen den Kampf um das Innere des deutschen Menschen fortführen. Wir wollen keinen Krieg und kein Blutvergießen, aber wir wollen das Recht zum Leben, das Recht zur Freiheit. Wir wollen, daß das deutsche Volk nicht als Paria behandelt wird. Schwer wird die Zukunft sein. Sie wird ein großer Erfolg für unsere Fahne werden. Wenn ihr das bleibt, was ihr gewesen seid, die eiserne Garde der Revolution, treu und diszipliniert wie einst der Soldat des deutschen Volkes, dann wird die Zukunft wieder das gutmachen, was die Vergangenheit einst sündigte.

Deutschlands Fahne kann nur sein die Fahne der Ehre. Kein Feind kann euch die Fahne nehmen, wenn ihr selbst sie in Ehren haltet. Das soll unser Gelöbniß sein, daß wir unsere Fahne als Fahne der deutschen Erhebung der alten Fahne der Vergangenheit zur Seite stellen werden. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Fahne sich ehrenvoll behaupten kann neben dem alten Symbol der Vergangenheit, für das Hunderte von Regimentern in die Schlachten und in den Tod gegangen sind und wofür zahllose Schiffsbesatzungen auf allen Weltmeeren gestritten haben und auch gefallen sind. Die Fahne der deutschen nationalen Revolution ist der alten Fahne der Vergangenheit würdig als Symbol des deutschen Volkes, der deutschen Ehre und der deutschen Freiheit.

[Am 8. Mai 1933 beim SA-Treffen der Nordmark in Kiel]

10.

Reich und Länder

Das Erste Reich der Deutschen, das Reich der mittelalterlichen Kaiser, ist vornehmlich daran zerbrochen, daß immer wieder die Fürsten aufstanden gegen den Kaiser. Seit dem Ende der Staufer in der Mitte des 13. Jahrhunderts war das Deutsche Reich eine Fürstenrepublik. Staatsrechtlich festgelegt wurde dieser Zustand im Westfälischen Frieden, der 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendete. Damals wurde den einzelnen Fürsten zu der vollen inneren Staatshoheit auch die außenpolitische Hoheit zugestanden: Sie durften untereinander und mit fremden Staaten Bündnisse und Verträge schließen.

Als Bismarck das Zweite Reich der Deutschen schuf, da konnte er es nur gründen als „ewigen Bund“ der Fürsten und Freien Städte. Außer den Zöllen, den Verbrauchssteuern und der Post hatte das Reich keine eigenen Einnahmen und lebte von Umlagebeiträgen der einzelnen Bundesstaaten. Schwarz-weiß-rote Grenzpfähle trennten nur das Reichsland Elsaß-Lothringen von Frankreich; an den übrigen Reichsgrenzen prangten die Farben des jeweiligen Bundesstaates. Bayern unterhielt im Ausland sogar besondere Gesandtschaften, und bei den Friedens-

verhandlungen mit Rußland 1917 in Brest-Litowsk war neben dem Reich Bayern mit eigener Stimme vertreten.

Die Weimarer Verfassung von 1919 nahm den deutschen „Ländern“ eine Reihe von Sonderrechten. So verlor Bayern die eigene Postverwaltung mit den eigenen Briefmarken, wurden die bis dahin einzelstaatlichen Eisenbahnen Reichsbahn (bis man sie 1924 zum Zwecke der Tributzahlung in eine private Gesellschaft verwandelte). Das Reich erhob die Steuern und teilte nun umgekehrt den Einzelstaaten ihre Anteile zu. Aber ein Reichsbürgerrecht führte man nicht ein: Auch weiterhin durfte sich der Deutsche im Auslande amtlich nicht als Reichsdeutscher bezeichnen, sondern laut Paß nur als Preuße, Oldenburger, Hesse usw. Als Adolf Hitler sich 1932 um die Reichspräsidenschaft bewarb, mußte er, der Österreich-Deutsche, den Umweg über Braunschweig wählen, um als Braunschweiger dann auch Reichsdeutscher zu sein.

Zum erstenmal in der Geschichte ließ die nationalsozialistische Regierung bei der Volkszählung, die sie im Juni 1933 veranstaltete, die Frage nach der Staatsangehörigkeit nicht mehr beantworten mit Bayern, Thüringen, Bremen usw., sondern mit „Deutsches Reich“.

Aus dem Programm der NSDAP:

25: Wir fordern die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralapparates über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen . . .

Der Führer:

Da für uns der Staat an sich nur eine Form ist, das Wesentliche jedoch sein Inhalt, die Nation, das Volk, ist es klar, daß ihren souveränen Interessen alles andere sich unterzuordnen hat. Insbesondere können wir keinem einzelnen Staat innerhalb der Nation und des diese vertretenden Reiches eine machtpolitische Souveränität und Staatshoheit zubilligen. . . . Die Bedeutung der Einzelstaaten wird künftig überhaupt nicht mehr auf staats- und machtpolitischem Gebiet liegen; ich erblicke sie entweder auf stammesmäßigem oder auf kulturpolitischem Gebiete. . . .

Der Nationalsozialismus muß grundsätzlich das Recht in Anspruch nehmen, der gesamten deutschen Nation ohne Rücksicht

auf bisherige bundesstaatliche Grenzen seine Prinzipien aufzuzwingen und sie in seinen Ideen und Gedanken zu erziehen. . . .

Die nationalsozialistische Idee fühlt sich durch einzelstaatliche Gebiete unseres Vaterlandes nicht gebunden und begrenzt. . . . Sie hat das Leben eines Volkes zu bestimmen und neu zu ordnen und muß deshalb für sich gebieterisch das Recht in Anspruch nehmen, über Grenzen, die eine von uns abgelehnte politische Entwicklung zog, hinwegzugehen. Je vollständiger der Sieg ihrer Ideen wird, um so größer mag dann die Freiheit im einzelnen sein, die sie im Innern bietet. [Mein Kampf]

Der Führer:

Als sich im Laufe der tausendjährigen Entwicklung unseres Volkes über die deutschen Stämme und quer durch sie hinweg Staaten zu bilden begannen, entstanden auch jene Gebilde, die wir noch heute als Länder vor uns sehen. Ihr Werden ist nicht einer völkisch gesehenen Notwendigkeit zuzuschreiben. Bei einem Abwägen ihrer Vorteile und Nachteile für die deutsche Nation verschwinden die ersteren gegen die letzteren. Selbst auf kulturellem Gebiet hat sich schöpferisch die werdende Nation als die fruchtbarere erwiesen. Nur durch den immer gegebenen Zusammenhang zwischen politischen und kulturellen Brennpunkten entstand jene Dezentralisation der deutschen Kunst, die uns allen unser Vaterland so schön und reich erscheinen läßt.

Indem wir entschlossen sind, diese und alle anderen wertvollen Traditionen zu wahren, müssen wir gegen jene Belastungen unserer nationalen Einheit vorgehen, die staatspolitisch unserem Volk seit vielen Jahrhunderten schwersten Schaden zugefügt haben. Was würde Deutschland sein, wenn nicht schon Generationen vor uns mit dem himmelschreienden Unfug einer deutschen Kleinstaaterei aufgehört hätten, der an keinem Ort dem deutschen Volke, sondern überall nur seinen Feinden zugute gekommen ist? Ein Volk, das eine Sprache redet, eine Kultur besitzt, nur in einer gemeinsamen Geschichte die Gestaltung seines Schicksals erlebte, kann nicht anders, als auch in seiner Führung eine Einheit anstreben. . . .

Das frühere Deutsche Reich mochte sich wenigstens scheinbar noch auf den einzelnen Ländern aufbauen. Die Länder selbst aber

konnten sich schon nicht mehr aufbauen aus den deutschen Stämmen, sondern höchstens aus deutschen Menschen.

Das heutige Deutsche Reich baut sich aber nicht mehr auf den deutschen Ländern auf, auch nicht auf den deutschen Stämmen, sondern auf dem deutschen Volk und auf der das ganze deutsche Volk erfassenden und umschließenden Nationalsozialistischen Partei.

Das Wesen des kommenden Reiches wird daher nicht mehr bestimmt von den Interessen und Auffassungen der Bausteine des Vergangenen, sondern durch die Interessen der Bausteine, die das heutige Dritte Reich geschaffen haben.

Es ist daher weder Preußen, noch Bayern, noch irgendein anderes Land ein Pfeiler des heutigen Reiches, sondern die einzigen Pfeiler sind das deutsche Volk und die nationalsozialistische Bewegung.

Die einzelnen deutschen Stämme aber werden glücklicher sein, wieder diese mächtige Einheit darzustellen, als sie es einst in ihrer nur vermeintlichen Selbständigkeit jemals sein konnten. Denn ein deutsches Land von sechs oder sieben Millionen oder auch mehr Menschen würde niemals selbständig sein, sondern wäre stets nur der Spielball der Einflüsse seiner mächtigen Umgebung. Die nationalsozialistische Bewegung ist daher nicht der Konservator der Länder der Vergangenheit, sondern ihr Liquidator zugunsten des Reiches der Zukunft.¹⁾ Da sie selbst als Partei weder norddeutsch noch süddeutsch, weder bayrisch noch preussisch, sondern nur deutsch ist, löst sich in ihr jede Rivalität aller deutschen Länder und Stämme als wesenlos auf.

[Rundgebung zur Eröffnung des Parteitages am 30. August 1933]

Der Führer:

So wenig wir dulden, daß irgendein Geist der Zwietracht die Einheit der Nation bedroht, unverständige Eigenbrötelei die Kraft des politischen Willens schwäche, so sehr hängen wir an der Eigenart der deutschen Lande und wollen pflegen den Reichtum der Vielgestaltigkeit unseres inneren Lebens.

[Am Tage der deutschen Kunst in München; 15. Oktober 1933]

¹⁾ Am 13. Oktober 1933 haben die Landtage der beiden Mecklenburg beschlossen: „Das Land Mecklenburg-Schwerin wird (vom 1. Januar 1934 ab) mit dem Lande Mecklenburg-Strelitz vereint.“

Das Reichsstatthaltergesetz:

§ 1: In den deutschen Ländern, mit Ausnahme von Preußen, ernennt der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Reichsstatthalter. Der Reichsstatthalter hat die Aufgabe, für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen. Ihm stehen folgende Befugnisse der Landesgewalt zu:

1. Ernennung und Entlassung des Vorsitzenden der Landesregierung und auf dessen Vorschlag der übrigen Mitglieder der Landesregierung;

2. Auflösung des Landtages und Anordnung der Neuwahl . . .

3. Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze . . .

4. auf Vorschlag der Landesregierung Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Staatsbeamten und Richter, soweit sie bisher durch die oberste Landesbehörde erfolgte;

5. das Begnadigungsrecht . . .

§ 2: Der Reichsstatthalter darf nicht gleichzeitig Mitglied einer Landesregierung sein. Er soll dem Lande angehören, dessen Staatsgewalt er ausübt. Er hat seinen Amtssitz am Sitze der Landesregierung.

Für mehrere Länder, deren jedes weniger als 2 Millionen Einwohner hat, kann ein gemeinsamer Reichsstatthalter, der An-



(Phot. D. J. Hoffmann)

Hermann Göring

gehöriger eines dieser Länder sein soll, ernannt werden. Den Vorschlag bestimmt der Reichspräsident.

§ 3: Der Reichsstatthalter kann auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten jederzeit abberufen werden.

§ 4: Mißtrauensanträge des Landtages gegen Vorsitzende und Mitglieder von Landesregierungen sind unzulässig.

§ 5: In Preußen übt der Reichskanzler die im § 1 genannten Rechte aus. Er kann die im § 1 unter Ziffer 4 und 5 genannten Rechte auf die Landesregierung übertragen. Mitglieder der Reichsregierung können gleichzeitig Mitglieder der Preussischen Landesregierung sein.

[Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Wir erinnern uns heute fast mit Schauern der Tatsache, daß noch vor einem halben Jahre ein sogenannter Länderministerpräsident [Dr. Held in Bayern], der allerdings nur eine sterbende Partei [Bayerische Volkspartei], aber kein lebendiges Volk mehr hinter sich hatte, ungestraft der Reichsregierung drohen durfte, er werde, sollte sie es sich einfallen lassen, einen Kommissar über seine Grenze zu schicken, diesen verhaften lassen. . . . Durch das Reichsstatthaltergesetz sind solche Dinge für alle Zukunft unmöglich gemacht. Das Reich wird von einer Stelle aus regiert, und eine Sabotage seiner Aufbauarbeit kommt nirgendwo mehr in Frage.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Wie der Nationalsozialismus Bauer, Bürger, Arbeiter, Katholiken und Protestanten vereinigt, so wird er auch Süddeutsche und Norddeutsche, Ostdeutsche und Westdeutsche vereinigen. Es wird einmal in Deutschland ein ganz einheitliches machtpolitisches Denken geben. Es wird die Zeit kommen, wo man auf die Frage: „Woher kommst du?“ nicht mehr antwortet: „Ich bin Bayer, oder Preuße“, sondern wo die Antwort bei 66 Millionen lautet: „Ich bin ein Deutscher.“

[Am 22. September 1933 in Berlin]

Haltet daher die Fahnen und neuen Symbole, unter denen sich Deutschlands Wiedergeburt vollzog, heilig und in Ehren, so wie ihr wünscht, daß andere sie in Ehren sehen sollen. Seht in diesen Fahnen nicht ein äußeres Zeichen, sondern seht in ihnen zugleich eine lebendige Verpflichtung!

[Am 3. September 1933 bei der Fahnenweihe auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Dritter Teil

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung

12. Gemeinnutz vor Eigennutz

Aus dem Programm der NSDAP:

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt:

Der Nationalsozialist versteht unter dem deutschen Sozialismus, daß jeder auf seinem Platz das Beste hergibt für sein Volk und für die Gesamtheit und sich einordnet, alles für das Volk zu tun. . . .

[Am 13. August 1933 in Köln]

Aus dem Programm der NSDAP:

11. Wir fordern Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung. . . .

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Ent-

eignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

Adolf Hitlers Erklärung vom 13. April 1928: Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen.

Staatssekretär Dipl.-Ing. Feder:

Gemeinnutz vor Eigennutz ist zunächst eine sittliche Forderung. Sie gibt aber gleichzeitig in ausgezeichneter sprachlicher Klarheit die Rangordnung an zwischen dem Wohl der Gesamtheit und dem berechtigten Streben des einzelnen nach persönlichem Erwerb und Besitz. . . . Der Nationalsozialismus . . . weiß, daß persönlicher Besitz und freies Verfügungsrecht über das Erworbene die Grundlage jeder Wirtschaft und darüber hinausgehend jeder höheren Kultur ist; aber ebensosehr hat der Nationalsozialismus erkannt, daß es für die Anerkennung des Privateigentums ganz bestimmte Grenzen zu ziehen gilt, nämlich da, wo Besitz zum bloßen Machtinstrument wird und sich in ausbeuterischer Weise gegen das Wohl der Gesamtheit wendet. . . . Das Wirtschaftsideal des Nationalsozialismus fordert im schroffen Gegensatz zu den Wirtschaftsextremen des marxistischen Sozialismus und des hochkapitalistischen Mammonismus die Verwirklichung des Grundsatzes „Jedem das Seine“.

[Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage]

Der Führer:

Mit dem Zusammentreffen verschiedenst zu wertender Menschen wird auch das Ergebnis ihrer Leistungen verschieden sein, das heißt, die qualitativ höherstehende Rasse wird mehr zum Gesamtergebnis der gemeinsamen Arbeit beisteuern als die qualitativ schlechtere. Insbesondere aber werden die Fähigkeiten auf verschiedenen Ebenen liegen. Die primitivste Fähigkeit der einen Rasse schafft von vornherein andere Werte als die höher entwickelte oder anders geartete

des Lebenspartners. Damit aber wird die Verwaltung des Arbeitsertrages zwangsläufig einer Aufteilung verfallen, die von der Berücksichtigung der Leistung ausgeht. Das heißt mit anderen Worten: das Geschaffene wird als Eigentum in dem Maße wieder verwaltet, als es entstand.

Der Gedanke des Privateigentums ist daher unzertrennlich verbunden mit der Überzeugung einer verschiedenartigen und verschiedenwertigen Leistungsfähigkeit der Menschen und damit wieder mit der Verschiedenartigkeit und -wertigkeit der Menschen selbst.

[Am 3. September 1933 in der Schlussansprache auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

13. Bauerntum und Landwirtschaft

Der Freiherr vom Stein hatte (1807/08) einen freien Bauernstand als Hauptträger des Staates schaffen wollen. Sein Nachfolger Hardenberg aber verfälschte seine Pläne: Für die Befreiung von Zinsen und Diensten mußten die Bauern bis zur Hälfte ihres Besitzes an den Grundbesitzer abtreten. So waren viele nicht mehr lebensfähig. Hunderttausende gaben ihren Hof auf und zogen in die Stadt. Dadurch gingen in einem knappen halben Jahrhundert (1816—1860) etwa 1,6 Millionen Morgen Land an den im Osten schon aus der Zeit der Besiedlung im 13. Jahrhundert und aus der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg stark vertretenen Großgrundbesitz über. 1907 standen dort 3,3 Millionen Morgen Bauernland 4 Millionen Morgen Großbesitz gegenüber. Der Osten entvölkerte sich mehr und mehr. Während der Bestellung und während der Ernte wurden dafür billige polnische Wanderarbeiter beschäftigt.

Nach dem Weltkrieg und dem Verfall der deutschen Währung (1923) haben die Bauern und die Großgrundbesitzer vielfach erhebliche Schulden aufgenommen, um ihren Hof in Ordnung zu bringen, neuzeitliche Maschinen, Dünge- und Futtermittel zu kaufen. Die damals meist hohen Zinsen waren bei den steigenden Preisen bis 1929 einigermaßen aufzubringen. Dann aber sanken die Preise ständig. Die Zinsen dagegen blieben nach kapitalistischen Grundsätzen auf der unter ganz anderen Voraussetzungen vereinbarten zahlenmäßigen Höhe. So geriet die Landwirtschaft in wachsende Not. Die Maßnahmen der Regierungen von 1932 — Osthilfe, Sicherung gegen Zwangsversteigerung, leichte Zinsentung, Zollerhöhungen zur Preisstützung — halfen nur wenig.

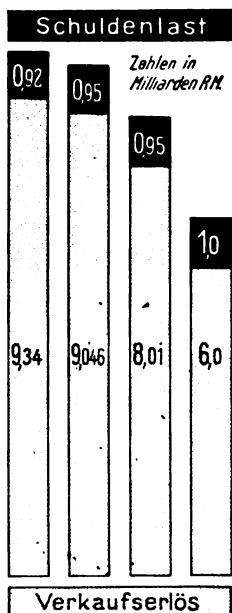
Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Was wir Volkstum, Volkstumft, Volkswiesheit nennen, ist zum guten Teil Bauerntum, Bauernkunft, Bauernwiesheit, und durchweg ist es der Charakter der Gediegenheit, der unverwüßlichen Lebenskraft, der den Erzeugnissen dieser Art innewohnt, während, was die Stadtmode bringt, in wenigen Monden wieder vergessen ist.

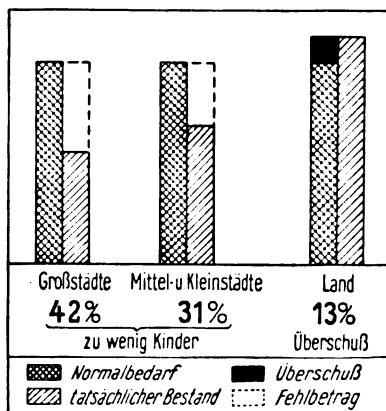
[Das Bauerntum als Lebens-
quell der nordischen Rasse]

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Wenn man nicht die Bevölkerungsziffer als Ganzes nimmt, sondern die



Die Zinslast
der deutschen
Landwirtschaft



Die Kinderzahl
in Stadt und Land

Verhältnisse nach Stadt und Land besonders betrachtet, dann ergibt sich ein Bild, dessen Wesen außerordentlich besorgniserregend ist. . . . Nur noch das Landvolk verhindert in gewissem Umfange ein schnelles Absinken der Gesamtvolkszähl, weil nur noch das Landvolk einen unmittelbaren Geburtenüberschuß aufweist. Wie stark in den Städten das Absinken der Bevölkerungsziffer sich aus-

wirkt, möge man sich an dem Beispiel von Berlin vergegenwärtigen: Von 4 Millionen Einwohnern Groß-Berlins würden bei Abschluß von der Zuwanderung vom Land nach fünf Generationen — das sind 150 Jahre — noch knapp 100 000 Nachkommen übrig sein. Als umgekehrtes Beispiel sei auf die schwäbischen Bauern im Banat verwiesen, die im Jahre 1800 rund 70 000 waren, im Jahre 1900 dagegen 500 000.

Man hat gesagt, daß ein neuer, unerhörter Aufschwung der Industrie in Deutschland noch einmal ein Steigen der Bevölkerungszahl bewirken könne, wie es nach 1870 tatsächlich der Fall gewesen ist. Aber diese Hoffnung würde dann auf zwei falschen Voraussetzungen beruhen.

1. Die ungeheure Bevölkerungszunahme Deutschlands seit 1870 ist zwar mittelbar ein Ergebnis der Industrieentwicklung, aber die Industrieentwicklung als solche hat nicht von sich aus die Bevölkerungszunahme bewirkt, das heißt, daß nicht die in den Industrien unterkommenen Menschen sich so außerordentlich vermehrt haben, sondern daß die Industrie diejenigen Menschen festzuhalten vermochte, die das Land immer als Überschuß produziert hatte, und die bis dahin der Auswanderung verfallen waren. Wenn man die Zahlen vergleicht, so ergibt sich, daß die Landbevölkerung von 1870 bis einige Jahre nach der Revolution von 1918 sich ziffernmäßig nicht nennenswert vermehrte, in den letzten Jahren sogar ein geringes absolutes Absinken der Bevölkerungsziffer sah, während die Großstädte in den letzten 50 Jahren ungeheuer answollen. Waren 1870 noch kaum 5 % der Menschen in Großstädten, so sind es 1925 bereits 27 %.

2. Eine weitere falsche Voraussetzung der Hoffnung, daß man mit einer gesteigerten Exportindustrie die Bevölkerungsziffern des deutschen Volkes wieder absolut heben könnte, sind die weltwirtschaftlichen Tatsachen. . . . Was einst die alten Industriestaaten produziert haben, stellen heute zum großen Teil die Industrien der ehemaligen Agrarstaaten her. Nicht die Weltwirtschaft ist aus den Fugen gekommen und hat auf unsere Industrie zurückgewirkt, sondern die Aufnahmewilligkeit der alten Absatzmärkte für unsere Industrie ist absolut geringer geworden, weil eine dortige bodenständige Industrie den Absatzmarkt befriedigt.

Wir stehen also vor der erschütternden Tatsache, daß mit einer



R. Walther Darré

Wiederholung der Verhältnisse, die von 1870 bis etwa 1925 ein absolutes und relatives Ansteigen unserer Bevölkerungszahl bewirkt hatten, zukünftig nicht mehr zu rechnen ist. Weiterhin müssen wir feststellen, daß die Städte, auch die Mittel- und Kleinstädte, aus irgendwelchen unbekannten Gründen der Rasse unseres Volkes mittelbar und unmittelbar ungünstig sind.

Der spärliche Geburtenüberschuß von 13 %, den die Landbevölkerung heute noch liefert, ist die einzige Garantie dafür, daß ... wir als Volk im 20. Jahrhundert uns politisch und

wirtschaftlich überhaupt noch zur Behauptung bringen können. ... Ein nationalsozialistischer Staatsmann hat überhaupt keine andere Wahl als die, das Bauerntum zu erhalten um jeden Preis, um damit das deutsche Volk als solches zu erhalten.

[Am 2. September 1933 auf dem Parteitag in Nürnberg]

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Man darf nicht danach fragen, ob der Weg bis zur Schaffung eines lebensfähigen und festwurzelnden Bauerntums wirtschaftlich zu beantworten sei oder nicht. Man fragt ja auch nicht danach, ob eine Armee für ein Volk rentabel ist, denn sie ist zum Schutze notwendig.

[Am 10. September 1933 bei der Einweihung der Bauernhochschule zu Gransee in der Mark]

Preußischer Justizminister Kerrl:

Wer das Brot für das Volk schafft, wer aus dem unerschöpflichen Born der Lebenskraft von Generation zu Generation die fern vom Boden schaffenden Stände des Gesamtvolkes immer wieder erneuert, der ist der Kern des Volkes. Und so ist der Kern des deutschen Volkes der deutsche Bauer.

Den deutschen Bauern gibt es nirgends wieder auf der Welt. Mögen anderwärts Farmer oder Plantagenbesitzer danach trachten, aus dem Boden eine möglichst hohe Rente zu erzielen, der deutsche Bauer tut das nicht. Sein und seiner Familie Schaffen gilt nicht der Anhäufung irdischer Reichtümer. Seines Lebens Inhalt besteht darin, frei und stolz mit seiner Familie auf der heimatlichen Scholle zu leben und den überkommenen Hof und die zugehörigen Hufe, deren Antlitz seine Väter und Vorfäter schufen, für Sohn und Enkel als treuer Sachwalter zu erhalten.

[In der „Nationalsozialistischen Landpost“ vom 21. Mai 1933]

Reichsinnenminister Dr. Frick:

Der deutsche Bauernhof ist zu allen Zeiten die Stelle gewesen, wo sich das deutsche Volk trotz Krieg und Seuchen immer wieder behauptet und nach einem Niedergang wieder aufgerichtet hat. Die Koppelung des besten deutschen Blutes mit dem deutschen Grund und Boden muß darum mit allen Mitteln versucht werden. . . . Als Gegengabe aber muß der nationalsozialistische Staat von den Herren dieses Bodens verlangen, daß sie ihm eine ausreichende Zahl gesunder Nachkommen zur Verfügung stellen.

[Am 28. Juni 1933 vor dem Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik in Berlin]

Der Führer:

Wir sind bewegt von der Einsicht, daß ein vernichtetes Handwerk sich wieder zu regenerieren vermag, daß ein verarmter Mittelstand wieder wohlhabend werden kann, daß eine ruinierte Industrie wieder aufzubauen ist, daß entvölkerte Städte eines Tages sich wieder beleben können, daß aber ein vernichteter Bauernstand nicht nach Belieben wieder in das Leben gerufen werden kann, auch wenn gedankenlose Staatsführungen vielleicht später ihre früheren

Fehler erkennen sollten. Der Städter, der sein Geschäft verliert, mag sich immer wieder ein neues gründen können; der Bauer, der erst einmal von seiner Scholle getrieben, geht als Bauer dann auch meist für immer zugrunde.

[Am 1. Oktober 1933 beim Erntedankfest auf dem Blüdeberg bei Sameln]

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Unser Bauerntum war unter dem Einfluß der liberalistischen Politik und der zerstörenden Wirkung einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu einem ungesunden Spekulantentum gezwungen worden. Nicht die ewigen Gesetze der Natur, nicht Klima und Boden bestimmten seine Arbeit, sondern die Spielregeln kapitalistischer Marktanschauungen diktierten ihm das Tempo der Jagd nach Geld, Rente und Profit. Die Scholle bildete nur noch eine Handelsware. Über den Gesetzen von Blut und Boden triumphtierte die nackte Wirtschaftlichkeit, triumphtierte als Richtschnur allen Handelns eine mißverstandene Rentabilität! . . .

Wir knüpfen wieder organisch an die Politik des Reichsfreiherrn vom Stein an und überwinden die liberalistische Anebelung des Bauerntums unter der Ära des Staatskanzlers Hardenberg. Wir wollen unserem Bauerntum wieder ein deutsches Bauernrecht schaffen. Wir stellen der pessimistischen Geisteshaltung einer abendländischen Untergangsstimmung den unbeugsamen Lebensmut eines gesunden Bauerntums als Rückgrat unseres Volkes entgegen.

Die Bauernkriege früherer Jahrhunderte waren in ihrem eigentlichen Kern nichts anderes als eine verzweifelte Rebellion, eine instinktive Abwehrbewegung gegen ein dem deutschen Bauern aufgezwungenes artfremdes Recht, und so ist auch die nationalsozialistische Bauernbewegung der Kampf gegen ein undeutsches Recht, gegen den erdrückenden Schuldturm einer kapitalistischen Verschuldung, die jene alten heiligen Gesetze der Erbfolge über den Haufen warfen, den Boden zur Ware und aus dem Bauernhof eine Getreidefabrik, eine Farmwirtschaft, eine Warenerzeugungsmaschine machten. Das neue deutsche Reichserbhofgesetz leitet eine entscheidende Epoche deutscher Agrargeschichte ein. Die Erbhöfe

sollen wieder die Keimzellen der rassistischen Wiedergeburt des deutschen Volkes werden. Einem liberalistischen Krämergeist stellen wir unsere Weltanschauung von Blut und Boden entgegen.

[Am 1. Oktober 1933 beim Erntedankfest auf dem Blüdeberg bei Sameln]

Das Reichserbhofgesetz:

Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten.

Die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben.

Es soll auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet. . . .

§ 1: (1) Land- oder forstwirtschaftlich genutztes Grundeigentum ist Erbhof, wenn es 1. hinsichtlich seiner Größe den Erfordernissen der §§ 2, 3 entspricht und 2. sich im Alleineigentum einer bauernfähigen Person befindet.

(2) Höfe, die ständig durch Verpachtung genutzt werden, sind nicht Erbhöfe.

(3) Die Erbhöfe werden von Amts wegen in die Erbhöferolle eingetragen. . . .

§ 2: (1) Der Erbhof muß mindestens die Größe einer Adernahrung haben.

(2) Als Adernahrung ist diejenige Menge Landes anzusehen, welche notwendig ist, um eine Familie unabhängig vom Markt und der allgemeinen Wirtschaftslage zu ernähren und zu bekleiden sowie den Wirtschaftsablauf des Erbhofs zu erhalten.

§ 3: (1) Der Erbhof darf nicht größer sein als einhundertfünfundzwanzig Hektar.

(2) Er muß von einer Hoffstelle aus ohne Vorwerke bewirtschaftet werden können. . . .

§ 5: (2) Eine Größe von mehr als einhundertfünfundzwanzig Hektar soll in der Regel nur zugelassen werden, 1. wenn es mit

Rücksicht auf die Bodenart oder das Klima geboten erscheint; 2. wenn es sich um einen wirtschaftlich in sich geschlossenen und in seinen Ländereien abgerundeten Hof handelt, der sich nachweislich seit mehr als einhundertundfünfzig Jahren im Eigentum des Bauerngeschlechts befindet; 3. wenn ein um das Gesamtwohl des deutschen Volkes besonders verdienter Deutscher in eigener Person oder in seinen Nachkommen geehrt werden soll; 4. wenn das auf dem Hof ansässige Geschlecht dort Werte (z. B. Bauwerke von künstlerischer oder kulturgeschichtlicher Bedeutung) geschaffen hat, die bei einer Größe des Hofes von nicht mehr als einhundertfünfundzwanzig Hektar keine genügende wirtschaftliche Grundlage für ihre Erhaltung finden.

(3) Von der Voraussetzung, daß der Erbhof von einer Hoffstelle aus ohne Vorwerke bewirtschaftet werden kann, soll nur abgesehen werden, wenn besondere betriebswirtschaftliche Verhältnisse das Vorwerk notwendig machen.

§ 6: (1) Die Vorschriften der §§ 1 bis 5 gelten auch für Grundstücke, die durch Wein-, Gemüse- oder Obstbau genutzt werden. . . .

§ 7: (1) Zum Erbhof gehören alle im Eigentum des Bauern stehenden Grundstücke, die regelmäßig von der Hoffstelle aus bewirtschaftet werden, und das im Eigentum des Bauern stehende Zubehör.

(2) Eine zeitweilige Verpachtung oder ähnliche vorübergehende Benutzung von Hofgrundstücken, z. B. als Altenteilsland, schließt die Hofzugehörigkeit nicht aus.

§ 8: (1) Das Hofzubehör umfaßt insbesondere das auf dem Hofe für die Bewirtschaftung vorhandene Vieh, Wirtschafts- und Hausgerät einschließlich des Leinenzugs und der Betten, den vorhandenen Dünger und die für die Bewirtschaftung dienenden Vorräte an landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

(2) Zum Hofzubehör gehören außerdem die auf den Hof bezüglichen Urkunden, aus früheren Generationen stammende Familienbriefe, ferner Bilder mit Erinnerungswert, Gemeiße und ähnliche auf den Hof und die darauf sesshafte Bauernfamilie bezügliche Erinnerungsstücke. . . .

§ 11: (1) Nur der Eigentümer eines Erbhofs heißt Bauer.

(2) Der Eigentümer oder Besitzer anderen land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundeigentums heißt Landwirt. . . .

§ 12: Bauer kann nur sein, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

§ 13: (1) Bauer kann nur sein, wer deutschen oder stammesgleichen Blutes ist.

(2) Deutschen oder stammesgleichen Blutes ist nicht, wer unter seinen Vorfahren väterlicher- oder mütterlicherseits jüdisches oder farbiges Blut hat.

(3) Stichtag für das Vorhandensein der Voraussetzungen des Abs. 1 ist der 1. Januar 1800. . . .

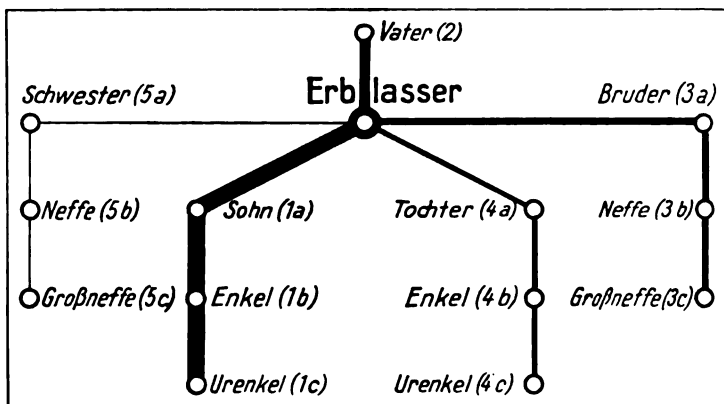
§ 15: (1) Der Bauer muß ehrbar sein. Er muß fähig sein, den Hof ordnungsmäßig zu bewirtschaften. Mangelnde Altersreife allein bildet keinen Hinderungsgrund.

(2) Fallen die Voraussetzungen des Abs. 1 fort oder kommt der Bauer seinen Schulverpflichtungen nicht nach, obwohl ihm dies bei ordnungsmäßiger Wirtschaftsführung möglich wäre, so kann das Auerbengericht auf Antrag des Landesbauernführers die Verwaltung und Nutznießung des Erbhofs dauernd oder auf Zeit auf den Ehegatten des Bauern oder auf denjenigen übertragen, der im Falle des Todes des Bauern der Auerbe wäre.

(3) Ist ein Ehegatte oder Auerbe nicht vorhanden oder sind diese nicht bauernfähig, so kann das Auerbengericht das Eigentum am Erbhof auf Antrag des Reichsbauernführers auf eine von diesem vorzuschlagende bauernfähige Person übertragen. Der Reichsbauernführer soll, falls geeignete Verwandte des Bauern vorhanden sind, einen von diesen vorschlagen. . . .

§ 19: (2) Der Erbhof geht kraft Gesetzes ungeteilt auf den Auerben über.

§ 20: Zum Auerben sind in folgender Ordnung berufen: 1. die Söhne des Erblassers; an die Stelle eines verstorbenen Sohnes treten dessen Söhne und Sohnesöhne; 2. der Vater des Erblassers; 3. die Brüder des Erblassers; an die Stelle eines verstorbenen Bruders treten dessen Söhne und Sohnesöhne; 4. die Töchter des Erblassers; an die Stelle einer verstorbenen Tochter treten deren Söhne und Sohnesöhne; 5. die Schwestern des Erblassers; an die Stelle einer verstorbenen Schwester treten deren Söhne und Sohnesöhne. . . .



Die gesetzliche Bauernerbfolge

§ 21: (1) Wer nicht bauernfähig ist, scheidet als Anerbe aus. . . .

(2) Ein Verwandter ist nicht zur Anerbenfolge berufen, solange ein Verwandter einer vorhergehenden Ordnung vorhanden ist.

(3) Innerhalb der gleichen Ordnung entscheidet je nach dem in der Gegend geltenden Brauch Ältesten- oder Jüngstenrecht. Besteht kein bestimmter Brauch, so gilt Jüngstenrecht. . . .

(4) Unter den Söhnen gehen die Söhne der ersten Frau den anderen Söhnen vor. . . .

(5) Durch nachfolgende Ehe anerkannte Kinder stehen den nach Eingehung der Ehe geborenen ehelichen Kindern gleich. Für ehelich erklärte Kinder des Vaters gehen in derselben Ordnung den ehelichen Kindern nach; uneheliche Kinder der Mutter gehen schlechthin den ehelichen Kindern nach.

(6) An Kindes Statt angenommene Personen sind nicht zur Anerbenfolge berufen. . . .

§ 22: (1) Hat der Anerbe bereits einen Erbhof, so scheidet er als Anerbe aus. . . .

(2) Dies tritt jedoch nicht ein, wenn der Anerbe . . . dem Anerbengericht gegenüber . . . erklärt, daß er den angefallenen Hof übernehme.

(3) Im Falle des Abs. 2 fällt das Eigentum an dem eigenen

Hof des Anerben kraft Gesetzes dem nächstberufenen Anerben des Erblassers an. . . .

§ 30: (1) Die Abkömmlinge des Erblassers werden . . . bis zu ihrer Volljährigkeit auf dem Hofe angemessen unterhalten und erzogen.

(2) Sie sollen auch für einen dem Stande des Hofes entsprechenden Beruf ausgebildet und bei ihrer Vervollständigung, weibliche Abkömmlinge auch bei ihrer Verheiratung, ausgestattet werden, soweit die Mittel des Hofes dies gestatten. . . .

(3) Geraten sie unverschuldet in Not, so können sie auch noch später gegen Leistung angemessener Arbeitshilfe auf dem Hofe Zuflucht suchen (Heimatzuflucht). Dieses Recht steht auch den Eltern des Erblassers zu, wenn sie Miterben oder pflichtteilsberechtigt sind.

§ 31: Der überlebende Ehegatte des Erblassers kann . . . von dem Anerben lebenslänglich den in solchen Verhältnissen üblichen Unterhalt auf dem Hofe verlangen, soweit er sich nicht aus eigenem Vermögen unterhalten kann. . . .

§ 37: (1) Der Erbhof ist grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar. . . .

§ 38: (1) In den Erbhof kann wegen einer Geldforderung nicht vollstreckt werden.

(2) Auch in die auf dem Erbhof gewonnenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse kann wegen einer Geldforderung nicht vollstreckt werden, jedoch vorbehaltlich der Vorschriften der §§ 39, 59.

§ 39: (1) Wegen öffentlicher Abgaben, wegen eines Anspruchs aus öffentlichen Lasten oder wegen einer sonstigen öffentlich-rechtlichen Geldforderung kann in die auf dem Erbhof gewonnenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse vollstreckt werden, soweit diese nicht zum Zubehör gehören und nicht zum Unterhalt des Bauern oder seiner Familie bis zur nächsten Ernte erforderlich sind. . . .

§ 59: Die Vorschriften des § 39 über die Vollstreckung in die landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Erbhofs finden bis zu einer anderen, im Wege der Durchführungsverordnung zu treffenden Regelung auch auf die Vollstreckung wegen privatrechtlicher Geldforderungen Anwendung. . . .

§ 40: (1) Zur Durchführung der besonderen Aufgaben dieses Gesetzes werden Unerbengerichte, Erbhofgerichte und das Reichserbhofgericht gebildet. . . .

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Vom deutschen Standpunkte aus hat der Boden zwei Aufgaben: Er soll die auf ihm siedelnden Geschlechter erhalten und die Ernährung des Gesamtvolkes sichern; er soll mithin eine blutsverantwortliche und eine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen. . . . Immer wird sich der Nutznießer des Bodens als einen Treuhänder der Allgemeinheit ansehen müssen, woraus der Allgemeinheit ihrerseits ein Einspruch erwächst, falls der Nutznießer seinen sittlichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Maßgebend bleibt also für beide Teile ihre Unterordnung unter einen sittlichen Gedanken.

[Neuabel aus Blut und Boden]

Oberpräsident Rube:

Der deutsche Osten muß wieder Bauernland werden, wie er es zur Zeit der germanischen Besiedlung vor der Völkerwanderung war. Im Osten allein liegen die Zukunftsmöglichkeiten der deutschen Nation. Es genügt vollkommen, wenn 5—10% des bebauungsfähigen Bodens in der Hand des Großgrundbesitzes bleiben. Der gesamte übrige Boden gehört in die Hand des Bauern. Dafür kann man beim Waldbesitz ohne weiteres das umgekehrte Verhältnis zubilligen. . . . Der beste Wall für Deutschland im Osten sind Bauerndörfer, die bis zur Elbe in dichter Reihenfolge das Land besetzen. Durch menschenleere Räume kann der Völk vorstoßen, im dichtbevölkerten deutschen Bauernland kann sein Vorstoß aufgefangen werden.

[In der „Deutschen Wochenschau“ vom 19. August 1933]

Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes:

§ 1: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, über den Aufbau des Standes der deutschen Landwirtschaft (Reichsnährstand) eine vorläufige Regelung zu treffen.

Die deutsche Landwirtschaft im Sinne dieses Gesetzes umfaßt auch Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei und Jagd; zum Reichs-

nährstand gehören auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Landhandel (Groß- und Kleinhandel) und die Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

§ 2: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann den Reichsnährstand oder einzelne Gruppen ermächtigen, die Erzeugung, den Absatz sowie die Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu regeln, wenn dies unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint.

§ 3: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann zur Regelung der Erzeugung, des Absatzes sowie der Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen Gruppen und Angehörige des Reichsnährstandes und sonstige Unternehmen und Einrichtungen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen oder vertreiben, zusammenschließen oder an bestehende derartige Zusammenschlüsse anschließen, wenn der Zusammenschluß oder Anschluß unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint.

§ 4: Macht der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft von den Befugnissen der §§ 2 oder 3 Gebrauch, so hat er Aufsichts- und Eingriffsbefugnisse.

§ 6: Eine Entschädigung durch das Reich wegen eines Schadens, der durch eine Maßnahme auf Grund dieses Gesetzes entsteht, wird nicht gewährt.

§ 7: Als landwirtschaftliche Erzeugnisse im Sinne dieses Gesetzes gelten auch die aus ihnen durch Be- oder Verarbeitung oder Weiterverarbeitung gewonnenen Erzeugnisse, soweit sie zum Geschäftsbereich des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft gehören.

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Der Nährstand kann und soll sich nicht an dem Spiel der freien Preisbildung beteiligen; er darf nicht den damit verbundenen Gefahren ausgesetzt sein, weil seine Aufgabe für die Nation unerhört wichtig ist. . . .

Wir kommen in der Landwirtschaft nur dann zu gerechten Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, d. h. zu einer

Schließung der Preissphäre zwischen den Agrarprodukten und den landwirtschaftlichen Bedarfstoffen, wenn der Bauer den Konzernen, Trusts, Syndikaten, Innungen usw. seinerseits eine Organisation der Verteilung und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse entgegenstellt. Ebenso wie sich Industrie und Handwerk durch die genannten Organisationen den angeblichen Segnungen der liberalen Wettbewerbswirtschaft entzogen haben, ebenso muß der gerechte Preis auch für die Erzeugnisse der Landwirtschaft über die Organisation eines ständisch gegliederten syndikatsähnlichen Aufbaues der Landwirtschaft erreicht und gesichert werden. . . . Der Bauer wird in Zukunft für sein Brotgetreide feste Preise erhalten. Damit ist ein entscheidender Schritt zur Befreiung des Bauern von der Marktabhängigkeit und zur Herauslösung der Bauernwirtschaft aus der kapitalistischen Wirtschaft erfolgt. Dem Spekulantentum, das in der Brotversorgungswirtschaft des deutschen Volkes im besonderen Maße sein Unwesen trieb, ist ein für allemal das Handwerk gelegt. Getreidebauern, Getreidehandel, Müllerei und Mehlgewerbe sind von nun an nicht mehr Beschäftigungen, mit denen man in erster Linie Geld verdienen kann, sondern im Sinne ursprünglicher Getreidewirtschaft wieder Dienst an der Ernährung des deutschen Volkes.

[Am 19. September 1933 in Berlin]

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Das Gesetz über den Reichsnährstand . . . gibt mir die Ermächtigung in die Hand, durch Schaffung des korporativen Zusammenschlusses im Reichsnährstand die ständische Marktorganisation kraft Gesetzes hinzustellen, welche die Voraussetzung für ein reibungsloses Heranbringen der Getreidemengen an das Verarbeitungsgewerbe ist, denn über eines muß man sich klar sein: der Staat kann dem Landwirt und Bauern nur einen angemessenen und festen Preis zusichern für diejenigen Mengen von Getreide, für die ein wirklicher volkswirtschaftlicher Bedarf vorliegt. Die Marktorganisation wird weiter durch den korporativen Zusammenschluß von Erzeugern, Handel, Genossenschaften und Mühlen die Gewähr dafür zu schaffen haben, daß der volkswirtschaftliche Bedarf aus dem landwirtschaftlichen Betrieb an die Mühle in dem Tempo heran- geschleust wird, das der laufende Bedarf erfordert. Der Landwirt

muß sich also darüber im klaren sein, daß er auch nur ein Unrecht darauf hat, daß ihm bei etwa eintretender Übererzeugung anteilmäßig der Prozentsatz seines Verkaufsgetreides abgenommen wird, der insgesamt zur Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfes notwendig ist.

[In der „Nationalsozialistischen Landpost“ vom 17. September 1933]

14. Unternehmer und Arbeiter

Nach der liberalen Wirtschaftslehre des 19. Jahrh. sollte jeder einzelne seinen eigenen Vorteil suchen. Die Summe aller Eigennütze führe notwendig zum Gemeinnutz, das „freie Spiel der Kräfte“ zum Wohle aller. „Der Wohlstand eines Volkes gedeiht am besten, wenn jeder einzelne im freien Wettbewerb mit den andern seine Kräfte und Mittel ungehindert gebrauchen kann, um sein Vermögen zu vermehren“ (Adam Smith). Der Wirtschaftsliberalismus führte aber nicht zum Wohle aller, sondern zur Unterdrückung der wirtschaftlich Schwachen. Deshalb kam es zu einer eigenen Arbeiterbewegung, deshalb leitete Bismarck eine Gesetzgebung zum Schutze des Arbeiters ein (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung). Der Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften, um gemeinsam bessere Arbeitsbedingungen und Tariflöhne zu erkämpfen, und die soziale Gesetzgebung des Staates schlugen die ersten Breschen in die liberale Wirtschaftsordnung.

Auch die liberale Lehre, daß Angebot und Nachfrage den Preis selbsttätig regeln, wurde durch die Wirklichkeit widerlegt. Da die Betriebsanlagen an Gebäuden und Maschinen immer größer wurden, konnten bei weichendem Absatz die Preise nicht nachgeben; denn die stillgelegten Maschinen mußten mit verzinst werden. Um die Preise hochzuhalten, die Menge der Erzeugung festzusetzen und den gegenseitigen Wettbewerb einzuschränken, schlossen sich Unternehmer gleicher Wirtschaftszweige zu Kartellen und Syndikaten zusammen. Wiederum im Widerspruch zu der liberalen Lehre von der freien kapitalistischen Wirtschaft. Demgegenüber erstrebte der Marxismus eine Wirtschaft, die von der „Gesellschaft“, der Allgemeinheit, betrieben werden sollte. Der Unternehmer, die Angestellten und die Arbeiter sollten gewissermaßen staatliche Beamte werden.

Der Führer:

Der nationalsozialistische Arbeitnehmer muß wissen, daß die Blüte der nationalen Wirtschaft sein eigenes materielles Glück bedeutet. Der nationalsozialistische Arbeitgeber muß wissen, daß das Glück und die Zufriedenheit seiner Arbeitnehmer die Voraussetzung für die Existenz und Entwicklung seiner eigenen wirtschaftlichen Größe ist. Nationalsozialistische Arbeitnehmer und nationalsozialistische Arbeitgeber sind beide Beauftragte und Sachwalter der gesamten Volksgemeinschaft.

[Mein Kampf]

Der Führer:

Man hat so sehr vom absolutistischen Zeitalter der Vergangenheit geredet, vom Absolutismus Friedrichs des Großen und dem demokratischen Volkszeitalter unserer parlamentarischen Epoche. Gesehen vom Standpunkt des Volkes aus, war die damalige Zeit die objektivere. Sie konnte wirklich die Interessen der Nation objektiver wahrnehmen, während die spätere Zeit immer mehr und mehr zur reinen Interessenvertretung einzelner Stände herabsank. Das wird durch nichts schärfer bewiesen als durch den Gedanken des Klassenkampfes an sich, nämlich durch die Parole: die Herrschaft der Bourgeoisie muß abgelöst werden durch die Herrschaft des Proletariats, das heißt also: es handelt sich nur um einen Wechsel der Diktatur von Klassen oder Ständen, während wir die Diktatur des Volkes wollen, das heißt, die Diktatur der Gesamtheit, der Gemeinschaft. Wir sehen nicht als entscheidend an eine Lebensstellung, einen Lebensstand; im Schicksal und in der Zeit der Jahrtausende vergeht derartiges. Das kommt und schwindet. Was bleibt, ist die Substanz an sich, eine Substanz aus Fleisch und aus Blut: unser Volk. Es ist das Seiende und das Bleibende, und nur ihm soll man sich verantwortlich fühlen. Nur dann wird man die erste Voraussetzung schaffen zur Heilung auch unseres schlimmsten wirtschaftlichen Schadens. Nur dann wird man für die Millionen Menschen wieder die Überzeugung lebendig werden lassen, daß der Staat nicht die Interessenvertretung einer Gruppe oder eines Standes ist, und daß die Regierung nicht die Sachwalterin einer Gruppe oder eines Standes ist, sondern daß sie die Sachwalterin des Volkes an sich ist. Wenn es auf der einen oder auf der

anderen Seite Menschen gibt, die glauben, sich dem nicht fügen zu können, dann wird die neue Autorität sich gegen die eine oder gegen die andere Seite durchsetzen müssen. Sie wird allen zum Bewußtsein bringen müssen, daß sie nicht etwa ihre Autorität ableitet vom guten Willen irgendeines Standes, sondern daß sie diese Autorität ableitet aus einem Gesetz, und dieses Gesetz heißt: Notwendigkeit der Erhaltung des Volkstums an sich!

[Am 10. Mai 1933
auf dem ersten Kongreß der Deutschen
Arbeitsfront in
Berlin]



Dr. Schmitt

(Phot. Scherl)

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt:

. . . Es kann unmöglich die Aufgabe des Staates und des Wirtschaftsministeriums oder sonst irgendeines behördlichen Organes sein, die Vorgänge in der Wirtschaft im einzelnen verantwortlich zu bestimmen und zu regeln. Die Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft gestellt sind, können nur von der Wirtschaft selbst, das heißt von den aus ihr herausgewachsenen verantwortlichen Führern, gelöst werden. Der Staat soll verwalten und mit seiner Wirtschaftspolitik die Wirtschaft führen, aber nicht selbst wirtschaften.

. . . Der Führer hat wiederholt klipp und klar ausgesprochen, daß es nicht ohne die Köpfe der Wirtschaft geht, und daß jeder Versuch

einer Sozialisierung der Wirtschaft an den Menschen scheitern muß, denn es gäbe keine Menschen, die von vornherein auf jede Chance in der wirtschaftlichen Betätigung verzichten wollen. Was uns groß gemacht hat, ist die Ausnutzung der individuellen Fähigkeiten. Wenn wir sozialisieren, würden wir als Maßstab des Tempos der nationalen Arbeit das Tempo der langsamsten Arbeit aufstellen. Wir dürfen niemals eine Beugung der höheren Fähigkeit durch die niedere zulassen. Der Nationalsozialismus hat die Aufgabe, überall die größte Fähigkeit zur ausschlaggebenden Bedeutung kommen zu lassen. Wir wissen es ja aus tausend Aussprüchen, daß der Sinn der wahren nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsauffassung der ist, daß jeder, der etwas kann, und jeder, der eine verantwortungsvolle Stelle zu tragen hat, von dem Staate gestützt und in seiner Autorität gefördert wird. . . .

Es ist nicht die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, in die einzelnen Wirtschaftszweige einzugreifen und darin herumzuregieren. Man muß aber natürlich die Möglichkeit dazu offenhalten. Der nationalsozialistische Staat muß für sich in Anspruch nehmen, daß er den Dingen in der Wirtschaft nicht freien Lauf läßt, daß er nicht jeden machen läßt, was er will, damit nicht jemand aus Konkurrenzgründen rücksichtslos Schaden stifte, der sich unter Umständen auf einen ganzen Wirtschaftszweig auswirken kann. . . .

Wenn es heißt: Gemeinnutz geht vor Eigennutz, so kann damit nur gemeint sein, daß sich das selbstverständliche Erwerbsinteresse nicht so ausbreiten darf, daß man dabei das Gemeinwohl, das Staatswohl und das Gesamtinteresse übersieht oder gar stört.

[Am 13. Juli 1933 in Berlin vor Wirtschaftsführern]

Vizekanzler von Papen:

Der Staat soll in den großen Linien der Wirtschaftspolitik richtunggebend sein, die Einzeldurchführung aber verbleibt dem Individuum, der privaten Initiative. In diesem Sinne sind starker Staat und starke Persönlichkeit keine einander ausschließenden Gegensätze, sondern notwendige Ergänzung. Deshalb ist es auch nur folgerichtig, wenn der Staat nicht selbst wirtschaftet, sondern dies den Privaten überläßt. Es ist aber ebenso folgerichtig, wenn er die alten klassenbedingten Bindungen und Unterschiede aufhebt, alle

sind Diener am gleichen Werk, unterschieden nicht durch die Funktion, sondern durch die Leistung. Kurz, Wiedereinsetzung der Persönlichkeit in ihre natürlichen Rechte, um so die höchsten Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet für die Nation zu ermöglichen, das ist selbstverständliche Forderung und Ziel des neuen Staates, der nicht um seiner selbst willen da ist, sondern die Lebensgrundlage unseres Volkes bildet.

[Im „Deutschen Volkswirt“, 4. Heft, 1933]

Der Führer der NSDago Dr. von Renteln:

In einem gesunden Aufbau des Volkes muß zuallererst die Einheitlichkeit der Gesinnung und die gleichmäßige Erkenntnis der Notwendigkeiten des Volkslebens vorhanden sein. In diesem Volk muß also auch eine Wirtschaftsgrundlage geschaffen sein, die möglichst tragfähig ist, die am besten den engen Raum, in dem das deutsche Volk lebt, ausnützt und in seinen Erträgen dem Volke zur Verfügung stellt. Diesem Ziel dient vor allem die Schaffung und Förderung mehr oder weniger selbständiger kleiner Betriebe, die ihrer ganzen Art nach fremd und feindlich übertriebener Profitgier gegenüberstehen. In der mittelständischen Betriebsform ist noch eine kameradschaftlichere Art der Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer vorhanden; in dieser Betriebsform ist es möglich, vielen deutschen Volksgenossen eine selbstverantwortliche, tragfähige Existenz zu bieten. Die Förderung der mittelständischen Betriebsform ist also ein Mittel der deutschen Volkserhaltung. . . .

Die Frage der Beseitigung eines wirtschaftlich und sozial unerträglichen Zustandes ist zum großen Teil eine Frage gesunder Aufstiegsmöglichkeiten der unselbständigen Werktätigen. Der sicherste Grund einer solchen Aufstiegsmöglichkeit sind die zahllosen kleinen, wirtschaftlich selbständigen Existenzen. . . .

Um des Zieles der Gesundung unseres ganzen Volkes willen vertreten wir also die Förderung starker Mittelstandspolitik, und zwar gemeinsam mit dem deutschen Arbeiter. Es darf also — etwa im Rahmen der Mittelstandspolitik — keiner unserer Funktionäre eine nur den Mittelstand angehende Politik treiben. Die mittelständische Lösung kann nur durch die geschlossene Front des

deutschen Volkes erfolgen, sie gilt deshalb nicht nur etwa für Handwerk und Handel, sondern auch für die Industrie. . . .

Auch im industriellen Teil der Wirtschaft ist die Form des mittleren Betriebes die gesündeste Form, auch hier erreichen wir mit der Vertretung dieser Lösung eine für die Versorgung des Volkes beste Form der Produktion.

[Am 30. Mai 1933 auf der Gauführertagung]

Der Führer der deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

. . . Alle Einrichtungen des Volkes dienen einem höheren Zweck, der Blüte der Nation und dem Wohlergehen des Volkes. So auch die Wirtschaft. Sie hat dem Volk in seiner Gesamtheit die notwendige Nahrung zu verschaffen und die materiellen Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Deshalb hat an dem Blühen der Wirtschaft die Gesamtheit des Volkes ein Interesse. Ebenso wenig wie eine bestimmte Klasse das Volk verkörpert, ebenso wenig kann der Profitgeist irgendeiner Interessentengruppe das Wesen der Wirtschaft verkörpern.

Die Arbeit ist oberstes Gesetz und wird zum Segen, wenn sie einmal den Schöpfergeist des Menschen befriedigt und dann zum andern seine Existenz sicherstellt.

. . . Arbeitgeber, Angestellte, Arbeiter dürfen sich niemals als Gegner gegenüberstehen, sondern immer nur als Schicksalsgenossen. Nichts kann gedeihen, wo der zügellose Kampf herrscht. Sondern allein dort wird das Schicksal die Arbeit segnen, wo alle Teile erkennen, daß jeder an seinem Platz ein wertvolles Glied der Wirtschaft zu sein hat.

[Der ständische Aufbau und die deutsche Arbeitsfront]

Gesetz über Treuhänder der Arbeit:

§ 1: Der Reichskanzler ernennt auf Vorschlag der zuständigen Landesregierungen und im Einvernehmen mit ihnen für größere Wirtschaftsgebiete Treuhänder der Arbeit. . . .

§ 2: (1) Bis zur Neuordnung der Sozialverfassung regeln die Treuhänder an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, einzelner Arbeitgeber oder der Vereinigungen von Arbeitgebern rechtsverbindlich für die beteiligten Personen die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen. . . .

(2) Auch im übrigen sorgen die Treuhänder für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens.

(3) Sie sind ferner zur Mitarbeit bei der Vorbereitung der neuen Sozialverfassung berufen. . . .

15. Weltwirtschaft und Selbstversorgung

Die Wirtschaft des Liberalismus und die Lehre des Marxismus wollten einen freien Wettbewerb ohne alle staatlichen Zollschranken über die ganze Welt hin. Jeder sollte nur das erzeugen, was er besser und billiger herstellen kann als die andern. Jeder sollte das kaufen können, was am preiswertesten ist. War z. B. die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage, so billiges Getreide zu liefern wie Kanada, so billige Eier wie Dänemark, dann sollte sie eben zugrunde gehen. Dafür sollte dann Deutschland die Welt mit Erzeugnissen etwa der elektrischen und der chemischen Industrie versorgen. Wäre die Welt auf diese „natürliche“ Weise in Rohstoff- und Industrieländer geteilt, dann wäre erstens die billigste Erzeugung erreicht, zweitens wären aber die einzelnen Länder derartig voneinander abhängig, daß Kriege ausgeschlossen seien.

Die Wirklichkeit des Weltkrieges hat diesen Traum zerstört. In seinem Schatten haben sich außerdem die einstigen Rohstoffländer (Indien, Südafrika, Südamerika, Japan) eigene Industrien aufgebaut. Das verengte den Weltmarkt. Weiter schieden die gewaltigen Gebiete des bolschewistischen Rußland und des in dauernden revolutionären Unruhen lebenden China aus der Weltwirtschaft aus. Um die ungeheuerlichen Kriegstribute aufbringen zu können, mußte sich Deutschland bemühen, seinen Anteil an dem zusammenge schrumpften Weltmarkt nicht nur zurückzuerobern und zu halten, sondern zu vergrößern. Aus der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, die aus diesen Gründen entstand, suchten sich die einzelnen Länder dadurch zu retten, daß sie immer höhere Zollmauern um sich legten. Überall strebte man nach möglicher Selbstversorgung, nach „Autarkie“. Auch in der Frage der Weltwirtschaft war die liberale Wirtschaftslehre des Kapitalismus von der Wirklichkeit widerlegt.

Der Bevollmächtigte für Agrarwerbung Mos:

Jedes Volk, das, um leben zu können, auf Auslandseinfuhr angewiesen ist, befindet sich in direkter Abhängigkeit vom Auslande. Man hat das Wort geprägt: Wer den Brotkorb eines Volkes in

der Hand hat, ist sein Diktator. Das gilt auch für Deutschland, solange seine Lebensgrundlagen auf dem Auslandsmarkt aufgebaut sind. Dieser Fall ist aber auch dort gegeben, wo ein Volk die industrielle Einfuhr — etwa aus Deutschland — unerläßlich zu seiner Lebensführung braucht. Es ist nur natürlich, daß die fremden Völker sich mit dieser Tatsache nicht abfinden, sondern in sogenannten Autarkiebestrebungen ihre politische Unabhängigkeit vom Auslande herbeizuführen trachten. Lebendige Beispiele für diese Entwicklung sind der indische und der chinesische Boykott europäischer Industriewaren, die Fünfjahrespläne Sowjetrußlands, das wirtschaftliche Werden der U. S. A., und schließlich könnte man auch jeden beliebigen andern Staat als Beispiel anführen.

Solange die deutsche industrielle Ausfuhr die Grundlage der deutschen Volksernährung sichern soll, baut die deutsche Volkswirtschaft auf Sand. Und heute wankt der Boden dieses Gebäudes. Wer aber glaubt daran, daß die anderen Völker die einmal erkämpfte wirtschaftliche Unabhängigkeit freiwillig aufgeben werden, um dem deutschen Volk Arbeit und Brot zu schaffen? . . .

Eine radikale Umstellung der politischen Grundlinien ist somit die einzige Möglichkeit: Raumpolitik statt Weltwirtschaftsillusion.

[Am 13. Juli 1933 vor der Berliner Presse]

Staatssekretär Oberst a. D. Hierl:

Deutschland kann nicht mehr große Welteportfirma sein, wie sie es früher war und deren Ertrag den Lebensunterhalt von 20 Millionen Menschen bestritt. Unsere Volkswirtschaft muß in der Hauptsache Inlandswirtschaft sein. Unsere Zukunft liegt nicht auf dem Wasser, sondern wurzelt im deutschen Ackerboden.

[Am 27. Juni 1933 bei einer Pressebesichtigung im Arbeitslager]

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Die festen Preise für Getreide¹⁾ legen dem Bauern die Verpflichtung auf, seine Wirtschaft in Zukunft in erster Linie den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechend zu führen. Die nationalwirtschaftliche Aufgabe der Landwirtschaft ist aber die Sicherung der Versorgung des deutschen Volkes aus eigener Scholle.

¹⁾ Vgl. das Reichsnährstandgesetz; S. 82.

Die nationalsozialistische Regierung hat . . . die praktischen Voraussetzungen geschaffen, um den Bauern wieder eine verstärkte Erzeugung dessen zu ermöglichen, was in Deutschland fehlt, nämlich Futtermittel, Ölfrüchte, Pflanzenfasern, Wolle und Fett. Der Bauernbetrieb hat demnach jetzt nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, seine Wirtschaft auf das nationalwirtschaftliche Ziel der Unabhängigkeit in der Versorgung einzustellen.

[Am 9. September 1933 in Berlin]

Staatssekretär Oberst a. D. Hierl:

Wir fühlen uns vor allem verpflichtet, den deutschen Boden so zu bearbeiten, daß unser Volk sich von dem Ertrag der eigenen Scholle ernähren kann. Die „Brotfreiheit“ ist die Grundlage jeder anderen Freiheit. Ein Volk, dessen Brotkorb fremde Mächte in der Hand halten, ist unfrei.

Das Friedensdiktat von Versailles hat uns große Flächen Ackerbodens entzogen, um so mehr müssen wir den uns verbliebenen Boden nützen. Seit Friedrich dem Großen sind Bodenverbesserungen großen Stils nicht vorgenommen worden. Nicht deshalb, weil uns nichts mehr zu tun übrigblieb, sondern weil unser Blick abgelenkt wurde auf andere Ziele. Die Bodenverbesserungsarbeiten, die noch vor uns liegen, übersteigen an Ausmaß diejenigen, die seit Friedrich dem Großen einschließlich bis heute geleistet wurden. Die in Deutschland noch möglichen Bodenverbesserungen könnten zu einer Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung im Werte von 2 Milliarden Mark jährlich führen. . . . Die Devisen, die wir für Nahrungsmitelefuhr ausgaben, könnten besser verwendet werden zum Einkauf der uns fehlenden Rohstoffe für unsere Industrie.

[Am 2. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Der Aktionsradius einer Truppe reicht nur so weit, wie die Gulaschkanone Futter fassen kann, also wie die Ernährung reicht. Kein Volk kommt weiter, als es unabhängig ist in seiner Ernährung. . . . [Am 1. Juli 1933 vor Pressevertretern in Berlin]

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt:

Bei der heute nun einmal gegebenen Wirtschaftsentwicklung der Welt ist Deutschland gezwungen, in erster Linie seine eigene nationale Wirtschaft zu pflegen und auf ihr aufzubauen. Das kann aber für uns nicht heißen, daß sich Deutschland in dem Maße von der Welt abschließe, wie manch andere Staaten es können; die über eine ausgedehnte Rohstoffbasis und den notwendigen Lebensraum verfügen. Soll Deutschlands Wirtschaft sich wieder zu neuer Blüte entfalten, so kann es auf die Pflege des Exports nicht verzichten.

[Am 30. Oktober 1933 vor dem Werberat der deutschen Wirtschaft]

Staatssekretär Dipl.-Ing. Feder:

Wir werden nicht der bösen „Autarkie“, dem nichtverstandenen Schlagwort, verfallen. Wir werden das importieren, was wir importieren müssen, wir erwarten aber, daß die Autarkiebestrebungen anderer Länder unseren Export nicht unmöglich machen. Gerade darin liegt doch der Sinn der Weltwirtschaft: den Ausgleich zwischen den rohstoffarmen industriereichen und den rohstoffreichen industriearmen Ländern herbeizuführen. Daß dieser Ausgleich die völkische Wirtschaft nicht stört, soll nicht durch „Kontingente und Zwangsmaßnahmen“ erreicht werden. Das Leitwort unserer Wirtschaftspolitik heißt: „Erziehung der Masse“. Warum ausländische Waren, wenn wir sie im Lande herstellen können?

[Am 19. August 1933 in Danzig]

Gesetz zum Schutze der deutschen Warenausfuhr:

§ 1: Die Einfuhr von Erzeugnissen solcher Länder, die deutsche Erzeugnisse Einfuhrbeschränkungen unterwerfen, kann zum Schutze der deutschen Warenausfuhr ebenfalls beschränkt werden. . . .

Bei Festsetzungen der Einfuhrmengen für ein Land ist zu berücksichtigen, ob die Einfuhr deutscher Erzeugnisse von diesem Lande ungünstiger als die von Erzeugnissen irgendeines dritten Landes behandelt wird.

Gesetz zur Förderung des Außenhandels:

§ 1. Bei der Reichsstelle für den Außenhandel . . . wird ein Außenhandelsrat gebildet. Dieser soll das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium und die Reichsstelle in allen Außenhandels-

fragen beraten und kann ihnen Vorschläge für gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen unterbreiten. . . .

Erste Verordnung zur Durchführung. § 1: Zur Förderung des deutschen Außenhandels werden als gemeinnützige Einrichtungen der Wirtschaft Außenhandelsstellen errichtet. . . .

§ 2: Die Außenhandelsstellen haben die Aufgabe, die Firmen ihres Bezirks in allen Fragen des Außenhandels zu unterrichten, zu beraten und zu vertreten. Sie haben ferner für eine dauernde Verbindung zwischen der Wirtschaft ihres Bezirks und den Reichsbehörden in Fragen des Außenhandels zu sorgen. . . .

Die Außenhandelsstellen unterstehen hinsichtlich ihrer sachlichen Arbeit der Aufsicht der Reichsstelle für den Außenhandel. . . .

16. Arbeitsschlacht und Winterhilfe

Der sicht- und fühlbarste Ausdruck der allgemeinen Wirtschaftskrise war die ständig wachsende Zahl der Arbeitslosen. In Deutschland lebten vor der Machtübernahme des Nationalsozialismus 6 Millionen arbeitsfähige Menschen — mit Angehörigen jeder dritte Reichsdeutsche — von öffentlicher Unterstützung. Neben dem grundsätzlichen Um- und Aufbau von Staat und Wirtschaft läuft daher der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einher.

Der Führer:

Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit. . . Binnen 4 Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrisen sein. Binnen 4 Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.

[Aufruf der Reichsregierung vom 1. Februar 1933]

Der Führer:

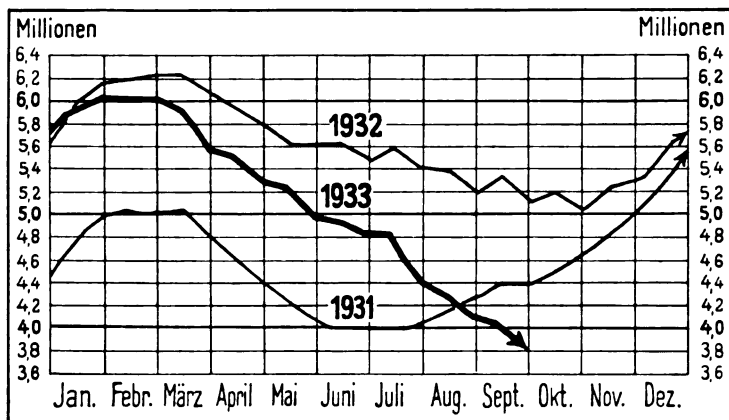
In diesem Jahre wird ein großes, gewaltiges Werk in Angriff genommen, ein Werk, das die deutschen Bauten, die Häuser wieder

in Ordnung bringen wird und damit für Hunderte und Hunderttausende Arbeit schaffen wird. . . .

Deutsches Volk, glaube nicht, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Sternen gelöst wird! Du selbst mußt mithelfen, es zu lösen. Du mußt aus Einsicht und Vertrauen alles tun, was Arbeit schaffen kann. Jeder einzelne hat die Pflicht, von sich aus nicht zu zögern und nicht zu warten mit seinen Anschaffungen, mit dem, was er machen soll und einmal machen muß. . . . Jeder Unternehmer, jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann, jeder einzelne, er hat die Pflicht, nach seinem Vermögen mitzuhelfen, Arbeit zu schaffen, und vor allem, jeder hat die Pflicht, sich der deutschen Arbeit zu erinnern. . . .

Wir werden große öffentliche Probleme noch in diesem Jahre zu verwirklichen uns bestreben, in erster Linie ein Riesenprogramm, das wir nicht der Nachwelt überlassen wollen, sondern das wir verwirklichen müssen, ein Programm, das viele Milliarden erfordert: Das Programm unseres Straßen-Neubaus! . . . Damit wird eine Serie öffentlicher Arbeiten eingeleitet, die zusammen mithelfen, die Arbeitslosenzahl immer mehr herunterzudrücken.

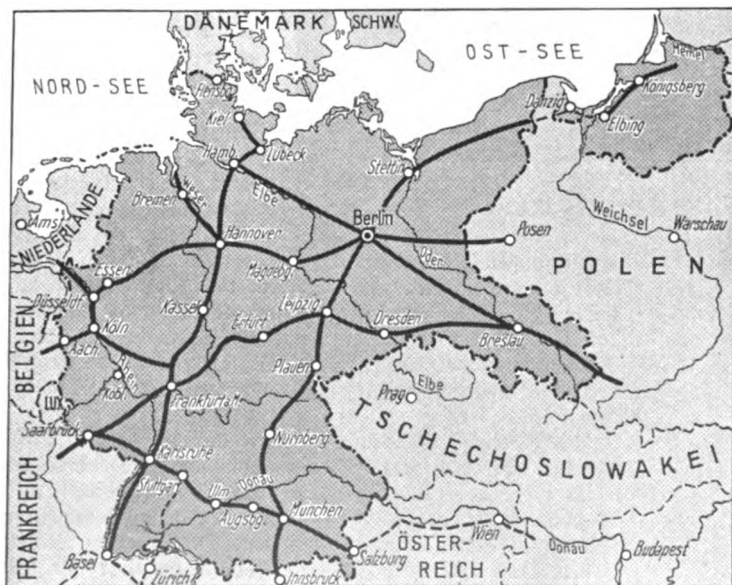
[Am 1. Mai 1933 vor der Berliner Arbeiterschaft]



Die Arbeitslosigkeit in Deutschland 1931—1933

Am 1. Juni erschien ein erstes, am 21. September ein zweites „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“. Sie sahen vor: 1. eine öffentliche Arbeitsbeschaffung von 1 Milliarde RM. für Instandsetzungen, Siedlung, Flußregelung, Tiefbau, Gas-, Wasser- und Stromversorgung u. ä., 2. Steuerfreiheit für Erfaßbeschaffung von Maschinen und Werkzeugen, 3. eine freiwillige „Spende zur Förderung der nationalen Arbeit“, 4. Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft durch Befreiung der Hausangestellten von Arbeitslosenbeiträgen, 5. Förderung der Eheschließung durch Ehestandsdarlehen bis zu 1000 RM. zur Beschaffung von Möbeln und Hausrat, 6 600 Mill. RM. Zuschüsse für Instandsetzung, Teilung und Umbau von Wohnungen, 7. Senkung von Grund- und Umsatzsteuer für die Landwirtschaft, 8. Steuerbefreiung für neue Kleinwohnungen und Eigenheime.

Um den Kauf und damit die Herstellung von Kraftwagen anzuregen, hatte bereits am 10. April ein Gesetz alle neuen Wagen für steuerfrei erklärt. Am 23. Juni wurde das Unternehmen „Reichsautobahnen“ gegründet, als Zweigunter-



Das Netz der geplanten Reichsautobahnen



(Phot. P. J. Hoffmann)

Dr. Fritz Todt

nehmen der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Es soll in sechsjähriger Arbeit 500 000 Menschen am Bau von 6000 km reiner Autofernstraßen beschäftigen. Zur einheitlichen Durchführung des Planes hat der Führer den Dipl.-Ing. Dr. Todt zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen ernannt.

Für Ostpreußen, das unter den Folgen des Versailler Vertrages ganz besonders zu leiden hat, ist ein Sonderplan entworfen: Um die Provinz, aus der seit Kriegsende jährlich mehr als 21 000 Menschen ausgewandert sind, dichter zu besiedeln, sollen westdeutsche Industrien Zweigstellen in den Osten verlegen; die Wasserstraßen sollen ausgebaut, die Kultur-

einrichtungen (Hochschule, Theater) erweitert werden. Darüber hinaus hat der Oberpräsident von Ostpreußen Gauleiter Erich Koch einen großen Feldzug gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet: Landbesserungen (Meliorationen), Straßenbauten, gemeinnützige Arbeiten. Bereits Mitte August konnte er melden, daß seine Provinz völlig ohne Arbeitslose sei.

Das Beispiel Ostpreußens wirkte auf die andern Provinzen. So will Schleswig-Holstein durch Deichbauten mehr als 500 ha Marschland der Siedlung gewinnen, will Pommern in dreijähriger Arbeit Rügen durch einen Damm mit dem Festlande verbinden. Die einzelnen Städte stellen Baupläne auf. Die Reichsbahn beteiligt sich mit 510 Mill. RM. an der Arbeitsbeschaffung, die Reichspost mit 77 Mill. RM. So nimmt die Arbeitslosigkeit ständig ab.

Reichsfinanz-
minister Graf von
Schwerin-Krosigk
(Phot. Scherl)

Der Führer:

Es gilt vor allem,
die Ideologie der Be-
dürfnislosigkeit und
der systematischen Ein-
schränkung des Be-
darfs, also den vom
Kommunismus aus-
gehenden Primitivi-
tätskult zu bekämpfen.

Das Entscheidende
ist nicht, daß alle sich
beschränken, sondern
daß alle sich bemühen,
vorwärts zu kommen
und sich zu verbessern.
Die deutsche Wirt-
schaft kann nur be-
stehen unter einer ganz
bestimmten Bedarfs-
höhe und unter einer
ganz bestimmten Kul-
turforderung des deut-
schen Volkes.

[Am 20. September
vor dem Generalrat
der Wirtschaft]

Der Führer:

Den zweckmäßigsten
Weg, das deutsche
Volk wieder in den
Prozeß der Arbeit zu-
rückzuführen, sehe ich
darin, durch große

Reichsverkehrs-
minister Freiherr
von Elz-Rübenach
(Phot. Scherl)





Eröffnung des
Autostraßenbaues
durch den Führer
(Phot. P. J. Hoffmann)

Spatenparade
beim Baubeginn
der ersten Auto-
straße

(Phot. P. J. Hoffmann)



monumentale Arbeiten irgendwo zunächst die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. . . .

Indem wir Hunderttausende ansetzen für große monumentale, ich möchte sagen Ewigkeitswerte in sich tragende Arbeiten, werden wir dafür sorgen, daß das Werk sich nicht mehr trennt von denen, die es geschaffen haben. Man soll in Zukunft nicht nur an die denken, die es projiziert, oder die es als Ingenieure in Pläne brachten, sondern auch an die, die durch ihren Fleiß, durch ihren Schweiß und durch die ebenso harte Tätigkeit die Pläne und die Gedanken verwirklichten zum Nutzen des ganzen Volkes.

[Am 23. September 1933 in Frankfurt a. M. bei der
Eröffnung des Autostraßenbaues]

Reichsbankpräsident Dr. Schacht:

Nach dem alten Bankgesetz mußten die deutschen Banknoten zu 40 % durch Gold und ausländische Handelswechsel (Devisen) gedeckt sein. Die deutschen Reparationszahlungen ließen immer wieder diese Deckungsmittel abfließen, und der schrumpfende Weltmarkt verringerte den Umlauf an Handelswechseln. Das deutsche Währungsgezet, das die Menge der deutschen Zahlungsmittel an Banknoten abhängig machte von der bei der Reichsbank jeweils lagernden Menge an Gold und Devisen, verlangte also, daß damit auch die Inlandszahlungsmittel ständig verringert wurden (Deflation). Weil der Außenhandel zurückging, mußte auch der Binnenmarkt verfallen: ein wichtiger Grund für die wachsende Arbeitslosigkeit. Dazu kam, daß bei der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit das Geld sich nicht in Kapital verwandeln wollte: es wurde nur kurzfristig angelegt, nicht langfristig.

Der Devisenschwund war schließlich derartig, daß der Bestand bei der Reichsbank von Juli 1931 bis Ende April 1933 von 3 Milliarden RM. auf $\frac{1}{2}$ Milliarde zusammenschrumpfte. Die vorgeschriebene Deckungsgrenze mußte unterschritten werden; sie verlief im Sommer 1933 bei nur 8%. Um den spärlichen Rest an Devisen für den Außenhandel in der Hand zu behalten, schloß die deutsche Regierung mit den ausländischen Gläubigern Stillhalteverträge, nach denen diese die Zinsen und die kleinen Rückzahlraten für kurzfristige Anleihen in Deutschland nicht in Devisen, sondern in Reichsmark auf ein Sperrkonto erhalten (Sperr- oder Registermark), und der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht



Dr. Hjalmar Schacht

(Phot. Scherl)

verkündete ein Transfermoratorium: die Zinszahlung für langfristige Auslandsanleihen in Devisen wurde vom 1. Juli 1933 ab teilweise eingestellt.

Am 27. Oktober 1933 hat eine außerordentliche Generalversammlung der Reichsbank A.G. ein neues Notengesetz angenommen: Die deutsche Reichsmark ist fortan nicht mehr allein durch Gold und ausländische Handelswechsel gedeckt, sondern auch durch Inlandswerte: durch öffentliche Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, sowie durch Pfandbriefe (langfristige Schuldverschreibungen, die die Bodenkreditanstalten auf Grundlage der von ihnen erworbenen Hypotheken ausgeben).

Es ist kein wünschenswerter Zustand, daß ein so erheblicher Teil der volkswirtschaftlichen Finanzierung sich lediglich kurzfristig abspielt. Es wird deshalb die Aufgabe einer sorglichen Notenbankpolitik sein müssen, dahin zu wirken, daß ein Teil dieser sich ständig erneuernden kurzfristigen Finanzierung in den langfristigen Geldmarkt hinübergelenkt wird. . . . Hier sprechen zwei Momente mit: einmal das Moment des Vertrauens und zweitens das Moment der Technik. Was das Vertrauensmoment anlangt, so läßt sich mit Genugtuung feststellen, daß die Stabilität der nationalsozialistischen Regierung und die Stabilität der von ihr betriebenen Wirtschaftspolitik die größte Gewähr für die Sicherheit langfristiger Anlagen bietet.

Die Neuregelung des Bankgesetzes greift nun das Problem von dem zweiten Punkt, von der Technik, aus an, indem es die Reichsbank in den Stand setzt, für eine gewisse Stabilität des Kursniveaus der festverzinslichen Wertpapiere Sorge zu tragen. . . . Erfreulicherweise mehrten sich die Anzeichen dafür, daß unser Wirtschaftsleben durch die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung eine nicht künstliche, sondern organisch wachsende Belebung erfährt. Wenn wir diese Belebung durch eine organische Pflege des Kapitalmarktes unterstützen, so wird darin die sicherste Gewähr liegen, daß wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht vorübergehend, sondern für die Dauer gewinnen werden. In diesem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat die Ergänzung des Bankgesetzes eine neue Waffe geschmiedet. Wir werden diese Waffe zu gebrauchen wissen.

[Am 27. Oktober 1933 vor der Generalversammlung der Reichsbank]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Wir treten nicht vor die Welt hin, flennend und bettelnd und um Gnade winselnd! Wir haufieren nicht um Kredite bei den Weltbanken herum. Wir tragen vor den anderen Völkern nicht biederemännisch unsere Not und unser Unglück zur Schau, sondern wir setzen unsern ganzen Stolz darein, uns selbst zu helfen. . . . Diesen schweren Winter werden wir überwinden! Wir werden uns mit ganzer Kraft gegen die Not und gegen das Elend auflehnen. Die Stärkeren werden die Schwächeren mitziehen, und im nächsten Frühjahr fangen wir dann wieder an, aufs neue die Offensive gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen. . . .

[Am 28. August 1933 bei der Ostland-Treuefahrt in Königsberg]

Der Führer:

Wir haben die internationale margistische Solidarität innerhalb unseres Volkes zerbrochen, um den Millionen deutscher Arbeiter eine andere, bessere Solidarität dafür zu geben. Es ist die Solidarität unseres eigenen Volkes, die unzertrennliche Verbundenheit nicht nur in glücklichen, sondern auch in schlimmen Tagen, die Verbundenheit nicht nur mit denjenigen, die vom Glück gesegnet sind, sondern auch mit denjenigen, die vom Unglück verfolgt sind.

Wenn wir diesen Gedanken der nationalen Solidarität richtig auffassen, dann kann es nur ein Gedanke des Opfern sein, d. h., wenn der eine oder andere sagt, man würde dabei zu stark belastet werden, man müsse ja immer wieder geben, dann kann man nur erwidern: „Das ist nun einmal der Sinn einer wirklichen nationalen Solidarität. Im Nehmen kann die wirkliche nationale Solidarität ihren Sinn nicht haben.“ . . . Es soll mit Absicht einem Teil unseres Volkes eine gewisse Not mit aufgebürdet werden, damit er dadurch hilft, die Not des anderen erträglicher zu gestalten. . . .

Wenn das ganze Volk richtig erfaßt hat, daß diese Maßnahmen für jeden ein Opfer bedeuten müssen, dann wird aus diesen Maßnahmen heraus nicht nur eine Milderung der materiellen Not eintreten, sondern es wird noch etwas viel Gewaltigeres herauskommen; es wird daraus die Überzeugung wachsen, daß diese Volksgemeinschaft nicht ein leerer Begriff ist, sondern daß sie wirklich etwas Lebendiges ist. . . .

[Am 13. September 1933 zur Eröffnung des Kampfes
„gegen Hunger und Kälte“ im Propagandaministerium]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Um den Notleidenden unseres Volkes auch äußerlich zu zeigen, daß die ganze Nation mit ihnen fühlt und empfindet und ihnen zu helfen bereit ist, soll in jedem Monat der erste Sonntag ihnen gewidmet sein. . . . Die Regierung richtet dabei an die gesamte deutsche Öffentlichkeit den Appell, an diesen Sonntagen mittags lediglich ein Eintopfgericht im Preise von höchstens 50 Pfennig pro Person zu verzehren. Ein gleiches soll auch in Gastwirtschaften, Hotels und Speisewagen der Eisenbahn durchgeführt werden. Die dabei ersparten Gelder werden ohne Abzug in die große Hilfskasse hineingegeben. . . . Abgesehen von den dabei zu erzielenden Geldmitteln soll den Armen unseres Volkes wenigstens an einem Tag im Monat, und zwar an einem Sonntage, gezeigt werden, daß das ganze Volk bei ihnen steht, und daß wenigstens einen Tag lang jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau ihr Schicksal teilen.

Über unserer Arbeit der nächsten Monate stehen die beiden Worte „Wir helfen!“ . . . Wenn jeder Volksgenosse sich daran

beteiligt, dann braucht sich in diesem Winter niemand vor den Notleidenden zu schämen. . . . Die nationalsozialistische Bewegung, gehärtet im Kampf um nationale Rechte, tritt hier den Beweis an, daß sie in der Tat eine sozialistische Partei, eine Partei der Gemeinschaft und des Volkes ist. Dieser Sozialismus begnügt sich nicht mit leeren Phrasen und blassen Theorien. Es ist ein Sozialismus der Tat, der die ganze Nation umschließt. Einer tritt für alle ein und alle für einen! Das Volk wird eine Not- und Brotgemeinschaft sein, und das Wort, das wir im Kampf um die Macht zu unserer Parole erhoben haben, soll nun, da wir im Besitz der Macht sind, beglückende Wirklichkeit werden: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

[Am 13. September 1933 zur Eröffnung des Kampfes „gegen Hunger und Kälte“ im Propagandaministerium]

17.

Die Deutsche Arbeitsfront

Um ihre wirtschaftlichen Belange auch außerhalb des Parlaments zu vertreten, hatte die Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert Gewerkschaften gebildet. Die „Freien“ Gewerkschaften standen auf dem Boden des marxistischen Klassenkampfes. Ihre Fachverbände der Buchdrucker, der Metallarbeiter, der Holz-, der Bergarbeiter waren zusammengefaßt im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). Zu den marxistischen Gewerkschaften gehörten auch der Freie Angestelltenbund (FABA) und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB). Alle drei Spitzenverbände zusammen zählten 1928 rund 5½ Millionen Mitglieder. Daneben bestanden die — vorwiegend katholischen — Christlichen Gewerkschaften; mit dem Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften 1928 zusammen 1,2 Millionen. Eine dritte Gruppe bildeten der liberale Gewerkschaftsring und der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) mit knapp ½ Million Mitgliedern.

Längere Zeit nach dem Weltkriege bildeten sich innerhalb der Gewerkschaften die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) und die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO).

Nach der Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus ist auf Anweisung des Reichskanzlers Adolf Hitler ein „Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit“ unter Leitung des Präsidenten des Preussischen Staats-

rates Dr. Ley eingeseht worden. Unter Führung dieses Ausschusses hat am 2. Mai im unmittelbaren Anschluß an den Festtag der deutschen Arbeit überall die NSBO, um dem Marxismus „die Milchflasche zu entziehen“, die Häuser der Freien Gewerkschaften besetzt und rund 50 Gewerkschaftsführer verhaftet, desgleichen die Direktoren der Arbeiterbank und die Leiter der Gewerkschaftspressen. Die Bankkonten wurden gesperrt.

Am 3. Mai haben sich die Christlichen Gewerkschaften, der liberale „Gewerkschaftsring“, der GDA und andere Verbände bedingungslos der Führung Adolf Hitlers unterstellt.

Die Führung beim Aufbau der Angestelltenfäule in der Arbeitsfront ist dem alten Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (der nichts zu tun hat mit der Deutschnationalen Partei) übertragen worden.

Der „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“, der in der Zeit des Kampfes um die politische Macht den gewerbtätigen Mittelstand für den Nationalsozialismus gewinnen sollte, ist umgebildet worden in die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS Hago), die — wie die NSBO — der obersten Leitung der Politischen Organisation (PO) der NSDAP untersteht. Dazu tritt der Gesamtverband der Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden (GSH) als Glied der Deutschen Arbeitsfront.

Der Führer:

Wir haben die Gewerkschaften übernommen, um den deutschen Arbeiter bei der Gestaltung der neuen Verhältnisse als einen Gleichberechtigten mitwirken zu lassen, um ihm die Möglichkeit zu geben, als Gleichberechtigter mit aufzutreten. Gegen ihn soll kein Staat gebildet werden; nein, mit ihm soll er entstehen!

Er soll nicht das Gefühl besitzen, hier als verfemt, geschändet und geächtet zu gelten. Nein, im Gegenteil! Wir wollen ihm von vornherein, schon in der Zeit dieses Werdens und dieses Gestaltens, das Gefühl einimpfen, daß er gleichberechtigter Deutscher ist. Und gleiches Recht ist in meinen Augen nie etwas anderes als die freudige Übernahme der gleichen Pflichten. . . .

Es werden sich die Menschen in Deutschland finden, die mit heiligem Herzen und mit ganzer Aufrichtigkeit nichts anderes wollen als die Größe ihres Volkes. Sie werden sich schon unter-

einander verständigen, sie werden sich untereinander auch verstehen, und wenn manches Mal vielleicht der Zweifel wiederkehren und die harte Wirklichkeit irgendeinen Schabernack spielen sollte, dann . . . wird es die Aufgabe der Regierung sein, als ehrlichster und redlichster Mäkler die Hände, die sich lösen wollen, wieder ineinanderzufügen und dem deutschen Volk immer und immer wieder zum Bewußtsein zu bringen: ihr dürft euch nicht überwerfen, ihr dürft nicht über Auserem zerbrechen, . . . sondern ihr müßt euch immer und immer wieder darauf besinnen, daß ihr alle die Pflicht besitz, euer Volkstum zu erhalten. . . .

Damit hat die Zusammenfassung der deutschen Arbeiterbewegung einen großen moralischen Sinn. Wir wollen, wenn wir nun den Neuaufbau des Staates durchführen, der das Ergebnis von sehr großen Konzessionen auf beiden Seiten sein wird, daß sich zwei Kontrahenten gegenüberstellen, die beide im Herzen grundsätzlich national denken, die beide grundsätzlich nur ihr Volk vor sich sehen, die beide grundsätzlich bereit sind, alles andere zurückzustellen, um diesem gemeinsamen Nutzen zu dienen. . . .

Nicht Sieger und Besiegte darf es hier geben, außer einem einzigen Sieger: unserm deutschen Volk! Sieger über die Klassen, Sieger über die Stände und Sieger über die Interessen dieser einzelnen Gruppen unseres Volkes. Und damit werden wir dann von selbst wieder zu einer Veredelung des Begriffs Arbeit kommen. Auch das ist eine Aufgabe, die nicht von heute auf morgen durchzuführen ist. So wie hier viele Jahrhunderte allmählich eine Begriffsveränderung vornahmen, so werden auch Jahrhunderte notwendig sein, dem deutschen Volke diese Begriffe wieder in ihrer Ursprünglichkeit zu vermitteln. Unentwegt wird es das Ziel . . . sein, das Wort Arbeiter zum großen Ehrentitel der deutschen Nation zu erheben. Nicht umsonst haben wir dieses Wort in die Bezeichnung unserer Bewegung eingefügt. . . . Wir haben dieses Wort gewählt, weil wir mit dem Sieg unserer Bewegung auch dieses Wort siegend emporheben wollten. . . .

Ich bin nun einmal durch meinen eigenartigen Lebensweg vielleicht mehr als jeder andere befähigt, das Wesen und das ganze Leben der verschiedenen deutschen Stände zu verstehen und zu

begreifen, nicht, weil ich dieses Leben etwa von oben herunter hätte beobachten können, sondern weil ich es selbst mitgelebt habe, weil ich mitten in diesem Leben stand, weil mich das Schicksal in seiner Laune oder vielleicht auch in seiner Vorsehung einfach in diese breite Masse Volk und Menschen hineingeworfen hat. Weil ich selbst jahrelang als Arbeiter am Bau schuf und mir mein Brot verdienen mußte. Und weil ich zum zweiten Male dann wieder jahrelang in dieser breiten Masse stand als gewöhnlicher Soldat, und weil das Leben mich dann in die anderen Schichten unseres Volkes hineinhob, so daß ich auch diese besser kenne als unzählige, die in diesen Schichten geboren sind. So hat mich das Schicksal vielleicht mehr als irgendeinen anderen dazu bestimmt, der — ich darf dieses Wort für mich gebrauchen — ehrliche Matler zu sein, der ehrliche Matler nach jeder Seite hin. Ich bin hier persönlich nicht interessiert; weder bin ich vom Staat abhängig, noch von einem öffentlichen Amte, noch bin ich abhängig von der Wirtschaft oder von der Industrie, auch nicht von irgendeiner Gewerkschaft. Ich bin ein unabhängiger Mann, und ich habe mir kein anderes Ziel gesetzt, als nach meinem Vermögen und Können dem deutschen Volke zu nützen. . . .

Ich habe mich immer zu der Auffassung bekannt, daß es nichts Schöneres gibt, als Anwalt derer zu sein, die sich selbst nicht gut verteidigen können. Ich . . . möchte unseren Intellektuellen immer nur eins sagen: jedes Reich, das ihr nur auf den Schichten des intellektuellen Verstandes aufbaut, ist schwach gebaut! . . . Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen als den, einst am Ende meiner Tage sagen zu können: ich habe dem Deutschen Reiche den deutschen Arbeiter erkämpft!

[Am 10. Mai 1933 auf dem ersten Kongreß der Deutschen
Arbeitsfront in Berlin]

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

Der Klassenkampf ist der Todfeind der Arbeit und des Arbeiters selber. Wir brauchen eine Schicksalsgemeinschaft, in der jeder, der Arbeit leistet, unentbehrlich ist und deshalb geachtet werden muß. Das letzte große Ziel muß sein, aus dem heutigen Begriff des Proletariats, des Knechtes, der Minderwertigkeit einen

Stand zu schaffen, der stolz ist, der den Nacken erhoben trägt, ob sein Gesicht ruhig ist, ob die Hände schwielig sind, ob er aus der Grube oder vom Pfluge kommt. Der deutsche Mensch muß begreifen lernen, daß, wenn er arbeitet für das Volk, er dann auch das Recht hat, stolz zu sein auf seine Leistung.

[Am 10. Mai 1933
auf dem ersten Kon-
greß der Deutschen
Arbeitsfront]

Der Führer der
Deutschen Arbeits-
front Dr. Ley:

Die Arbeitsfront
formt die neue Ge-
sellschaftsordnung, die
heute noch in Schichten und Klassen auseinanderstrebt. . . .

Die Arbeiter sollen kämpfen, nur der Lump ist bescheiden. Am knechteligen Arbeiter kann auch das Arbeitgebertum kein Interesse haben. . . . Wer nichts verlangt, leistet auch nichts. . . . Das hat nichts zu tun mit Dünkelhaftigkeit, aber wer etwas leistet, hat auch das Recht, auf diese Leistung stolz zu sein, und soll berechtigt sein zu fordern. Dieser Kampf wird im ständischen Aufbau ausgetragen. Das sollen der Arbeiter und der Angestellte verlangen, allerdings immer unter dem einen Gesichtspunkt: Wenn die Wirtschaft zerfällt, habe ich gar nichts. Ich muß sehen, daß die Wirtschaft blüht. In diesem Rahmen soll der Arbeitnehmer verlangen, und der kluge Unternehmer wird ihm geben, dann blüht sein Werk.



(Phot. P. J. Hoffmann)

Dr. Robert Ley

Die Aufgabe der Arbeitsfront ist es, diesen Stolz des Arbeiters auf seine Arbeit zu erzeugen. Dieser Stolz kann nur kommen aus dem Begriff der Rasse allein. Rasse erzeugt Disziplin. Disziplin erzeugt Arbeit, Arbeit ist umgesetzte Disziplin. Arbeiter und Soldaten sind im besten Sinne dasselbe. . . . Nationalsozialismus im höchsten Sinne ist es, wenn es uns gelänge, jeden Menschen an den für ihn richtigen Platz zu setzen; wenn es einem Staat, einer Wirtschaftsordnung gelingt, jeden Menschen nach seinem Können, nach seinen Leistungen an den Platz zu setzen, den er ausfüllen kann, dann hat man ein zufriedenes Volk, dann hat man die höchste Tat vollbracht. . . . So müssen wir von unten nach oben arbeiten.

Der Betrieb ist das Fundament. . . . In dem Betrieb müssen die Menschen erst zusammengeführt werden, die sich jahrzehntelang als Feinde gegenüberstanden. . . .

Wenn es uns nicht gelingt, den deutschen Arbeiter zu erobern, dann vergeht Deutschland und das deutsche Volk, denn ohne den deutschen Arbeiter gibt es kein deutsches Volk. . . .

Wer hergeht und organisiert einen Unternehmer- oder Arbeitnehmerverband, wer den Profitgeist organisiert, der muß weg, das ist ein Todfeind der Nation. Wer Lohndrückerei oder Betriebsverhöhnung organisiert, muß augenblicklich vernichtet werden.

Wenn die Unternehmer sagen, ich kann mich mit diesem dreckigen Kerl, dem Arbeiter, nicht auf eine Stufe stellen, und wenn der Arbeiter sagt, dieser Kapitalistenhund, dem muß man die Faust zeigen, so sollen sie zusammenkommen, damit sie sich kennenlernen. . . .

Die Arbeitsfront darf die sozialen Schichtungen nicht mehr kennen. . . . Es wird keinen Unternehmer, Arbeiter, Angestellten mehr geben, es wird den Begriff des Arbeitsmenschen geben, den deutschen Arbeitsmenschen. Und da wir diese Menschen ja auch nicht chaotisch in einen Topf hineinwerfen können, ohne eine Einreihung in Gliederung zu haben, werden wir das Nächste dazu nehmen, die Entwicklung des Geistes, und werden sie nach Berufen schichten: den Verband der Chemiker, der Ärzte, der Juristen, der Schreiner, der Schlosser usw.

Zu dem seelischen Aufbau und der Aufrichtung der weltanschaulichen Fundierung des Menschen werden wir als nächste Hauptaufgabe die geistige Fortentwicklung im Beruf nehmen. . . .

So wird dann die Arbeitsfront den deutschen Gemeinschaftsmenschen mit hoher fachlicher Ausbildung schaffen. Förderung der Seele und des Geistes ist ihr höchstes Ziel, damit daraus die wahre nationalsozialistische Gesellschaftsordnung unseres Volkes werde. Dann werden diese neuen Menschen sich eine neue Wirtschaftsordnung geben, die die Wirtschaft zur höchsten Blüte treibt und damit auch das materielle Glück des einzelnen garantiert. Das ist dann der ständische Aufbau unserer Wirtschaft. . . .

[Am 12. August 1933 vor den Gaufachberatern für
ständischen Aufbau]

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

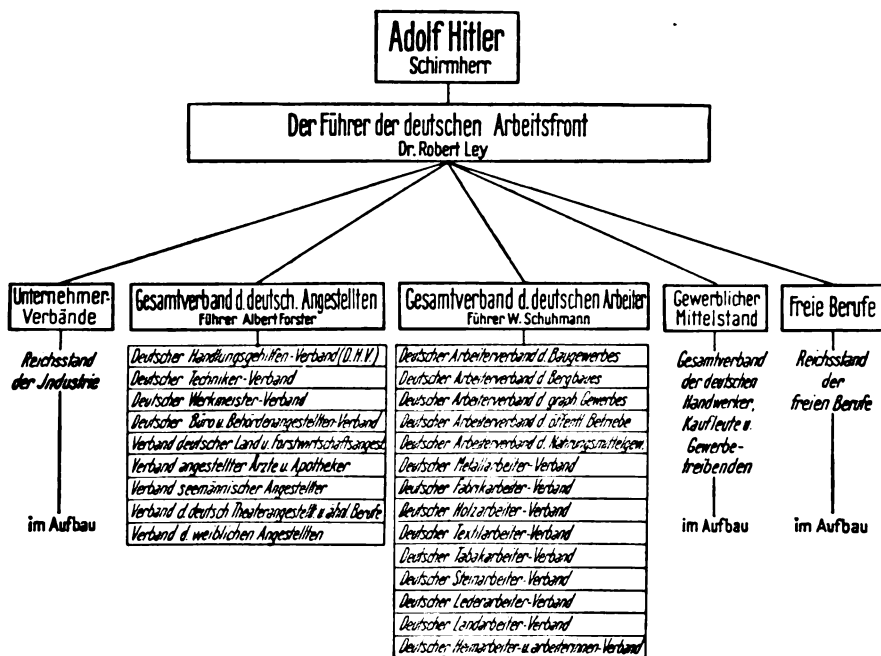
Die Deutsche Arbeitsfront umschließt alle schaffenden Menschen mit Ausnahme des Landvolks und der Beamten. . . .

Der Bauer gehört deshalb nicht in die Arbeitsfront, weil er nicht durch Schulung, ganz gleich welcher Art, zu seinem Volkstum erzogen werden kann, sondern einzig und allein durch die Liebe zum Boden und durch das mystische Verhältnis von Rasse und Blut zum Boden. . . .

Wer als Beamter den Wert seines Volkes noch nicht erkannt hat, wird auch nicht durch die beste Erziehung der Arbeitsfront dazu erzogen werden können. Nur der darf das Vorrecht haben, Beamter zu sein, der bereits durch die Weltanschauung des Nationalsozialismus in höchster Verbundenheit zu seiner Nation steht. Für alle anderen schaffenden deutschen Menschen ist die Deutsche Arbeitsfront „die Hohe Schule“ der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Rein äußerlich umschließt die Deutsche Arbeitsfront alle Unternehmer (auch Handel, Handwerk und Gewerbe), alle Angestellten und alle Arbeiter. Hierdurch allein soll schon zum Ausdruck kommen, daß alle schaffenden Menschen Arbeiter im besten Sinne des Wortes sind. . . .

Die Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront ist die Erziehung zur Gemeinschaft. Diese Aufgabe wird in einem groß ausgebauten Schulungswesen vor allem gelöst werden müssen. Die Schulung des Deutschen unterliegt grundsätzlich der Oberaufsicht der Partei. Sie, die NSDAP, ist allein die Hüterin der nationalsozialistischen



Aufbau der Deutschen Arbeitsfront

Welt, und sie allein hat deshalb das Recht, die Erziehung des Deutschen zu überwachen und in die Hand zu nehmen. Deshalb wird auch der Politische Amtswalter der Partei gemeinsam mit den Funktionären der Arbeitsfront geschult werden. Der Schulungsleiter der Obersten Leitung der PD [Politischen Organisation] ist gleichzeitig der Schulungsleiter der Deutschen Arbeitsfront.

Die Gesamtschulung zerfällt in drei Hauptteile. Die untersten Glieder der Politischen Organisation, die Block- und Zellenwarte, sowie die entsprechenden Glieder der Arbeitsfront, die Obleute in den Betrieben usw., werden in Abendkursen an Hand von Lehrbriefen geschult. Von der Ortsgruppe aufwärts gehören die Amtswalter und die Funktionäre in die Gaufschule. . . . Außer den Gaufschulen bestehen dann noch zwei Landesschulen und eine Reichsführerschule. . . .

Darüber hinaus gibt es in jedem Gau ein Schulungslager. . . . Hier wird allein die Kameradschaft und Disziplin gepflegt und in anregenden Diskussionsstunden die Weltanschauung aufgefrischt werden. Diese Schulungslager sollen auch vor allem dem Arbeiter für die Zeit seines Urlaubs eine kostenlose Erholung bieten.

Außer dieser großzügigen Schulung werden noch drei Hochschulen errichtet. Eine Hochschule, die allein der Vertiefung der Weltanschauung dient, eine Hochschule für die Wissenschaft der Arbeit und eine Hochschule zur Ausbildung im Fach und im Beruf. . . .

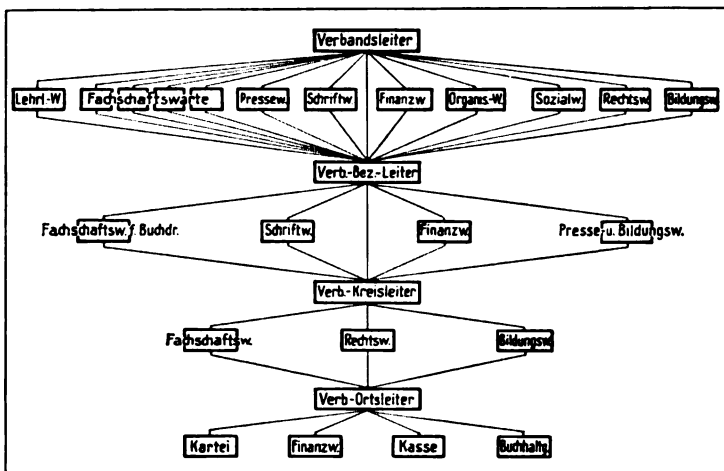
In allen Kursen, ganz gleich, ob in der Ortsgruppe, ob in der Gauerschule, Landesschule oder Reichsführerschule oder auf den Hochschulen, werden immer Unternehmer, Angestellte und Arbeiter zusammen gleichzeitig geschult.

Neben dieser Erziehung und Schulung sieht die Deutsche Arbeitsfront noch ein zweites Mittel, die deutschen Menschen zur Gemeinschaft zu erziehen. Dieses Mittel ist die gegenseitige Selbsthilfe. . . .

1. Die in der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossenen Verbände haben ein weitverzweigtes Versicherungswesen, das den Mitgliedern für Alter, Siechtum oder Krankheit eine gewisse Sicherheit garantiert. . . . Und es ist heute schon sicher, daß es wahrscheinlich ohne Staatshilfe gelingt, jedem Deutschen zu einem ruhigen und wohlverdienten Lebensabend zu verhelfen. Damit wäre jenes große Ziel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, daß jeder, der für sein Volk Arbeit leistet, den Anspruch auf Alterschutz hat, absolut erfüllt.

2. Die in der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossenen Verbände verfügen über starke Kreditinstitute. . . . Von hier aus werden die Siedlungen der schaffenden Menschen finanziert sowie dem Handwerk und Gewerbe die notwendigen Kredite gegeben werden können. . . .

3. Der neue Staat war gezwungen, die Konsumvereine zu übernehmen, wenn nicht durch unorganische Eingriffe große Schäden für das Volksganze entstehen sollten. Einmal war dies deshalb nötig, um die in die vielen Millionen gehenden Spargroschen der kleinen Leute zu sichern, und zweitens, um die vorhandenen Werte



Die innere Organisation der Verbände
der Deutschen Arbeitsfront

nicht zu zerstören. Was uns so durch die Entwicklung aufgezwungen wurde, wird einmal zum Segen des Gesamtvolkes ausschlagen. . . . Ich glaube heute schon sagen zu können, daß die Konsumvereine einmal die Grundlage des deutschen Handwerks und Mittelstandes sein werden, wenn sie in richtig verstandenem genossenschaftlichen Geiste umgestaltet werden. . . .

Und da jeder schaffende Deutsche außer Landvolk und Beamte in der Deutschen Arbeitsfront organisiert sein muß, wird alsdann der höchste Lohn für die Erziehung zur Gemeinschaft die Verleihung des Staatsbürgerrechtes sein. Das Staatsbürgerrecht ist die höchste Ehre, und die Entziehung des Staatsbürgerrechtes ist die schwerste Strafe.

[Der ständische Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront]

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

Die große zukünftige Aufgabe der Arbeitsfront ist die Organisation des Feierabends.

Wir sind zu sehr gewöhnt, nur den Alltag zu sehen, nur die Arbeit von morgens bis abends. Das ist ein verhängnisvoller

Fehler der Vergangenheit gewesen. Der Feierabend ist mindestens ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, wie der Alltag. Wir dürfen nicht nur fragen, was tut der Mensch bei der Arbeit, sondern wir haben auch die Pflicht, uns um ihn zu kümmern, wenn der Feiertag kommt.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß nicht Langeweile erholt, sondern Unterhaltung in verschiedenster Form. Diese Unterhaltung, diese Ausspannung zu organisieren, wird eine unserer wichtigsten Aufgaben sein. Das kann aber nicht durch Zwang geschehen, sondern nur durch Erziehung zum Bedürfnis aus innerer Sehnsucht. . . .

[Am 18. September 1933 vor den Verbandsjugenbleitern
der Deutschen Arbeitsfront]



Dr. Theodor Adrian von Renteln

Der Führer der NS Hago und des GHB Dr. von Renteln:

Die Aufgabe der NS Hago wie des GHB ist die Ausbreitung und die Vertiefung des nationalsozialistischen Geistes in Handwerk, Handel und Gewerbe. Wobei die NS Hago als nationalsozialistische Organisation in personeller, organisatorischer und weltanschaulicher Hinsicht das Rückgrat des GHB bildet. . . .

Diese beiden Organisationen und insbesondere die NS Hago sind gleichsam das nie rastende nationalsozialistische Gewissen

gegenüber den wirtschaftsliberalistischen Zerfetzungsercheinungen und werden unermüdlich dort anklopfen und sich durchsetzen, wo Eigenmuß noch vor den Gemeinnuß gestellt wird. . . .

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

Die Deutsche Arbeitsfront und der deutsche Arbeiter lehnen den internationalen Marxismus selbstverständlich mit aller Schärfe ab. Die zweite und dritte Internationale dürften damit endgültig ihre Existenzberechtigung verloren haben, denn die marxistischen Filialen in Deutschland waren bisher die Grundlage für die Internationalen. . . . Der Deutsche Holzarbeiterverband allein hatte mehr Beiträge als 25 andere Staaten zusammen.

Das Verhältnis zur Arbeiterschaft anderer Staaten als solcher wird aber gehegt und gepflegt werden. Genau so, wie der neue deutsche Staat mit seinen Nachbarn in Frieden leben will und nicht daran denkt, Krieg zu führen, so will auch die deutsche Arbeiterschaft mit der Arbeiterschaft anderer Länder in Frieden und Freundschaft leben. Wir werden alle Verpflichtungen an das Internationale Arbeitsamt in Genf anerkennen und erfüllen, allerdings unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß der deutsche Arbeiter mit dem Arbeiter anderer Länder gleichberechtigt ist und daß die Vertreter anderer Länder erkennen, daß sie sich in innerdeutsche Angelegenheiten nicht einzumischen haben.

[Am 9. Mai 1933 zu Vertretern der ausländischen Presse]

18. Der Ständische Aufbau

Aus dem Programm der NSDAP:

25: Wir fordern die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

Die Vollberechtigung des deutschen Arbeiters wird durch den Besitz des Staatsbürgerrechtes zum Ausdruck kommen. Das Staatsbürgerrecht ist aber gebunden an die Mitgliedschaft und an die Zugehörigkeit zu einem Stand. Der Gedanke der Reichsständenschaft wird also wieder aufleben.

[Am 9. Mai 1933 zu Vertretern der ausländischen Presse]

winden durch den ständischen, in die Tat umgesetzt durch berufsständische Gliederung des deutschen Volkes. Die Tatsache aber, daß jeder Stand in sich alle Wertschichten des Volkes enthält, von der untersten bis zur obersten, bedingt, daß dem Staate gegenüber alle Stände als gleichberechtigt zu gelten haben; denn jeder Volksgenosse hat einen Anspruch auf Recht und Wertschätzung gemäß seiner Leistung und Bedeutung für die Gesamtheit, ohne Rücksicht darauf, ob er diese Leistung als Angehöriger der Landwirtschaft, der Industrie oder eines anderen Standes vollbringt. Und denselben Anspruch hat auch die im Stande organisierte Mehrheit.

Das Objekt des nationalsozialistischen ständischen Aufbaus ist also nicht der Staat und nicht die Wirtschaft, sondern das Volk. Das Volk, betrachtet von seiner wirtschaftlichen Seite aus, wird also gegliedert in mehrere Gruppen, die als Ergebnis der horizontalen Teilung nebeneinander stehen. Für die Zahl dieser Gruppen aber und ihre Abgrenzung gegeneinander muß ihre Verschiedenheit in der Funktion und in ihren Bedürfnissen maßgebend sein. Es handelt sich darum, festzustellen, in wievielen Hauptströmungen das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes sich bewegt, um dann jeden dieser Ströme in ein eigenes Bett zu leiten. . . .

[Der Ständische Gedanke im Nationalsozialismus]

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

Stand ist jene Form, in der der Mensch als Berufsmensch, als Chemiker, Ingenieur, Schlosser, Schreiner, Landwirt steht.

Man steht als Berufsmensch in einem Wirtschaftsstand und sucht sich hier sein Brot und seine Existenz. . . . Ich stehe als Schlosser, Chemiker, Jurist in dem Stand der Industrie. Ich stehe als Chemiker, Jurist usw. im Stand des Handwerks, der Landwirtschaft oder der freien Berufe. Der Beruf geht dann durch alle Stände hindurch, es ist das, was ich gelernt habe, es ist mein Wissen. Der Stand ist die wirtschaftliche Form, in der ich als Berufsmensch stehe. Darum kann es keinen Berufsstand geben, sondern nur einen Wirtschaftsstand.

Der ständische Aufbau ist der Körper innerhalb der Dreiteilung Körper, Seele und Geist. . . . Er sorgt für das materielle Wohlergehen.

Er schafft das Brot, er regelt das Arbeitsverhältnis, den Arbeitsschutz, die soziale Stellung, den sozialen Schutz. Alles das, was mit dem materiellen Wohlergehen zusammenhängt, gehört in den ständischen Aufbau, dessen letztes Ziel das Blühen der Wirtschaft ist.

Wenn der Stand nicht blüht, kann es mir nicht wohlgehen trotz aller schönen Gesetze, trotz Arbeitsrecht, trotz aller sozialen Rechte. Alle diese Dinge haben keinen Wert, mögen auch tausend Gesetze geschaffen werden, wenn nicht die Wirtschaft blüht. Das ist das Grundlegende.

Die Arbeitsfront ist die Seele und der Geist. . . . Die Seele ist die weltanschauliche Schulung der Menschen zum nationalsozialistischen Denken, der Geist ist die berufliche Fortentwicklung des Menschen. . . . Den Geist wollen wir in die Arbeitsfront mit hineinnehmen, um eine dritte Organisation zu vermeiden.

Die Arbeitsfront schafft die Menschen, die im ständischen Aufbau wirken sollen. Der ständische Aufbau allein stünde auf dem Papier und hätte keinen Sinn und keine Bedeutung, er wäre nur schematisch, wenn die Arbeitsfront ihm nicht die Menschen schaffte. Ebenso hat die Arbeitsfront keinen Sinn, wenn das, was sie an Schulung und Erziehung schafft, nicht im ständischen Aufbau in die Tat umgesetzt würde.

[Am 12. August 1933 vor den Gaufachberatern für ständischen Aufbau]

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

Das Ziel des ständischen Aufbaues ist das Blühen der Wirtschaft und die gesunde Eingliederung jedes schaffenden Menschen in die Wirtschaft. Hier stehen sich nicht mehr Vertreter irgendwelcher Interessenverbände gegenüber, sondern es arbeiten Menschen ein und desselben Standes zusammen. Angehörige ein und desselben Standes beraten über das Wohl ihres Standes und über die Ehre ihres Standes. Jeder, der diesem Stand angehört, soll und muß das Bewußtsein haben, daß er damit ein geachtetes und wertvolles Glied der menschlichen Gesellschaft geworden ist und daß es seine Pflicht ist, mit über die Gesamtehre des Standes zu wachen. So werden die menschlichen Anzulänglichkeiten: der Profitgeist, die Geldgier überwunden durch die gemeinsame Erkenntnis, daß nur das Blühen der Gesamtwirtschaft auch das Wohlergehen

des einzelnen bedeutet, und die gemeinsame Standesehre, gehören aus der gemeinsamen Rasse, ist das Band, das alle umschließt.

Lohn- und Tarifverhandlungen werden alsdann wohl noch notwendig, aber nicht mehr der Hauptinhalt des Denkens sein gegenüber der hohen Aufgabe des Standes, Schädlinge, ganz gleich, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer, auszumerzen und jeden einzelnen nur danach zu messen, was leistet er für die Gesamtheit und für das Volk. Der Charakter allein wird der Wertmesser für die Beurteilung des Menschen sein, und deshalb muß die Keimzelle des ständischen Aufbaues im Betrieb liegen, dort, wo sich die Menschen gegenseitig genau kennen. . . .

Innerhalb der breiten horizontalen „Arbeitsfront“ lagern Tausende und Hunderttausende von Unternehmungen. Jeder Betrieb hat einen Betriebsrat, der aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern besteht und dessen natürlicher Führer der Unternehmer ist. Der Betriebsrat hat beratende Stimme. Die Unternehmungen werden nach bestimmten Fachgruppen zusammengefaßt. 3. B. Fachgruppe der Holzindustrie, der Textilindustrie, der Metallindustrie, der Lederindustrie usw. Diese Fachgruppen werden regional zusammengefaßt. . . .

In der Fachgruppe werden alle Angelegenheiten des gesamten Faches berührt, wie Lohn und Tarif, Sozialversicherungen usw., sowie die Wirtschaftspolitik des betreffenden Faches. In die Fachgruppe werden Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gewählt, und zwar nur Facharbeiter. Der Führer der Fachgruppe wird ernannt. Nach oben bis zum Reich werden entsprechende Institutionen geschaffen, in denen immer Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zusammen beraten. In der obersten Spitze des ständischen Aufbaues sitzen auch Vertreter der Deutschen Arbeitsfront. Alle Einrichtungen werden beseelt sein von dem einen Gedanken, wie fördern wir die Wirtschaft, und damit verbunden, wie schützen wir den schaffenden Menschen, weil er das höchste Gut der Wirtschaft ist. . . .

So wird z. B. der Reichsrahmentarif der Holzindustrie in der Reichsfachgruppe der Holzindustrie festgesetzt. Er umfaßt nur einige fundamentale Sätze. Er wird sich niemals in Einzelheiten verlieren, wie es die bisherigen Tarife getan haben, ausgehend

von dem Grundsatz, daß man das Schicksal des Betriebsmenschen nicht vom grünen Tisch aus beurteilen kann, sondern nur von der rauen Wirklichkeit her. 3. B. setzt der Reichsrahmentarif fest, daß jeder Deutsche ein Mindesteinkommen haben muß, damit er leben kann. Wer unter diesem Mindestlohn Menschen beschäftigt, wird bestraft. Der Reichsrahmentarif setzt weiterhin fest, was er als Mindesteinkommen ansieht, z. B. für eine fünfköpfige Familie. . . . Er setzt fest, daß der Facharbeiter soundso viele Prozente über dem Mindestlohn erhalten muß. Er setzt den Urlaub fest und auch allgemeine Bedingungen über Frauen- und Kinderarbeit, über Sozialeinrichtungen usw.

Die Bezirksfachgruppe behandelt im Rahmen dieses Tarifes schon weitere Einzelheiten. Sie stellt fest, was in ihrem Bezirk als Mindesteinkommen zu gelten hat. . . .

Die Kreisfachgruppe geht noch mehr ins einzelne. Sie setzt generell den endgültigen Tarif in allen Details fest. . . .

[Der Ständische Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront]

Staatssekretär Dipl.-Ing. Gottfried Feder:

Die erste prinzipielle Erkenntnis für den ständischen Aufbau wird sein müssen: Zusammenfassung der wirtschaftlichen Tätigkeit nach den großen Sachgebieten, die wiederum ihren Ursprung in den Bedürfnissen des Menschen finden und nicht in der Interessensphäre der Banken liegen. Wenn wir hier zu den letzten Tiefen organischen Werdens aller Wirtschaft herabsteigen, erkennen wir die Dreigliederung nach den drei Kulturbedürfnissen jedes Menschen: Nahrung, Wohnung, Kleidung. Hieraus erwachsen die drei großen primären Sachgebiete der volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung.

Ganz streng von diesen primären großen Sachgebieten müssen getrennt werden die Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit, die keine primäre Sachaufgabe im Rahmen der wirtschaftlichen Bedarfsdeckung sich zum Ziel setzen, sondern nur Funktionen jener wirtschaftlichen Tätigkeit darstellen. In jeder wirtschaftlichen Tätigkeit benötigt man im Rahmen der Produktion kaufmännische Angestellte, Schreibkräfte und Portiers. Man benötigt Einkäufer und Verkäufer, benötigt Direktoren und Werkmeister, man braucht Transporteinrichtungen im Betriebe selbst oder auch zur Be-

lieferung der eigenen Zweigniederlassungen oder im Kundendienst. Aber alle diese Einrichtungen haben doch nur funktionelle Bedeutung, so notwendig diese Funktionen für das Gelingen der großen Sachaufgabe auch sind.

Wenn ich zunächst einmal von den oben skizzierten drei primären Sachaufgaben ausgehe, so steht an erster Stelle im ständischen Aufbau der Wirtschaft die Landwirtschaft als die Urerzeugerin des Nahrungsgutes. Hier haben wir noch, im wesentlichen genommen, einen rein auf ganz bestimmte Sachaufgaben abgestellten Stand vor uns . . .

Ganz ähnlich liegen die Dinge bei der zweiten, ganz großen Sachaufgabe, der Bauwirtschaft. Landwirt und Techniker sind es, die das Antlitz der Erde verändern und bearbeiten. Der Bauer mit der Zielsetzung der Nahrung für das Volk, der Ingenieur und Architekt mit der Zielsetzung der Erbauung von Wohn- und Arbeitsräumen. Dem gewaltigen Sachgebiet der Bauwirtschaft wird diese klar umrissene, feste Aufgabe zuzugliedern sein und alles, was mit diesem großen und bedeutsamen Endzweck zu tun hat. Große Firmen der Bauindustrie gehören in ihrer Sachaufgabe zusammen mit dem Baumeister aus dem Mittelstand. Es gehören hierzu ebensosehr Monumentalbau, Kirchenbau, Profanbau, der Tiefbau, Kanalbau, Straßen- und Flußbau.

Als drittes, ganz großes primäres Gebiet erscheint uns die Bekleidungswirtschaft angesprochen werden zu müssen. Also von der Textilindustrie bis zur Schneiderei, von der Hutfabrik bis zur Wäscherei, von dem Flickschuster bis zu den großen Schuhfabriken, von der Wollspinnerei bis zur Konfektion, denn alle diese Sachaufgaben dienen der Bekleidung des Menschen in weitestem Ausmaß. Gewiß tritt im modernen Wirtschaftsleben noch eine Reihe von großen, wichtigen Sachaufgaben neben die vorhin in großen Strichen umschriebenen wirtschaftlichen Aufgaben; so will es mir z. B. erscheinen, daß die Erzeugung chemischer Produkte in der modernen Wirtschaft bereits zum Rang eines eigenen, selbständigen Standes emporgewachsen ist. Zweifellos haben wir auch in der Urproduktion der Rohle, Steine, Erze und Metalle einen wichtigen Stand vor uns, und so wird sich noch eine Reihe nicht ohne weiteres den oben genannten großen Ständen zuzuordnender Teilstände ergeben, die auf eine ganz bestimmte Produktionsaufgabe abzielen werden.



Gottfried Feder

(Phot. D. J. Hoffmann)

Sicher ist aber, daß man so gesehen — und nur so wird man dem Wesen einer organischen ständischen Gliederung der Wirtschaft gerecht werden — solchen Funktionen der Wirtschaft den Rang eines selbständigen Standes nicht einräumen kann, wie z. B. dem Handel, der Technik, dem Beamten, dem Bank- und Versicherungsgewerbe. Ja, es fragt sich, ob so gesehen Gewerbe und Handwerk, ja, ob selbst die Industrie als solche als ein selbständiger Stand angesprochen werden kann.

Ein unbedingt sicheres Kennzeichen dafür, ob eine wirtschaftliche Tätigkeit wirklich ständischer Art oder funktioneller Art ist, ist die Prüfung, ob eine solche Tätigkeit oder Beschäftigung Güter

schaft und Werte erzeugt, oder ob sie nur Funktion im Produktionsprozeß ist. Eine solche Funktion mag durchaus höherer Art sein, wie es zur Wirtschaft in ihrer Totalität gesehen der Staat ist oder das Wirtschaftsministerium. Die Reichsaufgaben der Wirtschaft gegenüber sind höherer Art, sind regelnder, führender, normsetzender Art. Der Staat schafft Handelsverträge, schafft Rechtssicherheit, schafft Markt- und Polizeiwesen, ohne daß er selbst Wirtschaft treibt. Geld- und Kreditwesen erzeugt aus sich selbst keine Werte, soll Diener der Wirtschaft sein, nicht ihr Beherrscher; trotzdem hat das Geld- und Kreditwesen höhere funktionelle Aufgaben, insofern es kluger Lenker und Verteiler des Kapitalstromes für die Wirtschaft sein soll, ist aber dem Wesen nach nicht ständischer Art, so wenig wie die kaufmännische Tätigkeit allein für sich bestehen kann, sondern nur als Vermittler zwischen Erzeuger und Verbraucher, also als Funktion im gesamten Wirtschaftsprozeß.

Ein weiteres sehr interessantes Kriterium für die Frage, ob bei einer wirtschaftlichen Tätigkeit Stand oder Funktion vorliegt, ist die Frage, ob sich die einzelnen Tätigkeiten zur Verstaatlichung oder Sozialisierung eignen oder nicht. Das Verkehrswesen z. B., speziell das Eisenbahn- und Postwesen hat als Funktion die Verstaatlichungsreife erlangt und ist damit aus der Sphäre privater Dienstleistung in die Sphäre staatlicher Betätigung hineingewachsen. Ähnliches gilt ... für die Elektrizitätsversorgung, während eine Reihe von anderen Versorgungsaufgaben schon längst in die Kommunalverwaltung hineingewachsen ist. Freilich darf hierbei nicht an den Unfug gedacht werden, daß Städte und Gemeinden, Länder und Provinzen sich berufen gefühlt haben, im Zeitalter marxistischer Mißwirtschaft alle möglichen gewerblichen oder industriellen Betriebe in eigener Regie zu betreiben.

Das Geistige wird verkörpert durch das, was man in der Schule, Mittel- [höherer] und Hochschule gelernt hat, was einen durch das ganze Leben begleitet. Der junge Mensch muß sich für einen Beruf entscheiden, dem er sein Leben lang angehört, aus dem er nicht austreten kann, den er nicht wechseln kann, dem er aber sehr wohl in ganz verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmungen, ja dem er auch in verschiedenen großen Wirtschaftsständen obliegen

tann. Hier im Geistigberuflichen liegen aber nun wiederum ganz große einheitliche und gleichheitliche Berufsaufgaben vor, die nicht ohne weiteres einem bestimmten Stand zugeordnet werden dürfen, weshalb die berufliche Zusammenfassung eine eminent wichtige dritte Seite des gesamten wirtschaftlichen Lebens darstellt. Hier ist auch der Platz für die beruflichen Zusammenfassungen für diejenigen Tätigkeiten, die funktioneller Art sind. So ist zweifellos der bedeutendste Beruf für das Wirtschaftsleben die Technik. Die Technik trägt alles, umfaßt alles, ist so sehr Fundament jeder wirtschaftlichen Tätigkeit, daß man veranlaßt sein möchte, von einem Berufsstand der Technik zu sprechen. Und doch scheint es mir nicht möglich, die Technik als Stand zu bezeichnen im Sinne des ständischen Aufbaues der Wirtschaft, weil sie eben als tragendes Moment durch die ganze Wirtschaft hindurchgeht. Diese höchste Dienstleistung der Technik gegenüber aller gewerblich-wirtschaftlichen Tätigkeit rechtfertigt schon allein den Führungsanspruch der Technik über die in der heutigen Wirtschaft üblich gewordene Vorherrschaft der Kaufleute und Bankiers . . .

An sich ist die kaufmännische Tätigkeit ähnlich wie die technische Tätigkeit, eben weil sie durch die ganze Wirtschaft hindurchgeht. Das Kaufmännische ist ein so wichtiges Glied jeder Wirtschaft, daß es durchaus begreiflich erscheint, wenn man im Liberalismus den Handel als eigenen Stand angesehen hat. In Wirklichkeit ist aber Handel nur eine Funktion jeder produktiven Tätigkeit. Daß man aus dem Handel einen eigenen „Stand“ zu machen versucht hat und tatsächlich auch bis zu einem gewissen Grade den Handel verselbständigt hat, ist typisch jüdisch. Der Jude ist allerdings Händler von Beruf. In der Produktion pflegt er sich nur ungern zu betätigen. Aber zwischen Produktion und Konsumtion erblickt er sein Jagdgebiet. . . .

Noch einer letzten wichtigen Erscheinung im wirtschaftlichen Leben muß gedacht werden: des Verkehrs. Verkehr ist ebenso wie Handel im Prinzip nur eine Funktion, denn der Transport von Gütern und auch Personen ist keine schöpferische Tätigkeit, nur eine vermittelnde Tätigkeit, eine notwendige Tatsache für die Produktion, die ebenso wichtig ist wie der Verkauf selbst. Die umfassende Bedeutung des gesamten Verkehrslebens ist so hoch

und so bedeutsam, daß wir es beim Verkehrswesen zum ersten Male in der Weltgeschichte erlebt haben, daß es mit seinem wichtigsten Zweig, der Eisenbahn, verstaatlicht worden ist . . . Bei der Verstaatlichung der Eisenbahn haben wir es mit einem vorbildlichen historischen Entwicklungsprozeß zu tun, bei welchem eine Funktion des Wirtschaftslebens aus der Sphäre des Privatwirtschaftlichen in die Sphäre der Gemeinwirtschaft des Staates hineingewachsen ist. Ähnliches gilt von der Post und den modernsten Instrumenten des technischen Verkehrs, Telephon, Telegraph und Radio.

[Am 2. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

19. Die Stellung der Frau

Mit der Ausbreitung der Maschinenarbeit im 19. Jahrhundert gingen die Frauen der Arbeiterschaft als billige Arbeitskräfte für den Unternehmer und als Mitverdiener für die Familie in die Fabriken, und mit der durch die fortschreitende Technik leichter ohne Hilfe zu bewältigenden Hausarbeit gingen die Töchter des Bürgertums in die Büros. Mit dieser Lösung der Frau aus Haus und Familie entstand die Frauenbewegung. Sie forderte gleiche Arbeits-, Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeit von Frau und Mann. Immer mehr wurde daraus die Forderung nach einer völligen Gleichstellung; nicht im Sinne einer Gleichwertigkeit, sondern einer Gleichartigkeit. Es sollte im beruflichen, im wirtschaftlichen, im gesellschaftlichen, im politischen Leben keinen Unterschied geben zwischen den Geschlechtern. Der Liberalismus und seine Spielart, der Marxismus, kannten nicht Männer und Frauen mit besonderen, sich ergänzenden Aufgaben, sondern auch hier lediglich gleichberechtigte Einzelmenschen.

Die nationalsozialistische Frauenschaft kämpft dagegen für eine arteigene Lösung der Frauenfrage. Auch in der Stellung von Mann und Frau zueinander gilt: Jedem das Seine. Unter Führung der NS-Frauenschaft faßt das Deutsche Frauenwerk sämtliche deutschen Frauenverbände zusammen.

Die stellvertretende Führerin des deutschen Frauenwerks Paula Siber:

Frau sein heißt Mutter sein — heißt mit der ganzen bewußten Kraft der Seele das Muttersein bejahen und zum Geß des Lebens machen.



(Phot. W. J. Hoffmann)

Paula Siber

geistig-menschlichen Wesenssteigerung und Entfaltung, die für die Frau im Muttersein der Seele gipfelt als der höchsten Wesensveredelung jeder Frau — einerlei, ob verheiratet oder unverheiratet.

Deshalb gehört an die Seite des Mannes nicht nur eine Frau, die Kinder in das Leben setzt, nicht nur eine Frau als Schmuck und Schaustück — nicht nur eine Köchin und Putzfrau —, sondern die Frau hat die heilige Verpflichtung, Lebensgefährtin zu sein — d. h. Kameradin, die den Frauenweg aus der Hellsicht und der Wärme der Seele geht. . . .

Frau sein im tiefsten und schönsten Sinne ist die beste Vorbereitung zum Muttersein. Denn höchste Berufung der nationalsozialistischen Frau ist nicht die, Kinder nur zu gebären, sondern die, bewußt und

Diese der Frau von der Natur gesetzte und daher vom Nationalsozialismus vordringlich bejahte Aufgabe der leiblichen Mutter-schaft bedeutet aber keineswegs, daß die Aufgabe der nationalsozialistischen Frau im Rahmen der Volksgemeinschaft lediglich die sein soll, sich als Trägerin von Rasse und Blut und damit der biologischen Volkserhaltung zu wissen.

Aber dieser im edelsten Sinne reinen Geschlechteraufgabe der Rassen- und Volkserhaltung steht für Mann und Frau die heilige Aufgabe der inneren,

aus der ganzen Hingabe ihres Mutterseins und ihrer Mutterpflicht heraus ihrem Volke Kinder zu erziehen.

Die weitaus größte pädagogische Arbeit im Rahmen der Volksgemeinschaft wird von der Mutter geleistet als der ersten Erzieherin des ganzen Menschengeschlechts. . . .

Die Mutter ist auch die Vermittlerin zu Volk und Volkstum, dem sie und ihr Kind angehören. Denn sie ist die Bewahrerin seiner Kultur, die sie in Märchen, Sagen, Spielen und Gebräuchen ihrem Kinde bestimmend für sein ganzes späteres Verhältnis zu seinem Volke mit auf den Weg gibt. . . . In einem nationalsozialistischen Deutschland ist das Gebiet der Volksfürsorge vornehmlichste Aufgabe der Frau. Denn alles, was der Fürsorge bedarf, bedarf der Pflege — wo aber Pflege notwendig ist, dahin gehört die Frau.

Neben diesen Aufgaben der Volkerhaltung, Volkerziehung und Volkshilfe steht für die Frau als letztes nicht zu unterwertendes Aufgabengebiet die Arbeit in der Volkswirtschaft. Hier ist die Frau Sachwalterin von 75% des gesamten Volkseinkommens, das allein in der Hauswirtschaft durch ihre Hand geht. . . .

Volkswirtschaft ist aber auch Landwirtschaft. Die Mitarbeit der Frau in der Landwirtschaft als Bestallerin und Pflegerin der bäuerlichen Wirtschaft ist aus dem Existenzkampf und dem schweren Ringen einer pfleglichst zu bewachenden und bewahrenden bäuerlichen Veredelungs-, Vieh- und Siedlungswirtschaft heute weniger denn je hinwegzudenken. . . .

[Die Frauenfrage und ihre Lösung durch den Nationalsozialismus]

Der Führer:

Analog der Erziehung des Knaben . . . [ist auch bei der] Erziehung des Mädchens . . . das Hauptgewicht vor allem auf die körperliche Ausbildung zu legen, erst dann auf die Förderung der seelischen und zuletzt der geistigen Werte. Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein.

[Mein Kampf]

Die stellvertretende Führerin des deutschen Frauenwerks Paula Siber:

Im Zentrum der nationalsozialistischen Mädchenerziehung steht das Frauendienstjahr als Abschluß einerseits der Schulbildung und andererseits als Fundament der weiteren Berufsausbildung. . . .

Durch die Arbeitsdienstpflicht wird das Frauenwirken als Mutter und Hausfrau vorbereitet. Der Weg einer außerhäuslichen Berufsausbildung geht durch die Frauenschulen, Frauenoberschulen, Wohlfahrtschulen, die Gewerbeschule, Sportschule usw. zu den mehr praktischen Berufsaufgaben in der Schule, in der Wirtschaft und dem sozialpflegerischen und pädagogischen Schaffen. . . .

Daneben steht den jungen Mädchen das Hochschulstudium in allen Wissenschaften offen, da der Nationalsozialismus einmal die Frau als Kameradin und die Frau als Mutter und Volkserzieherin in jeder Weise geistig gefördert wissen will, und zum andern jede Frau das Recht hat, Ärztin, Lehrerin oder Fachwissenschaftlerin zu werden. Sie muß sich nur als solche beweisen. . . .

In kleinem Maße ist hier in großzügiger Linie der Richtweg aller Frauenarbeit angedeutet. Daß hier noch sehr viel Berufe wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Prägung nicht genannt sind, bedeutet keineswegs ihren Ausschluß aus der Frauenarbeit in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft.

Grundsätzlich kann hier der Satz geprägt werden: Alles ist im Nationalsozialismus Frauenberuf und Frauenberufung, was mit Fraulichkeit und Muttersein zusammenhängt.

[Die Frauenfrage und ihre Lösung durch den Nationalsozialismus]

Der Reichsführer der NS-Frauenschaft Dr. Krummacker:

Es ist keineswegs so, daß die Frau abseits des Volkslebens, des politischen Lebens der Nation stehen soll. Sie soll das, was in unserer Zeit für die Zukunft geschieht, erfassen, erleben und mit ihrem Herzblut empfinden. Nur so allein wird es möglich sein, das kommende Geschlecht vor der Gefahr zu bewahren, in einem äußerlichen Patriotismus zu verflachen und ihm statt dessen das innere Erleben des Volkstums zu eigen zu machen.

[Während der deutschen Kulturtage am Rhein]

Die Front der Jugend

Von dem liberalistischen Bürgertum wandte sich schon vor dem Weltkriege der beste Teil der deutschen Jugend ab. Im „Wandervogel“ fanden die Jungen und Mädchen in den Wäldern der Heimat zurück zu den Quellen deutschen Volkstums. Volkslied, Volkstanz, Volksbrauch wurden wieder lebendig, Sonnenwendfeuer flammten von den Bergen, und viele Gruppen stellten sich unter das Zeichen des Salbkreuzes. Schlichtheit, Echtheit, Reinheit, Gefährtschaftstreue, Gliederung in Führer und Gefolgschaft waren selbstverständliche Lebensformen der „Jugendbewegung“.

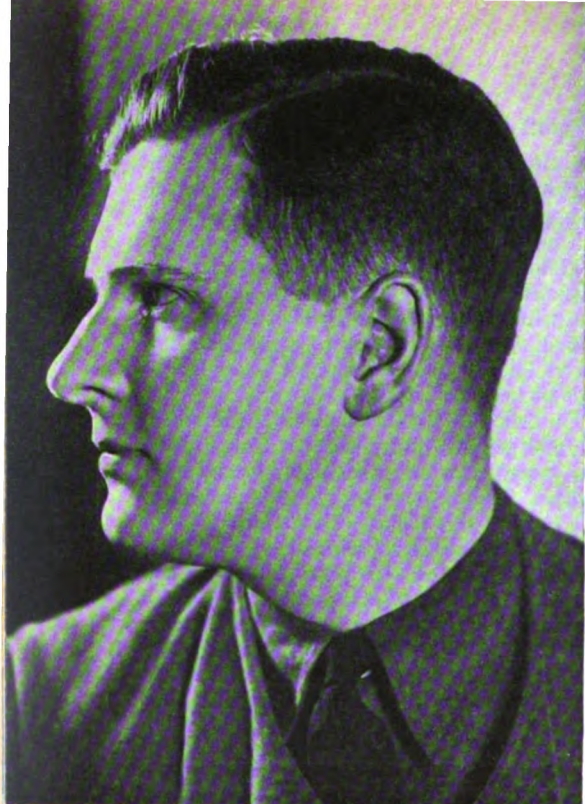
Der Weltkrieg, in dem von 12000 Wandervogelsoldaten nicht weniger als 7000 gefallen sind, entriß der Jugend ihre alten Führer. So ergriff nach dem Kriege die innere Zerreißung des deutschen Volkes auch die Jugendbewegung. Sie zersplitterte in größere und kleinere Bünde und Bündchen, gespalten durch persönliche, weltanschauliche, politische, religiöse Gegensätze. Wollte die aus dem Wandervogel hervorgegangene — im wesentlichen „bürgerliche“ — „bündische“ Jugend bewußt sich fernhalten von aller Parteipolitik, so betonten die Verbände der Arbeiterjugend den Klassenkampfgedanken, schuf sich jede der Parteien des Weimarer „Systems“ in Jugendgruppen ein Rekrutendepot.

Die 1925 gegründete Hitlerjugend (HJ) stellte sich im Bewußtsein, daß auch die Frage der Jugend nur in einem neuen Reich beantwortet werden könne, unter die Idee des Nationalsozialismus. Im Kampfe für ein durch deutschen Sozialismus innerlich geeinigtes Volk hat manch Hitlerjunge geblutet, ist mancher gestorben. Die Jüngeren sind im Jungvolk zusammengefaßt, die Mädchen im Bund deutscher Mädchen (BdM).

Nach dem Durchbruch der nationalsozialistischen Revolution hat Adolf Hitler den Reichsführer der Hitlerjugend Baldur von Schirach zum Jugendführer des Deutschen Reiches ernannt. Neben der Hitlerjugend bestehen seitdem im wesentlichen nur noch kirchliche Jugendgruppen, die Turnerjugend und die Jugend des BDM, des Volksbundes für das Deutschtum im Auslande.

Reichsjugendführer von Schirach:

Eine Staatsführung ist so stark, wie sie Jugend hinter sich hat. Das ist das Geheimnis des nationalsozialistischen Erfolgs. Der sterbende Staat von Weimar wurde abgelöst durch eine revolutionäre Jugendbewegung, die in sich bereits den neuen lebendigen Staatsbegriff trug. Wir können jetzt sagen: Dieser Staat ist



(Phot. P. J. Hoffmann)

Baldur von Schirach

das organisierte Volk. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Staat auch die Jugend ihren staatlichen Ausdruck finden mußte. . . . Ich möchte an den Eingang meiner amtlichen Arbeit das Bekenntnis zur Hitlerjugend stellen, möchte geloben, daß die Hitlerjugend und daß ich als Führer dieser Jugend und als Führer der ganzen deutschen Jugend nicht um einen Zentimeter von jener revolutionären und sozialistischen Haltung abweichen wollen, die das Kennzeichen der Kämpfer in vergangenen Tagen war. Die Hitlerjugend hat als

einzigste Jugendbewegung den Einbruch vollzogen in die marxistische Arbeiterschaft und dort ihr bestes Menschenmaterial gewonnen. Deshalb soll unser Kampf immer ein Kampf um die Seele der Arbeiterschaft sein.

Die Hitlerjugend hat auch das Recht der Führung der gesamten deutschen Jugend nicht hinter dem Ofen erseffen, sondern sie hat es im Kampf um die Straße erkämpft. Wir haben in einem harten und erbitterten Ringen die marxistische Jugend zu Boden gerungen, und ich gelobe, daß ich mit derselben Unerbittlichkeit, mit der ich den Kampf bisher geführt habe, auch den Kampf gegen die Reaktion führen werde. . . .

[Am 24. Juni 1933 beim Fest der deutschen Jugend in Hannover]

Der Reichsführer des DDA Dr. Steinacher:

Wir rufen die Jugend, die vielfach hinter abseits stand. Es darf ihr nicht genügen, in bündnischem Sonderdualismus da hin zu leben oder ihre Verfrachtung abzureagieren in der Romantik des Wanderns oder in einer unveränderten intellektuellen Auffassungswelt des Deutschums jenseits der Grenzen. Wir fordern von ihr die Flamme der Begeisterung und wollen von ihr, daß sie bewußt jene volksdeutsche Urarbe in sich trägt, die geboren wird aus der Spannung zwischen Pflicht und Verpflichtung einerseits und dem fernstrebenden Ziel anderseits. Wir fordern sie zum Kampf auf gegen die allerorts vorhandenen Reste einer verengten, starren Staatsauffassung, zu einer allseitigen Durchlesung des innerdeutschen Lebens mit den volksdeutschen Prinzipien. Wir glauben an diese Jugend, daß sie aus der deutschen Lage die neue deutsche Lebenshaltung formt, geboren aus deutscher Art und volksdeutscher Not, die Gewähr dafür bietet, daß unsere deutsche Zukunft das deutsche Gesamtvolk sein wird. . . .

[Auf der Pfingsttagung 1933 des DDA in Passau]

Der Führer:

Meine deutsche Jugend! . . . Ihr seid das kommende Deutschland! Ihr müßt lernen, was wir von ihm einst erhoffen. Ihr seid noch jung. Ihr habt noch nicht die trennenden Einflüsse des Lebens kennengelernt. Ihr könnt euch noch so unter- und miteinander verbinden, daß euch das spätere Leben niemals mehr zu trennen vermag. Ihr müßt in eure jungen Herzen nicht Eigendünkel, Überheblichkeit, Klassenauffassungen, Unterschiede von reich und arm hineinlassen. Ihr müßt euch vielmehr in eurer Jugend bewahren, was ihr besitzt, das große Gefühl der Kameradschaft und der Zusammengehörigkeit. Wenn ihr das nicht preisgeben werdet, wird keine Welt es euch zu nehmen vermögen, und ihr werdet dann einmal sein ein Volk, genau so fest gefügt, wie ihr es jetzt seid als deutsche Jugend, als unsere ganze Hoffnung, als unseres Volkes Zuversicht und unser Glaube!

Ihr müßt die Tugenden heute üben, die Völker brauchen, wenn sie groß werden wollen. Ihr müßt treu sein, ihr müßt mutig sein, ihr müßt tapfer sein, und ihr müßt untereinander eine einzige

große, herrliche Kameradschaft bilden! Dann werden alle die Opfer der Vergangenheit, die für das Leben unseres Volkes gebracht werden mußten und gebracht worden sind, nicht umsonst hingegeben worden sein, sondern dann wird aus all den Opfern am Ende doch eine glückliche Entwicklung des Lebens unseres Volkes kommen.

Denn ihr, meine Jungen, ihr seid die lebenden Garanten Deutschlands, ihr seid das lebende Deutschland der Zukunft, nicht eine leere Idee, kein blasser Schemen, sondern ihr seid Blut von unserem Blute, Fleisch von unserem Fleisch, Geist von unserem Geist, ihr seid unseres Volkes Weiterleben! . . .

Bringt hinaus diesen gläubigen Schwur, daß niemals mehr in alle Zukunft das deutsche Volk sich selbst zerreißen wird, niemals mehr sich auflösen wird, sondern daß es wirklich ein Volk von Brüdern sei, das durch keine Not und keine Gefahr mehr getrennt werden kann!

[Am 2. September 1933 vor der Hitlerjugend auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Reichsjugendführer von Schirach:

Jugend organisieren heißt die Träger des neuen Staates erziehen. Das Prinzip der Selbstführung, der Grundsatz, daß aus der kleinen Einheit der Hitlerjugend der Führer herauswächst, ist von der Hitlerjugend nicht mehr zu trennen. Der Führer selbst hat für unsere Arbeit uns diesen Grundsatz gegeben: „Jugend soll von Jugend geführt werden.“ Dieser Satz wird stets für alle Führer der Hitlerjugend Richtschnur der Arbeit sein.

Die Einheit der Jugend ist die wichtigste Grundlage für das nationalsozialistische deutsche Volk. Diese Einheit zu schaffen, ist unser Ziel. . . . Dem großen Führer, der diese gewaltige Bewegung schuf, dem Sohne des Volkes gelobt die Jugend treueste Gefolgschaft. Sie unterwirft sich seinem Willen, und zwar bedingungslos und ohne Einschränkung. Niemals aber möchte die Jugend, daß die reaktionären Kräfte zur Herrschaft gelangen, deren Haltung genau so Ursache des Zusammenbruchs war wie der marxistische Volksverrat.

[Am 31. August 1933 vor der Hitlerjugend auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

Reichsjugendführer von Schirach:

In der Hitlerjugend ist über Klassen, Stände und Konfessionen hinweg ein Bewußtsein der Bluts- und Schicksalsgemeinschaft entstanden, eine Einheit, die alles Trennende überwindet, die nicht nach dem Woher, nach Bildung und Besitz, sondern nur nach der Leistung und nach dem Wert für die Gemeinschaft fragt. So ist die Hitlerjugend ein Begriff geworden, der sich inhaltlich mit dem Begriff des Sozialismus deckt.

[Um 17. Oktober 1933 vor der Hitlerjugend in Berlin]

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley:

Mit Beendigung des 18. Lebensjahres wird künftig in ganz feierlicher Form die Überführung der Jugendlichen . . . in die Deutsche Arbeitsfront und die NSD erfolgten. Man wird den 1. Mai, der ja schon offizieller Staatsfeiertag ist, und auch den 2. Mai dazu benutzen, die Jugend sozusagen mündig zu sprechen und sie feierlich zu Staatsbürgern zu machen. . . . Ebenso wird am 1. April, dem Tag, an dem die Jugend aus der Schule in den Beruf tritt, die Aufnahme in die Deutsche Arbeitsfrontjugend feierlich ausgestaltung werden.

[Um 18. September 1933 vor den Verbandsjugendleitern¹⁾
der Arbeitsfront]

Vierter Teil

Völkische Kultur

Der liberale Staat war kaum mehr als eine Verwaltungsordnung, ein „Nachtwächterstaat“. Die verschiedenen Seiten des Gemeinschaftslebens — Wirtschaft, Recht, Kunst, Wissenschaft usw. — folgten eigenen Gesetzen. „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“, stellte die Weimarer Verfassung fest. Der nationalsozialistische Staat dagegen als das in Form gebrachte Volk ist „total“, umfaßt alle Äußerungen des Volkstums.

¹⁾ Die Jugend der NSD und der Arbeitsfront ist jetzt in die SA übergeführt.

Das Reichskulturkammergesetz:

Das Reichspropaganda-Ministerium hat eine Reichskulturkammer geschaffen, die sich in sieben Reichskammern gliedert: Schrifttum, Presse, Rundfunk, Theater, Musik, bildende Künste, Film.

Es ist nicht die Absicht des nationalsozialistischen Staates, eine Kultur von oben her schaffen zu wollen. Die Kultur wächst aus dem Volk heraus. Alle früheren Staatsauffassungen seit der Aufklärungszeit sehen die Kultur als eine Angelegenheit der Einzelpersonlichkeit zum Staate in einen gewissen Gegensatz. Auch soweit dieser Gedanke nicht durchgeführt wird, ist an der Auffassung festgehalten worden, als sei die Kultur etwas, das wegen seiner besonderen Feinheit und Vielgestaltigkeit eine stark dezentralisierte Staatsbetreuung möglichst ohne Befassung der Reichszentrale verlange.

Die Aufgabe des Staates ist es, innerhalb der Kultur schädliche Kräfte zu bekämpfen und wertvolle zu fördern, und zwar nach dem Maßstab des Verantwortungsbewußtseins für die nationale Gemeinschaft. In diesem Sinne bleibt das Kulturschaffen persönlich und frei. Wohl aber ist es, um eine Politik der deutschen Kultur zu treiben, notwendig, die Schaffenden auf allen ihren Gebieten unter der Führung des Reichs zu einer einheitlichen Willensgestaltung zusammenzufassen. Das geschieht im Wege des ständischen Aufbaus.

Ständischer Aufbau bedeutet Erfassung der einzelnen. Er ist auch in seiner Gesamtheit keine Einrichtung innerhalb des Staates oder gar neben ihm, sondern der Staat selbst in einer neuen Form. Die rechtsstaatlichen Einrichtungen, die bisher im Mittelpunkt standen (Gesetz, Gerichtsbarkeit, Polizei), werden nicht entbehrlich. Sie treten aber als Mittel des Zwanges und der Autorität zurück hinter den Einrichtungen, die bestimmt sind, den Willen der Glieder der Nation zu erfassen.

[Begründung des Reichspropaganda-Ministeriums]

§ 3: Die Reichskulturkammer hat die Aufgabe, durch Zusammenwirken der Angehörigen aller von ihr umfaßten Tätigkeitszweige unter der Führung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda die deutsche Kultur in Verantwortung für

Volk und Reich zu fördern, die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Kulturberufe zu regeln und zwischen allen Bestrebungen der ihr angehörenden Gruppen einen Ausgleich zu bewirken. . . .

§ 4: Wer bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen oder technischen Verarbeitung, der Verbreitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut mitwirkt, muß Mitglied der Einzelkammer sein, die für seine Tätigkeit zuständig ist.

Verbreitung ist auch die Erzeugung und der Absatz technischer Verbreitungsmittel.

§ 5: Kulturgut im Sinne dieser Verordnung ist:

1. jede Schöpfung oder Leistung der Kunst, wenn sie der Öffentlichkeit übermittelt wird,

2. jede andere geistige Schöpfung oder Leistung, wenn sie durch Druck, Film oder Funk der Öffentlichkeit übermittelt wird.

§ 10: Die Aufnahme in eine Einzelkammer kann abgelehnt oder ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß die in Frage kommende Person die für die Ausübung ihrer Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung nicht besitzt.

§ 11: Präsident der Reichskulturkammer ist der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. . . . Die Präsidenten der Einzelkammern bilden einen Beirat der Reichskulturkammer (Reichskulturrat). . . .

§ 13: Der Präsident der Reichskulturkammer ernennt für jede Einzelkammer einen Präsidenten. Diesem steht ein Präsidialrat zur Seite . . . Auch die Mitglieder des Präsidialrates werden vom Präsidenten der Reichskulturkammer ernannt. . . .

§ 21: Der Präsident der Reichskulturkammer entscheidet über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Präsidenten mehrerer Einzelkammern. Er kann die Entscheidung über Angelegenheiten an sich ziehen, die mehreren Kammern gemeinsam sind, auch wenn unter ihnen keine Meinungsverschiedenheit besteht.

§ 22: Der Präsident der Reichskulturkammer kann die Entscheidungen der Einzelkammern aufheben und die durch sie geregelte Angelegenheit zur eigenen Entscheidung an sich ziehen. . . .

§ 25: Die Reichskulturkammer und die Einzelkammern können Bedingungen für den Betrieb, die Eröffnung und die Schließung

von Unternehmungen auf dem Gebiete ihrer Zuständigkeit festsetzen und Anordnungen über wichtige Fragen innerhalb dieses Gebietes, insonderheit über Art und Gestaltung der Verträge zwischen den von ihnen umfaßten Tätigkeitsgruppen treffen. . . .

[Erste Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Wir wollen die guten Schuttpatrone der deutschen Kunst und Kultur auf allen Gebieten sein. Der Hunger, der das deutsche Volk erfaßt hat, erstreckt sich nicht allein auf den Magen. Es ist ebenso der Hunger der Seele; auch der will gestillt werden. Wie jede echte Revolution, so zielt auch die unsere auf eine umwälzende Neugestaltung unseres kulturellen Bestandes und geistigen Schöpfungstums hin. . . . Wir haben die schöpferischen Kräfte der deutschen Nation wieder freigelegt; sie mögen sich ungehindert entfalten und reiche Früchte tragen am Baum eines neuerstandenen Volkstums. Das ist auch der Sinn der Reichskulturkammer. . . . Sie stellt den Zusammenschluß aller Schaffenden in einer geistigen Kultureinheit dar. . . . Die schaffenden Menschen sollen sich in Deutschland wieder als eine Einheit empfinden; es soll ihnen jenes Gefühl trostloser Leere genommen werden, das sie bisher von der Nation und ihren treibenden Kräften trennte. Nicht einengen wollen wir die künstlerisch-kulturelle Entwicklung, sondern fördern. Der Staat will seine schützende Hand darüber halten. Die deutschen Künstler sollen sich unter seinem Patronat geborgen fühlen und das beglückende Gefühl zurückgewinnen, daß sie im Staate ebenso unentbehrlich sind wie die, die die Werte seines materiellen Daseins schaffen.

Arbeiter der Stirn und der Faust werden sich die Hände reichen zu einem Bund, der für alle Ewigkeit unauflösbar sein soll. Die Gemeinschaft aller Schaffenden wird Wirklichkeit, und jeder gilt an seinem Platz das, was er für die Nation und ihre Zukunft zu leisten entschlossen ist.

Die neugegründete Reichskulturkammer steht über den überlebten Begriffen von modern und reaktionär. Ihre Arbeit soll ebenso abhold sein dem modern scheinenden Großmannstum, hinter dem sich künstlerisches Nichtskönnen verbirgt, wie sie abhold ist dem reaktionären Rückschritt, der der Jugend und ihren gesunden Kräften den Weg verbauen will.

Die deutsche Kunst braucht frisches Blut. Wir leben in einer jungen Zeit, ihre Träger sind jung, die Ideen, die sie erfüllen, sind jung. Sie haben nichts mehr mit der Vergangenheit, die hinter uns liegt, gemein. Auch der Künstler, der dieser Zeit Ausdruck geben will, muß jung empfinden und neu gestalten. Nichts wäre irrthümlicher, als wenn die Gründung der Reichskulturkammer, die der Entwicklung und nicht dem Stillstand dienen soll, so verstanden würde, als wäre damit dem Banausentum die Bahn freigemacht und der Jugend der Weg nach oben versperrt. . . .

Der neue Staat hat seine eigenen Gesetze. Ihnen unterliegen alle, vom Ersten bis zum Letzten. Auch der Künstler hat die Pflicht, sie anzuerkennen und zur Richtschnur seines schöpferischen Handelns zu machen. Darüber hinaus aber ist er frei und ungebunden. . . .

Niemand fürchte, daß hier die Gefinnungsriecherei eine Heimstätte finden könnte. Wir haben den Mut, großherzig zu sein, und wünschen und hoffen, daß unsere Großherzigkeit durch gleiche Großherzigkeit seitens der Künstlerwelt belohnt wird, der wir unsere ganze Sorge und fördernde Pflege angedeihen lassen wollen. Die neue nationale Kunst Deutschlands wird in der Welt nur dann Achtung genießen und über die Grenzen unseres Landes hinaus vom wachen Kulturwillen des jungen Deutschland zeugen können, wenn sie fest und unlösbar im Mutterboden des eigenen Volkstums verwurzelt ist. Was deutsch und echt, das soll die Welt aufs neue erfahren. Die deutsche Kunst, die zum Volke zurückkehrt, wird den schönsten Lohn dadurch empfangen, daß das Volk wieder zu ihr zurückkehrt. Dieser Wunsch und diese Hoffnung steht am Anfang unserer gemeinsamen Arbeit. . . .

[Am 15. Oktober 1933 bei der Eröffnung der Reichskulturkammer]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

. . . Die Revolution macht nirgends halt, erobert das Volk und das öffentliche Leben, drückt der Kultur, der Wirtschaft, der Politik, dem privaten Dasein seinen Stempel auf. Es wäre nun naiv, zu glauben, daß die Kunst davon unverschoht bleibt, daß die Kunst so ein Dornröschendasein neben der Zeit oder hinter der Zeit führen könnte. In diesem Dornröschendasein behauptet sie dann: Die Kunst ist überparteilich, die Kunst ist international, die Kunst hat höhere Aufgaben als die Politik. Wir Künstler sind unpolitisch,



(Phot. P. J. Hoffmann)

Dr. Joseph Goebbels

Prinzipien, dann darf er sich nicht wundern, wenn das Leben an ihm vorbeirauscht. ... Wenn ich sage, die Kunst hat eine Tendenz, so soll mich doch niemand für so naiv halten, daß ich damit ausdrücken wollte, die neue Kunst müsse Parademarsch darstellen, oder ich würde kein Drama respektieren, bei dem nicht SA-Männer mitspielen. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, SA-Männer müssen auf der Straße marschieren. Wenn ich sage: Kunst hat Tendenz, dann soll das nur heißen: Auch die Kunst muß diese Beziehung herstellen. Sie hatte ja auch in der Vergangenheit eine Tendenz, nämlich eine Beziehung zum Individualismus, sie wird auch jetzt eine Tendenz haben müssen, nämlich eine Beziehung zum Volk als dem Zentrum des öffentlichen Wirkens,

und die Politik verdirbt den Charakter. ... Es steht dem Künstler wohl das Recht zu, sich unpolitisch zu nennen in einer Zeit, in der Politik nichts anderes darstellt als schreiende Diadochenkämpfe zwischen parlamentarischen Parteien. In dem Augenblick aber, in dem die Politik ein Volksdrama schreibt, in dem eine Welt gestürzt wird, in dem alte Werte sinken und andere Werte steigen, in dem Augenblick kann der Künstler nicht sagen: Das geht mich nichts an. Sehr viel geht es ihn an. Versäumt er die Beziehungsetzung der Kunst zu den neuen

Denkens und Handelns. . . . Es ist nicht Aufgabe der Kunst, die Abarten des menschlichen Lebens zu bescheinwerfern, sondern Aufgabe der Kunst ist es, den Typ zu zeigen, Menschen, Dinge, Ideen, Ziele zu zeigen, die nun die Zeit typisieren, und von denen man auch in späteren Jahrhunderten noch ablesen kann: So war jene Zeit. . .

Die Kunst kommt vom Können, nicht vom Wollen. Das äußere Merkmal der Kunst ist die Bekanntheit. Es soll also niemand glauben, daß Besinnung allein es tut. Besinnung muß zwar dazugehören, aber sie kann nicht die Kunst durch ihre Gesetze an sich ersetzen. . .

Es kommt nicht auf den Stoff an, sondern es kommt darauf an, wie man den Stoff anpackt, in welches Verhältnis man den Stoff zum Zuschauer stellt. Es kommt auf das Verhältnis des Zuschauers zum Stoff an. Wenn beispielsweise in diesen Tagen hier in Berlin im Deutschen Theater der „Wilhelm Tell“ aufgeführt wurde, so war das eine künstlerische Tat, die absolut zeitgemäß war, und jeder mit der Zeit verflochtene Mensch hatte das Empfinden: dieses Drama ist gestern geschrieben worden. Dabei ist es weit über hundert Jahre alt. . . . Das zweite Beispiel ist der „Schlageter“, der hier im Staatlichen Schauspielhaus aufgeführt wurde, ein Stoff aus unserer Zeit, aber so künstlerisch geformt, daß man die Tendenz gar nicht mehr sah, die Tendenz war vollkommen überschattet von dem großen Können. Um das auch wieder auf das Prinzip zu münzen: die Tendenz muß sich mit der Kunst vermählen. Es kann ein Stück aus dieser Zeit stammen und Kunst sein, und es kann ein Stück aus der Vergangenheit stammen und Zeit sein. . .

Wenn irgendwo das Gesetz der Persönlichkeit sich auswirken muß, dann in der Kunst. Und wenn irgendwo der Mensch souverän über den Stoff herrschen muß, dann in der Kunst. Wir haben nicht die Absicht, Sie in Ihrer souveränen Herrschaft über den Stoff zu beirren oder zu beengen. Wir möchten nur, daß der große Pendelschlag der Zeit an den Toren der Theater nicht halt macht, sondern daß er in die Theaterräume hineinschlägt, daß der Pendelschlag der Zeit bis in die letzte Künstlerseele hineinklingt, und daß der Künstler diese Zeit nicht nur hinnimmt als eine unvermeidliche, ihm im Tiefsten seines Herzens unangenehme Notwendigkeit, sondern daß er diese Zeit versteht und in diesem

gewaltigen Volksdrama wirklich ein historisch-künstlerisches Ereignis allerersten Ranges erblickt, ein Ereignis, das vielleicht für drei, vier Generationen dem deutschen Künstlertum Impuls, Stoff und Motor geben und sein wird. Um es auf die prägnanteste Formel zu bringen: Wir wollen die Kunst wieder zum Volke führen, um das Volk wieder zur Kunst führen zu können. . . .

Ich muß mich hier auch gegen das Schlagwort der internationalen Kunst verwahren. . . . Eine Kunst wird um so größeren internationalen Wert haben, je tiefer sie aus dem Volkstum steigt. Die „Meisterfinger“ werden nicht deshalb in Paris gespielt, weil Wagner sie im Hinschielen auf Paris geschrieben hätte. Sie werden in Paris gespielt, weil sie typisch deutsche Kunst sind. Das Ausland will eine deutsche Oper nicht deshalb hören, um darin ein internationales verwaschenes Surrogat vorgesetzt zu bekommen, sondern in der deutschen Oper will es den deutschen Geist kennenlernen. Im deutschen Film sucht das Ausland den deutschen Volkscharakter. Im deutschen Drama sucht es den deutschen Volksgeist. Je tiefer die Wurzeln im Volkstum stecken, und je grandioser die Mittel sind, die man bei der Formung des Stoffes anwendet, um so größer wird der internationale Rang dieser Kunstwerke sein. Sagen Sie endgültig ab der Phantasie, Sie könnten die Welt erobern, indem Sie sich von Ihrem eigenen Lande losfagen. Die Welt erobern werden Sie dann, wenn Sie im eigenen Lande feststehen. Die Welt wird auch nur dann Achtung vor Ihnen haben. Die Welt wird Sie dann auch verstehen lernen. Was bewegt uns denn, uns mit chinesischer Kunst zu beschäftigen? Doch nicht, weil sie verwaschen und gestaltlos wäre, sondern weil sie chinesisch ist, weil sie alle Merkmale des Chinesentums in sich trägt. So trennen sich Kunst und Volksboden nicht. Beide sind eine Einheit. Der Volksboden ist die Mutter, und die Kunst ist das Kind. Aus der nährenden Wurzel, die die Kunst in den Volksboden hineingestoßen hat, zieht sie auch wieder die Nahrung, die ihr Kraft zum schöpferischen Schaffen gibt. Und nur die volksverbundene Kunst wird am Ende die Welt erobern und der Welt Zeugnis ablegen von deutschem Geist und deutschem Empfinden und deutschem Fühlen und deutschem Denken.

[Am 8. Mai 1933 vor den Theaterleitern in Berlin]

wenn wir nichts mehr sind als Wille zur Nation, dann erwächst aus solchem Gewinn, aus solcher Bereitschaft und aus solcher Freiheit der schöpferischen Kraft jene neue Kultur, die nichts ist als deutsch und darum groß und stark, echt und rein und selbstverständlich. Und aus der Einheit von Volk und Kunst werden die Ewigkeitswerte neuen Ausdruck ihrer Gestalt finden.

[Im Kampfbund für deutsche Kultur]

Der Führer:

Es haben zu allen Zeiten die Weltanschauungen nicht nur das Wesen der Politik, sondern auch das Bild des kulturellen Lebens bestimmt. Die Dichter haben Helden besungen, wenn heldische Zeitalter diese in Erscheinung treten ließen, oder sie stiegen in die Niederungen des alltäglichen Lebens, wenn die Zeit unheroisch wurde und ihr entsprechende Menschen den Ton angaben.

Denn niemals kann man die Kunst vom Menschen trennen. Das Schlagwort, daß gerade sie international sei, ist hohl und dumm. . . .

Der Grieche hat nie international gebaut, sondern griechisch, das heißt, jede klar ausgeprägte Rasse hat ihre eigene Handschrift im Buche der Kunst, sofern sie nicht, wie z. B. das Judentum, überhaupt ohne eigene künstlerisch produktive Fähigkeit ist.

Wenn Völker aber eine artfremde Kunst kopieren, so ist das nicht der Beweis für die Internationalität der Kunst, sondern nur der Beweis für die Möglichkeit, etwas intuitiv Erlebtes und Geschaffenes abschreiben zu können. Nur dort kann man von einem wirklich verständnisvollen Eingehen eines Volkes in die Kunst eines anderen reden, wo über alle zeitlichen und sprachlichen Entfernungen hinweg ein und dieselbe rassische Wurzel vorhanden ist. . . .

Daher wird das Schönheitsideal der antiken Völker und Staaten unvergänglich sein, solange Menschen gleicher Veranlagung, weil gleicher Herkunft, die Erde beleben. Nicht der Stein oder die tote Form sind in ihrer Schönheit unvergänglich, sondern nur die Menschen sind es, die ihre Herkunft derselben Wurzel verdanken. Es ist daher auch ein Irrtum, zu glauben, daß die schöpferische Urkraft einer Rasse die Form ihrer künstlerischen kulturellen Äußerungen durch irgendein stilistisches Gesetz bestimmt — oder reglemen-

tiert erhält. Nein: Nur das instinkt-unsichere, weil rassistisch uneins gewordene Volk benötigt der Regeln, um nicht den wunderbaren Faden zu verlieren, den die unkomplizierten, weil natürlichen Repräsentanten einer begnadeten Rasse einst gefunden hatten. . . . Nicht jeder Grieche konnte ein Parthenon erbauen. Aber als ein Grieche dieses Wunderwerk schuf, wußten alle, daß es die gewaltigste, weil herrlichste Proklamation des griechischen Wesens und Geistes war. . . .

Nicht jeder Künstler wird diese letzte Vollendung finden; allein alle sollen sie suchen. Jedem Volke sind seine natürlichen Grenzen gezogen. Der gottbegnadete Künstler aber wird als die einmal Mensch gewordene komprimierte Fähigkeit seines Volkes stets den durchschnittlichen allgemeinen Erkenntnissen voraneilen und unbekannt jene Gestaltung finden, die als höchste und erhabenste Schönheit empfunden und gesehen, als klarste Zweckmäßigkeit aber oft erst nach Jahrtausenden bewiesen werden kann. . . .

Wir wissen von uns, daß im Altertum und in der neuen Zeit der arisch-nordische Mensch stets die zwingende Synthese gefunden hat zwischen der gestellten Aufgabe, dem Zweck und dem gegebenen Material. Sein freier, schöpferischer Geist ist sich immer gleich geblieben, und wenn auch jahrhundertlang bestimmte Weltanschauungen als äußerer Ausdruck anderen Volkstums die Menschheit unter Stilgesetze zwangen, die für ihre Zeit weltanschaulich richtig sein konnten, dem wahren inneren arischen Wesen aber widersprachen, so hat doch dieser Geist immer wieder nach einem Ausweg in seine eigene, wenn auch vergangene Welt gesucht.

Und es ist daher kein Wunder, daß jedes politisch heroische Zeitalter in seiner Kunst sofort die Brücke sucht zu einer nicht minder heroischen Vergangenheit. Griechen und Römer werden dann plötzlich den Germanen so nahe, weil alle ihre Wurzeln in einer Grundrasse zu suchen haben, und daher üben auch die unsterblichen Leistungen der alten Völker immer wieder ihre anziehende Wirkung aus auf die ihnen rassistisch verwandten Nachkommen. Da es aber besser ist, Gutes nachzuahmen, als neues Schlechtes zu produzieren, können die vorliegenden intuitiven Schöpfungen dieser Völker heute als Stil ohne Zweifel ihre erziehende und führende Mission erfüllen. In eben dem Maße aber, in dem der nordische Geist seine bewußte

Wiederauferstehung erlebt, wird er die kulturellen Aufgaben der heutigen Zeit mit nicht minder großer Klarheit und damit in ästhetischer Schönheit zu lösen haben, wie seine rassistischen Vorfahren die ihnen gestellten Probleme meisterten. . . .

Umgekehrt wird aber eine schöpferische Rasse die Gesamtsumme der Leistungen ihrer Vorfahren als Stil nicht zu einem tyrannischen Gesetz erheben dürfen, das jede weitere eigene Leistung begrenzt oder gar vergewaltigt. Nur aus Vergangenen und Gegenwärtigem zugleich baut sich die Zukunft auf. Der gegebene Zweck, das konstruktive Können der Gegenwart sowie das technische Material sind die Elemente, aus denen und mit denen der wahrhaft schöpferische Geist seine Werke gestaltet, ohne Angst, das gefundene und überlieferte Gut der Vorfahren zu verwenden, mutig genug, das selbstgefundene gute Neue mit ihm zu verbinden! . . .

Immer aber wird die politische Führung stofflich und tatsächlich die Voraussetzung liefern müssen für das Wirken der Kunst. Selbst wenn ein Volk erlischt und Menschen schweigen, dann werden die Steine reden, solange es andere Völker gibt mit annähernd gleichem kulturellen Vermögen. Es wird daher jedes große politische Zeitalter in der Weltgeschichte das Recht seines Daseins durch die sichtbarste Urkunde seines Wertes sich ausstellen, die es gibt: durch seine kulturellen Leistungen.

[Am 1. September 1933 auf dem Reichsparteitag in
Nürnberg]

22.

Recht

Im Ersten Reich der Deutschen gab es kein einheitliches Recht. Jeder wurde nach dem Recht seines Stammes abgeurteilt. Als dann im Ausgang des Mittelalters die alten Stammesherzogtümer verfielen, ergab sich mit der staatlichen Zersplitterung des Reiches auch eine undurchsichtige Mannigfaltigkeit des Rechts. Jeder unterstand dem Gericht seines Herrn. So gab es ein Landesrecht (das in dem auch über verschiedene Stämme hinüberreichenden Gebiet des Landesherrn galt), ein Hofrecht (für die abhängigen Bauern), ein Dienstrecht (für die abhängigen Ritter), ein Stadtrecht, ein Kirchenrecht (für die Untertanen von Kirchenherren), ein Königsrecht (für die Reichsunmittelbaren). Diese Zersplitterung war der äußere Grund,



(Phot. Scherl)

Reichsjustizminister Dr. Gürtner

warum das deutsche Volk rechtlich überfremdet werden konnte.

Das „kanonische“ Recht der katholischen Kirche übermittelte die Aufnahme des römischen Rechts. Da hier der Fürst als Quelle alles Rechts galt, waren die Fürsten seine Wegbereiter. Ihre Macht wurde nicht zuletzt durch diese römisch-rechtliche Auffassung unbeschränkt, absolut. Das im Sachsen- und im Schwabenspiegel zusammengefaßte deutsche Recht, das auf Sitte und Brauch des Volkes als Quelle zurückgeht, wurde vergessen. Der Versuch der Feme, deutsche Rechtsanschauungen auch weiterhin zur Geltung zu bringen, scheiterte.

Unter dem Einfluß der Gedanken der Französischen Revolution von

1789, der Revolution des Liberalismus, setzte sich im Westen Deutschlands das Gesetz Napoleons (code Napoléon) durch. In Preußen galt das Allgemeine Landrecht Friedrichs des Großen. Erst nach dem Einigungswerk Bismarcks galt im Zweiten Reich ein einheitliches Recht, zusammengefaßt im Strafgesetzbuch (1872) und im Bürgerlichen Gesetzbuch (1900). Hier war das starre römische Recht bereits etwas gemildert, galt vor allem die mündliche Verhandlung neben der schriftlichen, wurden die Laien durch die Einrichtung der Schöffen und der Geschworenen eingeschaltet wie im alten germanischen Recht. Aber auch weiterhin mußte jeder, der deutscher Richter werden wollte, nicht „das Recht“ studieren, sondern „Jura“ (= die Rechte, d. h. das römische und das kanonische).

Reichslandwirtschaftsminister Darré:

Das römische Recht blickt stets auf den einzelnen. Ausgangs- und Mittelpunkt ist hier der unverbundene Einzelmensch und seine subjektive Berechtigung. . . . Die wenigen Personenverbindungen, die . . . als selbständige Rechtsträger (juristische Personen) anerkannt sind, werden rechtlich als fingierte Einzelmenschen behandelt. . . . Der Gedanke der Selbstherrlichkeit und unumschränkten Machtfülle des Rechtsinhabers durchdringt das ganze römische Recht. Möglichst schrankenlos soll der Herrschaftswille des Berechtigten schalten und walten; im öffentlichen Rechte der Wille des Staatsoberhauptes, im Privatrechte der Wille des Eigentümers und der anderen Inhaber subjektiver Rechte. . . .

Während der Gedanke der Gemeinschaft aus dem römischen Recht verbannt ist, beherrscht er das germanische Recht. Der Zug zur Gesellschafts- und Genossenschaftsbildung geht durch die ganze deutsche Rechtsgeschichte. Genossenschaftlich war bis zur liberal-individualistischen Wirtschaftsgeesegebung des 19. Jahrhunderts insbesondere auch die Ordnung des deutschen Wirtschaftslebens; auf dem Lande waren Markgenossenschaften, in den Städten die Zünfte und Gilden die Hauptträger der Wirtschaftsverfassung. Nicht der unverbundene Einzelmensch, sondern die Gemeinschaft ist daher der Ausgangs- und Mittelpunkt des germanisch-deutschen Rechts. Der einzelne erscheint hier immer als Glied von engeren und weiteren Gemeinschaften, vor deren höheren Notwendigkeiten und Bedürfnissen sein Recht und seine freie Willensbestimmung zurücktreten müssen. Er hat keine unumschränkte Herrscherstellung, sondern eine bloße Gliedstellung in einer auf Gegenseitigkeit aufgebauten Gemeinschaftsordnung. „Gemeiner Nuß geht vor sonderlichem Nuß.“ Schon nach dem westgotischen Gesetzbuch VIII, 4, 29 soll niemand dem Gemeinnuße zuwider auf seinen Eigennuß bedacht sein.

[Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse]

Aus dem Programm der NSDAP:

19: Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.



Hanns Kerrl

(Phot. D. J. Hoffmann)

Ministerpräsident Göring:

Der neue Geist des Staates muß auch in der Justizverwaltung zum Ausdruck kommen. Die Gesetze dürfen nicht mehr auf der Anschauung beruhen, es gebe ein abstraktes, vom Volk völlig losgelöstes Recht. Die durch Blut und Boden bestimmte Art des Volkes wirkt sich in Herkommen oder Sitte bewußt oder unbewußt aus. Eine solche lebendige Sitte zur staatlich geschützten Norm zu erheben, ist Aufgabe des Gesetzes. Der Gesetzgeber darf nicht die aus verstandesmäßigen Abstrakti-

onen entstandene Willkür an Stelle des Volksrechts setzen wollen. . . .

Die Durchsetzung des Rechts im Volksleben erfolgt nicht durch Paragraphen und Buchstaben, sondern durch Männer. Deshalb sind Richter notwendig, deren Denken und Wollen in der Gesamtheit des Volkes verwurzelt ist und deren Handeln deshalb bestimmt wird durch eine einzige Richtschnur: Das Wohl der Volksgesamtheit.

[Am 18. Mai 1933 im Preussischen Landtag]

Preussischer Justizminister Kerrl:

. . . Das Recht, das von außen kommt, ist nichts, nur das Recht, das mit uns geboren ist, wird uns zum Glück führen können. In deiner Brust sitzt es, in deinem Herzen klingt es auf, in deinem

Blut schreit es: Tue deine Pflicht gegenüber der Nation, und die Nation muß stehen über allem Eigennuß. Freiheit ist nach deutscher Gesinnung nicht Zügellosigkeit, sondern Zucht und Ordnung. Zu Recht gehört die Pflicht, und aus der Pflicht erwächst das Recht. So muß das kommende Recht gebildet werden, das Recht, das mit uns geboren ist, und dem wir seine Auswirkung in der Wirklichkeit verschaffen wollen. Es ist nicht abhängig von irgendwelchen Buchstaben und Paragraphen, und es ist nur möglich durch die Persönlichkeit des deutschen Richters. Der „königliche Richter“ nur wird deutsches Recht in Deutschland schaffen können, nicht der Paragraph, nicht das Buchstabenrecht. Wir müssen hinweg von der Überfülle der Schablonen, der Gesetzesmacherei, die jeden einzelnen Fall für den Richtermund gerecht machen will, damit er nicht ein hohes königliches Amt ausübt, sondern nur eine Technik ausführt. Hinweg von diesem Wahnsinn!

[Am 12. Mai 1933 auf der Juristentagung in Berlin]

Reichsjustizkommissar Staatsminister Dr. Frant:

Gemeinnuß geht vor Eigennuß, das ist die Basis, auf der das deutsche Recht erwächst. Deutsch an Geist und zugehörig zur deutschen Volks- und Rassegemeinschaft! . . . Ich weiß, man hat uns wegen unseres Kampfes gegen die Juden in der Juristenwelt angegriffen. Darauf sei mit allem Nachdruck betont, daß dieser Kampf gegen das Eindringen fremder Elemente nicht geschieht aus Haß, sondern aus Liebe zum Deutschtum. Der deutsche Mensch will deutsche Richter, die ihn verstehen und seine Blutssprache sprechen. . . . Blut und Boden sind die Elemente, aus denen das deutsche Recht erwächst. Niemand soll glauben, daß innerhalb dieses deutschen Rechtes noch Platz wäre für Liberalisten. Das deutsche Recht wird nicht mehr Werkzeug sein einer volkschädlichen, Zins tribut fordernden Clique. Wir werden jetzt mit aller Leidenschaftlichkeit dafür sorgen, das Eigentum des ehrlich schaffenden deutschen Arbeiters wie das des schwer ringenden Mittelstandes zu unterstützen. . . . Wir werden diesen Kampf um dieses deutsche Recht durchsetzen, jedem Gegner zum Trotz. Hier gilt der große Gesichtspunkt der Zurückführung deutschen Geistes in das

Recht. Wir werden den Kampf in weitestem Umfange aufnehmen gegen die römisch-rechtlichen Methoden und Begriffe, die mit dem deutschen Lebensgefühl nicht vereinbar sind, zur Ausrottung des Geistes, der das deutsche Lebensgefühl verfälschte. . . . [Der Kampf] gilt jenem verfälschten Pandekten-Mischmasch, den man dem deutschen Volksbewußtsein im Laufe der letzten Jahrhunderte künstlich infiltrierte. Durch ihn ist es so weit gekommen, daß das Recht von deutschen Menschen nicht mehr verstanden werden konnte. . . . Staaten und Regierungen vergehen, aber Völker und ihre Rechte sind ewig. In Zukunft wird es weder einen bayerischen noch einen preussischen Partikularismus geben oder geben können. Das deutsche Volk will die Einheit, die es erreicht hat, auch rechtlich sichern, damit in Deutschland in Zukunft einheitliches Recht geschaffen und von der Reichsrechtsquelle gewonnen wird. . . .

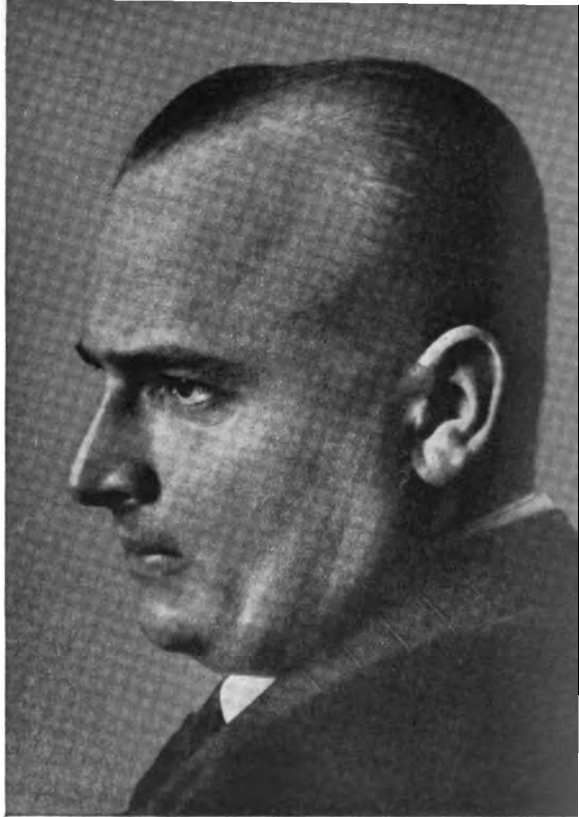
In dieser Stunde muß ich auch der österreichischen Volksgenossen gedenken. Wir lassen uns in unserem Werke nicht stören, wir wollen nichts gegen die internationalen Verträge, wir wollen nichts gegen die Verpflichtungen, die Deutschland und Österreich auf sich genommen haben, unternehmen. Wir lassen uns jedoch die Rechtsangleichung nicht rauben.

[Am 8. Juni 1933 im Rundfunk]

Reichsjustizkommissar Staatsminister Dr. Frant:

Wenn wir in den Gerichtssälen des alten Systems an die Gerechtigkeit appellierten, wenn wir die Existenz unseres Volkes immer unendlich höher stellten als die Erfüllung eines abstrakten Rechtsfalles, dann konnten die Greise des Juristenstandes dem nur wenig folgen, weil sie nicht zur Volksnähe, sondern zur Juristerei erzogen worden sind und weil sie ihr Glück darin fanden, Akten mit den Sentenzen ihrer abstrakten Erkenntnisse zu füllen und weil sie niemals über ihre Studien im wesentlichen hinausgekommen waren. . . . Künftig haben die Juristen nicht mehr hinter verschlossenen Türen dem Volk gegenüber zu amtieren, sondern mitten im Volk für das Volk. . . . In den Mittelpunkt unserer Betrachtungen haben wir den Begriff der Rasse gestellt. Neben den Begriff der Rasse haben wir den Schutz der Ehre gestellt. Das Recht schützt

die Ehre dadurch, daß es den deutschen Menschen dazu erzieht, diesen Schutz der Ehre anzusehen als den Schutz eines Repräsentanten der Volksgesamtheit, den jeder einzelne darzustellen hat. Es handelt sich nicht um eine Summenehre, nicht um eine Zusammenballung von einzelnen nach Klassen oder anderen Gesichtspunkten auseinandergehenden Ehrenhaftigkeiten, sondern um einen Schutz der Ehre in dem Sinn, daß jeder für sich verantwortlich ist für die Ehre der Nation ohne jede Ausnahme . . .



Dr. Hans Frank

Es ist ein Wahnmwiz, wenn so wie bisher das Recht lediglich darstellen soll eine Nebeneinanderreihung von Tatbeständen, die katalogartig aufgestellt und je nach Bedarf von dem einzelnen erfüllt oder gebrochen werden können. Das Recht ist überhaupt nicht anders zu fassen als dadurch, daß man es als geistige Macht über die Zusammenhänge des einzelnen Lebens stellt.

Der Richter richtet nicht den Streit, er hat darüber zu wachen, daß das Gesamtleben der Nation gewahrt bleibt. Der Richter ist der Repräsentant nicht eines Standes, nicht einer Paragraphen-skala, sondern er soll der große gütige Richterkönig, der Herrscher über das Leben der Nation sein. Der Kampf, den das deutsche Volk aus dem Gesichtspunkt der Vereinheitlichung von Rechtsseele und Volksseele führt, wird nicht im Juristenstand ausgekämpft;

leidenschaftliche Mitwirkung der weiten Volkstreife an dieser Rechtsbildung ist um so mehr zu fordern, als sie von Gewalten getragen wird, die ja selbst aus dem Volk hervorgegangen und dem Volk verantwortlich sind. . . . Schließen Sie die Reihen aller derer, die mit der Justiz beruflich zusammenhängen, nicht nur im akademischen Bereich mit allen Volksgenossen, auch der nichtakademische Urkundsbeamte dient dem Recht. Wir sind nicht Bourgeoise-Juristen, wir sind Arbeiter am Recht. Wir werden in diesen großen Zusammenhängen dem Volk dienen, wie wir es geschworen haben. . . . Die Kluft zwischen Volk und Juristen ist in Deutschland nunmehr für alle Zeiten geschlossen¹⁾. . . .

Sie werden aber dem Volke nicht den Glauben an das Recht beibringen, wenn Sie die Unterschiede in der Behandlung von Rechtsfragen davon abhängig machen, wie das Kollegium zusammengestellt ist. Es ist ein Mißbrauch der Gläubigkeit des Volkes an das Recht, wenn Sie es glauben machen wollen, daß das, was schon ein Richter nicht entscheiden kann, von dreien in Mehrheitsabstimmung entschieden werden könnte. Wir werden auch dazu kommen, daß wir, nachdem wir die Mehrheitsbeschlüsse in allen Bereichen des deutschen Lebens beseitigt haben, Mehrheitsbeschlüsse auch auf dem Gebiete der Justiz nicht mehr wollen. Wir wünschen den Richterkönig, der entscheidet nach den Gesetzen der Nation.

[Am 3. Oktober 1933 auf der 4. Reichstagung des Bundes
NS Deutscher Juristen in Leipzig]

Staatssekretär Dr. Freisler:

Den Schwerpunkt des jetzigen Strafrechts bildet nach äußerem Umfang und innerem Gewicht der Schutz der materiellen, im Einzelbesitz befindlichen Güter gegen Eingriffe in diesen Einzelbesitz und der Schutz des Handels und Wandels des einzelnen im Wirtschaftsleben.

¹⁾ In die neugegründete „Akademie für deutsches Recht“ unter Vorsitz des preussischen Justizministers Kerrl sind nicht nur Rechtslehrer, Richter und Anwälte, sondern auch Laien berufen. Die bisher rein fachliche Prüfung der Juristen wird ergänzt durch ein Gemeinschaftslager, in dem sich der Referendar charakterlich bewähren muß, und durch eine Erweiterung des Prüfungsstoffes auf Volks- und Staatskunde.

Gewiß ist dieser Schutz in jedem Strafrecht notwendig, nicht nur im Strafrecht von Staaten, die lediglich über die Grenze des hierzu Unerläßlichen nicht hinausgehende Garantien der äußeren Ruhe und Ordnung sein wollen, sondern auch im Strafrecht der totalen Staaten, wie sie in Europa — wenn auch mit verschiedenstem zugrunde liegenden Ideengehalt und in verschiedenster Rechtsform — das dritte Deutsche Reich, das faschistische Italien und die Sowjetunion darstellen.

Aber im Mittelpunkt des Strafrechts

kann der Schutz der materiellen, im Einzelbesitz befindlichen Güter nur stehen in Staaten, die den Einzelindividuen zu dienen sich für bestimmt halten, bei Völkern also, deren Weltanschauung individualistisch ist, deren Einzelwesen diesen Individualismus vor allem auf materiellem Gebiete zu verfolgen trachten.

Noch offener wird dieser der bisherigen Haltung des deutschen Volkes entsprechende Charakter des deutschen Strafrechts, wenn man einmal an all das denkt, was wir in diesem Strafrecht überhaupt nicht finden, oder was lediglich in unzulänglichen Einzelbestimmungen, gewissermaßen nebenbei, als schutzbedürftig angedeutet ist, oder was in Nebengesetze verbannt wurde.

Ich denke da an den Schutz des Volkes selbst, seiner Bluts-



(Phot. Scherl)

Dr. Roland Freisler

und Schicksalsgemeinschaft, wie sie in Jahrtausenden gewachsen ist. Der Schutz dieser Blutsgemeinschaft — der Rasse — ist dem jetzigen Strafrecht fremd. Der Schutz dieser durch Ströme von Blut geheiligten Schicksalsgemeinschaft ist dem deutschen Strafrecht unbekannt. Die Grabstätten der Helden des Volkes, die Taten der deutschen Heere und ihrer Führer, ihr Andenken und ihre Ehre wurden im bisherigen Strafrecht so gut wie vogelfrei gelassen. Volk als ein lebendiges Gesamtwesen kannte die Zeit nicht, die hinter uns liegt. Volk, seine Rasse, seine Geschichte, seine Helden konnten daher auch nicht besonders schutzwürdig erscheinen.

[In der Denkschrift des Preussischen Justizministeriums
über „Nationalsozialistisches Strafrecht“]

Die neue Zivilprozeßordnung:

Eine volkstümliche Rechtspflege ist nur in einem Verfahren möglich, das dem Volke verständlich ist und einen ebenso sicher wie schnell wirkenden Rechtsschutz verbürgt. Die Parteien und ihre Vertreter müssen sich bewußt sein, daß die Rechtspflege nicht nur ihnen, sondern zugleich und vornehmlich der Rechtssicherheit des Volksganzen dient. Keiner Partei kann gestattet werden, das Gericht durch Unwahrheiten irrezuführen oder seine Arbeitskraft durch böswillige oder nachlässige Prozeßverschleppung zu mißbrauchen. Dem Rechtsschutz, auf den jeder Unrecht hat, entspricht die Pflicht, durch redliche und sorgfältige Prozeßführung dem Richter die Findung des Rechts zu erleichtern.

Aufgabe des Richters ist es, durch straffe Leitung des Verfahrens und in enger Fühlung mit den Parteien dahin zu wirken, daß jede Streitfache nach gründlicher Vorbereitung möglichst in einer einzigen Verhandlung aufgeklärt und entschieden wird. Er hat Vertagungen, die nicht sachlich dringend geboten sind, zu vermeiden und zu verhindern, daß ein Verfahren durch verspätetes Vorbringen verschleppt wird.

Nur so gelangt man zu einem lebendigen Verfahren mit voller Mündlichkeit und Unmittelbarkeit, das dem Richter eine sichere Findung der Wahrheit ermöglicht und dessen Verlauf die Parteien mit Verständnis und Vertrauen folgen können.

[Einleitung]

23. Schule und Hochschule

Vizekanzler von Papen:

Wir mögen noch so viel organisieren und umbauen, nach noch so hervorragenden Plänen das Leben der Nation regeln und fortentwickeln wollen — es wird nur ein kleiner Teil des beabsichtigten Zweckes erreicht werden, wenn es uns nicht gelingt, die Gesinnung der Menschen umzuformen, wenn es nicht möglich ist, die neuen Formen unseres nationalen Lebens auch mit neuem Geist zu erfüllen. . . . Es gilt nicht nur das Führerprinzip zu proklamieren, man muß auch die nötigen Führer und in den zu Führenden den unerläßlichen Geist der Gefolgschaft erziehen. So liegt die schwierigste, aber auch dankbarste Arbeit der Nation auf dem Gebiete der Erziehung. [Im „Deutschen Volkswirt“ vom 28. Oktober 1933]

Aus dem Programm der NSDAP:

20: Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern, ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf, auf Staatskosten.

Der Führer:

Der völkische Staat muß von der Voraussetzung ausgehen, daß ein zwar wissenschaftlich wenig gebildeter, aber körperlich gesunder Mensch mit gutem, festem Charakter, erfüllt von Entschlußfreudigkeit und Willenskraft, für die Volksgemeinschaft wertvoller ist als ein geistreicher Schwächling. Ein Volk von Gelehrten wird, wenn diese dabei körperlich degenerierte, willensschwache und feige Pazifisten sind, den Himmel nicht erobern, ja nicht einmal auf dieser Erde sich das Dasein zu sichern vermögen. Im schweren Schicksalskampf unterliegt selten, der am wenigsten weiß, sondern immer derjenige, der aus seinem Wissen die schwächsten Konsequenzen zieht

und sie am Mäglichsten in die Tat umsetzt. Endlich muß auch hier eine bestimmte Harmonie vorhanden sein. Ein verfaulter Körper wird durch einen strahlenden Geist nicht im geringsten ästhetischer gemacht, ja, es ließe sich höchste Geistesbildung gar nicht rechtfertigen, wenn ihre Träger gleichzeitig körperlich verkommene und verkrüppelte, im Charakter willensschwache, schwankende und feige Subjekte wären. Was das griechische Schönheitsideal unsterblich sein läßt, ist die wundervolle Verbindung herrlichster körperlicher Schönheit mit strahlendem Geist und edelster Seele.

Wenn der Moltkesche Ausspruch: „Glück hat auf die Dauer doch nur der Tüchtige“, Geltung besitzt, so sicherlich für das Verhältnis von Körper und Geist: Auch der Geist wird, wenn er gesund ist, in der Regel und auf die Dauer nur in gesundem Körper wohnen. . . .

Nicht im ehrbaren Spießbürger oder der tugend samen alten Jungfer sieht er sein Menschheitsideal, sondern in der trotzigen Verkörperung männlicher Kraft und in Weibern, die wieder Männer zur Welt zu bringen vermögen. [Mein Kampf]

Reichsinnenminister Dr. Frick:

Die deutsche Schule hat den politischen Menschen zu bilden, der in allem Denken und Handeln dienend und opfernd in seinem Volke wurzelt und der Geschichte und dem Schicksal seines Staates ganz und unabtrennlich zu innerst verbunden ist. . . .

Nur durch eine in allem Notwendigen einheitliche deutsche Nationalerziehung der heranwachsenden Generation kann das Werk der nationalen Erneuerung vollendet und für alle Zukunft gesichert werden. . . .

Die Zeit, in der die Ausbildung der selbstherrlichen Einzelpersönlichkeit als die wesentliche Aufgabe der Schule angesehen wurde, ist vorbei. Die neue Schule geht grundsätzlich vom Gemeinschaftsgedanken aus, der ein uraltes Erbe unserer germanischen Vorfahren ist und demgemäß unserer angestammten Wesensart am vollkommensten entspricht. Er fordert freie Bindung des einzelnen durch das Gemeinwohl. Daher ist die Erziehung des Schülers unter diese leitenden Gesichtspunkte zu stellen: die Schule

hat im Dienste des Volksganzen zu stehen. Zwar bleibt die Entfaltung der Persönlichkeit nach wie vor bedeutungsvolle Aufgabe, aber den selbstverständlichen Rahmen nicht nur, sondern auch den Richtungspunkt ihrer Entwicklung bildet die Volksgemeinschaft, in die wir hineingeboren sind.

Hieraus ergeben sich Volk und Vaterland als wichtigste Unterichtsgebiete, jenes in der reichen Fülle seiner Leistungen, von denen seine Geschichte, Sprache und Dichtung, heimische Kunst und heimischer Gewerbesleiß zeugen, dieses in der

Vielgestaltigkeit seines natürlichen Aufbaues in Boden, Tier- und Pflanzenwelt einerseits und in der Gestaltung dieses Erdraumes durch die schaffende Hand unserer Vorfahren von Urzeiten her andererseits. Nur so gewinnt die Jugend jene feste Verwurzelung im heimischen Boden, die sie im Herzland Europas im Kampfe mit den von allen Seiten auf sie einstürmenden fremden Einflüssen braucht, um festzustehen. Das Fremde, Weithergeholte ist zu allen Zeiten eine große Gefahr gerade für den Deutschen gewesen, hat ihn in die Ferne gelockt und oft erstaunlich rasches Aufgehen in fremder Volksgemeinschaft erleichtert. So ist im Laufe der Jahrtausende der deutschen Heimat und Kultur bestes deutsches Blut verlorengegangen und hat bald darauf nicht selten die angeborene Tat-



(Hofmaler Arthur Fischer)

Dr. Wilhelm Fried

trast im Kampfe gegen das alte Vaterland eingesetzt, wie der Weltkrieg gezeigt hat. Wir müssen und werden in einem Maße, das anderen Kulturvölkern längst als selbstverständlich gilt, unserer Jugend ein so starkes völkisches Selbstbewußtsein mit ins Leben geben, daß die Gefahr der Entdeutschung für immer gebannt ist.

Das soll keineswegs zu unerwünschter Enge des Gesichtskreises führen. Im Gegenteil haben wir heute mehr denn je Ursache, uns daran zu erinnern, daß wir Hand in Hand mit den stammverwandten germanischen Völkern Nordeuropas und ihrer Tochterstaaten jenseits der Meere weltumspannende Aufgaben zu lösen haben, die der Tatkraft der nordischen Rasse ein weites Feld kulturaufbauender Betätigung geben. Auch darüber hinaus wollen wir die Werte nicht verleugnen, die wir im Laufe einer zweitausendjährigen Geschichte von anderen arischen Völkern in ständigem Kulturaustausch übernommen haben. Der fremdsprachliche Unterricht wird auch weiterhin dem Verständnis dieser Zusammenhänge die Wege ebnen. Aber die Erhaltung unserer völkischen Eigenart fordert gebieterisch, daß wir den fremden Einflüssen nicht erliegen und dadurch dem Irrwahn einer verwaschenen Menschheitskultur Vorschub leisten. . . .

Zu den edelsten Werten, deren Pflege uns am Herzen liegen muß, gehört unsere Muttersprache, auf deren Wohlklang, Kraft und Biegsamkeit wir stolz sein können. Leider wird ihre Reinheit noch immer nicht so gepflegt, wie es wünschenswert wäre. . . . Dabei sei zugleich auch der deutschen Schrift gedacht, die ihren unbedingten Vorrang vor der lateinischen niemals verlieren darf.

Im Hinblick auf das angedeutete allgemeine Bildungsziel ergibt sich, daß die Geschichte unter den Schulfächern in vorderster Linie steht. . . .

Neben der stärkeren Betonung deutscher Kulturwerte im Geschichtsunterricht und in den ihm verwandten Fächern bedarf auch der lebenskundliche (biologische) Unterricht nach zwei Seiten hin des Ausbaues. Zunächst sei die Rassenkunde genannt. . . . Ihr ist auf allen Stufen der Schule genügend Raum zu widmen, damit die Grundeigenschaften der wichtigsten Rassen dem Schüler ver-

traut und der Blick für selbständige Beobachtung der Rassenunterschiede geschärft wird. . . . Dabei ist von einer gehässigen Beschimpfung fremder Rassen grundsätzlich abzusehen. . . .

Die rassenkundliche Aufklärung ist durch eine nicht weniger wichtige erbgesundheitliche zu ergänzen. . . .

Im Zusammenhange mit Rassenkunde und Erbgesundheitslehre vermag die Schule auch durch Einführung in die Grundbegriffe der Familienforschung und durch Anleitung zu Aufzeichnungen über die eigenen Voreltern wertvolle Anregungen zu geben. . . .

Die körperliche Ertüchtigung ist eine unentbehrliche Voraussetzung unserer völkischen Dauer. Keine noch so große Gelehrsamkeit kann unserem Vaterlande eine Zukunft sichern, wenn ihm nicht immer von neuem gesunde und kräftige Menschen geboren und erzogen werden, die dem Lebenskampfe seelisch und körperlich gewachsen sind. Neben der Ausbildung rein körperlicher Gewandtheit und Leistungsfähigkeit ist besonderer Wert auf die Heranbildung von Willens- und Entschlußkraft zu legen, als unerlässlicher Vorbedingung für die Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit, in der der Charakter wurzelt. . . . Ubrigens dürfte es aus erzieherischen Gründen angezeigt sein, auch an den künftigen Lehrer einige Anforderungen in bezug auf alle diese Eigenschaften zu stellen.

Eine besondere Seite dieser Aufgabe ist die Erziehung zur Wehrhaftigkeit. Die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes setzt eine geistige und körperliche Wehrhaftmachung voraus . . . und bedeutet, daß das deutsche Volk wieder lernt, im Wehrdienst die höchste vaterländische Pflicht und Ehrensache zu sehen. Mit der Wehrhaftmachung muß, wenn sie das gesamte Wesen, die ganze Persönlichkeit des Menschen erfassen soll, schon in der Schule begonnen werden. Die Schule muß die notwendige Vorarbeit leisten, in die heranwachsende Jugend muß der Keim des Wehrgebankens gelegt werden. . . .

Alle Berufsarbeit ist pflichtmäßige Leistung im Dienste von Volk und Staat. Diese Auffassung stellt den tiefen Sinn aller Berufsarbeit wieder her. Die Schulen aller Art haben die Aufgabe, diese Berufsauffassung in ihren Schülern zu entwickeln und zu festigen. . . .



(Phot. P. J. Hoffmann)

Bernhard Rust

Die nationale Regierung will unbedingt den politischen Charakter der Schule in dem Sinne hergestellt wissen, daß die Schule durch ihre Erziehung die gliedhafte Einordnung der Schüler ins Volksganze herbeiführt, damit der geschlossene politische Wille auch für die Zukunft eine starke und dauernde Grundlage im Volk findet. . . .

[Am 9. Mai 1933
vor den Kultus-
ministern der
Länder]

Der preußische Kultusminister Rust:

Die deutsche Jugend, so wie sie diese Dinge jetzt erlebt hat und sieht, sie läßt sich nun einmal heute von fremdrassigen Professoren nicht führen, so wenig sie sich führen läßt von jenem, der geistig abgekehrt ist von Deutschland und seinem Wesen. . . .

Wir müssen in Zukunft einen arischen Nachwuchs auf den Universitäten haben, sonst werden wir den Anschluß verlieren. . . . Wenn wir in Deutschland jenes Verhältnis von Führern und Geführten auf den deutschen Hochschulen wiederhergestellt haben, in dem Richter zu Ariern im deutschen Volke leben, dann wird es in Deutschland keinen Rassenkampf mehr geben. . . . Ich muß ganz ausdrücklich Verwahrung dagegen einlegen, daß wir etwa eine Diktatur in Deutschland ausübten. Nein, wir haben

eine Fremdherrschaft erlebt, die zu beseitigen die Pflicht einer neuen deutschen Volksführung ist¹⁾. . . .

Die deutsche Hochschule hat zwei Aufgaben. Sie ist nicht nur eine Stätte der Forschung, sondern auch eine Stätte der Erziehung. Wir können den Wert einer deutschen Hochschule nicht nur messen an der Zahl wissenschaftlicher Publikationen, sondern wir müssen sie auch noch von einer anderen Seite aus betrachten. . . . Ohne geistige Freiheit und ohne die Möglichkeit einer freien geistigen Konkurrenz werden wir den Aufstieg Deutschlands nicht freilegen, sondern abriegeln. Nur aus einer geistigen Freiheit und einer Freiheit der Persönlichkeit des geistig Schaffenden und besonders des Hochschullehrers werden wir die deutsche Hochschule auf dem Gebiete der Forschung auf jene Höhe bringen, die dem Werte des ganzen deutschen Volkes angemessen ist. Aber nur aus der Synthese von freier Forschung auf der einen Seite und von national-deutscher Weltanschaulichkeit auf der anderen kann gehandelt werden. . . . Forschungsfreiheit und nationale Weltanschauungsgemeinschaft sind die Säulen, auf denen die Hochschule der Zukunft aufgebaut sein muß und aufgebaut sein wird²⁾. . . .

[Am 6. Mai 1933 vor den Professoren und Studenten
der Berliner Universität]

Der preußische Kultusminister Ruft:

Wir wollen die jungen deutschen Menschen zusammenschmelzen zu einem heiligen Willen zur Volksgemeinschaft, auf daß sie in einem einzigen Guß zu einem einheitlichen großen organischen, stahlharten Gebilde vereinigt werden. Dem einzelnen kann nicht das Vergnügen einer Jugend von zügelloser Freiheit und Erfüllung

¹⁾ 50 % der Lehrer der medizinischen Fakultät waren Juden, 25 % der philosophischen Fakultät, 80 % der Theaterleiter (bei einem jüdischen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 1 %).

²⁾ Wer Hochschullehrer werden („sich habilitieren“) will, muß fortan, bevor er vor seiner Fakultät seine fachwissenschaftliche Eignung nachweist, sich in einem Arbeits- oder einem Geländesportlager in nicht-akademischer Umgebung und darauf in der Lebensgemeinschaft einer Dozentenakademie menschlich bewährt haben.

seiner persönlichen Bedürfnisse gegeben werden, sondern die gesamte deutsche Jugend hat sich als ein Glied einer unendlichen Kette zu fühlen. Wir brauchen eine Jugend, die wie jene von Langemarck bereit ist zu eiserner Disziplin und sich dem Gesetz der Unterordnung unter das Gemeinwohl unterwirft. Auf dem Gebiet weltanschaulicher Erziehung kann der Staat Ausnahmen nicht gestatten, und an den weltanschaulichen Grundlagen darf nicht geändert werden. . . . Wir werden eine Art Spartiatentum großziehen müssen, und diejenigen, die nicht gewillt sind, freiwillig in diese Spartiatengemeinschaft einzutreten, müssen darauf verzichten, jemals Staatsbürger zu werden.

[Am 24. Juni 1933 bei der Eröffnung der Hochschule für
Lehrerbildung in Lauenburg (Pommern)]

24.

Körperertüchtigung

Friedrich Ludwig Jahn schuf das „Turnen“ als wichtigen Teil einer völkisch gedachten Erziehung. Unter der Einwirkung des Liberalismus wurden die „Leibesübungen“ zu einem Teil einer Erziehung des einzelnen. Jahn hatte unter Turnen alles verstanden: Geräteübungen, Freilebungen (Gymnastik), Rasenspiele, Schwimmen, Wandern, Fechten, volkstümliches Turnen (Sport). Im Zuge des Liberalismus verfiel aber auch das Turnen der Verfachlichung. Es entstanden Vereine, die nur das Schwimmen, andere, die nur den Sport („Leichtathletik“), andere, die nur Gymnastik, andere, die nur Fußball trieben usw. Turner und Sportler befehdeten sich meist. In den einzelnen Vereinen verfachlichte wieder der einzelne: Einer war nur Kurzstreckenläufer, einer nur Hochspringer, einer nur Rückenschwimmer usw. Selbst die Klassenlust wirkte sich hier aus: Es gab „bürgerliche“ Sportvereine und „proletarische“. — Heute ist die gesamte Turn- und Sporterziehung außerhalb der Schule einem Reichsportkommissar unterstellt.

Der Führer:

Die ganze Erziehung muß darauf eingestellt werden, die freie Zeit des Jungen zu einer nützlichen Ertüchtigung seines Körpers zu verwenden. Er hat kein Recht, in diesen Jahren müßig herum-

zulungern, Straßen und Rinos unsicher zu machen, sondern soll nach seinem sonstigen Tageswerk den jungen Leib stählen und hart machen, auf daß ihn dereinst auch das Leben nicht zu weich finden möge. Dies anzubahnen und auch durchzuführen, zu lenken und zu leiten ist die Aufgabe der Jugendziehung und nicht das ausschließliche Einpumpen sogenannter Weisheit. Sie hat auch mit der Vorstellung aufzuräumen, als ob die Behandlung seines Körpers jedes einzelnen Sache selber wäre. Es gibt keine Freiheit, auf Kosten der

Nachwelt und damit der Rasse zu sündigen. . . .

Es dürfte kein Tag vergehen, an dem der junge Mensch nicht mindestens vormittags und abends je eine Stunde lang körperlich geschult wird, und zwar in jeder Art von Sport und Turnen. . . .

[Mein Kampf]

Reichssportführer von Eschammer und Osten:

Die Pflege der Tradition, das Anknüpfen an die Gedankengänge eines Jahn und Fichte, sowie die Konzentration aller aufbauwilligen Kräfte im deutschen Sport- und Turnleben erscheinen mir als die Hauptfaktoren, mit denen ich ein Fundament schaffen kann als Bollwerk gegen alle zerfetzenden Einflüsse undeutscher,



(Phot. Winder, Berlin)

Hans von Eschammer und Osten

unvölkischer und die nationale Wiedergeburt verhindernder, materieller Auffassung.

Sport und Turnen ist, vom nationalsozialistischen Standpunkt aus gesehen, keine Konkurrenz- oder Reformangelegenheit, sondern höchster Dienst am deutschen Vaterland. . . .

Ein ausschlaggebender Faktor bei der Neuentwicklung des deutschen Sportlebens wird dessen völkische Grundlage sein. Die Leibesübungen am deutschen Menschen haben, wenn sie überhaupt kulturellen Wert gewinnen sollen, der Erhaltung und Förderung unserer Rasse und ihrer Eigenart zu dienen. . . .

[Am 9. Mai 1933 im Rundfunk]

Der Führer:

. . . Wer so wie wir ein starkes Reich ersehnt, muß an einem starken Geschlecht hängen. . . . Wer will von einem Staat mehr an Kraft erwarten, als seine Bürger an Kraft besitzen? Es war das Verdienst des Vaters der deutschen Turnkunst, in einer Zeit unklarer staatlicher Auffassungen die Bedeutung der körperlichen Tüchtigkeit erkannt zu haben. Die praktische Verwirklichung, die Ludwig Jahn diesem Gedanken gab, führte zu einer auch heute vielleicht noch nicht in ihrem Ausmaß vollkommen gewürdigten, wahrhaft umwälzenden Entwicklung. Das sogenannte „geistige Zeitalter“ liberalistischer Prägung war in seinem Halbwissen und seiner Halbkultur auf dem besten Wege, ein durch und durch krankes Menschengeschlecht heranzuzüchten. Die Überschätzung eines vermeintlichen Wissens und die damit verbundene Abkehr von der körperlichen Betätigung führten nicht nur zu einer Mißachtung der körperlichen Gestalt und Kraft, sondern am Ende sogar zu einer Mißachtung der körperlichen Arbeit. Es ist kein Zufall, daß dieses Zeitalter, von kranken Menschen propagiert und verteidigt, am Ende zu einer allgemeinen Erkrankung der Menschen führen mußte. Und zwar nicht nur zu einer körperlichen, sondern auch zu einer geistigen. Denn indem der Mensch körperliche Kraft und Gesundheit mißachtet, ist er bereits das Opfer einer auch geistigen Verbildung geworden. Von der die Regel bestätigenden Ausnahme abgesehen, wird auf die Dauer ein wirklich gerader und vernünftiger Geist nur in kraftvollen und gesunden Körpern wohnen. Das Leben wird aber

nicht durch schwache Philosophen geschützt, sondern durch starke Männer. . . .

Was Millionen Menschen ohne eigenen Gewinn durch Arbeit und Mühen an Kraft gewinnen, legen sie zusammensummiert in die Waagschale der Erhaltung aller. Die körperliche Ertüchtigung des einzelnen Mannes und der einzelnen Frau gehören zur körperlichen Kraft und Gesundheit der Nation. Das gerade und gesunde Volk wird aber auch geistig nie den Irrtümern erliegen, denen das einseitig überlastete Gehirn nur zu leicht verfällt. Geistreiche Völker ohne Mut und Kraft werden stets zu Hauslehrern der gesünderen Rasse degradiert. Ihre interessanten Schreibarbeiten sind ein schlechter Ersatz für das verlorene Recht zum Leben, das die Natur nur immer in der Kraft der Lebensbehauptung sieht. Da die Masse des Volkes aber nicht aus überzüchteten Denkern, sondern aus gesunden natürlichen Menschen besteht, fußt die Kraft ihrer Selbstbehauptung nicht so sehr in geistigen Erkenntnissen, als in gewollter natürlicher Kraft und der daraus resultierenden Kraft der Stärke des Glaubens und damit einer selbstbewußten Zuversicht. . . .

Im Dritten Reich gilt nicht nur das Wissen, sondern auch die Kraft, und höchstes Ideal ist uns der Menschentyp der Zukunft, in dem der Geist sich bildet in herrlichem Körper, auf daß die Menschen über Geld und Besitz wieder den Weg zu idealeren Reichtümern finden.

[Am 30. Juli 1933 auf dem Deutschen Turnfest in Stuttgart]

Reichssportführer von Eschammer und Osten:

Wir treiben den internationalen Sport nicht um eines gewissen sportlichen Prestiges willen. Wir haben auf dem Gebiet der internationalen Politik nicht allzu viele Aktivposten; einer aber ist der Sport; den wahre ich. Wir wollen ganz straff organisieren und die deutsche Jugend nicht zur Gipfelleistung im Rekordsystem, sondern zum kämpfenden Einsatz erziehen. Ich werde mich nie und nimmer damit einverstanden erklären, daß die Höchstleistungen von Männern gezeigt werden, die nur einseitig ausgebildet sind.

[Am 29. Juli 1933 auf dem Deutschen Turnfest in Stuttgart]



(Phot. H. Männer)

Adolf Hühnlein

und SS wird als im langjährigen Kampf erprobter Wahrer des nationalsozialistischen Ideengutes und als alleiniger Träger des Wehrkraftsports die Führung der deutschen Kraftfahrer verkörpern und deren aktivistischen Kräfte vereinen. Der DVAC als maßgebende Organisation der übrigen deutschen Kraftfahrer widmet sich neben gewissen sportlichen Aufgaben den wirtschaftlichen, touristischen und technischen Belangen. . . Die Entscheidungen in wichtigsten Maßnahmen des DVAC erfolgen in stetem Einvernehmen mit dem Korpsführer des NSKK, der als der Beauftragte des Kraftfahrsports und in seiner Eigenschaft als der Präsident der Obersten nationalen Sportbehörde auch die kraftfahrportlichen Angelegenheiten Deutschlands bestimmt. [Vereinbarung vom 27. September 1933]

Auch im Kraftfahrport gab es eine Reihe von selbständigen, neben- und zum Teil gegeneinander arbeitenden Verbänden. Der alte Führer des „Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps“ (NSKK) und Chef der Motor-SA und -SS, Obergruppenführer Hühnlein, hat nun neben seiner Stellung als Chef des Kraftfahrwesens der SA auch die Führung der im DVAC (Der Deutsche Automobilclub) zusammengeschlossenen deutschen Kraftfahrer übernommen. Der DVAC ist nicht aus einem vorhandenen Club hervorgegangen, vielmehr wurden alle alten Clubs aufgelöst. Nur der „Automobilclub von Deutschland“ blieb wegen seiner Zugehörigkeit zum internationalen Kartell der Automobilclubs (AIACR) aller Länder noch bestehen.

Obergruppenführer Hühnlein:

Das NSKK mit den Motorstürmen der SA

Staatssekretär Oberst a. D. Hierl:

Wollen wir nicht eine große Zahl gerade der wertvollsten Volksgenossen durch Auswanderung verlieren oder durch Geburtenbeschränkung Selbstmord am Volk begehen, so müssen wir den uns verbliebenen Lebensraum aufs äußerste für unsere Volksernährung ausnützen. Wenn wir auch eine Wiederbelebung unseres Handwerks und unserer Industrie erhoffen, das Arbeitslosenheer kann auf diese Weise nicht völlig aufgesaugt werden. Durch die in Deutschland möglichen Bodenverbesserungsarbeiten aber könnten jährlich eine halbe bis eine Million Arbeiter für 10 bis 20 Jahre Arbeit finden.

Wichtiger noch ist der Arbeitsdienst als Erziehungsschule für unsere Jugend. Er soll sie befreien vom Fluche der Arbeitslosigkeit, der Leib und Seele verkümmern läßt. Er soll unserer Jugend eine hohe Auffassung von der Arbeitsehre beibringen, der Handarbeit die gebührende Achtung verschaffen und den Namen „Arbeiter“ zu einem Ehrentitel für jeden Deutschen machen. Arbeiter der Stirn und der Faust sollen sich hier gegenseitig kennen- und achten lernen. Durch die gemeinsame Arbeit am deutschen Heimatboden sollen sie zusammengeschweißt werden zu bodenverbundener, deutscher Volksgemeinschaft.

[Am 27. Juni 1933 bei einer Pressebefichtigung von
Arbeitsdienstlagern]

Der preußische Kultusminister Ruft:

Wenn die jungen Studenten hinausgehen in die Arbeitslager, dann kommen von der anderen Seite her die jungen Arbeiter und die jungen Bauern und die jungen Angestellten, und sie fangen gewissermaßen auf dem nackten Boden ihrer Heimat an, zusammen zu schaffen und zu leben. Es begleitet Sie kein Anspruch, meine jungen Kommilitonen, aus Ihrem Gymnasium und der Universität dorthin wie einst den Einjährigen, wenn die Kaserne ihn als Besonderen aufnahm. Und Sie wollen auch nicht besonders aufgenommen werden. Das ist die herrliche Tat der deutschen Akademikerschaft, daß sie von sich aus darauf verzichtete und nicht mehr nehmen wollte, was man ihr bot: die Ausnahmestellung im



Wegebau durch Arbeitsdienst

(Phot. D. B. 3.)

Volk. Sie wollte sie nicht, sie hat sie fortgeworfen, um für dieses Vorrecht des Akademikertums das Größere entgegenzunehmen: die deutsche Volksgenossenschaft in schaffender Gemeinschaft. So marschieren Sie nun in die Arbeitslager. Dort wird etwas anderes geschult als geschichtlich-kritische Fähigkeit, als der bloße Intellekt. Da steht Ihr jungen Akademiker und findet den Spaten vor und ein primitives Lager, und dann wird sich zeigen, wer unter Euch den Willen hat, . . . Eueren Vorgängern von Langemard nachzuleben. Wer im Arbeitslager versagt, der hat das Recht verwirkt, Deutschland als Akademiker führen zu wollen. Wir können nicht mit Intellektualismus aus dieser tiefen Not heraus, sondern eine unerhörte Charakterprüfung muß vorangehen, um festzustellen, wer in Zukunft das Recht hat, den Titel „deutscher Staatsbürger“ in Deutschland zu führen. . .

Ein Kampfplatz und eine Schule des deutschen Volkes ist das deutsche Arbeitslager, ein Kampfplatz gegen Weltanschauungen, um deren Überwindung wir angetreten sind, nämlich gegen die

Weltanschauung des Marxismus und des Liberalismus, und diese Weltanschauungen werden nicht dadurch letzten Endes überwunden, daß der Staat ihre Organisationen zerschlägt, sondern sie besiegt durch die Tat praktischer Volksgenossenschaft. . . .

Die Characterschule, die Sie dort durchmachen, und die praktische Prüfung der wahren Arbeits- und Lebenskameradschaft ist durch gar nichts anderes zu ersetzen. . . . Die wahre große, praktische Schule liegt nicht in der Universität und liegt nicht in den Gymnasien, sie liegt im Arbeitsdienstlager, denn hier hört die Belehrung und das Wort auf, und die Tat beginnt.

[Am 16. Juni 1933 bei der Eröffnung des Studentenwerkhahres]

Staatssekretär Oberst a. D. Hierl:

Der große volkserzieherische Wert des Arbeitsdienstes kann nicht voll zur Geltung kommen, solange der Arbeitsdienst nur auf einen Teil unserer Jugend beschränkt ist, wie dies zur Zeit im Freiwilligen Arbeitsdienst der Fall ist. Gerade diejenigen, die der Erziehung am dringendsten bedürfen, werden durch den Freiwilligen Arbeitsdienst nicht erfaßt, nämlich die Arbeitscheuen und die feinen Mutterböhnchen.

Während ein Teil unserer Jugend freiwillig seine Pflicht an Volk und Heimatboden tut, drückt sich ein anderer Teil von der Erfüllung dieser Pflicht. Das kann der Nationalsozialismus auf die Dauer nicht dulden.

Deshalb halten wir Nationalsozialisten grundsätzlich an der Forderung der allgemeinen, gleichen Arbeitsdienstpflicht fest.

Wir sehen in dieser Pflicht ein unerläßliches Mittel, um unser ganzes Volk zu der dem Nationalsozialismus eigenen geistigen und seelischen Einstellung zur Arbeit und zum Arbeitertum zu erziehen.

[Am 2. September 1933 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg]

26.

Presse und Rundfunk

„Pressfreiheit“ heißt eine der Grundforderungen des Liberalismus. Die Französische Revolution von 1789 zählte sie zu den „Menschenrechten“. Jeder sollte seine persönliche Meinung in Wort und Schrift äußern können, da man glaubte, durch „Diskussion“ die Wahrheit zu finden.

In Deutschland war die Aufhebung der Presszensur eine

der Hauptforderungen der Revolution von 1848. Das deutsche Pressgesetz von 1874 sprach dann die Pressfreiheit aus. Die Weimarer Verfassung verkündete in Artikel 118: „Jeder Deutsche [= Staatsangehörige] hat das Recht, . . . seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.“

Der Führer:

Es ist ein Staats- und Volksinteresse ersten Ranges, zu verhindern, daß die Menschen in die Hände schlechter, unwissender oder gar übelwollender Erzieher geraten. Der Staat hat deshalb die Pflicht, ihre Erziehung zu überwachen und jeden Unfug zu verhindern. Er muß dabei besonders der Presse auf die Finger sehen; denn ihr Einfluß . . . ist der weitaus stärkste und eindringlichste, da er nicht vorübergehend, sondern fortgesetzt zur Anwendung kommt. . . . Wenn also irgendwo, dann darf gerade hier der Staat nicht vergessen, daß alle Mittel einem Zwecke zu dienen haben; er darf sich nicht durch das Geflunker einer sogenannten „Pressfreiheit“ beirren und beschwägen lassen, seine Pflicht zu versäumen und der Nation die Rost vorzuenthalten, die sie braucht und die ihr gut tut; er muß mit rücksichtsloser Entschlossenheit sich dieses Mittels der Volkserziehung verschern und es in den Dienst des Staates und der Nation stellen.

[Mein Kampf]

Aus dem Programm der NSDAP:

23: Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewusste politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir:

- a) daß sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
- b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,
- c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird. . . . Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. . . .

Der Führer:

Eine Presse, die grundsätzlich antinational ist, kann in Deutschland nicht geduldet werden. Wer die Nation verleugnet, hat in ihr

nichts zu suchen. Wir müssen verlangen, daß die Presse zum Instrument der nationalen Selbsterziehung wird.

[Am 27. April 1923 in München]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Für jeden ist es klar und undisputierbar, daß es ein souveränes Recht des Staates ist, die Erziehung zu überwachen und dafür zu sorgen, daß sie sich in Bahnen vollzieht, die dem allgemeinen Wohl, die dem Staatsinteresse und die auch den allgemeinen sittlichen Auffassungen des jeweiligen Volkes entsprechen. Der Staat nimmt also das Kind geistig in seine Obhut. In dem Augenblick aber, wenn das Kind am allerempfindlichsten wird, entläßt er es aus seiner Obhut. Der Nationalsozialist steht auch hier auf einem totalitären Standpunkt. Er sagt: Es geht nicht an, plötzlich nun den jungen Menschen, wenn er am allerempfindlichsten ist, aus der Obhut des Staates zu entlassen und nun den individuellen Experimenten etwelcher schreibender Menschen zu überlassen.

Im übrigen, wenn mir heute ein Schriftleiter entgegenhält: die nationalsozialistische Regierung hat uns die Freiheit der Meinung genommen — so wollen wir uns doch als Fachmänner der Presse nicht selbst etwas vormachen. Ich hätte es einmal erleben wollen, daß irgendein Schriftleiter es gewagt hätte, eine freie Meinung gegen die seines Brotgebers zu vertreten und sich dann darauf zu berufen, daß doch in Deutschland die Freiheit des Geistes herrsche. Ist es nun für einen Schriftleiter etwas Entehrendes, wenn an Stelle des Verlegers der Staat eintritt?

Es ist das souveräne Recht des Staates, die öffentliche Meinung, um nicht zu sagen, zu kontrollieren, so doch wenigstens in ihrer Gestaltung gewissermaßen zu überwachen und dafür zu sorgen, daß sie nicht in Wege hineingerät, die Staat und Volk und dem Allgemeinwesen abträglich sein könnten. Wenn heute in Journalistenkreisen Klage darüber geführt wird, daß das Bild der deutschen Presse zu uniform geworden sei, so muß ich dem gegenüberhalten, daß das nicht im Willen der Regierung gewesen ist. Ich kann doch nichts dafür, wenn Zeitungen, die früher gegen die nationalsozialistische Bewegung Sturm gelaufen sind, heute päpstlicher sein wollen als der Papst. Wir zwingen sie doch nicht zur Charakterlosigkeit. Wir verlangen doch nicht, daß sie Hurra schreien, wenn ihnen nicht zum

Surraſchreien zumute iſt. Wir verlangen nur, daß ſie nichts gegen den Staat unternehmen. Es wäre uns durchaus recht, wenn ſie für das jeweils wechſelnde Publiikum eine jeweils wechſelnde Ruance hätten.

Der Vielgeſtaltigkeit der öffentlichen Meinungsbildung iſt durchaus kein Hindernis entgegengeſetzt. Es liegt nur an der Phantafie und Begabung jedes einzelnen Schriftleiters, von dieſem Recht Gebrauch zu machen.

Selbſtverſtändlich dürfte ſie dabei nicht gegen die großen Aufgaben verſtoßen, die wir nun zuſammen mit dem deutſchen Volke aufzurollen im Begriffe ſind. Wenn Millionen Menſchen auf Sie voll Vertrauen ſchauen, und wenn ſie in Ihren Zeitungen ihre tägliche geiſtige Anregung finden, dann iſt es auch ganz klar, daß Sie ſich der großen Verantwortung bewußt ſein müſſen, die mit dieſer Tätigkeit verbunden iſt. Denn wenn wir in einem autoritären Staat leben, dann muß man auch für jede Autorität, die wir verteilen, die entſprechende Verantwortung übernehmen. Das neue Schriftleitergeſetz hat nicht die Abſicht, Sie aus der Verantwortung zu entlaſſen. Das neue Geſetz hat im Gegenteil die Abſicht, Sie mit Verantwortung zu beladen. Wir wollen keine Gefinnungslumperei, ſondern wir wollen eine offene und ehrliche Sprache. Wir wollen, daß die Preſſe auch verſteht, daß ſie ſo handeln muß. Wir wollen aufrichtige Männer haben, die aus vollſtem Herzen und mit ganzer Verantwortung dieſem Staat dienen, weil ſie ihn für zweckmäßig und für das Beſte halten, das unter den gegebenen Umſtänden überhaupt möglich erſcheint. So vielfältig die Färbung der deutſchen Preſſe ſein mag, ſo einheitlich muß ihr geſchloſſener nationaler Wille ſein.

Die Regierung kennt alle Fehlermöglichkeiten. Sie kennt auch alle Hemmungen. Iſt ſie in einem Punkte nicht einig, und wird ſchließlich autoritativ eine Entſcheidung gefällt, glauben Sie, daß dieſe Entſcheidung dann beſſer dadurch wird, wenn Sie ſie, über die die Regierung unter Zuhilfenahme der erſten Fachleute nicht einig geworden iſt, den breiten Maſſen des Volkes aufs neue vorlegen? Im Gegenteil, Sie begehen damit den ſchlimmſten Fehler, der überhaupt begangen werden kann, indem Sie einen Beſchluß, der ſchon an ſich zweifelhaft iſt, nun noch durch Mißmacherei, durch Skeptizismus ſabotieren. Und das iſt um ſo gefährlicher, je größer die Aufgabe iſt, die durch dieſen Entſchluß gelöſt werden ſoll. Jeder-

mann hält es für selbstverständlich, daß der Staat es nicht zuläßt, daß ein Kurpfuscher einen kranken Menschen malträtiiert. Der Staat sichert sich hier eine Kontrolle. Wer einen kranken Menschen behandeln will, muß eine Reihe von Examen abgelegt haben, und er muß dazu eine gewisse sittliche und gesellschaftliche Reife haben. Dagegen läßt der liberale Staat es unbesehen und widerstandslos zu, daß ein Kurpfuscher an einen kranken Volkskörper herangelassen wird. Da kann jeder schreiben, jeder, der in irgendeinem anderen Beruf gescheitert ist, der es überall einmal versucht, und der nirgendwo vorankam, und dem das Schicksal nur die eine Gabe gab, daß er einen halbwegs guten Aufsatz schreiben kann; der geht dann zur Presse, der macht dann die öffentliche Meinung, der redet dann Tausenden und Zehntausenden und Hunderttausenden von Menschen ein, daß er dazu bestimmt sei, die Regierung und den Staat und das System und die Politik zu kritisieren. . . .

Das Recht zu schreiben muß durch sittliche und nationale Reife erworben werden. Dieses Erwerben des Rechtes zu schreiben ist verbunden mit Verpflichtungen dem Staate gegenüber. . . .

Der Schriftleiter ist in der geistigen Meinungsäußerung seinem Brotgeber gegenüber frei. Verantwortlich ist er dann nur dem Staat.

[Am 4. Oktober 1933 im Reichsverband der Deutschen Presse]

Das Schriftleitergesetz:

Aus der Begründung: Die Presse ist Mittel der geistigen Einwirkung auf die Nation, sie ist ein Kultur-, Erziehungs-, vor allem auch Staats- und Nationalerziehungsmittel wie Schule, Rundfunk, Bühne, Film. Sie ist also ihrem Wesen nach eine öffentliche Einrichtung, das Gegenteil dessen, was die liberale Anschauung und das liberale Recht in ihr sieht. . . .

§ 1: Die im Hauptberuf oder auf Grund der Bestellung zum Hauptschriftleiter ausgeübte Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht oder Bild ist eine in ihren beruflichen Pflichten und Rechten vom Staat durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe. Ihre Träger heißen Schriftleiter. . . .

§ 5: Schriftleiter kann nur sein, wer: 1. die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht verloren hat, 3. arischer Abstammung ist und nicht mit einer Person von nichtarischer Abstammung verheiratet ist, 4. das 21. Lebensjahr vollendet hat, 5. geschäftsfähig ist, 6. fachmännisch ausgebildet ist, 7. die Eigenschaften hat, die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert.

§ 8: Die Zulassung zum Schriftleiterberuf wird auf Antrag durch Eintragung in die Berufsliste der Schriftleiter bewirkt. Die Berufslisten werden bei den Landesverbänden der deutschen Presse geführt. Über die Eintragung entscheidet der Leiter des Landesverbandes. Er muß die Eintragung verfügen, wenn die im § 5 bestimmten Voraussetzungen erfüllt sind. Er muß sie ablehnen, wenn der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Einspruch erhebt. . . .

§ 13: Schriftleiter haben die Aufgabe, die Gegenstände, die sie behandeln, wahrhaft darzustellen und nach ihrem besten Wissen zu beurteilen. . . .

§ 14: Schriftleiter sind insonderheit verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten: 1. was eigennützige Zwecke mit gemeinnützigen in einer die Öffentlichkeit irreführenden Weise vermengt, 2. was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Innern, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen oder die religiösen Empfindungen anderer zu verletzen, 3. was gegen die Ehre und Würde eines Deutschen verstößt, 4. was die Ehre oder das Wohl eines andern widerrechtlich verletzt, seinem Rufe schadet, ihn lächerlich oder verächtlich macht, 5. was aus anderen Gründen sittenwidrig ist. . . .

§ 20: (1) Schriftleiter einer Zeitung tragen für deren geistigen Inhalt die berufs-, straf- und zivilrechtliche Verantwortung so weit, als sie ihn selbst verfaßt oder zur Aufnahme bestimmt haben. . . . (2) Der Hauptschriftleiter ist für die Gesamthaltung des Textteiles der Zeitung verantwortlich. . . .

§ 23: Die Schriftleiter sind im Reichsverband der Deutschen Presse gesetzlich zusammengefaßt. Ihm gehört jeder Schriftleiter

trakt seiner Eintragung in die Berufsliste an. Der Reichsverband wird kraft dieses Gesetzes eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

§ 27: (1) Zum Schutze des Schriftleiterberufs werden Berufsgerichte der Presse gebildet. . . .

§ 31: (1) Ein Schriftleiter, der gegen seine . . . öffentlichen Berufspflichten verstößt, begeht ein Berufsvergehen. Das Berufsgericht kann in diesem Falle: 1. den Schriftleiter verwarnen, 2. ihn mit einer Ordnungsstrafe bis zum Betrage eines monatlichen Berufseinkommens belegen. . . .

§ 35: Unabhängig von dem Verfahren vor den Berufsgerichten kann der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda die Löschung eines Schriftleiters in der Berufsliste verfügen, wenn er es aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls für erforderlich hält. . . .

§ 36: Wer sich als Schriftleiter betätigt, obwohl er nicht in die Berufslisten eingetragen oder obwohl ihm die Berufsausübung vorläufig untersagt ist, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bestraft.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

Was die Presse für das 19., das wird der Rundfunk für das 20. Jahrhundert sein; man könnte auf ihn, angewandt für unsere Zeit, das Wort Napoleons [von der Presse als siebenter Großmacht] dahin variieren, daß der Rundfunk die achte Großmacht darstellt. Seine Erfindung und Ausgestaltung für das praktische Gemeinschaftsleben der Menschen ist von einer wahrhaft revolutionären Bedeutung. Vielleicht werden spätere Geschlechter einmal feststellen müssen, daß der Rundfunk für unsere Zeit genau so eine neue Entwicklung der geistigen und seelischen Beeinflussung der Massen eingeleitet hat wie vor Anbruch der Reformation die Erfindung der Buchdruckerkunst. . . .

Eine Regierung, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein Volk innerlich zusammenzuschweißen, um es als gewaltiges Kraftzentrum wieder in die Waagschale der großen weltpolitischen Entscheidungen hineinwerfen zu können, hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, alle Lebensäußerungen des Volkes dieser Absicht und Tendenz unter-

zuordnen oder sie doch wenigstens positiv in sie hineinzubeziehen. Das gilt auch für den Rundfunk. Und je größer seine Bedeutung für die willensbewachte Beeinflussung der breiten Volksmassen ist, um so stärker gilt dies, und um so größer ist die Verantwortung, die er damit vor der Zukunft der Nation übernimmt. . . .

Die Probleme, die uns in der Regierung beschäftigen, sind dieselben, die heute den Mann von der Straße beschäftigen. Die Probleme, die wir über den Äther hinweg in Hörspiel, Rede, Ansprache und Darstellung mit dem Volke besprechen, sind auch die Probleme, die dem Volke unter den Nägeln brennen. . . .

Wir wollen einen Rundfunk, der mit dem Volke geht, einen Rundfunk, der für das Volk arbeitet, einen Rundfunk, der Mittler ist zwischen Regierung und Nation, einen Rundfunk, der auch über die Grenzen hinweg der Welt ein Spiegelbild unserer Art, unseres Lebens und unserer Arbeit gibt.

[Am 18. August 1933 bei der Eröffnung der Funkausstellung in Berlin]

Fünfter Teil

Kirche und Religion

Aus dem Programm der NSDAP:

24: Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden.

Der stellvertretende Parteiführer Heß:

Kein Nationalsozialist darf irgendwie benachteiligt werden, weil er sich nicht zu einer bestimmten Glaubensrichtung oder Konfession, oder weil er sich zu überhaupt keiner Konfession bekennt.

Der Glaube ist eines jeden eigenste Angelegenheit, die er nur vor seinem Gewissen zu verantworten hat. Gewissenszwang darf nicht geübt werden. [Verfügung vom 13. Oktober 1933]

27. Die Deutsche Evangelische Kirche

Da unter dem katholischen Kaisertum Karls V. die Reformation nicht für das gesamte Reich zu lösen war, hatte Luther das Kirchenregiment in die Hände der einzelnen Landesherren als „*Notbischöfe*“ gelegt. Die Vielheit der deutschen Staaten mußte so zur Vielheit der evangelischen Kirchen führen. Mit dem Sturze der Monarchien in den deutschen Ländern wurde 1918 der Weg frei zu einer vom Staate unabhängigen Kirche. Da sich aber an dem bundesstaatlichen Aufbau des Reiches nichts Wesentliches änderte, blieb die Vielheit von 28 Landeskirchen bestehen.

Die evangelischen Kirchen sind teils lutherisch, teils kalvinisch reformiert, teils gehören sie der 1817 von Friedrich Wilhelm III. in Ostpreußen aus beiden Bekenntnissen zusammengeschlossenen Union an. 1922 schlossen sich diese verschiedenen evangelischen Kirchen „unter Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit in Bekenntnis, Verfassung und Verwaltung“ zu einem „*Deutsch-evangelischen Kirchenbund*“ zusammen. . . .

Mit dem Siege der nationalsozialistischen Revolution geriet auch die Frage einer Kirchenreform in Fluß. Die treibende Kraft zu dem Ziele einer einzigen deutsch-evangelischen Kirche war die nationalsozialistische Glaubensbewegung „*Deutsche Christen*“.

Reichsbischof Müller:

Wurzellos und heimatlos mußten wir in unserem Volkstum werden, weil wir die Erde unseres Vaterlandes, die Erde unseres Mutterlandes nicht mehr als Wurzelgrund des Blutes in uns trugen. Der Schatten dieses lebensgefährlichen bodenlosen Daseins weicht heute von uns. Der Schatten wird besiegt von dem Licht einer neuen Volkwerdung aus der Treue zu Blut und Erde. Und das ist heute der besondere Auftrag der Kirche: Die Heiligung dieses Weges. Das Hinausheben dieser neugeschenkten Blut- und Bodengemeinschaft in eine Ewigkeitsgemeinschaft vor Gottes Angesicht. [Am 11. Juni 1933 im „*Völkischen Beobachter*“]

Richtlinien der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“:

In der nationalen Erhebung hat der Staat den Weg zum deutschen Volk und das deutsche Volk wieder den Weg zum Staat



Ludwig Müller

(Phot. Scherl)

gefunden. Es sieht so aus, als wollte das Volk in der Befinnung auf die tieferen Quellen seines Lebens und seiner Kraft auch wieder den Weg zur Kirche finden. Eine deutsche Kirche neben dem deutschen Volke ist nichts als eine leere Institution. Christliche Kirche im deutschen Volk ist sie nur, wenn sie Kirche für das deutsche Volk ist, wenn sie in selbstlosem Dienst dazu hilft, daß es den von Gott ihm aufgetragenen Beruf erkennen und erfüllen kann. . . .

Der neue Staat will die Kirche, weil er weiß, wo eines Volkes Fundamente liegen. Mit

den Aufgaben des Staates sind darum die Aufgaben der Kirche ins Angeheure gewachsen. In der Gestalt, die die deutschen Kirchen heute haben, sind sie zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht imstande. Ihnen eine Gestalt zu geben, die sie fähig macht, dem deutschen Volke den Dienst zu tun, der ihnen durch das Evangelium von Jesus Christus gerade für ihr Volk aufgetragen ist, das ist das Ziel der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“.

Die Glaubensbewegung tritt ein:

1. für die völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangt aber eine Weiterbildung des Bekenntnisses im Sinne scharfer Abwehr aller modernen Irrlehren: des Materialismus, Mammonismus, Bolschewismus und des unchristlichen

Pazifismus. Die ewige Wahrheit Gottes soll in einer dem deutschen Menschen verständlichen Sprache und Art verkündet werden. Die Ausbildung und Führung der Pfarrer bedarf einer gründlichen Umgestaltung im Sinne größerer Lebensnähe und Gemeindev Verbundenheit. Der Wortverkündung durch erweckte, nicht akademisch vorgebildete Glaubensgenossen soll der Weg freigemacht werden.

2. für das Wert der deutschen evangelischen Heidenmission. In der Anerkennung der Verschiedenheit der Völker und Rassen als einer von Gott gewollten Ordnung für diese Welt wird gefordert, daß auch durch die Heidenmission das Volkstum fremder Völker nicht zerstört werde.

3. für kirchenordnungsmäßig verankerte Pflichten und Rechte aller Gläubigen im Sinne Joh. Hinrich Wicherns, des Vaters der Inneren Mission.

4. für durchgreifende Maßnahmen, die es den arbeitswilligen, fleißigen und strebsamen Volksgenossen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt ehrlich zu erwerben und beizeiten einen deutsch-christlichen Haushalt zu gründen, in dem die Freude an dem Aufwachsen einer fröhlichen Kinderschar Glück und Segen verbürgt. Auch muß die Kirche den Geist guter kameradschaftlicher Volksgemeinschaft pflegen.

5. darum auch für kräftigen Ausbau der christlichen Liebestätigkeit innerhalb der Kirche; alle damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Unternehmungen müssen unter ausreichender kirchenbehördlicher Aufsicht stehen.

6. für christliche Schulen und Erziehung der gesamten Jugend in einem Geist, der die in Volkstum und Heimat uns geschenkten Güter dankbar aufnimmt, treulich pflegt und als heiliges Vermächtnis an das nächste Geschlecht weitergibt.

7. überhaupt für kirchliche deutsche Sitte und Zucht in Stadt und Dorf, für Sonntagsheiligung und Pflege jeglichen in Rasse und Volkstum verankerten guten, frommen, deutschen Brauches.

Der Führer:

Der Nationalsozialismus hat stets versichert, daß er die christlichen Kirchen in staatlichen Schutz zu nehmen entschlossen ist. Die Kirchen ihrerseits können nicht eine Sekunde darüber im

Zweifel sein, daß sie des staatlichen Schutzes bedürfen und nur durch ihn in die Lage gesetzt sind, ihre religiöse Mission zu erfüllen. Ja, die Kirchen fordern diesen Schutz vom Staate an. Der Staat muß aber dafür umgekehrt von den Kirchen verlangen, daß sie ihm auch ihrerseits jene Unterstützung zuteil werden lassen, deren er zu seinem Bestand bedarf. Entscheidend für die Existenzberechtigung von Kirche und Staat ist die seelische und körperliche Gefunderhaltung der Menschen; denn ihre Vernichtung würde sowohl das Ende des Staates als auch das Ende der Kirche bedeuten. Es kann daher auch weder der Staat den religiösen Vorgängen seiner Zeit gegenüber indifferent sein, wie es auch umgekehrt nicht die Kirchen gegenüber den völkisch-politischen Ereignissen und Wandlungen zu sein vermögen. So wie einst das Christentum oder später die Reformation ihre gigantischen politischen Auswirkungen hatten, so wird jede politisch-völkische Umwälzung auch das Schicksal der Kirchen betreffen. Nur ein Geisfloser kann sich einbilden, daß etwa der Sieg des Bolschewismus für die katholische oder die evangelische Kirche belanglos wäre und daher weder Bischöfe noch Superintendenten in ihrer bisherigen Tätigkeit stören oder gar behindern würde. . . . Es ist daher klar, daß die Kirchen selbst zu solchen völkisch-politischen revolutionären Erhebungen Stellung nehmen müssen. . . .

[Am 22. Juli 1933 vor den evangelischen Kirchenwahlen
im Rundfunk]

Die Kirchenverfassung:

Art. 1: Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. Hierdurch werden die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt.

Art. 2: 1. Die Deutsche Evangelische Kirche gliedert sich in Kirchen (Landeskirchen). 2. Bekenntnisverwandte Kirchengemeinschaften können angeschlossen werden. . . . 3. Die Landeskirche bleibt in Bekenntnis und Kultus selbständig. . . . 5. Eine Berufung führender Amtsträger der Landeskirchen erfolgt nach Föhlungnahme mit der Deutschen Evangelischen Kirche. . . .

Art. 3: 1. Die Deutsche Evangelische Kirche regelt das deutsche gesamtkirchliche Rechtsleben. 2. Sie ordnet ihr Verhältnis zum Staat. 3. Sie bestimmt ihre Stellung zu fremden Religionsgesellschaften.

Art. 4: 1. Die Deutsche Evangelische Kirche will die in ihr geeinte deutsche evangelische Christenheit für die Erfüllung des göttlichen Auftrages der Kirche rüsten und einsehen. Sie hat deshalb von der Heiligen Schrift und den reformatorischen Bekenntnissen her sich um eine einheitliche Haltung in der Kirche zu bemühen und der kirchlichen Arbeit Ziel und Richtung zu weisen. 2. Ihre besondere Fürsorge widmet sie dem deutschen Volkstum, vornehmlich der Jugend. 3. Die freie kirchliche Arbeit von gesamtkirchlicher Bedeutung, insbesondere auf dem Gebiete der inneren und äußeren Mission, nimmt sie unter ihre fördernde Obhut. 4. Die Verbundenheit mit den evangelischen Deutschen im Ausland hat sie zu wahren und zu festigen. 5. Sie pflegt die Beziehungen zu den befreundeten Kirchen des Auslandes.

Art. 5: 1. An der Spitze der Kirche steht der lutherische Reichsbischof. 2. Dem Reichsbischof tritt ein geistliches Ministerium zur Seite. 3. Eine Deutsche evangelische Landessynode wirkt bei der Bestellung der Kirchenleitung und bei der Gesetzgebung mit. 4. Beratende Rammern verbürgen den im evangelischen Volkstum lebenden Kräften die freie schöpferische Mitarbeit im Dienste der Kirche.

[Gegeben am 11. Juli 1933]

Errichtung des Landesbischöfsamts und der Bistümer:

§ 1: Der Landesbischof vertritt unbeschadet der Befugnisse des Kirchensenats die Evangelische Kirche der altpreußischen Union. . . .

§ 4: Das Amt der Generalsuperintendenten wird aufgehoben.

§ 5: Es werden folgende Bistümer errichtet: Brandenburg, Cammin, Berlin, Danzig, Königsberg, Breslau, Köln-Aachen, Münster, Magdeburg-Halberstadt, Merseburg-Naumburg.

An der Spitze des Bistums steht der Bischof. . . .

§ 6: Die Bistümer gliedern sich in Propsteien. . . .

[Beschuß der Generalsynode vom 6. September 1933]

Die Rechtsverhältnisse der Geistlichen:

§ 1: 1. Als Geistlicher oder Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung darf nur berufen werden, wer die für seine Laufbahn

vorgeschriebene Vorbildung besitzt und rückhaltlos für den nationalen Staat und die Deutsche Evangelische Kirche eintritt.

2. Wer nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher und Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden. Geistliche und Beamte arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen. . . .

[Beschluß der Generalsynode vom 6. September 1933]

Reichsbischof Müller:

Wir haben die große Aufgabe, das Evangelium unserem Volke in seiner Sprache und Art zu bringen. Aus dieser Verpflichtung ist den meisten von uns das Begehren entstanden, die Verkünder des Evangeliums und die Verwalter der Kirche müßten auf deutschem Boden deutschen Blutes sein. Wir sind als Glieder der Kirche zugleich Kinder unseres Volkes und Staates. Wir denken dabei nicht daran, die überzeitliche Einheit der Kirche Christi, die Gemeinschaft in Wort und Sakrament auch mit den Angehörigen anderer Nationen und Rassen zerreißen zu wollen, aber die Gleichheit vor Gott schließt nicht die Ungleichheit der Menschen untereinander aus, die doch auch auf Gottes Willen zurückgeht.

Die Deutsche Evangelische Kirche kennt keine gleichgültige Neutralität dem Staate gegenüber. Solche Auffassung gehört in das Denken einer abgelaufenen Zeit. Wir wollen aber anderseits auch nicht Staatskirche sein. Was wir aber als gewaltige Aufgabe erkennen, das ist die Verantwortung gegenüber dem Staat. Es ist ganz klar und eindeutig: der Staat ist nicht Herr der Kirche; aber die deutsche Kirche lebt im deutschen Staat; das haben wir Menschen nicht so gemacht, sondern das ist für uns eine gottgegebene Tatsache. Daraus ziehen wir den Schluß, daß wir vor Gott verantwortlich sind für unsere Arbeit in unserem Volk und Vaterland. . . . Vertrauen ist die Grundlage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im neuen Staat. So bleibt der Staat Staat und die Kirche Kirche. . . .

Eine lebendige Kirche kann sich nur aufbauen auf lebendigen Gemeinden. Von dem Pfarrer ist ein neues Amtsbewußtsein zu fordern, das keinen Standesdünkel kennt, sondern aus dem Be-

wußtsein persönlicher Verantwortung erwächst. Dieses Amtsbewußtsein kann aber nur echt sein, wenn es in lebendiger Volksverbundenheit wurzelt. Darum muß der junge Theologe den Dienst an Volk und Vaterland in der SA und im Arbeitslager als Ehrenpflicht ansehen. Brachte uns das neue Reich eine neue Volkskameradschaft, so soll uns die neue Kirche eine neue Kameradschaft des Glaubens und des Opfers bringen. . . .

[Am 27. September 1933 vor der Nationalsynode in Wittenberg]

28. Die katholische Kirche

Das Reichskonkordat:

Da der Schwerpunkt der katholischen Kirche außerhalb des Reiches liegt, kann hier der Staat nicht von sich aus eingreifen, sondern muß alle Fragen durch Verträge lösen.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl ist nach Verhandlungen des päpstlichen Kammerherrn und deutschen Vizekanzlers von Papen am 20. Juli 1933 ein Konkordat unterzeichnet worden.

Art. 1: Das Deutsche Reich gewährleistet die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion.

Es anerkennt das Recht der katholischen Kirche, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten und im Rahmen ihrer Zuständigkeit für ihre Mitglieder bindende Gesetze und Anordnungen zu erlassen.

Art. 2: Die mit Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) abgeschlossenen Konkordate bleiben bestehen und die in ihnen anerkannten Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche innerhalb der betreffenden Staatsgebiete unverändert gewahrt. Für die übrigen Länder greifen die in dem vorliegenden Konkordat getroffenen Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit Platz. Letztere sind auch für die oben genannten drei Länder verpflichtend, soweit sie Gegenstände betreffen, welche in den Länderkonkordaten nicht geregelt wurden oder soweit sie die früher getroffene Regelung ergänzen.

In Zukunft wird der Abschluß von Länderkonkordaten nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen. . . .

Art. 5: In Ausübung ihrer geistlichen Tätigkeit genießen die Geistlichen in gleicher Weise wie die Staatsbeamten den Schutz des Staates. Letzterer wird gegen Beleidigungen ihrer Person oder ihrer Eigenschaft als Geistliche sowie gegen Störungen ihrer Amtshandlungen nach Maßgabe der allgemeinen staatlichen Gesetzgebung vorgehen und im Bedarfsfalle behördlichen Schutz gewähren. . . .

Art. 7: Zur Annahme einer Anstellung oder eines Amtes im Staat oder bei einer von ihm abhängigen Körperschaft des öffentlichen Rechtes bedürfen Geistliche des Nihil obstat [Nichts einzuwenden] ihres Diözesanordinarius sowie des Ordinarius des Sitzes der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Das Nihil obstat ist jederzeit aus wichtigen Gründen kirchlichen Interesses widerrufbar. . . .

Art. 9: Geistliche können von Gerichtsbehörden und anderen Behörden nicht um Auskünfte über Tatsachen angehalten werden, die ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden sind und deshalb unter die Pflicht der seelsorgerlichen Verschwiegenheit fallen. . . .

Art. 14: Die Kirche hat grundsätzlich das freie Befetzungsrecht für alle Kirchenämter und Benefizien ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden, soweit nicht durch die in Artikel 2 genannten Konkordate andere Vereinbarungen getroffen sind. . . .

Außerdem besteht Einvernehmen über folgende Punkte:

1. Katholische Geistliche, die in Deutschland ein geistliches Amt bekleiden oder eine seelsorgerliche oder Lehrtätigkeit ausüben, müssen: a) deutsche Staatsangehörige sein, b) ein zum Studium an einer deutschen höheren Lehranstalt berechtigendes Reisezeugnis erworben haben, c) auf einer deutschen staatlichen Hochschule, einer deutschen kirchlichen akademischen Lehranstalt oder einer päpstlichen Hochschule in Rom ein wenigstens dreijähriges philosophisch-theologisches Studium abgelegt haben.

2. Die Bulle für die Ernennung von Erzbischöfen, Bischöfen, eines Coadjutor cum jure successionis oder eines Praelatus nullius wird erst ausgestellt, nachdem der Name des dazu Ausersehenen dem Reichsstatthalter bei dem zuständigen Lande mitgeteilt und festgestellt ist, daß gegen ihn Bedenken allgemein politischer Natur nicht bestehen. . . .

Schlußprotokoll zu Art. 14, Absatz 2: Es besteht Einverständnis darüber, daß, sofern Bedenken allgemein politischer Natur bestehen, solche in kürzester Frist vorgebracht werden. Liegt nach Ablauf von 20 Tagen eine derartige Erklärung nicht vor, so wird der Heilige Stuhl berechtigt sein anzunehmen, daß Bedenken gegen den Kandidaten nicht bestehen.

Ein staatliches Vetorecht soll nicht begründet werden.

Art. 15: Orden und religiöse Genossenschaften unterliegen in bezug auf ihre Gründung, Niederlassung, die Zahl und — vorbehaltlich Art. 15, Abs. 2 — die Eigenschaften ihrer Mitglieder, ihre Tätigkeit in der Seelsorge, im Unterricht, in Krankenpflege und karitativer Arbeit, in der Ordnung ihrer Angelegenheiten und der Verwaltung ihres Vermögens staatlicherseits keiner besonderen Beschränkung.

Geistliche Ordensobere, die innerhalb des Deutschen Reiches ihren Amtssitz haben, müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Provinz- und Ordensobern, deren Amtssitz außerhalb des deutschen Reichsgebietes liegt, steht, auch wenn sie anderer Staatsangehörigkeit sind, das Visitationsrecht bezüglich ihrer in Deutschland liegenden Niederlassungen zu.

Der Heilige Stuhl wird Sorge dafür tragen, daß für die innerhalb des Deutschen Reiches bestehenden Ordensniederlassungen die Provinzorganisation so eingerichtet wird, daß die Unterstellung deutscher Niederlassungen unter ausländische Provinzialobere tunlichst entfällt. . . .

Art. 16: Bevor die Bischöfe von ihrer Diözese Besitz ergreifen, leisten sie in die Hand des Reichsstatthalters bei dem zuständigen Lande bzw. des Reichspräsidenten einen Treueid nach folgender Formel:

„Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, so wie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reich und dem Lande . . . Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen. In der pflichtmäßigen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde ich in Ausübung des mir übertragenen geistlichen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der es bedrohen könnte.“ . . .

Art. 21: Der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten ist

ordentliches Lehrfach und wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche erteilt. Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden, ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht. Lehrstoff und Auswahl der Lehrbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde festgesetzt. Den kirchlichen Oberbehörden wird Gelegenheit gegeben werden, im Einvernehmen mit der Schulbehörde zu prüfen, ob die Schüler Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Lehren und Anforderungen der Kirche erhalten.

Art. 22: Bei der Anstellung von katholischen Religionslehrern findet Verständigung zwischen dem Bischof und der Landesregierung statt. Lehrer, welche wegen ihrer Lehre oder sittlichen Führung vom Bischof zur weiteren Erteilung des Religionsunterrichtes für ungeeignet erklärt worden sind, dürfen, solange dies Hindernis besteht, nicht als Religionslehrer verwendet werden.

Art. 23: Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen schulorganisatorischen Verhältnisse einen nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften geordneten Schulbetrieb durchführbar erscheinen läßt.

Art. 24: An allen katholischen Volksschulen werden nur solche Lehrer angestellt, die der katholischen Kirche angehören und Gewähr bieten, den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule zu entsprechen.

Im Rahmen der allgemeinen Berufsausbildung der Lehrer werden Einrichtungen geschaffen, die eine Ausbildung katholischer Lehrer entsprechend den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule gewährleisten.

Schlußprotokoll zu Art. 24: Soweit nach Neuordnung des Lehrerbildungswesens Privatanstalten in der Lage sind, den allgemein geltenden staatlichen Anforderungen für Ausbildung von Lehrern oder Lehrerinnen zu entsprechen, werden bei ihrer Zu-

lassung auch bestehende Anstalten der Orden und Kongregationen entsprechend berücksichtigt werden.

Art. 25: Orden und religiöse Kongregationen sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze und gesetzlichen Bedingungen zur Gründung und Führung von Privatschulen berechtigt. Diese Privatschulen geben die gleichen Berechtigungen wie die staatlichen Schulen, soweit sie die lehrplanmäßigen Vorschriften für letztere erfüllen.

Für Angehörige von Orden oder religiösen Genossenschaften gelten hinsichtlich der Zulassung zum Lehreramte und für die Anstellung an Volksschulen, mittleren oder höheren Lehranstalten die allgemeinen Bedingungen. . . .

Art. 29: Die innerhalb des Deutschen Reiches wohnhaften katholischen Angehörigen einer nichtdeutschen völkischen Minderheit werden bezüglich der Berücksichtigung ihrer Muttersprache in Gottesdienst, Religionsunterricht und kirchlichem Vereinswesen nicht weniger günstig gestellt werden, als der rechtlichen und tatsächlichen Lage der Angehörigen deutscher Abstammung und Sprache innerhalb des Gebietes des entsprechenden fremden Staates entspricht.

Schlußprotokoll zu Art. 29: Nachdem die deutsche Reichsregierung sich zu dem Entgegenkommen in bezug auf nichtdeutsche Minderheiten bereitgefunden hat, erklärt der Heilige Stuhl, in Betätigung seiner stets vertretenen Grundsätze bezüglich des Rechtes der Muttersprache in der Seelsorge, im Religionsunterricht und im katholischen Vereinsleben, bei künftigen Konkordatären Abmachungen mit anderen Ländern auf die Aufnahme einer gleichwertigen, die Rechte der deutschen Minderheiten schützenden Bestimmung Bedacht nehmen zu wollen.

Art. 30: An den Sonntagen und den gebotenen Feiertagen wird in den Bischofskirchen sowie in den Pfarr-, Filial- und Klosterkirchen des Deutschen Reiches im Anschluß an den Hauptgottesdienst, entsprechend den Vorschriften der kirchlichen Liturgie, ein Gebet für das Wohlergehen des Deutschen Reiches und Volkes eingelegt.

Art. 31: Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt.

Diejenigen katholischen Organisationen, die außer religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken auch anderen, darunter auch sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen, sollen, unbeschadet einer etwaigen Einordnung in staatliche Verbände, den Schutz des Art. 31, Abs. 1 genießen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten.

Die Feststellung der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen dieses Artikels fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten.

Insofern das Reich und die Länder sportliche oder andere Jugendorganisationen betreuen, wird Sorge getragen werden, daß deren Mitgliedern die Ausübung ihrer kirchlichen Verpflichtungen an Sonn- und Feiertagen regelmäßig ermöglicht wird und sie zu nichts veranlaßt werden, was mit ihren religiösen und sittlichen Überzeugungen und Pflichten nicht vereinbar wäre.

Schlußprotokoll zu Art. 31, Absatz 4: Die in Art. 31, Abs. 4 niedergelegten Grundsätze gelten auch für den Arbeitsdienst.

Art. 32: Auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse, wie im Hinblick auf die durch die Bestimmungen des vorstehenden Konkordats geschaffenen Sicherungen einer die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche im Reich und seinen Ländern währenden Gesetzgebung erläßt der Heilige Stuhl Bestimmungen, die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen. . . .

Schlußprotokoll zu Art. 32: Es herrscht Einverständnis darüber, daß vom Reich bezüglich der nicht katholischen Konfessionen gleiche Regelungen betreffend parteipolitische Betätigung veranlaßt werden.

Daß den Geistlichen und Ordensleuten Deutschlands in Ausführung des Art. 32 zur Pflicht gemachte Verhalten bedeutet keinerlei Einengung der pflichtmäßigen Verkündung und Erläuterung der dogmatischen und sittlichen Lehren und Grundsätze der Kirche.

Art. 33: Die auf kirchliche Personen oder kirchliche Dinge bezüglichen Materien, welche in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, werden für den kirchlichen Bereich dem geltenden kanonischen Recht gemäß behandelt. . . .

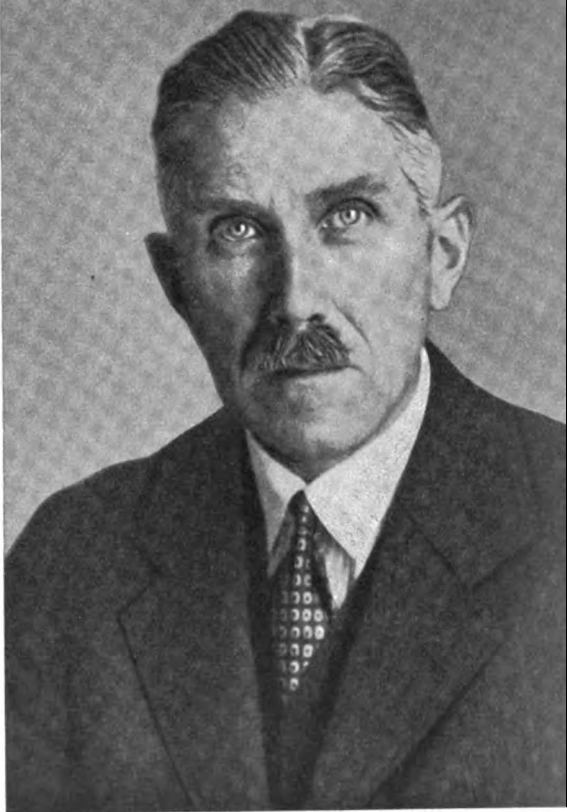
Vizekanzler von Papen:

Mit Billigung des stellvertretenden Führers der NSDAP ist eine „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ unter Führung des Vizekanzlers von Papen gegründet worden. Aufgabe ist, „in dem katholischen Volksteil das Nationalbewußtsein zu stärken“ ... „insbesondere für ein klares Verhältnis zwischen Kirche, Staat und NSDAP zu sorgen“, damit so „trotz aller konfessionellen Grenzen die völkische Einheit vertieft und ausgebaut“ werde (Seß).

Der katholische Volksteil, politisch in Einheit mit den Volksgenossen der evangelischen Konfession, soll immer mehr zu einer unerschütterlichen Basis in dem Gesamtfundament des Dritten Reiches werden. Dafür zu sorgen und zu kämpfen, ist eine verantwortungsvolle und große Aufgabe. Dafür, daß Kirche und Staat ihren unerhörte wichtigen Funktionen in geregelter Zusammenarbeit dienen können, daß nicht durch irrige Übergriffe in der Kompetenz oder durch Einflußnahme destruktiver Elemente Reibungen oder Konflikte zum Schaden für Staatsautorität, Volksgemeinschaft und unseren katholischen Glauben entstehen, soll die Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher alle Kräfte einsetzen.

Zur Mitarbeit sind nur solche Männer willkommen, die sich in aktiver Arbeit an diesen Aufgaben beteiligen wollen und können:

13 Gebl, Der nationalsozialistische Staat 1. Heft



(Phot. D. J. Hoffmann)
Franz von Papen

denn der deutsche Katholizismus soll aus einer durch seine Verflechtung mit liberalisierten Parteiformen entstandenen Passivität zum aktiven und offensiven Kampf um die Neugestaltung von Volk und Reich erzogen werden!

[Am 3. Oktober 1933]

Sechster Teil

Deutsche Außenpolitik

29. Um Frieden und Ehre

Aus dem Programm der NSDAP:

2: Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3: Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungs-Überschusses.

Der Führer:

Wenn die nationalsozialistische Bewegung wirklich die Weihe einer großen Mission für unser Volk vor der Geschichte erhalten will, muß sie, durchdrungen von der Erkenntnis und erfüllt vom Schmerz über seine wirkliche Lage auf dieser Erde, kühn und zielbewußt den Kampf aufnehmen gegen die Ziellostigkeit und Unfähigkeit, die bisher unser deutsches Volk auf seinen außenpolitischen Wegen leiteten. Sie muß dann, ohne Rücksicht auf „Traditionen“ und Vorurteile, den Mut finden, unser Volk und seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Straße, die aus der heutigen Beengtheit des Lebensraumes dieses Volk hinausführt zu neuem Grund und Boden und damit auch für immer von der Gefahr befreit, auf dieser Erde zu vergehen oder als Sklavenvolk die Dienste anderer besorgen zu müssen.

Die nationalsozialistische Bewegung muß versuchen, das Mißverhältnis zwischen unserer Volkszahl und unserer Bodenfläche — diese als Nährquelle sowohl wie auch als machtpolitischer Stützpunkt angesehen —, zwischen unserer historischen Vergangenheit und der Ausichtslosigkeit unserer Ohnmacht in der Gegenwart zu beseitigen. Sie muß sich dabei bewußt bleiben, daß wir als Wahrer höchsten Menschentums auf dieser Erde auch an eine

höchste Verpflichtung gebunden sind, und sie wird um so mehr dieser Verpflichtung zu genügen vermögen, je mehr sie dafür sorgt, daß das deutsche Volk rassistisch zur Besinnung gelangt und sich außer der Zucht von Hunden, Pferden und Rassen auch des eigenen Blutes erbarmt.

[Mein Kampf]

Jede Revolution verschlechtert zunächst die außenpolitische Lage des revolutionären Landes. Sind aber die inneren Spannungen im Volke, die zu der Revolution geführt haben, dadurch beseitigt, daß auch die früheren Gegner innerlich überzeugt und gewonnen sind von der neuen Idee, so muß dies umgekehrt zu einer ganz wesentlichen außenpolitischen Stärkung führen. Diese Stärkung aber fürchtet naturgemäß der außenpolitische Feind und versucht, die Zeit für sich zu nutzen.

- Dazu kommt, daß die Revolutionsflüchtlinge (Emigranten) im Auslande Schutz suchen und in der Hoffnung, doch noch einmal wieder zur Macht zu gelangen, gegen ihren eigenen Staat wühlen. Die Flüchtlinge der deutschen Revolution bestehen aus den „inneren Feinden“ des deutschen Volkes: aus Führern der alten marxistischen Parteien, denen im Ausland die Organisationen und die Presse der Zweiten (sozialdemokratischen) und der Dritten (kommunistischen) Internationale zur Verfügung stehen, und aus Juden, die bei der jüdisch beeinflussten Auslandspresse Unterstützung finden.

Von den ausländischen Mächten fürchtet vor allem Frankreich ein durch innere Geschlossenheit wieder erstarktes Deutschland. Im Mai 1933 spitzte sich die Lage bereits derart zu, daß ein englischer Minister im Oberhaus von Sanktionen (Vergeltungsmaßnahmen) sprach und in der französischen Presse der Präventivkrieg (Vorbeugungskrieg) gefordert wurde. Die grundsätzliche Erklärung des Führers vor dem Deutschen Reichstag, die dieser einstimmig (damals noch bei Anwesenheit der Sozialdemokraten) billigte, entspannte zunächst die Lage.

Der Führer:

Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen. Gerade darin liegen die Hauptursachen der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung. Daß aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfahren, liegt im Interesse aller.

Rein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwa bessere zu setzen. Im Gegenteil! Weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgendwelcher Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis nur noch eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichtes eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden. Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheiten und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatenordnung führen. Ein im kommunistischen Chaos versinkendes Europa würde eine Krise in der Entwicklung der Welt heraufbeschwören von unabsehbarem Ausmaße und nicht abzuschätzender Dauer. Es ist der tiefste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.

Dies ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung. Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschten, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt: 1. Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates, fundiert auf dem Begriff des Eigentums als der Grundlage unserer Kultur. 2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionen-Armee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in eine allen nützliche Produktion. 3. Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, die, getragen vom Vertrauen und Willen der Nation, dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber verträglich macht. . . .

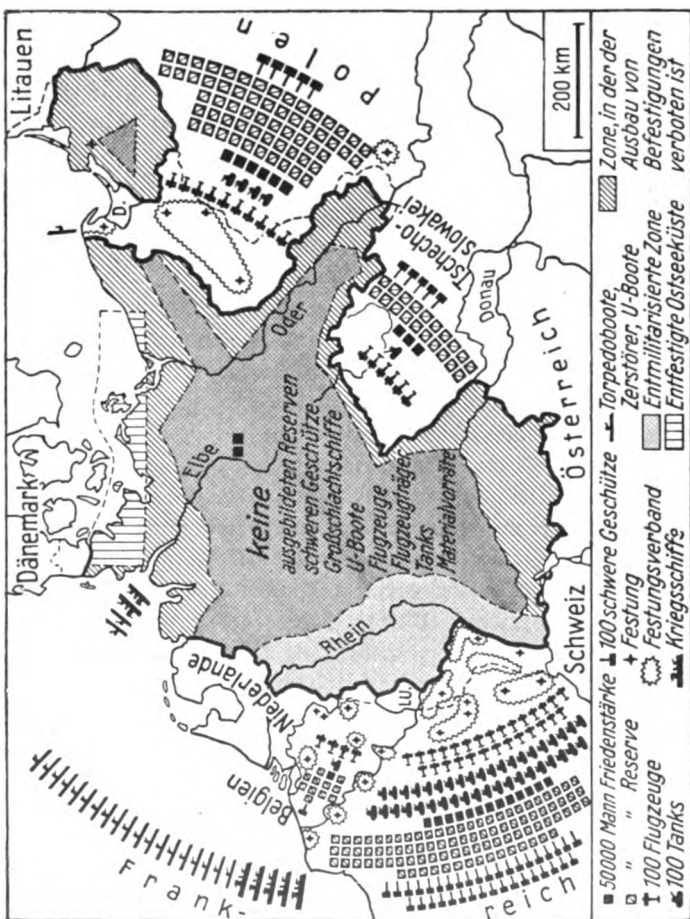
Gerade uns und das junge Deutschland beseelt das tiefste Verständnis für die . . . begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. Die Generation dieses jungen Deutschlands, die in ihrem bisherigen Leben nur die Not, das Elend und den Jammer des eigenen Volkes kennenlernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn

gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das gleiche anderen zuzufügen. Unser Nationalismus ist ein Prinzip, das uns als Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet. Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher auch nicht den Begriff des „Germanisierens“. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der man glaubte, vielleicht aus Polen oder Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden.

Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrage von Versailles diese Realitäten auch in bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offen zu halten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen.

Eine überlegte Behandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.

Allein dieses Bekenntnis zum Rechtscharakter eines solchen Vertrages kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, sondern auch der Besiegte. Das Recht aber, eine Revision dieses Vertrages zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet. Die deutsche Regierung wünscht dabei als Motiv und Maß für ihr Verlangen nichts anderes zugrunde zu legen als die vorliegenden Resultate der bisherigen Erfahrungen sowie die unbestreitbaren Erkenntnisse einer kritischen und logischen Vernunft. Die Erfahrungen aber, die sich



Die Entwaffnung Deutschlands

in den 14 Jahren nunmehr ergeben haben, sind politisch und wirtschaftlich eindeutige. Das Elend der Völker wurde nicht behoben, sondern hat zugenommen. Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte als der beabsichtigten ewigen Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung. Die schlimmste Auswirkung findet diese Definition in der erzwungenen Wehrlosigkeit eines Teiles der Nationen gegenüber den übersteigerten Rüstungen der anderen.

Wenn Deutschland seit Jahren unentwegt die Abrüstung aller fordert, dann geschieht dies aus folgenden Gründen: 1. ist die Forderung nach einer tatsächlich zum Ausdruck kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechtes und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt und deren Erfüllung unlöslich verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Auftakt zur Weltabrüstung. 2. weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig aufrechterhalten werden kann, sondern einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man ein solches Unrecht einer großen Nation zufügen zu können?

Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der Dauer der Entwicklung in Jahrhunderten? Das deutsche Volk wird bleiben, genau so wie das französische und — wie uns durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde — das polnische. Was sind und was bedeuten Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65-Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumstößlichen Tatsachen! Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neu entstandenen jungen europäischen Nationalstaaten und ihre Lebensbedürfnisse als das Deutschland der aus den gleichen Trieben entstandenen nationalen Revolution. Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, anderen zu geben.

Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. Denn Deutschland hat abgerüstet — abgerüstet unter schärfster internationaler Kontrolle. . . . Es hat alle in dem Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja jeder Vernunft hinaus erfüllt. . . .

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn andere Nationen ihrerseits bereit sind und dies Deutschland ebenso zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtende Abrüstung durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. . . .

Ich fühle mich verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Rüstungen Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen auf der anderen Seite, die erheblich stärker sind als die Mittel der modernen Verteidigung. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt ja Deutschland überhaupt nicht — weder schwere Artillerie, noch Tanks, noch Bomberflugzeuge, noch Giftgas! Die einzige Nation, die mit Recht unter der Furcht vor einer Invasion leiden könnte, ist die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschnitt, ja selbst die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte. Deutschland ist nun jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ihrer entsagt. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit! Wir aber haben keinen sehnlicheren Wunsch als den, beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des Versailler Vertrages endgültig geheilt werden. Und Deutschland will dabei keinen anderen Weg gehen als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt wird. Die deutsche Regierung wünscht sich über alle schwierigen Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur mit den anderen Nationen friedlich und vertraglich auseinanderzusetzen. Sie weiß, daß jeder militärische Akt in Europa, auch im Falle seines vollständigen Gelingens, gemessen an seinen Opfern, in keinem Verhältnis steht zum möglichen endgültigen Gewinn.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vergewaltigt, aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte.

Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzudrohen, so könnte ein solches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Abrüstung die Erfüllung der Verträge verlangen. Ein solcher Vorgang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Außerkraftsetzung der Verträge selbst führen. Deutschland würde aber auch in dem Fall seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, fiel zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zuleide tut, mit solchen Mitteln kämpften.

Jeder solche Versuch und jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht oktroyieren zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen. Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbunde anzugehören.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sehen die Krise der heutigen Zeit. Jahrelang ist von Deutschland aus vor den Methoden gewarnt worden, die zu diesem politischen und wirtschaftlichen Ergebnis führen mußten. Wenn auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden weiter fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. Nach scheinbaren politischen Erfolgen einzelner Nationen werden um so schwerere wirtschaftliche und damit auch politische Katastrophen für alle die Folge sein. Sie

zu vermeiden, sehen wir als erste und oberste Aufgabe an. Bisher ist Wirkames dagegen nicht unternommen worden. Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutschland sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, dann haben wir die Folgen und die Auswirkungen dieser Sympathien in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennengelernt. Seit dem Friedensvertrage von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Elend erfaßt, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann. Millionen zerstörte Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen — ein trostloser Sammer...: Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volk fast nur aus Not und Elend 224900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen — Männer und Frauen, Greise und Kinder. Diese unbeflecklichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit sich einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland Heil und Segen versprochen hatten.

Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer wirklichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte.

[Am 17. Mai 1933 vor dem Reichstag]

Der Reichsleiter des Außenpolitischen Amtes Rosenberg:

Ganz sachlich betrachtet, liegen die Dinge so, daß jede Schwächung des heutigen Deutschlands eine Stärkung des Weltkommunismus bedeutet, daß ein Zusammenbruch Mitteleuropas aber auch den Zusammenbruch des gesamten Absatzmarktes für die anderen Nationen darstellt, zugleich mit dem Emporsteigen einer gärenden politischen Bedrohung, die tatsächlich die vieltausendjährige Kultur des Abendlandes erschlagen könnte.

Die deutsche Revolution ist sich deshalb ihrer Sendung bewußt, die wilde Zertrümmerung einer großen, alten Welt nicht durch-

führen zu lassen, sondern nach Ausscheidung aller Giftstoffe und aller jener fremdartigen Ideen, die diese Kultur bedrohten, auf Grund der großen Überlieferungen in den Formen unserer Zeit ein neues Reich zu bauen.

Es erscheint uns deshalb, daß ein glühender, echter Nationalsozialist unserer Zeit gerade wegen dieser Grundstimmung ein echter Friedensvertreter sein muß, weil für ihn das Blut seines Volkes höchstes, köstlichstes Gut ist, dessen Einsatz nur das letzte, allerletzte Mittel sein darf. Eine politische

Herrschaft aber, die nicht blutsgleich ist mit dem nur durch Gold- und Presse-Hypnose beherrschten Volk, wird diese Ehrfurcht vor Volk und Blut niemals aufbringen und deshalb im selbststüchtigen Interesse künstlich Zwistigkeiten schüren. Der Ruf des neuen Nationalismus aber geht dahin, daß eine Epoche ihr Ende haben muß, da über das Schicksal von Millionenvölkern an den Börsen der Welt gespielt wurde.

Blut ist mehr als Gold, die Erdscholle ist mehr als ein Aktienpaket, die Ehre ist mehr wert als die höchste Dividende, das Volk steht höher als die Summe aller seiner Geschäfte.

Nicht der deutsche Nationalismus bedroht den Frieden, sondern die Spekulation bestimmter kosmopolitischer Profiteure, die ihre



(Phot. Scherl)

Alfred Rosenberg

Geldherrschaft wanken und auch die übrigen Völker aus der Hypnose erwachen sehen.

Wir weisen die Nationen, ihre Führer, ihre Jugend auf die schwere Spannung der anderen Nationen im nahen und fernen Osten hin, die sich weltbedrohend immer mehr fühlbar macht. Muß da nicht die Erkenntnis Raum gewinnen, daß eine Schicksalsverbundenheit aller Menschen weißer Rasse vorliegt, daß, weltgeschichtlich betrachtet, Europa nach außen hin eine Einheit bilden muß, um die kommenden Zeiten der Entscheidung überstehen zu können? Wer will als bewußter Führer der europäischen Stellung die Verantwortung für die Zerschlagung unseres altehrwürdigen Kontinents auf sich nehmen, bloß weil in gewissen Zentren unstillbare Machtgelüste nach außen schlagen wollen? Und selbst wenn die restlose Niederlage Deutschlands gelingen würde, so wäre die Zeit dieser europäischen Auseinandersetzungen, hervorgerufen durch kranke Hirne aus den Weltstädten, das Signal der Erhebung aller anderen Rassen des Erdballs gegen Europa und würde dieses in furchtbaren Zuckungen vergehen lassen, so wie einst das alte Rom unter den Schlägen vorderasiatischer Sklaven zerbrach.

Alle alten Ideen, ob pseudo-nationalistischer, ob universalistischer Art, wollten ihre eine Idee über alle Völker herrschend machen und verschiedenartigste Rassen ihren Formen unterwerfen. Der heutige Nationalismus aber will nicht eine derartige „Entwicklung“ erzwingen, sondern faßt Geschichte auf als Typendeutung, Außenpolitik deshalb als naturgegebene Abgrenzung der Kulturseelen und ihrer aus ihnen erwachsenen Staaten. . . .

Wir anerkennen die Eigengesetzlichkeit der gelben Rasse und wünschen ihr in ihrem Lebensraum den Ausbau ihrer Rassenseele entsprechenden Kultur, wir lehnen es auch ab, den schwarzen Menschen „europäisieren“ zu wollen, sondern wir wollen auch ihm seine Eigenart inmitten der Herrschaft der weißen Menschen sichern, wir verneinen aber die Predigten der Mischung gegensätzlicher Rassen. . . .

Innerhalb des weißen Menschentums verschiedener Herkunft und Tradition achten wir die naturgegebenen Eigenarten, die alle an der Besittung des Abendlandes, sei es als sogenannte kleine Völker oder als große Staaten, teilgenommen haben. Gerade aus dieser Erkenntnis wünscht der Nationalsozialismus entgegen dem neukapitalistischen

Nationalismus des 19. Jahrhunderts nicht eine Unterdrückung anderer Völker, lehnt aber auch die Vergewaltigung des Deutschtums durch fremde Nationen und Staaten und Privatinteressen ab.

Die deutsche Nation fordert in ihrem Erwachen das bereits urkundlich festgelegte und feierlich versprochene Gleichberechtigungsrecht, sie erwartet die Aufhebung bestimmter Artikel des uns diskriminierenden Versailler Unfriedens, weil sie glaubt, daß durch die Befriedung der deutschen Nation auch ein Zug eines allgemeinen, echten Friedens durch die Welt gehen wird.

[Am 1. September 1933 auf dem Reichsparteitag in
Nürnberg]

Der Führer:

Bei den Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes zeigte es sich, daß die andern Mächte die Deutschland früher zugesicherte grundsätzliche Gleichberechtigung einem nationalsozialistischen Reiche nicht gewähren wollten. Darauf erklärte der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath am 14. Oktober 1933 in Genf, Deutschland könne an der Abrüstungskonferenz nicht mehr teilnehmen und meldete den Austritt des Reiches aus dem Völkerbund an, der satzungsgemäß erst in 2 Jahren wirksam werden kann.

Die früheren deutschen Regierungen sind einst vertrauensvoll in den Völkerbund eingetreten in der Hoffnung, in ihm ein Forum zu finden für einen gerechten Ausgleich der Völkerinteressen, der aufrichtigen Versöhnung vor allem der früheren Gegner. Dies setzte aber voraus die Anerkennung der endlichen Wiedergleichberechtigung des deutschen Volkes. Unter derselben Voraussetzung erfolgte ja auch ihre Teilnahme an der Abrüstungskonferenz. Die Deklassierung zu einem nicht gleichberechtigten Mitglied einer solchen Institution oder Konferenz ist für eine ehrliebende Nation von 65 Millionen Menschen und eine nicht minder ehrliebende Regierung eine unerträgliche Demütigung. Das deutsche Volk hat seine Abrüstungsverpflichtung bis zum Übermaß erfüllt. Die aufgerüsteten Staaten wären nunmehr an der Reihe, die analogen Verpflichtungen nicht minder einzulösen. Die deutsche Regierung nimmt an dieser Konferenz nicht teil, um für das deutsche Volk einige Kanonen oder Maschinengewehre herauszuhandeln, sondern um als gleichberechtigter Faktor an der allgemeinen Weltbefriedung

mitzumirken. Die Sicherheit Deutschlands ist kein geringeres Recht als die Sicherheit der anderen Nationen. . . .

Es kann in der Forderung Deutschlands nach Gleichberechtigung überhaupt keine Bedrohung der übrigen Mächte liegen, denn die Verteidigungsanlagen der anderen Völker sind ja gegen schwerste Angriffswaffen gebaut, während Deutschland keine Angriffswaffen, sondern nur jene Verteidigungswaffen fordert, die auch in Zukunft nicht verboten, sondern sämtlichen Nationen gestattet sind. Und auch hier ist Deutschland von vornherein bereit, sich zahlenmäßig mit einem Minimum zu begnügen, das in keinem Verhältnis steht zur gigantischen Rüstung der Angriffs- und Verteidigungswaffen unserer früheren Gegner. Die bewußte Veklassierung aber unseres Volkes, die darin liegt, daß man jedem Volk der Welt ein selbstverständliches Recht zubilligt, das nur uns allein vorenthalten wird, empfinden wir als die Veremigung einer Diskriminierung, die für uns unerträglich ist. . . . Es ist für uns als Vertreter eines ehrlichen Volkes und eines ehrlichen eigenen Schicks unzmöglich, an Institutionen teilzunehmen, unter Voraussetzungen, die nur für einen Unehrliehen erträglich sind. . . .

[Am 14. Oktober 1933 im Rundfunk]

Aufruf der Reichsregierung:

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich

aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrechten Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliches Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen. Sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage: Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung, und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner



(Phot. Transocean)

Freiherr von Neurath

schen Presseorgane scheinen sogar den Gedanken propagieren zu wollen, daß die abgerüsteten Staaten vor allen weiteren Schritten in der Abrüstungsfrage erst einer Art Vorkontrolle unterworfen werden müßten. Das ist eine Verschiebung des Abrüstungsproblems, wie sie sich schlimmer kaum denken läßt. Ich möchte auch annehmen, daß die verantwortlichen Stellen solchen Plänen fernstehen; denn es ist kaum nötig, zu sagen, daß ihre Verwirklichung eine völlige Unmöglichkeit wäre.

Wer ist denn bedroht? Nicht die anderen Länder, sondern Deutschland. Nur im Ausland spricht man vom Krieg. In Deutschland denkt niemand an kriegerische Verwicklungen. Deutschland verlangt Sicherheit und Gleichberechtigung; es wünscht nichts

eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?

[Am 14. Oktober
1933 an das deutsche
Volk]

Reichsaußenminister
Freiherr von
Neurath:

Die hochgerüsteten Staaten rüsten weiter, und statt von ihrer Abrüstung sprechen sie von ihrer Sicherheit. Man will, ohne mit einer effektiven Abrüstung zu beginnen, zuerst die Kontrolle ausbauen, so daß davon praktisch allein die jetzt schon abgerüsteten Staaten betroffen werden würden.

Ja, manche ausländi-

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 12. November 1933:

Stimmberechtigt:	45 176 713
Wahlbeteiligung:	43 491 575
Gültige Stimmen:	42 733 519
Ja:	40 632 628 = 95,1 %
Nein:	2 101 191 = 4,9 %

Der Führer:

Fünfzehn Jahre lang habe ich, erfüllt von einem unzerstörbaren Vertrauen auf den inneren Wert des deutschen Volkes, gläubig für seine Zukunft gekämpft. Heute danke ich den Millionen deutscher Volksgenossen aus übervollem Herzen für das geschichtlich einzigartige Bekenntnis zu einer wahrhaften Friedensliebe, genau so aber auch zu unserer Ehre und zu unseren ewigen gleichen Rechten. Meine Mitarbeiter und ich aber wollen, damit erneut gestärkt, mutig und unverdrossen unsere Pflichten erfüllen.

[Aufruf vom 13. November 1933]

30. Ausland- und Grenzlanddeutschtum

Seit dem 13. Jahrhundert, da deutsche Siedler in den europäischen Ost- und Südostraum wanderten, und seit dem 17. Jahrhundert, da diese deutschen Streusiedlungen verstärkt und vermehrt wurden und Deutsche als Farmer und als Handwerker nach Nordamerika zogen, gibt es ein Auslanddeutschtum. Das kleindeutsche Reich Bismarcks ließ Millionen deutscher Menschen außerhalb seiner Grenzen, und das Versailler Diktat trennte noch mehr deutschen Volksboden vom Reich.

Dem rein staatlichen Denken des 19. Jahrhunderts galten die Deutschen im Auslande, die nicht Reichsangehörige waren, als Ausländer (während jeder galizische Jude, der die Staatsangehörigkeit eines deutschen Landes erwarb, als Deutscher galt). Man sprach von Deutsch-Russen (statt von Rußlanddeutschen), von Deutsch-Böhmen (statt von Sudetendeutschen) usw., und das Reich kümmerte sich nicht um sie, um außenpolitische Verwicklungen zu vermeiden. Den Zusammenhang zwischen Reichs- und Auslanddeutschtum wahrte lediglich der Völk, der „Volksbund (früher Verein)

für das Deutschtum im Ausland". Seine Losung: „Deutsche aller Länder, vereinigt euch!“

Von den über die ganze Welt verstreuten eigentlichen Auslandsdeutschen sind zu scheiden die zum geschlossenen deutschen Volksboden, aber nicht zum Deutschen Reiche gehörenden Grenzlandsdeutschen.

Unter den Führern des neuen Staates gehören eine Reihe zum heutigen Grenz- oder zum Auslandsdeutschtum: Hindenburg ist in Posen geboren, Hitler in Österreich, Rosenberg in Riga, Hess in Ägypten, Darré in Argentinien.

Aus dem Programm der NSDAP:

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

Der Führer:

So sehr wir unsere eigene Aufgabe sehen in der Wertung, Pflege und Besserung unseres Volkes, so sehr erfüllt uns die Achtung vor dem gleichen Sinn der Menschen anderer Nationen. So sehr wir es ablehnen, aus fremden Völkern Deutsche machen zu wollen, so fanatisch wehren wir uns gegen den Versuch, den deutschen Menschen seinem Volke zu entreißen. . . . Wir werden niemals fremde Menschen zu erobern versuchen, die uns innerlich nur hassen, um dafür auf dem Schlachtfeld Millionen zu opfern, die uns teuer sind, und die wir lieben. Um so mehr hängen wir an dem, was zu unserem Volke gehört, was unser Blut ist und unsere Sprache redet. Ganz gleich, wo heute deutsche Menschen leben, wird sie das Gefühl der unlöslichen Verbundenheit aller Deutschen stärken, mögen sie auch schwerer Bedrückung ausgesetzt sein.

[Am 27. Mai 1933 vor den Danziger Wahlen im Rundfunk]

Der Reichsführer des VDA Dr. Steinacher:

Die Erkenntnis, daß unser Staatsleben auf dem deutschen Volkstum beruht, schließt natürlicherweise die Bejahung des deutschen Volkstums außerhalb der heutigen Grenzen in sich ein. Trotz dieser Grenzen verbinden Tausende für unser Volkstum lebenswichtige

Fäden die Deutschen über die Grenzen hinweg mit den Deutschen. Noch ist sich allerdings nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Reichsdeutschen darüber im Klaren, daß nur etwa zwei Drittel der Deutschen im Reich leben. Zur Selbständigkeit gezwungen, traten zum Reich als deutsche Staaten Danzig und Österreich hinzu, dem es bekanntlich verboten blieb, den angenommenen Namen Deutsch-Österreich zu führen. Im Westen haben die geschichtlichen Ereignisse die staatliche Besonderung deutschen Volksbodens

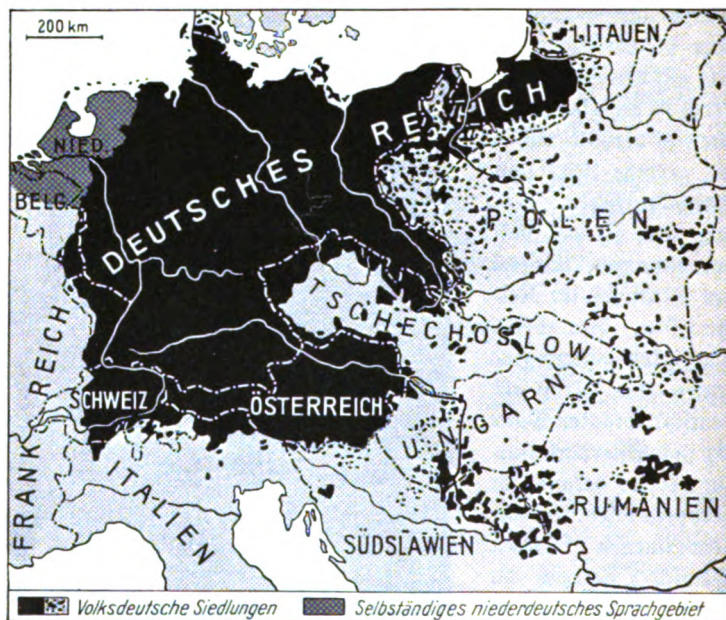


Dr. Steinacher

in Luxemburg und in der Schweiz gebracht. Dazu tritt noch der Zwergstaat Liechtenstein. In weiteren 13 Staaten Europas lebt ansehnliches Deutschtum unter dem harten Los der „Minderheit“.

Gemeinschaft im deutschen Volkstum ist Recht, Aufgabe und Pflicht zugleich des Ganzen gegenüber dem einzelnen und des einzelnen Gliedes gegenüber dem Ganzen. In diese allgemeine Forderung hinein ist unsere Aufgabe gestellt. . . .

Es sind dies Anschauungen, die in der Not des deutschen Zusammenbruches lebendig geworden sind und damals wohl auch eine systematische Regelung suchten, Anschauungen, die aber vor allem in dem Grenzkämpfertum der Jahre 1919 bis 1923 sich zeigten und jene innerliche seelische und politische Einheit allen jenen Kämpfern gab, die in staatlicher Ohnmacht und in deutscher Nacht zukunfts-



Der deutsche Volksboden in Mitteleuropa

gläubig dem Schicksal trosteten und ihr Leben hingaben. Es ist die heilige Verbundenheit, die da führt von den Toten des Kärntner Befreiungskampfes hinauf zu den Posener Abwehrkämpfern, hinüber zu den einsamen Helden im Baltikum, zu den Opfern des Kampfes in Oberschlesien und dann wieder hinüber nach dem Westenweisend, wo uns der Name Schlageters strahlendes Symbol geworden ist und in neuer Formung sichweisend in dem Opfergang des Südtiroler Kämpfers Dr. Noldin. Wir wissen sehr wohl, wie sehr die volksdeutsche Einheits- und Abwehrbewegung jener Jahre mit Wurzel ist der nationalen Revolution Adolf Hitlers. . . .

Die Bewegung kommt aus den Tiefen des Volkstums heraus. Weil sie dies tut, ist sie keine rein staatliche Bewegung, sie ist daher nicht an die Grenzen des Staates gebunden. Sie ergreift die ganze

Stelle werden sie Brücken und an dritter Stelle Bündnisfaktor sein. Ihre Existenz und ihr Kampf hat nichts zu tun mit irgendeinem Imperialismus des Kernstaates, sondern ruht auf den Lebensrechten der deutschen Nation, in deren Dienst aber auch der Kernstaat steht. Kernstaat und deutsche Nation werden sich niemals decken können. Dies ist von schicksalhafter Bedeutung: Auch wenn wir unsere Grenzen weit vorschieben würden, so werden wir doch immer deutsche Volksgruppen vor den Grenzen haben, und wir werden fremde Volkstumsgruppen in unsere Grenzen einbeziehen. Diese Tatsache ist von elementarster Bedeutung! Volkstum und Staat werden im deutschen Leben immer in einer gewissen Spannung bleiben müssen und unter dem Zwang einer selbständigen Haltung stehen. . . .

Da der Staat auf Volkstum begründet ist, fängt dort eine Beschränkung an, wo fremdes Volkstum beginnt. Genau so, wie wir nach außen hin den fremden Staaten den Totalitätsanspruch bestreiten müssen, wo er über sein eigenes Volkstumsgefüge hinausgreift und deutsches Volkstum zu erfassen versucht! . . .

Wir sind nicht dazu da, um fremdes Volkstum zu bekämpfen. Aus tiefster Verpflichtung und seelischer Gebundenheit im eigenen Volkstum heraus wissen wir von Hoheit und Würde eigenen Volkstums. Aus dieser selben Bindung heraus aber achten wir mit den besten Traditionen deutscher Geschichte auch fremdes Volkstum und achten sein Lebensrecht. Wir stehen aber in schärfstem Abwehrkampf gegen die nationalstaatlichen Zerstörungsversuche unseres Volkstums, und wir sehen aus dem Blickfeld der Einheit und Ganzheit unseres Volkstums den Volkstumskampf unserer deutschen Volksgenossen jenseits der Grenzen als die geradlinige und ununterbrochene Fortsetzung des Krieges mit den Waffen. Man rede uns nicht vom Frieden, solange alle die Staaten um uns herum einen unbegrenzten Zerstörungskrieg gegen unser deutsches Volkstum führen. Unsere Nachbarn sollen wissen, daß der Zerstörungskampf gegen deutsches Volkstum die ganze Nation trifft, und daß ein wahrhaft befriedetes und freundschaftliches Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten letzten Endes abhängig ist von der Achtung vor unserem Volkstum, das sich in deren staatlichen Grenzen befindet. Gerade unsere südlichen und südöstlichen Nachbarn, die

Staliener, die Südslawen und die Madjaren, haben in ihrem Werdegang in der schärfsten Weise diese Einheit ihres Volkstums betont und indifferentes eigenes Volkstum als eine Mißgeburt gekennzeichnet. Welche Verachtung bringen uns aber diese Völker zum Ausdruck, wenn sie meinen, daß wir Deutschen unserem bedrohten Volkstum gegenüber weniger verpflichtet wären, als uns diese Nationen aus ihrer Geschichte durch Beispiele vorgelebt haben. Der Abwehrkampf deutschen Volkstums jenseits der Grenzen ist bislang von ihm fast allein geführt worden. Wie kümmerlich ist trotz des äußeren Aufstieges des VDA selbst die materielle Unterstützung bisher gewesen. Gemessen allein an der Bevölkerungsziffer und an der Stiftung der Dänen für Nordschleswig, müßte der VDA nicht 1,5 Millionen Mark, sondern das Sieben- bis Achtefache, nämlich an die 12 Millionen Mark jährlich, aufbringen. Die Dänen geben für die noch nicht 5000 Dänen in Flensburg allein an Büchereikosten mehr aus, als der gesamte Büchereietat des VDA für das gesamte Außendeutschtum mit einer Zahl von 25 Millionen Menschen beträgt. Noch schwerwiegender war, daß dem Deutschum in seinem Abwehrkampf vielfach die seelische Fundierung im Kernstaat fehlte. . . .

Es ist für unser kämpfendes Außendeutschtum unwürdig, es als bloßes Betreuungsobjekt zu werten und allein aus bürokratischer Verwaltungsroutine in Grundfragen unseres Außenvolkstums bestimmend eingreifen zu wollen. So wie der Abwehr eines bewaffneten Angriffes auf den staatlichen Besitzstand die allgemeine Wehrpflicht entspricht, so ist auch die Hilfe bei der Abwehr der Angriffe auf unsere deutschen Volkstumsgrenzen eine allgemeine Angelegenheit des gesamten Volkes und entspricht dieser hohen, unveräußerlichen Aufgabe einer Opferpflicht des gesamten deutschen Volkes. . . . Wir sehen uns im Hinblick auf die Würde der Aufgabe ethisch verpflichtet, an unser Volk mit der Forderung nach dem allgemeinen Pflichtopfer für das Außendeutschtum heranzutreten. . . .

Der Zweck unserer Arbeit ist die Erhaltung des Volkstums außerhalb der Grenzen. Diese Arbeit kann nicht isoliert werden von dem Leben deutschen Volkstums diesseits der Grenzen. Staatliches Leben kann Grenzen scheiden, volkliches nicht. Mag der

Staat gezwungen sein, da und dort Verzicht zu leisten und Grenzen hinzunehmen, die diesseits unserer Volkstums Grenzen liegen, Volkstum kennt keinen Verzicht auf Volkstum! Im Gegenteil, gerade dort hat sich die Brüderlichkeit und unvergängliche Gemeinschaft des Volkstums zu bewähren, wo der Staat Volkstum nicht mehr zu stützen und zu erfüllen in der Lage ist. Nur aus volkstumsgebundenem Geist und volkstumsgebundenen Persönlichkeiten werden wir wirken können. Nur aus diesem gemeinsamen Fundament heraus wird auch der deutsche Staat seine tiefen Kräfte ziehen. Vielfach sind die Erfahrungen im deutschen Volkstumskampf draußen klarer und sichtbarer als hier innerhalb des Reiches. Daher ist Volkstum draußen vor den Grenzen nicht nur Empfänger, nein, es gibt uns vielfach das wieder, was wir ihm zu schenken vermögen. Wir sind Mittler dieses Austausches zwischen dem Kampf von draußen und der Erneuerung hier im Innern. Freilich ist noch ein weiter und schwieriger Weg zu leisten, um in der Tat zu diesem großen Ziel, zur wirklichen deutschen Gesamtnation, zu gelangen. Die außenpolitischen Schwierigkeiten allein möchte ich nicht überschätzen. Wir werden aber diese von außen kommenden Schwierigkeiten nur meistern, wenn wir die inneren Hindernisse überwinden. Es gilt, alle wichtigen Lebensvorgänge und Ergebnisse unseres Seins in der ganzen Ausweitung unseres überstaatlichen Volkstörpers zu sehen. Wir wollen uns deutsche Kultur, deutsches Empfinden, deutsche Verpflichtung nicht mehr einengen lassen mit dem Bereich der Staatsgrenzen.

[Auf der Pfingsttagung 1933 des BDA in Passau]

Der Reichsführer des BDA Dr. Steinacher:

Die nationale Revolution hat das deutsche Leben in seinen Grundlagen des Volkstums stärkstens sichtbar gemacht. In diesem Volkstum sind wir unveräußerlich mit jenem Deutschtum verbunden, das Staatsgrenzen von uns trennen und das vor der Reichsgrenze in Abwehr um deutsches Leben und deutsche Ehre ringt. Nur morsche Gesinnung, fahle Gedankenlosigkeit unter den Deutschen, die hinter dem schützenden Zaun des Reiches sitzen, kennt Neutralität gegen den Lebenskampf deutschen, unseres Volkstums vor den Reichsgrenzen. Wir wollen daher im Innern des Reiches

kämpferische und scharfe Wächter sein, daß uns deutsches Volk, deutsches Leben, deutsche Kultur, deutsches Empfinden nicht mehr mit den Grenzen des Staates eingeengt werden. Wir wollen mit allen Deutschen zur Nation aufwachsen und fordern, daß alle Fragen unseres staatlichen Daseins in der Ausdehnung und Auswirkung unseres ganzen überstaatlichen Volkskörpers gesehen werden. . . .

Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDU) wird auf Berufung und Verantwortung gestellt. Die Pflicht gegenüber dem bedrohten eigenen Volke ist oberstes Gebot. Der bloße Wohltätigkeitsgedanke und das Almosensammeln haben zu weichen dieser Pflichtverbundenheit mit dem im Kampfe stehenden Grenz- und Außenposten. An Stelle der Bitte tritt die Forderung nach dem selbstverständlichen Opfer jedes einzelnen für den im Abwehrkampf stehenden Teil der Nation, damit edelstes deutsches Wollen, immer opferbereite Haltung deutscher Abwehr jenseits unserer Grenzen nicht zuschanden werden. . . . Wir stehen in besonderer Front!

[Aufruf vom Mai 1933]

Der Leiter der Jugendabteilung im VDU Dr. Schoeneich:

. . . Nicht um Almosen handelt es sich. . . . Was Reichsdeutsche und Auslandsdeutsche sich gegenseitig zu geben haben, ist brüderliche Stärkung, ist gegenseitige Förderung und Bereicherung, ist Gestaltung schicksalsmäßig gemeinsamer Zukunft. . . . Wenn unsere Schulen einen Flügel oder eine Orgel haben, so darf ja wohl der deutsche Lehrer im brasilianischen Urwalde wenigstens eine Flöte oder eine Geige oder Mundharmonika verlangen, um deutschen Kindern deutsche Volkslieder beizubringen, die uns in der Heimat selbstverständlicher Besitz sind. Wenn wir Turnhallen, Stadien und Sportplätze bauen, so sollten auslandsdeutsche Turn- und Sportvereine wenigstens einen Ball und sonstiges notwendiges Gerät bekommen. Wenn wir Theater, Kinos und Museen haben, so wollen wir wenigstens den auslandsdeutschen Siedlungen die einfachsten Formen der Volksbildungsarbeit verschaffen: Lichtbilder, Büchereien, Fachkurse. Während bei uns eine Überzüchtung in den akademischen Berufen stattfindet, haben die deutschen Kinder in Litauen nicht einmal eine Fibel, um in der Muttersprache lesen

und schreiben zu lernen. Das alles sind Beispiele aus der Kleinarbeit, der grauen Alltagsarbeit der VWL-Gruppen: die Mittel zu schaffen für die Erhaltung deutschen Lebens überall da, wo es noch lebenskräftig ist und sein will. . . .

Um unsere Gleichberechtigung in der Welt kämpfen wir heute als Gesamtvolk. Das gilt nicht nur für die Rüstungs- und Sicherheitsfragen, nicht nur für wirtschaftliche Freiheit, nicht nur für politische Gleichberechtigung unter den Völkern. Der Kampf, in dem wir die kulturpolitischen Waffen zu liefern haben, wird geführt von vielen deutschen Volksgruppen, insbesondere in Mitteleuropa. Durch völkerrechtliche Verträge und durch staatsrechtliche Bestimmungen sind ihnen ihre Rechte zugesichert. Und doch melden täglich die Zeitungen, wie weit wir noch davon entfernt sind. Wo ist die Gleichberechtigung der deutschen Sprache, wenn vielen Tausenden von deutschen Kindern Ausbildung in der Muttersprache verwehrt wird? Wenn selbst deutsche Namen verfolgt werden? Wenn deutsche Kinder in der Pause und auf dem Schulweg nur serbisch oder ungarisch miteinander reden dürfen? Wenn selbst deutsche Firmenschilder hoch besteuert werden? Wenn in ganz Prag keine deutschen Aufschriften, Leuchtreklamen oder Plakate zu finden sind? Wenn der Name Sudetenland verboten ist? Wenn deutsche Vereine in Polen überfallen werden? Oder wo ist die zugesagte staatsbürgerliche Gleichberechtigung, wenn die Deutschen zwar Steuern zahlen und Soldaten werden dürfen, aber keinen oder nur ganz geringen Anteil an den Beamtenstellen erhalten? In Polen und der Tschechei sind ganze Berufe von staatlichen Zuwendungen ausgeschlossen. Ganz zu schweigen von der Behandlung deutscher Schulen, Vereine, Zeitungen. . . . Was wird aus den Tausenden von deutschen Jungen und Mädchen, die heute im verlorenen Grenzland nur ein Rauderwelsch lernen und beim Verlassen der Schule weder die Muttersprache noch die Landessprache ausreichend beherrschen? Und kommen sie unter größten Opfern der Eltern, die sie in ferne Schülerheime schicken oder kostspielige Privatschulen einrichten müssen, bis zur höheren Bildung, so wird die Reiseprüfung durch allerlei Bestimmungen erschwert, so daß z. B. in Polen und Rumänien ein großer Prozentsatz sie nicht mehr besteht. Das Studium aber im Reich oder in Österreich ist für

manche Volksgruppen unmöglich gemacht. Für die Jungen kommen die gefährlichen Einflüsse der Militärdienstzeit hinzu, und sind sie trotz allem für einen höheren Beruf als Deutsche vorbereitet, so erlangen sie nicht die Anerkennung, wo eine staatliche Konzession nötig ist, oder werden nicht beschäftigt. . . .

In diesem Kampf um das Recht und die Freiheit, als deutsche Menschen überhaupt leben und sich betätigen zu dürfen, ist der Rückhalt an der Heimat notwendig. Das will die Deutschumsarbeit, das will der VDA: Waffen und Kräfte will er liefern für den Volkstumskampf draußen an allen Fronten! Das ist seine große Sonderaufgabe.

[Im Juniheft 1933 der „Rolandblätter“]

Reichsinnenminister Dr. Frick:

. . . Der durch ein halbes Jahrhundert hindurch geführten Arbeit des VDA ist die Erhaltung so mancher deutschen Schule, Kirche, Zeitung oder sonstigen Einrichtung in den Volksfiedlungen deutscher Abstammung im Ausland zu verdanken. Ohne die Erhaltung dieser Einrichtungen wären große deutsche Volksgruppen vor allem unter dem Druck der Nachkriegszeit als Kulturbünger fremden Volkstums untergegangen. . . . Die Rücksicht auf die Not und das Elend der Zeit, auf den Mangel an Arbeit und Brot im Binnendeutschland darf den Blick nicht davon ablenken, daß die rund 30 Millionen Auslandsdeutschen außerhalb der verengerten gegenwärtigen Reichsgrenzen ein Bestandteil des deutschen Gesamtvolks sind, ein Bestandteil, dem die Reichsregierung zwar wirtschaftlich keine Hilfe zu bringen vermag, dem sie jedoch die kulturelle Stützung durch den in erster Linie hiermit befaßten Verein für das Deutschtum im Ausland zu ermöglichen sich verpflichtet hält.

[Am 24. Februar 1933 an die Landesregierungen]

Reichsstatthalter von Epp:

Wir lassen uns von unserem Volkstum jenseits der Grenzen volksmäßig und blutsmäßig in keiner Zukunft trennen. Nur auf dem seelischen Wachstum des Volkes läßt sich eine reale Politik der staatsmäßig geformten Teile des Volkes denken. Das Bewußtsein muß draußen sich festigen, daß das deutsche Volk drinnen

auch um die entferntesten Teile sich kümmert. Das Heil eines Volkes besteht nur im Zusammenhang seines Volksganzen.

[Auf der Pfingsttagung 1933 des BDU in Passau]

Vizekanzler von Papen:

Es ist die Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden, daß ein Drittel von ihm außerhalb der Reichsgrenzen lebt und daß kein noch so gewaltsamer Versuch jemals eine Übereinstimmung von Staats- und Volksgrenzen im mitteleuropäischen Raum herbeizuführen vermöchte. . . . Eine sinnvolle Neuordnung des mitteleuropäischen Raums . . . erfordert ein Bekenntnis der Staatsmänner, die immer das Wort von der Sicherung des Friedens im Munde führen, zu der Auffassung, daß die Niederhaltung, Assimilierung, Aufsaugung andersvölkischer Gruppen innerhalb der eigenen Grenzen niemals und für niemanden ein innerpolitischer Gewinn sein kann. Die völkischen Rechte auf Muttersprache und -sitte sind unverjährbar, gottgegebene Güter, deren Schutz im eigenen Interesse der Nation liegt.

Aber natürlich — im Zeitalter der Demokratien, wo nur der Mehrheitswille entscheidend ist, wird es klar, daß die völkischen Minderheiten als Staatsbürger minderen Rechts betrachtet werden — mögen noch so viele untaugliche Minderheitenrechte ihnen auf dem Papier verbrieft sein. Die Balkanisierung Mitteleuropas, die uns die Pariser Vorortverträge gebracht hatten, ist eine Produktion des liberalen 19. Jahrhunderts, das der Nationalsozialismus heute im Begriff ist, zu überwinden. Gerade der Krieg und seine Lehren haben Deutschland zu einer neuen Staatsauffassung bekehrt. Wir sind wieder vorgestoßen zu volkheitlichem Denken. Wir wissen wieder, daß die Eigenständigkeit von Sprache und Sitte, das Denken in Bodenständigkeit, Familie, Geschlechterfolge und Erbstämmen die Voraussetzung einer gesunden Auffassung vom Wesen und Geist des Staates ist.

[Am 10. September 1933 beim Fest der deutschen Schule in Berlin]

Vizekanzler von Papen:

Der Gedanke der Eigenständigkeit der Völker wird eine der großen revolutionären Errungenschaften des Nachkriegsdeutsch-

lands werden. Er weist den Weg zur europäischen Zusammenarbeit und zur Überwindung einer unheilvollen Zersplitterung und eines Gegeneinander der Kräfte, die Europas Weltstellung gefährden. Es darf nicht bei einem völkertrennenden Nationalismus bleiben, sondern muß zu einer völkerverbindenden Sicherung der Volkstümer kommen. Deutschland sieht die Pflicht, diese Wandlung einzuleiten. Diese Pflicht geht aus der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes und seiner Verantwortlichkeit für Europa hervor und aus der Notwendigkeit, Mitteleuropa neu zu ordnen — ohne es in kriegerische Experimente zu verwickeln.

[Am 25. Mai 1933 bei der Grenzlandtagung auf der
Iburg (bei Osnabrück)]

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels:

In der Einheit einer gemeinsamen Idee liegt die Zukunft des gesamten Deutschland.

[Gruß an Danzig bei der Ostland-Ereuefahrt am
29. August 1933]

Das vorliegende Buch über den nationalsozialistischen Staat bildet die Fortsetzung der im gleichen Verlag erschienenen Schrift

Die nationalsozialistische Revolution

Tatsachen und Urkunden

Reden und Schilderungen

1. August 1914 bis 1. Mai 1933

Herausgegeben von Dr. Walther Gehr

Preis geheftet — 65 RM., in Leinen gebunden 1.— RM.

Januar 1937

Hirt's Deutsche Sammlung

	Preise	Geheftet RM.	Ganzleinen RM.
● Ein-Punkt-Heft		—. 12	—
●● Zwei-Punkt-Heft		—. 18	—
* Ein-Stern-Bändchen		—. 25	—. 60
** Zwei-Stern-Bändchen		—. 40	—. 75
*** Drei-Stern-Bändchen		—. 50	—. 85
**** Vier-Stern-Bändchen		—. 65	1.—
***** Fünf-Stern-Bändchen		—. 80	1.20
***** Sechs-Stern-Bändchen		1.—	1.40
***** Sieben-Stern-Bändchen		1.20	1.60

Durch jede Buchhandlung zu beziehen!

Ferdinand Hirt in Breslau

Übersicht über die bisher erschienenen Bände

Literarische Abteilung (Abt. L)

Gruppe LI: Gedichte

Band- und
Bestell-Nr.

Band 1 Theodor Storm, Gedichte. Auswahl, herausgegeben von Professor Dr. Wolfgang Stammer, Greifswald. Mit einem Bilde des Dichters und seiner Frau und des Wohnhauses in Hademarschen

Band 2 Gottfried Keller, Gedichte. Auswahl, herausgegeben von Dr. Lotte Bussé, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters von R. Leemann

Band 3 Her Waltherr von der Vogelweide, Gedichte. (Mittelhochdeutsche Fassung.) Auswahl, herausgegeben von Geh. Regierungs- und Oberschulrat Dr. Hermann Janßen †. Mit einem Bilde aus der Manesse'schen Liederhandschrift

Band 4 Annette von Droste-Hülshoff, Gedichte. Auswahl, herausgegeben von Oberstudienrat Prof. Dr. August Knieke, Wiesbaden. Mit einem Bilde der Dichterin und 3 Bildern im Text

Band 5 Kinderreime. Herausgegeben von Katharina Petersen. Mit Zeichnungen von Mari-gard Ohser-Banher

Band 6 Stefan George, Gedichte. Auswahl, herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich Wolters †. Mit einem Bilde des Dichters

Band 7 Eduard Mörike, Gedichte. Auswahl, herausgegeben von Oberregierungsrat F. Nüßle, Stuttgart. Mit einem Bilde des Dichters nach einer Daguerreotypie von 1855

Band 8 Hans Sachs, Meisterlieder und Schwänke (Originaltext). Auswahl, herausgegeben von Rektor Dr. Gerhard Kahlo, Uslar. Mit einem Bilde des Dichters von Jost Amman und 4 Textbildern nach alten Stichen und Holz-schnitten

Band 10 Erika Siebeck, Ein Verschen lerne ich gar zu gerne. (8304) Neue Gedichte für kleine Schulkinder. Mit Zeichnungen von Kurt Rübner

Band 11 Erika Siebeck, Was kleine Pent' bewegt und freut. (8305) Neue Gedichte für kleine Schulkinder. Mit Zeichnungen von Kurt Rübner

Preis
geheftet

Bom 8. Schulj. an
** —.40

Bom 9. Schulj. an
** —.40

11. bis 13. Schulj.
** —.40

Bom 9. Schulj. an
*** —.50

Bom 1. Schulj. an
* —.25

11. bis 13. Schulj.
*** —.50

Bom 9. Schulj. an
** —.40

Bom 9. Schulj. an
** —.40

Bom 1. Schulj. an
•• —.18

Bom 2. Schulj. an
•• —.18

Band 12 Uns trägt ein Glaube. Verse aus der Deutschen Revolution. Gesammelt von Prof. Dr. Wolfgang Stämmler, Greifswald, und Dr. Ruth Westermann, Berlin. U. V. 30. 7. 35+

Bom 9. Schulf. an
*** —.50

Band 13 Friedrich W. Königer, Zwischen Start und Ziel. Olympische Strophen. Mit 32 Bildern

Bom 9. Schulf. an
*** 1.—

Gruppe LII: Novellen und Erzählungen

Band 1 Adelbert v. Chamisso, Peter Schlemihls wundersame Geschichte. Herausgegeben von Studienrat Dr. Heinrich Beyer, Hannover. Mit einem Bilde des Dichters von Robert Reinick und 16 Holzschnitten von Adolph von Menzel

Bom 7. Schulf. an
** —.40

Band 2 Joseph v. Eichendorff, Aus dem Leben eines Taugenichts. Herausgegeben von Prof. Dr. Walther Ziesemer, Königsberg i. Pr. Mit einem Titelbild von W. Devrient und Scherenschnitten von Maria Luise Kaempffe

Bom 8. Schulf. an
*** —.50

Band 3 Wilhelm Hauff, Lichtenstein. Romantische Sage. Herausgegeben v. Studienrat Dr. G. Eidemeyer, Göttingen. Mit einem Bilde der Burg Lichtenstein. (Vekürzt)

Bom 8. Schulf. an
*** —.50

Band 4 Gottfried Keller, Das Fähnlein der sieben Aufrechten. Herausgegeben von Dr. Lilli Loening. Mit einem Bilde Kellers nach der Radierung von Karl Stauffer-Bern und 24 Scherenschnitten von Hans-Detlev Voss

Bom 8. Schulf. an
** —.40

Band 5 Theodor Storm, Bötjer Basch. Herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Stämmler, Greifswald. Mit einem Bilde des Dichters

Bom 8. Schulf. an
** —.40

Band 6 Heinrich von Kleist, Michael Kohlhaas. Herausgegeben von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wilhelm Waegholdt, Halle a. S. Mit einem Bilde des Dichters nach dem Miniaturgemälde von August Krüger

Bom 8. Schulf. an
** —.40

Band 7 E. L. A. Hoffmann, Meister Martin der Riefner und seine Gefellen. Herausgegeben von Dr. Lilli Loening. Mit dem Bilde des Dichters von W. Hensel und einem Textbilde nach dem Stich von H. Schmidt

Bom 8. Schulf. an
** —.40

+ Mit dem Unbedenklichkeitsvermerk der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des R.S.-Schrifttums versehen. Das Datum betrifft die Erteilung des Vermerks.

Band 8	Gottfried Keller, Die drei gerechten Kammacher.	Bom 9. Schulj. an
(7402)	Herausgegeben von Dr. Lilli Loening. Mit einem Bilde des Dichters von Karl Stauffer-Bern	* —.25
Band 9	Gottfried Keller, Kleider machen Leute.	Bom 7. Schulj. an
(7403)	Herausgegeben von Dr. Lilli Loening. Mit einer Wiedergabe der Keller-Medaille von Arnold Böcklin	* —.25
Band 10	Karl Leberecht Immermann, Der Oberhof.	Bom 8. Schulj. an
(7822)	Herausgegeben von Oberstudiendirektor B. Splmann, Altona. Mit einem Bilde des Dichters nach dem Gemälde von K. F. Lessing und 11 Holzschnitten von Benjamin Vautier. (Gefürzt)	*** —.50
Band 11	Theodor Storm, Vole Woppenspüler.	Bom 8. Schulj. an
(7632)	Herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters und 30 Scherenschnitten von Professor Alfred Thon	** —.40
Band 12	Josef Victor von Scheffel, Ekkehard.	Bom 8. Schulj. an
(7848)	Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert. Herausg. von Oberstudiendirektor Dr. Hans Giese, Breslau. Mit einem Bilde des Dichters nach dem Gemälde von Anton v. Werner. (Gefürzt)	*** —.50
Band 13	Otto Ludwig, Zwischen Himmel und Erde.	Bom 9. Schulj. an
(7826)	Herausgegeben von Studienrat Dr. Rudolf Reeh, Halberstadt. Mit einem Bilde des Dichters nach der Büste Adolf v. Hildebrand. (Gefürzt)	*** —.50
Band 14	Theodor Storm, Immensee.	Bom 10. Schulj. an
(7420)	Herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit 3 Zeichnungen von Prof. Arthur Illies	* —.25
Band 15	Gottfried Keller, Frau Regel Amrain und ihr Jüngster.	Bom 10. Schulj. an
(7404)	Herausgegeben von Schulrat Gustav Kuhn, Breg. Mit einem Bilde des Dichters nach der Radierung von Karl Stauffer-Bern 1887	* —.25
Band 16	Theodor Storm, Die Söhne des Senators.	Bom 8. Schulj. an
(7415)	Herausgegeben von Schulrat i. R. Karl Jacob, Forst i. L. Mit 2 Bildern von Professor Arthur Illies	* —.25
Band 17	Joseph von Eichendorff, Schloß Dürande.	Bom 8. Schulj. an
(7417)	Herausgegeben von Stadtbibliotheksrat Dr. Albert Pauli f. Mit Scherenschnitten von Paul Fritzsche	* —.25
Band 18	Theodor Fontane, Die Ratte- Tragödie.	Bom 8. Schulj. an
(7609)	Herausgegeben von Schulrat Reinhard Heuer, Potsdam. Mit 7 Bildern und 1 Karte	** —.40

- | | |
|--|---|
| <p>Band 19 Ludwig Achim von Arnim, Der tolle Invalide auf dem Fort Ratouneau. Herausgegeben von Geheimem Regierungs- und Oberschulrat Dr. Hermann Jangen f. Mit 6 Zeichnungen von Joachim Kranold</p> <p>(7400)</p> | <p>Bom 8. Schulj. an
* —.25</p> |
| <p>Band 20 Franz Grillparzer, Der arme Spielmann. Herausgegeben von Professor Dr. Hermann Menhardt, Wien. Mit einem Bilde des Dichters</p> <p>(7410)</p> | <p>Bom 8. Schulj. an
* —.25</p> |
| <p>Band 21 Wilhelm Heinrich Richl, Der stumme Ratsherr und andere Novellen. Herausgegeben von Studienrat Dr. Theodor Maus, Essen. Mit einem Bilde des Dichters und 5 Bildern im Text</p> <p>(7611)</p> | <p>Bom 7. Schulj. an
** —.40</p> |
| <p>Band 22 Wolfgang Goethe, Die Leiden des jungen Werther. Herausgegeben von Studienrat Dr. Gustav Köhler, Berlin. Mit 7 Bildern von Daniel Chodowiecki</p> <p>(7860)</p> | <p>11. bis 13. Schulj.
*** —.50</p> |
| <p>Band 23 Jeremias Gotthelf, Elfi, die seltsame Magd. Herausgegeben von Professor Dr. Otto von Greperz, Bern. Mit einem Bilde des Dichters von A. Anser und 8 Textbildern von Fr. Walther</p> <p>(7408)</p> | <p>Bom 7. Schulj. an
* —.25</p> |
| <p>Band 24 Jeremias Gotthelf, Das Erdbeeri Marelli. Herausgegeben von Professor Dr. Otto von Greperz, Bern. Mit einem Bilde des Dichters nach einem Ölgemälde von Dietler und 8 Textbildern von G. Roux</p> <p>(7616)</p> | <p>Bom 7. Schulj. an
** —.40</p> |
| <p>Band 25 Friedrich Hebbel, Eine Nacht im Jägerhause — Pauls merkwürdigste Nacht. Herausgegeben von Lehrer Paul Wagner, Leipzig. Mit einem Bilde des Dichters und 4 Zeichnungen von Gertrud Lerbé</p> <p>(7418)</p> | <p>Bom 6. Schulj. an
* —.25</p> |
| <p>Band 26 Theodor Storm, Unter dem Tannenbaum. Herausgegeben von Schulrat Dr. Karl Polensky, Halberstadt. Mit Bildern von Erna Günther und einer Abbildung des Wohnhauses Storms in Heiligenstadt</p> <p>(7412)</p> | <p>Bom 6. Schulj. an
* —.25</p> |
| <p>Band 27 Theodor Fontane, Grete Minde. Mit einem Bilde des Dichters von Max Dungert und 5 Textbildern</p> <p>(7824)</p> | <p>Bom 10. Schulj. an
*** —.50</p> |
| <p>Band 28 Louise von Francois, Fräulein Wuthchen und ihr Hausmeier. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Plenzat, Königsberg i. Pr. Mit einem Bilde der Dichterin und 5 Textbildern</p> <p>(7641)</p> | <p>Bom 8. Schulj. an
** —.40</p> |
| <p>Band 29 Conrad Ferdinand Meyer, Das Amulett. Herausgegeben von Oberstudienrat Dr. Fritz Heiligenstaedt, Hannover. Mit dem Bilde des Dichters nach einer Radierung von Karl Stauffer-Bern und 2 Textbildern</p> <p>(7629)</p> | <p>Bom 8. Schulj. an
** —.40</p> |

Band 30 (7801)	Otto Ludwig, Die Heiterkeit. Herausgegeben von Oberstudienrat Prof. Wilhelm Oppermann, Meiningen. Mit einem Bilde des Dichters von Th. Langer. (Gefürzt)	Bom 10. Schulj. an *** —.50
Band 31 (7414)	Wilhelm Heinrich Niehl, Der Stadtpfeifer. Herausgegeben von Studienrat Dr. Theodor Maus, Essen. Mit 4 Abbildungen	Bom 7. Schulj. an * —.25
Band 32 (7406)	Annette von Droste-Hülshoff, Die Judenbuche. Herausgegeben von Professor Dr. Karl Schulte-Kemminghausen, Münster i. W. Mit einem Bilde der Dichterin nach der Büste in Münster i. W. und 2 Textbildern	Bom 8. Schulj. an * —.25
Band 33 (7809)	Theodor Storm, Der Schimmelreiter. Herausgegeben von Schulrat Heinrich Klünder, Magdeburg. Mit 6 Zeichnungen von Prof. Bernhard Winter	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 34 (7416)	Theodor Storm, Psyche. Herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit 4 Zeichnungen von Prof. Bernhard Winter	Bom 10. Schulj. an * —.25
Band 35 (7607)	Hans Frank, Wiedersehen. Mit einem Bilde des Verfassers	Bom 7. Schulj. an ** —.40
Band 36 (7624)	Marie von Ebner-Eschenbach, Krambambuli — Der gute Mond. Herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit einem Bilde der Dichterin	Bom 6. Schulj. an ** —.40
Band 37 (7407)	Jeremias Gotthelf, Der Besenbinder von Nidischwyl. Herausgegeben von Professor Dr. Otto von Grenerz, Bern. Mit 5 Zeichnungen von E. Lardinaux	Bom 8. Schulj. an * —.25
Band 38 (7839)	Conrad Ferdinand Meyer, Die Versuchung des Pescara. Herausgegeben von Studienrat Dr. Karl Weigel, Leipzig. Mit 9 Bildern. (Gefürzt)	Bom 10. Schulj. an *** —.50
Band 39 (7405)	Gottfried Keller, Der Narr auf Manegg. Herausgegeben von Studienrat Dr. Heinrich Kraushaar, Apolda. Mit 4 Zeichnungen von Erich Schröder	Bom 9. Schulj. an * —.25
Band 40 (7837)	Fris Reuter, Dörschläuchting. Herausgegeben von Studienrat Dr. Wilhelm Rust, Kottbus. Mit den Bildern des Verfassers und des Herzogs Adolf Friedrich IV. von Mecklenburg-Strelitz. (Gefürzt)	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 41 (7838)	Jean Paul, Dr. Kagenbergers Badereise. Herausgegeben von Studienrat Carl Hartmann, Hannover. Mit einem Bilde des Dichters und 8 Textbildern von Walo von Man. (Gefürzt)	Bom 10. Schulj. an *** —.50

Band 42	August Strindberg, Historische Miniaturen. Auswahl, herausgegeben von Professor Dr. Walter Baetke, Leipzig. Mit einem Bilde des Dichters	Bom 10. Schulj. an *** —.50
Band 43	Gottfried Keller, Spiegel, das Rädchen. Herausgegeben von Friedrich Springborn. Mit 5 Zeichnungen von E. Cardinaur	Bom 7. Schulj. an * —.25
Band 44	Wag Dauthenden, Aus fremdem Land: Tierra caliente — Meine Emeroe-Besteigung — Gedichte. Auswahl, herausgegeben von Mittelschullehrer Adolf Cassel, Bad Harzburg. Mit einem Bilde des Dichters	Bom 9. Schulj. an *** —.50
Band 45	Wilhelm Volz, Nadja, der Tiger. Mit 7 Bildern	Bom 8. Schulj. an ** —.40
Band 46	Wilhelm Volz, Leben und Tod im Urwald. Mit 8 Bildern	Bom 8. Schulj. an * —.25
Band 47	Hermann Sudermann, Frau Sorge. Auswahl, herausgegeben von Studienrat Dr. Siegfried Mauermann, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters	Bom 9. Schulj. an ** —.40
Band 48	Hermann Sudermann, Die Reise nach Tilsit. Herausgegeben von Studienrat Dr. Siegfried Mauermann, Berlin. Mit einem Bilde des Sudermann-Denkmalß in Heydekrug und einer Karte im Text	11 bis 13. Schulj. ** —.40
Band 49	Eduard Mörike, Mozart auf der Reise nach Prag. Herausgegeben von Dr. Ernst Erich Bidlingmaier, Ulm. Mit einem Bilde Mozarts nach dem Gemälde von Tischbein	Bom 8. Schulj. an ** —.40
Band 50	Ludwig Bäte, Der Brand in Werka und andere Geschichten um Goethe. Mit 4 Abbildungen	Bom 10. Schulj. an * —.25
Band 51	Heinrich Seidel, Ausgewählte Erzählungen aus „Leberecht Hühnchen“ und anderen Schriften. Herausgegeben von H. Wolfgang Seidel. Mit einem Bilde des Dichters	Bom 8. Schulj. an * —.25
Band 52	Ricarda Huch, Aus dem Dreißigjährigen Kriege. Herausgegeben von Schulrat Reinhard Heuer, Potsdam. Mit 29 Bildern	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 53	Wilhelm Schäfer, Die Frau von Stein und andere Erzählungen. Herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters	Bom 10. Schulj. an * —.25
Band 55	Wilhelm v. Scholz, Der Auswanderer und andere Erzählungen. Herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters	Bom 10. Schulj. an * —.25

Band 56	Paul Berglar-Schröder, Die Reise nach Wesel. (8312) Mit einem Bilde des Dichters	Bom 10. Schulj. an ** —.18
Band 57	Paul Berglar-Schröder, Es ging um die Äcker. (7430) Mit einem Bilde des Dichters	Bom 10. Schulj. an * —.25
Band 58	Johanna Spyri, Der Toni von Randergrund. (7431) Herausgegeben von Dr. phil. Ida Euter, Horgen-Zürich. Mit Bildern von Johanna Dübby	Bom 6. Schulj. an * —.25
Band 59	Johanna Spyri, Heidis Lehr- und Wanderjahre. (7895) Herausgegeben von Dr. phil. Ida Euter, Horgen-Zürich. Mit Bildern von Johanna Dübby. (Vefürzt)	Bom 6. Schulj. an *** —.50
Band 60	Reinhold Paul Mettke, Der Bauernjunge und seine Mutter. Erinnerungen aus meiner Dorfheimat. (7672) Mit einem Titelbild von Gerhard Marggraff	Bom 5. Schulj. an ** —.40
Band 61	Reinhold Paul Mettke, Der Bauernjunge und sein Vater. Mit einem Titelbild von Gerhard Marggraff (7673)	Bom 5. Schulj. an ** —.40
Band 62	Rudolf Fiksel, Im Land der flammenden Nächte. (7677) Oberschlesische Erzählungen und Gedichte	11. bis 13. Schulj. ** —.40
Band 63	Hedw. Mansfeld, Sachsenkampf vor 1000 Jahren. (7904) Mit 9 Kartenskizzen und einem Bilde	Bom 5. Schulj. an *** —.50
Band 64	Felix Dahn, Der Tod Theoderichs des Großen. (7678) Aus dem Roman „Ein Kampf um Rom“ ausgewählt von Eduard Rothemund, Bayreuth. Mit 5 Abbildungen und einer Karte	Bom 8. Schulj. an ** —.40
Band 65	Felix Dahn, Gotenkönige. Aus dem Roman „Ein Kampf um Rom“ ausgewählt von Eduard Rothemund, Bayreuth. Mit 4 Abbildungen (7679)	Bom 8. Schulj. an ** —.40
Band 66	Felix Dahn, Teja, der König der letzten Goten. (7905) Aus dem Roman „Ein Kampf um Rom“ ausgewählt von Eduard Rothemund, Bayreuth. Mit 2 Abbildungen und einer Karte	Bom 8. Schulj. an *** —.50

Gruppe L III: Märchen

Band 1	Robert Reinick, Erzählungen und Märchen. (7853) Herausgegeben von Rektor Walter Schulze, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters und 20 Textbildern von Guido Hammer, Eugen Klimsch, Ludwig Richter, K. Schuster u. a.	Bom 3. Schulj. an *** —.50
---------------	---	--------------------------------------

<i>Band- und Bestell-Nr.</i>		<i>Preis gebunden</i>
Band 2 (7623)	Wilhelm Hauff, Das kalte Herz. Herausgegeben von Professor Dr. Walther Biesemer, Königsberg i. Pr. Mit dem Bilde des Dichters nach der Zeichnung eines Freundes und 36 Scherenschnitten von Professor Alfred Thon	Bom 6. Schulj. an ** —.40
Band 3 (7650)	Richard von Volkmann-Leander, Träumereien an französischen Kaminen. Herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit 7 Zeichnungen von Erich Gruner	Bom 4. Schulj. an ** —.40
Band 4 (7409)	Eduard Mörike, Die Historie von der schönen Lau. Herausgegeben von Dr. Lilli Loening. Mit einem Bilde Mörikes von B. Weiß und 6 Zeichnungen von Moritz von Schwind	Bom 7. Schulj. an * —.25
Band 5 (7619)	Brüder Grimm, Ausgewählte Märchen I. Herausgegeben von Rektor Paul Gierh, Charlottenburg. Mit einem Titelbild von Ludwig Grimm und 38 Scherenschnitten von Professor Alfred Thon	Bom 2. Schulj. an ** —.40
Band 6 (7620)	Brüder Grimm, Ausgewählte Märchen II. Herausgegeben von Rektor Paul Gierh, Charlottenburg. Mit dem Bilde der Brüder Grimm von L. Sticking und 16 Scherenschnitten von Professor Alfred Thon	Bom 2. Schulj. an ** —.40
Band 7 (7851)	Hans Christian Andersen, Ausgewählte Märchen. Herausgegeben von Rektor Paul Gierh, Charlottenburg. Mit dem Bilde des Dichters nach einer Zeichnung von Karl Vogel und Scherenschnitten von Elsa Dittmann	Bom 4. Schulj. an *** —.50
Band 8 (7863)	Friedrich de la Motte-Fouqué, Undine. Herausgegeben von Emil Saupe. Mit einem Bilde des Dichters und 14 Textbildern von Ludwig Schnorr von Carolsfeld	Bom 6. Schulj. an *** —.50
Band 9 (7600)	Ludwig Bechstein, Ausgewählte Märchen. Herausgegeben von Erich Schattkowsky. Mit dem Bilde des Dichters von Diez und Textbildern von Ludwig Richter	Bom 2. Schulj. an ** —.40
	Märchen aus aller Welt. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Plenzat, Königsberg i. Pr.	
Band 10 (7815)	— I: Aus dem Norden und Osten Europas. Mit 12 Originalzeichnungen von Künstlern aus Dänemark, Norwegen, Irland, Belgien, Lettland, Finnland, Polen und Rußland	Bom 5. Schulj. an *** —.50
Band 11 (7810)	— II: Aus dem Westen und Süden Europas. Mit 11 Originalzeichnungen von Künstlern aus Spanien, Italien, Serbien, Bulgarien und Ungarn	Bom 5. Schulj. an *** —.50
Band 12 (7628)	— III: Aus fernen Zonen. Mit 6 Originalzeichnungen von Künstlern aus China, Japan, Nordamerika und Australien	Bom 5. Schulj. an ** —.40

Band 13	Märchen aus neuer Zeit. Herausgegeben von Oberlehrerin Lotte Müller, Leipzig. Mit 10 Zeichnungen von Arthur Wellmann	Bom 4. Schulj. an ** —.40
Band 14	Hermann Stehr, Wendelin Heinelt. Ein Märchen. Herausgegeben von Studienassessor Dr. A. Wiencke, Breslau. Mit einem Bilde des Dichters und 3 Zeichnungen von Max Odoj	Bom 8. Schulj. an ** —.40
Band 15	Brentano, Ausgewählte Märchen. Herausgegeben von Rektor H. Reinicke, Berlin-Neukölln. Mit dem Bilde des Dichters nach einer Radierung von Ludwig Grimm.	Bom 7. Schulj. an ** —.40
Band 16	E. L. A. Hoffmann, Der goldene Topf. Herausgegeben von Stadtschulrat i. R. Dr. Hermann Dübbern, Stettin. Mit 5 Bildern von Karl Thylmann	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 17	Ludwig Anzengruber, Die Märchen des Stein-Hopferhanns — Annerl, Hannerl und Sannerl. Herausgegeben von Schulrat H. Kotermund, Hildesheim. Mit einem Bilde des Anzengruber-Denkmales in Wien und 8 Textbildern von Kurt Nübner	Bom 9. Schulj. an *** —.50
Band 18	Wilhelm Hauff, Die Geschichte vom Kalif Storch und andere Märchen. Herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters von J. M. Holder und 15 Zeichnungen von Walter Nicolai	Bom 4. Schulj. an ** —.40
	Ausgewählte Erzählungen aus Tausend und einer Nacht. Neu erzählt von Wilhelm Gronemann, Frankfurt a. M. In 2 Bänden:	
Band 19	— I. Die Geschichte Sindbads des Seefahrers. Mit 10 Zeichnungen von Otto Linnefogel	Bom 6. Schulj. an ** —.40
Band 20	— II. Ali Baba und die vierzig Räuber und andere Märchen. Mit 10 Zeichnungen von Otto Linnefogel	Bom 6. Schulj. an ** —.40
Band 21	Heinrich Seidel, Das Zauberklavier und andere Märchen. Herausgegeben von H. Wolfgang Seidel. Mit einem Bilde des Dichters	Bom 7. Schulj. an ** —.40
Band 22	Die Bremer Stadtmusikanten — Der Wolf und die sieben jungen Geißlein. Mit Bildern von Carl O. Petersen	Bom 2. Schulj. an • —.12
Band 23	Sechse kommen durch die ganze Welt und andere Märchen. Mit Scherenschnitten von Prof. Alfred Thon	Bom 2. Schulj. an •• —.18

Band 24 (8101)	Der Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Schweinegel und andere Märchen. Mit Bildern von Carl O. Petersen	Vom 2. Schulj. an • —.12
Band 25 (8102)	Das Lumpengefindel und andere Märchen. Mit Bildern von Carl O. Petersen	Vom 2. Schulj. an • —.12
Band 26 (8103)	Der Sterntaler und andere Märchen. Mit Bildern von Else Wenz-Victor	Vom 2. Schulj. an • —.12
Band 27 (8307)	Schneeweißchen und Rosenrot und andere Märchen. Mit Bildern von Marigard Ohser-Bangser	Vom 2. Schulj. an •• —.18
Band 28 (8300)	Fischchen, deck' dich und andere Märchen. Mit Bil- dern von Ludwig Richter	Vom 3. Schulj. an •• —.18
Band 29 (8308)	Sneewittchen und andere Märchen. Mit Bildern von Else Wenz-Victor	Vom 3. Schulj. an •• —.18
Band 30 (8309)	Wie die Vögel einen König wählen wollten und andere Märchen. Mit Bildern von Willy Brand	Vom 3. Schulj. an •• —.18
Band 31 (8302)	Der Schlangenkönig und andere Märchen. Mit Scherenschnitten von Detlev Junghans	Vom 3. Schulj. an •• —.18
Band 32 (8104)	Der fliegende Koffer — Der standhafte Hinnssoldat. Mit Bildern von Walter Nicolai	Vom 3. Schulj. an • —.12
Band 33 (8105)	Die Prinzessin auf der Erbse und andere Märchen. Mit Bildern von Walter Nicolai	Vom 3. Schulj. an • —.12
Band 36 (8108)	Von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen — Der beherzte Flötenspieler. Mit Bildern von Walter Nicolai	Vom 3. Schulj. an • —.12
Band 37 (8301)	Der Eisenhaus und andere Märchen. Mit Bildern von Erich Schröder	Vom 3. Schulj. an •• —.18
Band 38 (8109)	Carl O. Petersen, Das Märchen vom Eismeer. Mit Bildern von Carl O. Petersen	Vom 4. Schulj. an • —.12

Gruppe L IV: Sagen und Legenden

Band 1 (7621)	Brüder Grimm, Deutsche Sagen. Herausgegeben von Professor Dr. Luz Madensen, Herder-Institut Riga. Mit dem Bilde der Brüder Grimm, nach einer Zeichnung von Ludwig Grimm	Vom 4. Schulj. an ** —.40
Band 2 (7649)	Friedrich Wolters und Carl Petersen, Helden- sagen der Germanen. Ausgewählt aus Wolters und Petersen, „Die Heldensagen der germanischen Frühzeit“ von Professor Dr. Carl Petersen, Kiel	Vom 6. Schulj. an ** —.40

Band 3 **Zweihundzwanzig Legenden.** Herausgegeben von Oberstudiendirektor Dr. Johannes Reiske, Berlin. Mit 9 Bildern alter Meisterei
(7660)

Vom 9. Schulj. an
** —.40

Gustav Schwab, Die schönsten Sagen des klassischen Altertums. In Auswahl neu herausgegeben von Oberstudiendirektor Dr. Eduard Stemplinger, Rosenheim in Bayern

Band 4 — Teil I. Mit 11 Kupferstichen von Admus Jacob Larstus und John Flaxmann
(7888)

Vom 7. Schulj. an
*** —.50

Band 5 — Teil II. Mit 6 Kupferstichen von Admus Jacob Larstus und Bonaventura Genelli
(7889)

Vom 7. Schulj. an
*** —.50

Band 6 Luserke, Legende von dem erzwungenen Bruder. Mit einem Bilde des Dichters
(7427)

11. bis 13. Schulj.
* —.25

Band 7 Eddalieder — Eddasprüche. Sagen von Helden und Göttern. Eine Auswahl von Studienleiter Dr. Paul Gerhard Meyer, Bad Deynhausen. Mit einem Titelbild
(7901)

Vom 7. Schulj. an
*** —.50

Gruppe LV: Schwänke, Fabeln u. Volksbücher

Band 1 Gottfr. Aug. Bürger, Des Freiherrn von Münchhausen Reisen und Abenteuer. Herausgegeben von Konrektor Hugo Jessat, Berlin. Mit dem Bilde des Dichters nach einem Stich von Friedrich Volt und 10 Zeichnungen von Theodor Hofemann
(7401)

Vom 5. Schulj. an
* —.25

Band 2 Till Eulenspiegel. Herausgegeben von Hanns Gieseler. Mit einem Titelbild von Adolf Schrödter und 12 Textbildern von Johann Heinrich Ramberg
(7608)

Vom 4. Schulj. an
** —.40

Band 3 Joseph Klapper, Rübzahl und sein Reich. Mit Scherenschnitten von Maria Luise Kaempffe
(7827)

Vom 5. Schulj. an
*** —.50

Band 4 Hebel's Schatzkästlein des Rheinischen Hausfreunds. Auswahl, herausgegeben von Schulrat Georg Wolff, Berlin. Mit dem Bilde des Dichters nach einer Lithographie von E. Agricola
(7647)

Vom 5. Schulj. an
** —.40

Band 5 Geschichten von Rübzahl. (Nach Musäus.) Herausgegeben von Rektor Oswald Frommelt, Breslau. Mit 14 Bildern von Ludwig Richter
(7626)

Vom 5. Schulj. an
** —.40

Band 6 Gustav Schwab, Die Schildbürger. Herausgegeben von Stadtrat Friedrich Spanier, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters und 14 Zeichnungen von D. Pleisch
(7640)

Vom 5. Schulj. an
** —.40

- | | |
|---|---|
| <p>Band 7 Hans Sachs, Fastnachtsspiele. (Originaltext.) Auswahl, herausgegeben von Rektor Dr. Gerhard Kahlo, Uslar. Mit 7 Zeichnungen von Erich Schröder
(7844)</p> <p>Band 8 Jonathan Swift, Gullivers Reisen nach Liliput und Broddingnag. Herausgegeben von Rektor A. Lehmann, Breslau. Mit einem Bilde des Dichters und 14 Zeichnungen von J. J. Grandville
(7879)</p> <p>Band 9 Deutsche Fabeln aus sechs Jahrhunderten. Herausgegeben von Regierungs- und Schulrat Severin Rüttgers, Koblenz. Mit 16 Bildern
(7885)</p> <p>Band 10 Gustav Schwab, Fortunat und seine Söhne. Herausgegeben von Karl Röttger, Düsseldorf. Mit 10 Holzschnitten aus der Augsburger Ausgabe von 1509
(7882)</p> <p>Band 11 Gustav Schwab, Die schöne Magelone. Herausgegeben von Karl Röttger, Düsseldorf. Mit 7 Holzschnitten aus der Augsburger Ausgabe von 1535
(7425)</p> | <p>Bom 9. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 4. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 7. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 7. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 7. Schulj. an
* —.25</p> |
|---|---|

Gruppe L VI: Epische Dichtungen

- | | |
|--|---|
| <p>Band 1 Wolfgang Goethe, Hermann und Dorothea. In neun Gesängen. Herausgegeben von Professor Dr. Wolfgang Stammler, Greifswald. Mit einem Bilde des Dichters von Joh. Heinrich Lips, 9 Radierungen von J. Führig und einer Manuskriptseite mit handschriftlichen Korrekturen des Dichters
(7614)</p> <p>Band 2 Das Nibelungenlied. Übertragen von Karl Simrod. Auswahl, herausgegeben von Professor Dr. Karl Schüze, Glüxstadt. Mit 10 Bildern nach der Hundeshagenschen Handschrift
(7862)</p> <p>Band 3 Friedrich Hebbel, Mutter und Kind. Ein Gedicht in sieben Gesängen. Herausgegeben von Professor Dr. Walther Klesemer, Königsberg i. Pr. Mit einem Bilde des Dichters von Karl Kahlo
(7625)</p> <p>Band 4 Friedrich Wilhelm Weber, Dreizehnlinden. Auswahl, herausgegeben von Studienrat Professor Dr. Anton Heinrich, Koblenz. Mit einem Bilde des Dichters
(7818)</p> <p>Band 5 Wolfram von Eschenbach, Parzival. Auswahl in mittelhochdeutscher Fassung, herausgegeben von Studien- direktor Dr. Walther Klöpzig, Hattingen. Mit zeitgenössischen Bildern aus der großen Heidelberger Niederhandschrift und der Parzival-Handschrift
(7802)</p> | <p>Bom 8. Schulj. an
** —.40</p> <p>Bom 8. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 9. Schulj. an
** —.40</p> <p>Bom 9. Schulj. an
*** —.50</p> <p>11. bis 13. Schulj.
*** —.50</p> |
|--|---|

Band 7 Frühe Deutschesheit. Denkmäler deutscher Dichtung und Prosa von der Völkerverwanderung bis zu den Karolingern und Ottonen. Übersetzt und herausgegeben von Professor Dr. Wolfgang Stammler, Greifswald. Mit 10 Bildern und Proben alter Handschriften

Bom 9. Schulj. an
** —.40

Gruppe LVII: Dramen

Band 1 Gustav Freytag, Die Journalisten. Herausgegeben von Studienrat Dr. Paul Ulrich, Berlin. Mit einem Bilde des Dichters nach einem Daguerreotyp um 1850 und einem Textbild

Bom 10. Schulj. an
*** —.50

Band 2 Franz Grillparzer, Weh dem, der lügt. Herausgegeben von Dr. Dora Schuster, Berlin. Mit dem Bilde des Dichters nach einer Lithographie von Adolf Danthage und 6 Zeichnungen von Moritz von Schwind

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Band 3 Heinrich von Kleist, Prinz Friedrich von Homburg. Herausgegeben von Regierungs- und Schulrat Dr. Oskar Ziegler, Breslau. Mit einem Titelbild von Daniel Chodowiecki und 2 Bildern im Text

Bom 9. Schulj. an
** —.40

Band 4 Friedrich Schiller, Wilhelm Tell. Herausgegeben von Professor Dr. Albert Leitzmann, Jena. Mit einem Titelbild von Wilhelm Kaulbach, 4 Bildern im Text und einer Karte

Bom 7. Schulj. an
*** —.50

Band 5 Friedrich Schiller, Die Jungfrau von Orleans. Herausgegeben von Professor Dr. Albert Leitzmann, Jena. Mit einem Bilde des Denkmals der Jungfrau von Orleans in Paris, 3 Bildern im Text und einer Karte

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Band 6 Friedrich Schiller, Wallenstein I. Teil: Wallensteins Lager. Die Piccolomini. Herausgegeben von Professor Dr. Albert Leitzmann, Jena. Mit 6 Bildern nach Lithographien von K. Loewig

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Band 7 Friedrich Schiller, Wallenstein II. Teil: Wallensteins Tod. Herausgegeben von Professor Dr. Albert Leitzmann, Jena. Mit dem Bilde Wallensteins nach einem Gemälde nach Anton van Dyck und 9 Textbildern nach Lithographien von K. Loewig

Bom 9. Schulj. an
*** —.50

Band 8 Friedrich Hebbel, Agnes Bernauer. Herausgegeben von Fritz Graf. Mit 2 Bildern

Bom 10. Schulj. an
*** —.50

Band 9	Friedrich Hebbel, Herodes und Mariamne. Herausgegeben von Stadtrat Friedrich Spanter, Berlin. Mit Bildern des Dichters und seiner Gemahlin von Joseph Kriehuber und einer Handschriftenprobe	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 10	Friedrich Schiller, Die Braut von Messina. Herausgegeben von Oberregierungs- und -schulrat Dr. Peter Ingwersen, Schleswig. Mit dem Bilde des Dichters von Joh. Fr. Aug. Tischbein und einem Textbilde von Matthaei	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 11	Heinrich von Kleist, Der zerbrochene Krug. Herausgegeben von Studienassessor Dr. A. Wienick, Breslau. Mit einem Titelbilde von Le Beau nach dem Gemälde von Phyllibert Debucourt u. 4 Textbildern von Adolph v. Menzel	Vom 9. Schulj. an ** —.40
Band 12	Gotthold Ephraim Lessing, Minna von Barnhelm oder Das Soldatenglück. Herausgegeben von Oberbibliothekar Dr. Heinrich Schneider, Lübeck. Mit dem Bilde des Dichters nach einem Gemälde von Anton Graff und 12 Bildern von Daniel Chodowiecki	Vom 8. Schulj. an *** —.50
Band 13	Heinrich von Kleist, Die Hermannsschlacht. Herausgegeben von Oberregierungs- und -schulrat f. R. Theodor Pastenaci, Hannover. Mit 2 Abbildungen	Vom 10. Schulj. an *** —.50
Band 14	Friedrich Schiller, Kabale und Liebe. Herausgegeben von Studienrat Dr. Wilhelm Pfannkuchen, Gotha. Mit einem Bilde des Dichters von Anton Graff und 12 Textbildern von Daniel Chodowiecki	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 15	Friedrich Schiller, Maria Stuart. Herausgegeben von Studiendirektorin Dr. Mia Schwarz, Aschersleben. Mit dem Bilde Maria Stuarts von einem unbekannten Meister	Vom 10. Schulj. an *** —.50
Band 16	Wolfgang Goethe, Faust I. Teil. Herausgegeben von Oberstudienleiter Dr. Hans Schauer, Mühlhausen. Mit einer Radierung von Rembrandt	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 17	Wolfgang Goethe, Faust II. Teil. Herausgegeben von Oberstudienleiter Dr. Hans Schauer, Mühlhausen. Mit einem Holzschnitt von Professor Walther Klemm	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 18	William Shakespeare, Der Kaufmann von Venedig. Herausgegeben von Professor Dr. W. Ewig, Hannover. Mit 2 Bildern von Antonio Canaletto	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 19	William Shakespeare, Hamlet. Herausgegeben von Professor Dr. W. Ewig, Hannover. Mit 2 Bildern	Vom 10. Schulj. an *** —.50

Band 20	William Shakespeare, Julius Cäsar. Herausgegeben von Professor Dr. W. Ewig, Hannover. Mit 2 Bildern (7884)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 21	William Shakespeare, Macbeth. Herausgegeben von Professor Dr. W. Ewig, Hannover. Mit 2 Bildern (7883)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 22	William Shakespeare, König Richard III. Herausgegeben von Professor Dr. W. Ewig, Hannover. Mit 2 Bildern (7880)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 23	Wolfgang Goethe, Sösz von Verlichingen. Herausgegeben von Oberstudiendirektor Dr. Walther Hoffstaetter, Leipzig. Mit 6 zeitgenössischen Bildern (7836)	Vom 8. Schulj. an *** —.50
Band 24	Gotthold Ephraim Lessing, Emilia Galotti. Herausgegeben von Oberschullehrerin Lili Waeholdt, Berlin. Mit einer Handschriftenprobe des Dichters und einer Abbildung im Text (7876)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 25	Wolfgang Goethe, Egmont. Mit 2 Bildern (7881)	Vom 9. Schulj. an *** —.50
Band 26	Friedrich Hebbel, Die Nibelungen. Herausgegeben von Studienrat Dr. Georg True, Bremen, und Studienrat Kurt Meißner, Bremen. Mit einem Titelbild. (Gekürzt) (7898)	Vom 8. Schulj. an *** —.50
Band 27	Gotthold Ephraim Lessing, Nathan der Weise. Herausgegeben von Oberstudiendirektor Dr. Rudolf Richter, Halberstadt. Mit einem Bilde des Dichters (7893)	Vom 8. Schulj. an *** —.50
Band 28	Rudolf Fiksel, Volk an der Grenze. Ein Drama deutscher Minderheit in drei Akten. Mit einem Bilde des Dichters. (7668)	Vom 8. Schulj. an ** —.40

Gruppe LVIII: Biographisches u. Selbstbekenntnisse

Band 3	Theodor Fontane, Kriegsgefangen (Erlebtes 1870). Herausgegeben von Regierungs- und Schulrat Dr. Oskar Ziegler, Breslau. Mit einem Bilde des Dichters und 2 Textbildern (7857)	Vom 7. Schulj. an *** —.50
Band 4	Klaus Groth, Min Jungsparadies. Herausgegeben von Schulrat Reinhard Heuer, Potsdam. Mit mehreren Bildern (7622)	Vom 8. Schulj. an ** —.40

Band 5	Theodor Fontane, Der 18. März. Mit einem Bilde des Dichters und 4 Textbildern (7411)	Vom 8. Schulj. an * —.25
Band 6	Briefwechsel zwischen Goethe und Schiller. Auswahl, herausgegeben von Professor Dr. Robert Petsch, Hamburg. Mit einem Titelbild und 2 Handschriftenproben (7808)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 8	Stunden bei Frau Aja. Herausgegeben von Dr. Josefina Kumpf-Gled, Frankfurt a. M. Mit 4 Abbildungen (7419)	Vom 9. Schulj. an * —.25
Band 10	Werner von Siemens, Lebenserinnerungen. Auswahl, herausgegeben von Heinrich Karstens, Mülheim/R. Mit 10 Bildern und einer Ahnentafel (7675)	Vom 7. Schulj. an ** —.40

Gruppe LIX: Gedantliche Prosa

Band 1	Friedrich Ludwig Jahn, Deutsches Volkstum. Mit einem Bilde des Verfassers (7823)	Vom 10. Schulj. an *** —.50
Band 2	Lebendiger Schiller. Ausgewählte Stücke aus seinen ästhetischen Schriften. Herausg. von Professor Dr. Erich Weber, Jena. Mit dem Bilde des Dichters nach L. Simonoviz und 3 Bildern im Text (7806)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 3	Johann Gottfried Herder, Auswahl aus seinen Werken. Herausgegeben von Oberstudienrat Dr. Robert Scherwath, Wunsdorf. Mit einem Bilde des Dichters nach dem Gemälde von Anton Graff (7811)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 4	Friedrich Nietzsche, Auswahl aus seinen philosophischen Schriften nebst einigen Briefen. Herausgegeben von Professor Hans Weichelt, Marburg. Mit einem Bilde der Büste Nietzsches von Max Klinger (7813)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 5	Friedrich Nietzsche, Auswahl aus „Also sprach Zarathustra“ nebst einigen Gedichten. Herausgegeben von Professor Hans Weichelt, Marburg. Mit einer Zeichnung von Leonardo und einer Handschriftenprobe im Text (7812)	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 6	Friedrich Nietzsche, Die Geburt der Tragödie. Auswahl, herausgegeben von Professor Hans Weichelt, Marburg. Mit einem Bilde Nietzsches. (7845)	11. bis 13. Schulj. *** —.50

Band 7	Gotthold Ephraim Lessing, Prosaschriften in Auswahl. Herausgegeben von Professor Dr. Bruno Martwardt, Greifswald. Mit 2 Abbildungen.	Bom 10. Schulj. an *** —.50
Band 9	Martin Luther, Auswahl aus seinen Werken. (7896) Mit 6 Bildern	Bom 10. Schulj. an *** —.50
Band 10	Hitler-Worte. Aussprüche aus „Mein Kampf“ und aus den Reden des Führers. Herausgegeben von B. Welser. U. V. 24. 8. 34 +	Bom 7. Schulj. an ** —.40
Band 11	Houston Stewart Chamberlain, Auswahl aus seinen Werken. Herausgegeben von Hardy L. Schmidt, Bayreuth. Mit einem Titelbild. U. V. 6. 2. 35 +	Bom 10. Schulj. an ** —.65
Band 12	Ernst Moritz Arndt, Deutsche Volkwerdung. Sein politisches Vermächtnis an die deutsche Gegenwart. Kernstellen aus seinen Schriften und Briefen. Herausgegeben von Professor Dr. Carl Petersen, Kiel, und Dr. Paul H. Ruth, Kiel. Mit einem Bilde Arndts	Bom 9. Schulj. an ** —.65
Band 13	Johannes Joseph von Görres, Deutsche Worte. (7674) Eine Auswahl aus seinen Werken, herausgegeben von Dr. Fritz Rothardt, Stuttgart. Mit einem Bilde des Verfassers	Bom 8. Schulj. an ** —.40
Band 14	Paul de Lagarde, Ich mahne und künde. Herausgegeben von Hardy L. Schmidt, Bayreuth. Mit einem Titelbild ++	Bom 10. Schulj. an ** —.65

Sachkundliche Abteilung

Geschichte und Staatsbürgerkunde (Abt. G)

Gruppe G I: Zeitbilder

Band 1	Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen, Der abenteuerliche Simplicius Simplicissimus. (7832) Auswahl, herausgegeben von Studienrat Dr. Friedrich Wenzlau, Halle a. d. S. Mit 5 Bildern	Bom 5. Schulj. an *** —.50
---------------	--	-------------------------------

Gruppe G II: Ereignisse

Band 1	Die Französische Revolution 1789 bis 1795. In Zeugnissen der Zeit. Herausgegeben von Dr. Käthe Nolte, Berlin. Mit 19 Bildern	Bom 9. Schulj. an *** —.50
---------------	---	-------------------------------

+ Mit dem **Unbedenklichkeitsvermerk** der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums versehen. Die Daten betreffen die Erteilung des Vermerks.
++ Wird laut Entscheidung der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums vom 20. 8. 36 in die NS.-Bibliographie aufgenommen.

Band 2	Deutschland zwischen Österreich und Rußland (7835)	1879 bis 1890. In Zeugnissen der Zeit. Herausgegeben von Studienrat Dr. Ulrich Haade, Berlin-Zehlendorf. Mit 2 Abbildungen	Bom 9. Schulj. an *** —.50
Band 3	Die Reformen in Preußen unter Stein und Hardenberg. (7635)	In Zeugnissen der Zeit. Herausgegeben von Studienrat Dr. Hans Bursch, Zintenrug b. Berlin. Mit 3 Bildern	Bom 9. Schulj. an ** —.40
Band 4	Preußens Außenpolitik nach dem Zusammenbruch (7636)	von 1806/07. In Zeugnissen der Zeit. Herausgegeben von Studienrat Dr. R. Konegke, Berlin. Mit dem Bilde Friedrich Wilhelms III.	Bom 10. Schulj. an ** —.40
Band 5	Bismarcks Kampf mit dem preussischen Parlament (7887)	1862—1866. In Zeugnissen der Zeit. Herausgegeben von Studienrat Dr. Wilhelm Bothe, Berlin. Mit 8 Bildern	11. bis 13. Schulj. *** —.50
Band 6	Die nationalsozialistische Revolution. Tatsachen, (8500)	Urkunden, Reden und Schilderungen. 1. August 1914 bis 1. Mai 1933. Herausgegeben von Studienrat Dr. Walther Gehl, Berlin. Mit 26 Bildern und Kartenskizzen. U. V. 6. 1. 36+	Bom 7. Schulj. an ** —.65
Band 7	Der Weltkrieg gegen das deutsche Volk. Aus Dar- (8702)	stellungen und Quellen zusammengestellt von Studienrat Dr. Hans Bursch, Zintenrug b. Berlin. Mit 72 Bildern und 16 Kartenskizzen. U. V. 21. 3. 35+	Bom 7. Schulj. an *** 1.—
Band 8	Der Weltfriede gegen das deutsche Volk. Versailles (8704)	und St. Germain. Des Weltkriegs zweiter Teil: 1919 bis 1935. Aus Darstellungen und Quellen zusammengestellt von Studienrat Dr. Eberhard Faden, Berlin. Mit 42 Bildern und 26 Kartenskizzen. U. V. 14. 1. 36+	Bom 7. Schulj. an *** 1.—
Band 9	Walther Gehl, Der deutsche Aufbruch 1918 bis (8801)	1936. Mit 82 Bildern und 37 Kartenskizzen. 2., erweiterte Auflage. U. V. 15. 12. 36+	Bom 7. Schulj. an **** 1.20

Gruppe G III: Grundfragen

Der nationalsozialistische Staat. Grundlagen und Gestaltung, Urkunden des Aufbaues, Reden und Vorträge. Herausgegeben von Dr. Walther Gehl, Berlin

Band 3	— 1. Heft: Vom 2. Mai bis 12. November 1933. (8700)	Mit 109 Bildern und 15 Kartenskizzen. U. V. 29. 11. 35+	Bom 7. Schulj. an *** 1.—
---------------	--	---	--------------------------------------

+ Mit dem **Unbedenklichkeitsvermerk** der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des N.S.-Schrifttums versehen. Die Daten betreffen die Erteilung des Vermerks.

Band 4 — 2. Heft: Vom 15. November 1933 bis 10. September 1934. Mit 41 Bildern und 10 Kartenstizzen.
U. V. 19. 9. 34+

Vom 7. Schulj. an
**** 1.20

Gruppe G IV: Einzelschriften

Band 1 **Facitus, Germania.** Übersetzt und herausgegeben von Studienrat Dr. Hans Philipp, Berlin, und Studienrat Dr. Walther Gehl, Berlin. Mit 23 Bildern und 2 Kartenstizzen

Vom 7. Schulj. an
** —.40

Band 2 **Ernst Moritz Arndt, Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Karl Friedrich vom Stein.** Auswahl, herausgegeben von Studienrat Dr. Erich Gölzow, Barth i. P. Mit 7 Bildern

Vom 8. Schulj. an
*** —.50

Band 3 **Kurt Maßmann, Hitlerjugend — Neue Jugend!** Vom Weg der Jugend in die deutsche Zukunft. Mit 16 Bildern und 3 Kartenstizzen

Vom 6. Schulj. an
*** —.50

Band 4 **Eike von Repgow, Der Sachsenspiegel.** Auswahl, übersetzt und herausgegeben von Amtsgerichtsrat Dr. jur. Rudolf Bechert, Rosenheim. Mit 6 Bildern

11.—13. Schulj.
**** —.65

Gruppe G V: Geschichtsschreibung

Band 1 **Heinrich von Treitschke, Der Wiener Kongreß — Heinrich Ritter von Erbf, Metternich.** Auswahl, herausgegeben von Studienrat Dr. Karl Hasselmann, Lübeck. Mit 3 Bildern

Vom 9. Schulj. an
** —.40

Band 2 **Das bürgerliche Mittelalter.** Dargestellt von Gustav Freytag und andern. Herausgegeben von Studienrat Dr. Walther Gehl, Berlin. Mit 26 Bildern

Vom 6. Schulj. an
** —.40

Band 3 **Leopold von Ranke, Wallenstein.** Ziele, Aufbau und Zusammenbruch seiner deutschen Politik. Auswahl, herausgegeben von Studienrat Dr. Karl Hasselmann, Lübeck. Mit 2 Bildern

11. bis 13. Schulj.
** —.40

Gruppe G VI: Persönlichkeiten

Band 1 **Ernst Bergmann, Fichte und der Nationalsozialismus.** Mit einem Titelbild. U. V. 23. 7. 34+

11. bis 13. Schulj.
** —.40

Band 2 **Bismarck. In Zeugnissen seiner Zeit.** Herausgegeben von Studienrat Dr. Hans Geldtmann, Hamburg. Mit 9 Bildern

Vom 8. Schulj. an
*** —.50

+ Mit dem Unbedenklichkeitsvermerk der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des N.S.-Schiffstums versehen. Die Daten betreffen die Erteilung des Vermerks.

- Band 3 Walter Lange, Der königliche Führer. Friedrichs**
(7899) **des Großen Weg zur Unsterblichkeit. Mit einem Titelbild.**
- Band 4 Franz Kurfes, Albert Leo Schlageter. Bauernsohn**
(7902) **und Freiheitsheld. Nach Mitteilungen seines Vaters und seiner Geschwister unter besonderer Berücksichtigung seiner Jugendzeit erzählt. Mit 19 Bildern. U. B. 7. 8. 35 +**

Bom 9. Schulj. an
*** —.50

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Länder- und Völkerkunde (Abt. E)

Gruppe E I: Die Erforschung der Erde

- Band 1 Alexander von Humboldts Reise in Südamerika.**
(7867) **Herausgegeben von Studienrat Arthur Schiel, Leipzig. Mit einem Bilde des Forschers und einer Karte der Reisewege**
- Band 2 Charles Darwin, Reise um die Welt. Geographische Beobachtungen. Auswahl, herausgegeben von**
(7866) **Studienrat Dr. Walther Reinhard, Chemnitz. Mit einem Bilde Darwins und mehreren Abbildungen und Karten im Text**
- Band 3 Reisen in Australien. Herausgegeben von Studien-**
(7864) **assessor Dr. Werner Ramann. Mit 11 Bildern**
- Band 4 John Hanning Speke, Zu den Quellen des Nils.**
(7868) **Auswahl, herausgegeben von Studiendirektor Dr. Kurt Krause, Leipzig. Mit einem Bilde der Forscher Speke und Grant, vier Bildern im Text und einer Karte**
- Band 5 Europa im Altertum. Auszüge aus griechischen und**
(7605) **römischen Schriftstellern. Nach einer Auswahl aus Herodot, Strabo, Arrian, Cäsar und Tacitus herausgegeben von Studienrat Dr. Hans Treidler, Freienwalde**
- Band 6 Durch die Luft zum Nord- und Südpol. Berichte und**
(7903) **Schilderungen über die seit 1896 in den Polargebieten ausgeführten Flüge. Herausgegeben von Rudolf Forstinger, Nordhausen. Mit 15 Abbildungen und 2 Karten**

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Bom 7. Schulj. an
*** —.50

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Bom 8. Schulj. an
** —.40

Bom 7. Schulj. an
*** —.50

Gruppe E II: Das Antlitz der Erde

- Band 1 Wolfgang Goethe, Italienische Reise. Gefürzt und**
(7869) **nur in ihrem geographischen Inhalt wiedergegeben. Herausgegeben von Studiendirektor Dr. Kurt Krause, Leipzig. Mit Bildern von Goethe, Knapp und Tischbein**

Bom 9. Schulj. an
*** —.50

+ Mit dem Unbedenklichkeitsvermerk der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des N.G.-Schrifttums versehen. Die Daten betreffen die Erteilung des Vermerks.

Band 2	Viktor Hehn, Reiseskizzen aus Italien. Auswahl, herausg. von Studiendirektor Dr. Kurt Krause, Leipzig. Mit einem Bilde des Verfassers und 4 Bildern im Text (7870)	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 3	Quer durch Indien. Landschafts- und Kulturschilderungen hervorragender Schriftsteller. Herausgegeben von Studienrat Dr. Kurt Riehl, Leipzig. Mit 21 Bildern und einer Karte (7871)	Bom 7. Schulj. an *** —.50
Band 4	Urwald. Natur und Kultur des tropischen Regenwaldes. Herausgegeben von Professor Dr. Jörgen Hansen, Kiel. Mit 6 Abbildungen und einer Karte der Urwaldgebiete (7872)	Bom 7. Schulj. an *** —.50
Band 5	Vulkanausbrüche. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Sapper, Garmisch. Mit 4 Abbildungen und 8 Karten (7873)	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 6	Hermann Allmers, Marschenbuch. Land- und Volksbilder aus den Marschen der Weser und der Elbe. Auswahl, herausgegeben von Studiendirektor Dr. Kurt Krause, Leipzig. Mit einem Bilde des Verfassers, 7 Abbildungen und einer Karte (7874)	Bom 7. Schulj. an *** —.50

Gruppe E III: Mensch und Volkstum

Band 1	Wilhelm Heinrich Riehl, Von deutscher Landes- und Volkskunde. Herausg. von Studienrat Dr. Theodor Maus, Essen. Mit 8 Zeichnungen von Albrecht Riedesel Gretherrn zu Eisenbach (7875)	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 2	Raffaufische Volkskunde. Bilder und Skizzen aus dem heimischen Schrifttum. Herausgegeben von Studienrat Dr. Walter Diener, Frankfurt a. M.-Höchst. Mit 8 Zeichnungen von Paul Fritzsche (7865)	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 3	Deutsche Arbeit in Südamerika. Herausgegeben von Studienrat Dr. Hans Schoeneich, Berlin. Mit 9 Abbildungen und einer Karte (7606)	Bom 8. Schulj. an ** —.40
Band 4	Mittelrheinische Volkskunde. Herausgegeben von Studienrat Dr. Walter Diener, Frankfurt a. M.-Höchst. Mit 7 Zeichnungen von Roland Anheiser u. 2 Kartenskizzen (7819)	Bom 8. Schulj. an *** —.50
Band 5	Indianer. Herausgegeben von Oberlehrer Paul Knoepe, Berlin. Mit 33 Abbildungen und 2 Kartenskizzen (7652)	Bom 7. Schulj. an ** —.40
Band 6	Land und Volk an der Saar. Herausgegeben von Professor Dr. R. Reinhard u. Rüstos R. Voppel, Deutsches Museum für Länderkunde Leipzig. Mit einem Beileitwort von Preuß. Staatsrat Gustav Simon, Gauleiter der NSDAP., Koblenz-Trier-Birkenfeld, Führer des Bundes der Saarvereine. Mit 168 Bildern und 70 Karten (8701)	Bom 8. Schulj. an *** 1.—

Band 7 Deutsche Kolonisieren. Berichte berühmter Kolonial-
(8600) Deutscher. Herausgegeben von Studienrat Dr. Kurt Riech,
Leipzig. Mit einem Geleitwort „Fünfzig Jahre Deutsche
Kolonen“ von Privatdozent Dr. Karl H. Diegel, Leipzig.
Mit 51 Bildern und Kartenskizzen. U. V. 25. 9. 34+

Bom 7. Schulj. an
*** —.80

Natur und Naturkunde (Abt. N)

Gruppe N II: Von Tieren und Pflanzen

Band 1 Tiere des Urwaldes. Schilderungen aus Brehms Tier-
(7618) leben. Herausgegeben von Rektor Albert Pletsch, Perleberg.
Mit 8 Abbildungen

Bom 7. Schulj. an
** —.40

Band 2 Wilhelm Blohm, Mein Leben am Teich. Natur-
(7841) wissenschaftliche Erzählungen. Mit 21 Abbildungen

Bom 7. Schulj. an
*** —.50

Band 3 Carl Chun, Aus den Tiefen des Weltmeeres. Aus-
(7842) wahl, herausg. von Professor Dr. Walther Schoenichen,
Berlin. Mit einem Bilde des Forschers und 25 Abbildungen
im Text

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Band 4 Charles Darwin, Reise um die Welt. Erlebnisse
(7843) **mit Tieren und Pflanzen.** Auswahl, herausgegeben
von Marie Jaedicke, Berlin. Mit einem Bilde des Forschers,
11 Textbildern und einer Karte

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Band 5 William Marshall, Vom Keller bis zum Söller.
(7642) Auswahl, herausg. von Professor Dr. Walther Schoenichen,
Berlin. Mit einem Bilde des Forschers und 16 Abbildungen
im Text

Bom 7. Schulj. an
** —.40

Band 6 Von krummen Schnäbeln und spitzen Krallen.
(7646) Herausgegeben von Dr. Konrad Glasewald, Berlin. Mit
19 Abbildungen

Bom 6. Schulj. an
** —.40

Band 7 Von Spöttern und andern Singvögeln. Heraus-
(7847) gegeben von Rudolf Hermann f. Mit 17 Zeichnungen von
Erich Schröder

Bom 6. Schulj. an
*** —.50

Band 8 Tiere des deutschen Waldes. Schilderungen aus
(7846) Brehms Tierleben. Herausgegeben von Rektor Albert
Pletsch, Perleberg. Mit einem Bilde des Verfassers und
25 Bildern im Text

Bom 6. Schulj. an
*** —.50

Band 9 Bedrohte Tierwelt. Herausgegeben von Professor
(7602) Dr. Walther Schoenichen, Berlin. Mit 5 Zeichnungen von
Karl Wagner

Bom 7. Schulj. an
** —.40

+ Mit dem Unbedenklichkeitsvermerk der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum
Schutze des R.S.-Schrifttums versehen. Die Daten betreffen die Erteilung des Vermerks.

- | | |
|--|---|
| <p>Band 2 Viktor Hahn, Reisefitzgen aus Italien. Auswahl, herausg. von Studiendirektor Dr. Kurt Krause, Leipzig. Mit einem Bilde des Verfassers und 4 Bildern im Text
(7870)</p> <p>Band 3 Quer durch Indien. Landschafts- und Kulturschilderungen hervorragender Schriftsteller. Herausgegeben von Studienrat Dr. Kurt Rieh, Leipzig. Mit 21 Bildern und einer Karte
(7871)</p> <p>Band 4 Urwald. Natur und Kultur des tropischen Regenwaldes. Herausgegeben von Professor Dr. Jörgen Hansen, Kiel. Mit 6 Abbildungen und einer Karte der Urwaldgebiete
(7872)</p> <p>Band 5 Vulkanausbrüche. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Sapper, Garmisch. Mit 4 Abbildungen und 8 Karten
(7873)</p> <p>Band 6 Hermann Almers, Marschenbuch. Land- und Volksbilder aus den Marschen der Weser und der Elbe. Auswahl, herausgegeben von Studiendirektor Dr. Kurt Krause, Leipzig. Mit einem Bilde des Verfassers, 7 Abbildungen und einer Karte
(7874)</p> | <p>Bom 8. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 7. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 7. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 8. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 7. Schulj. an
*** —.50</p> |
|--|---|

Gruppe E III: Mensch und Volkstum

- | | |
|---|--|
| <p>Band 1 Wilhelm Heinrich Riehl, Von deutscher Landes- und Volkskunde. Herausg. von Studienrat Dr. Theodor Maus, Essen. Mit 8 Zeichnungen von Albrecht Riedesel Freiherrn zu Eisenbach
(7875)</p> <p>Band 2 Raffauiische Volkskunde. Bilder und Skizzen aus dem heimischen Schrifttum. Herausgegeben von Studienrat Dr. Walter Diener, Frankfurt a. M.-Höchst. Mit 8 Zeichnungen von Paul Gritsch
(7865)</p> <p>Band 3 Deutsche Arbeit in Südamerika. Herausgegeben von Studienrat Dr. Hans Schoeneich, Berlin. Mit 9 Abbildungen und einer Karte
(7606)</p> <p>Band 4 Mittelrheinische Volkskunde. Herausgegeben von Studienrat Dr. Walter Diener, Frankfurt a. M.-Höchst. Mit 7 Zeichnungen von Roland Anheiser u. 2 Kartenskitzen
(7819)</p> <p>Band 5 Indianer. Herausgegeben von Oberlehrer Paul Knoke, Berlin. Mit 33 Abbildungen und 2 Kartenskitzen
(7652)</p> <p>Band 6 Land und Volk an der Saar. Herausgegeben von Professor Dr. R. Reinhard u. Kustos R. Voppel, Deutsches Museum für Länderkunde Leipzig. Mit einem Geleitwort von Preuß. Staatsrat Gustav Simon, Gauleiter der NSDAP., Koblenz-Trier-Birkenfeld, Führer des Bundes der Saarvereine. Mit 168 Bildern und 70 Karten
(8701)</p> | <p>Bom 8. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 8. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 8. Schulj. an
** —.40</p> <p>Bom 8. Schulj. an
*** —.50</p> <p>Bom 7. Schulj. an
** —.40</p> <p>Bom 8. Schulj. an
*** 1.—</p> |
|---|--|

Band 7 Deutsche Kolonisieren. Berichte berühmter Kolonial-
(8600) Deutscher. Herausgegeben von Studienrat Dr. Kurt Rietz,
Leipzig. Mit einem Geleitetwort „Fünzig Jahre Deutsche
Kolonten“ von Privatdozent Dr. Karl H. Diegel, Leipzig.
Mit 51 Bildern und Kartenskizzen. U. B. 25. 9. 34 +

Bom 7. Schulj. an
*** —.80

Natur und Naturkunde (Abt. N)

Gruppe N II: Von Tieren und Pflanzen

Band 1 Tiere des Urwaldes. Schilderungen aus Brehms Tier-
(7618) leben. Herausgegeben von Rektor Albert Pietsch, Perleberg.
Mit 8 Abbildungen

Bom 7. Schulj. an
** —.40

Band 2 Wilhelm Blohm, Mein Leben am Teich. Natur-
(7841) wissenschaftliche Erzählungen. Mit 21 Abbildungen

Bom 7. Schulj. an
*** —.50

Band 3 Carl Chun, Aus den Tiefen des Weltmeeres. Aus-
(7842) wahl, herausg. von Professor Dr. Walther Schoenichen,
Berlin. Mit einem Bilde des Forschers und 25 Abbildungen
im Text

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Band 4 Charles Darwin, Reise um die Welt. Erlebnisse
(7843) **mit Tieren und Pflanzen.** Auswahl, herausgegeben
von Marie Jaedicke, Berlin. Mit einem Bilde des Forschers,
11 Tierbildern und einer Karte

Bom 8. Schulj. an
*** —.50

Band 5 William Marshall, Vom Keller bis zum Söller.
(7642) Auswahl, herausg. von Professor Dr. Walther Schoenichen,
Berlin. Mit einem Bilde des Forschers und 16 Abbildungen
im Text

Bom 7. Schulj. an
** —.40

Band 6 Von krummen Schnäbeln und spitzen Krallen.
(7646) Herausgegeben von Dr. Konrad Glasewald, Berlin. Mit
19 Abbildungen

Bom 6. Schulj. an
** —.40

Band 7 Von Spöttern und andern Singvögeln. Heraus-
(7847) gegeben von Rudolf Hermann f. Mit 17 Zeichnungen von
Erich Schröder

Bom 6. Schulj. an
*** —.50

Band 8 Tiere des deutschen Waldes. Schilderungen aus
(7846) Brehms Tierleben. Herausgegeben von Rektor Albert
Pietsch, Perleberg. Mit einem Bilde des Verfassers und
25 Bildern im Text

Bom 6. Schulj. an
*** —.50

Band 9 Bedrohte Tierwelt. Herausgegeben von Professor
(7602) Dr. Walther Schoenichen, Berlin. Mit 5 Zeichnungen von
Karl Wagner

Bom 7. Schulj. an
** —.40

+ Mit dem Unbedenklichkeitsvermerk der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum
Schutze des R.S.-Schrifttums versehen. Die Daten betreffen die Erteilung des Vermerks.

Band 10 Von schwarzen und weißen Ameisen. Herausgegeben von Rektor J. Wolter, Berlin. Mit 12 Zeichnungen von Conrad Dumann

Bom 7. Schulj. a
** —.4

Band 11 Tiere des Süßwassers. Schilderungen aus Brehms Tierleben. Herausgegeben von Rektor Albert Pietsch, Perleberg. Mit 30 Bildern

Bom 8. Schulj. a
*** —.5

Band 12 Erich Klop, Mucki — Hippelchen. Zwei Tiergeschichten. Mit Bildern von Carl O. Petersen

Bom 4. Schulj. a
** —.11

Band 13 Erich Klop, Harraß. Eine Tiergeschichte. Mit Bildern von Carl O. Petersen

Bom 4. Schulj. a
** —.11

Band 14 Walther Schoenichen, Vom Teufelsbart und Türkenbund. Erlebnisse eines jungen Naturschülers. Mit 30 Abbildungen

Bom 7. Schulj. a
** —.4

Band 15 Erich Klop, Eine Kagenmutter und ihre Kinder. (8313) Eine Tiergeschichte. Mit Bildern von Carl O. Petersen

Bom 5. Schulj. a
** —.11

Band 16 Tagebuchblätter aus dem Tierleben. Sieben Geschichten vom Kampf ums Dasein. Herausgegeben von Professor Dr. Walther Schoenichen, Berlin. Mit 7 Bildern von Karl Wagner

Bom 6. Schulj. a
** —.44

Band 17 Erich Klop, Zwei Waldpolizisten: Ruckuck und Specht. Zwei Tiergeschichten. Mit Bildern von Ferdinand Schebel

Bom 5. Schulj. a
* —.25

Band 18 Erich Klop, Nächtliche Jäger: Igel und Fledermaus. Zwei Tiergeschichten. Mit Bildern von J. Dahlem

Bom 5. Schulj. a
* —.25

Abteilung Sonderschriften (Abt. S)

Band 1 Die Polizei — dein Freund, dein Helfer. Ein Leseheft für die deutsche Jugend. Von Englisch, Hauptmann der Schutzpolizei — Filzel, Oberleutnant der Schutzpolizei — Gennat, Regierungs- und Kriminalrat — Görhardt, Hauptmann der Gendarmen — Koschorke, Pressereferent im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern — Liebermann von Sonnenberg, Regierungsdirektor im Polizeipräsidium Berlin, Leiter der Berliner Kriminalpolizei — Nicolai, Hauptmann der Schutzpolizei — Sponer, Major der Schutzpolizei — Wietling, Kriminalrätin. Umschlagzeichnung von Hans Schwetzer, Reichsbeauftragter für künstlerische Formgebung. Mit 57 Bildern, darunter vielen Zeichnungen von Kunstmaler Herbert Scheurich

Bom 5. Schulj. a
** —.80

Bom 10 Stüd an
je —.75

1
2
3
4

5
6

7
8

9
10

11
12

13
14

15
16

17
18

19
20

21
22

23
24

25

26
27

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

MAR 20 1967 8 2

REC'D LD

MAR 11 '67 - 2 PM

Due end of FALL Quarter
subject to recall after -

DEC 17 '70 8 5

DEC 17 1970 8 5

REC'D LD DEC 9 70 - 5 PM 4 8

DEC 2 1971 2 2

SEP 4 1980
REC. CIR. SEP 5 '80

LD 21A-60m-7,'66
(G4427s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

